Beauftragter der Bundesregierung
für Aussiedlerfragen und
nationale Minderheiten

# Aus der Arbeit des Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten

## Hartmut Koschyk MdB

## Tätigkeitsbericht 2014

## Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

am 8. Januar 2014 wurde ich von der Bundesregierung zum Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten berufen.

Das Amt wurde im Jahr 1988 eingerichtet, als Michail Gorbatschows Politik von Glasnost und Perestroika zu einem starken Anstieg der Zahlen der Aussiedler - vor allem aus der Sowjetunion - führte. Viele hatten schon lange zuvor einen Antrag auf Ausreise gestellt und deswegen über viele Jahre Benachteiligungen und Demütigungen erfahren müssen. Sie sind zu uns gekommen, um als Deutsche unter Deutschen zu leben.

Seit einer im Herbst 2013 vom Deutschen Bundestag beschlossenen Gesetzesnovelle sind die Zahlen der zu uns kommenden Spätaussiedler wieder moderat gestiegen. Ich bin sicher, dass deren Integration ebenso gut gelingen wird wie in der Vergangenheit. Ich betrachte die Integration der Aussiedler in die Gesellschaft der Bundesrepublik insgesamt als eine Erfolgsgeschichte und sehe mich hierbei nicht zuletzt durch eine aktuelle Studie des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge aus dem Jahr 2013 klar bestätigt. Es liegen aber auch noch große Aufgaben vor uns.

Wichtig ist es mir dabei zu betonen: Der größte Beitrag zur Integration erfolgt nicht durch Bund, Länder und Kommunen, sondern durch die Spätaussiedler selbst, über solide Familienstrukturen und landsmannschaftlichen Zusammenhalt. Ich bin deshalb zuversichtlich, dass sich auch diejenigen Spätaussiedler, die infolge der 2013 beschlossenen Gesetzesänderung zu uns kommen werden, schnell bei uns einleben werden.

Im Jahr 2002 wurde die Zuständigkeit des Aussiedlerbeauftragten um die nationalen Minderheiten erweitert. Ich bin somit der zentrale Ansprechpartner für die anerkannten nationalen Minderheiten in Deutschland sowie für die deutschen Minderheiten in Mittel-, Ost- und Südosteuropa und in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion.

Wussten Sie, dass jeder siebte Europäer einer alteingesessenen Minderheit angehört oder eine Regional- oder Minderheitensprache spricht? Sie sind ein nicht wegzudenkender Teil unseres kulturell reichen und vielfältigen Europas!

Leider werden nationale Minderheiten zuweilen immer noch für politische Auseinandersetzungen instrumentalisiert. Besonders dramatisch zeigt sich dieses derzeit in der Ukraine. Dabei besteht mit dem Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten und mit der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen bereits eine gute Grundlage für einen zeitgemäßen Minderheitenschutz. Auch die Stärkung und Weiterentwicklung des Minderheitenschutzes sehe ich als eine zentrale Aufgabe für mich als Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten.

Wenn heute z.B. Angehörige der Roma-Gemeinschaft öffentlich angegriffen oder junge Sorben von radikalen Vertretern der rechten Szene verprügelt werden, dann ist das eine höchst bedenkliche Entwicklung. Hier sind wir alle gefragt, solchen Exzessen gemeinsam entgegenzutreten. Dabei ist Aufklärung der Mehrheitsbevölkerung oberstes Gebot. Ich setze mich deshalb dafür ein, dass in unseren Minderheiten - sowohl in der Sprachenpflege als auch durch öffentliche Akzeptanz - ein Mehrwert für unsere Gesellschaft gesehen wird.

Die deutschen Minderheiten in Europa sowie in den Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion sind die geborenen Brückenbauer zwischen ihren Heimatländern und der Bundesrepublik Deutschland. Brückenbauer sind ebenso die - als Folge des Zweiten Weltkrieges - aus ihrer angestammten Heimat vertriebenen Deutschen. Die Herstellung und die Stärkung von Kontakten zur Zusammenarbeit zwischen den deutschen Heimatvertriebenen einerseits und den in der Heimat verbliebenen Deutschen andererseits habe ich mir zu einem Schwerpunkt meiner Tätigkeit als Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten gemacht.

Einen Einblick in meine Arbeit, meine Ziele und Besuche vor Ort möchte ich Ihnen mit diesem Tätigkeitsbericht für das Jahr 2014 geben.

Hartmut Koschyk MdB

Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten

## Inhaltsverzeichnis


Vorwort ..... 2

1. Amtseinführung durch Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière MdB ..... 12

2. Tag der offenen Tür im Bundesministerium des Innern ..... 13

3. Grundlagen der Aussiedler- und Minderheitenpolitik ..... 15

3.1. Besuch bei der bayerischen Staatsministerin Müller ..... 15

3.2. Bundeskabinett beschließt Bericht zum Schutz nationaler Minderheiten ..... 16

3.3. Förderung der deutschen Minderheiten im Bericht über die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik ..... 17

3.4. Vortrag in der Gruppe Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag ..... 20

3.5. Gespräch mit dem Koordinator der Bundesregierung für die zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit mit Russland, Zentralasien und den Ländern der östlichen Partnerschaft ..... 21

3.6. Gesprächskreistreffen mit Vertretern der autochthonen nationalen Minderheiten beim Innenausschuss im Deutschen Bundestag ..... 22

3.7. Sitzung des BdV-Bundesausschusses ..... 22

3.8. Vortrag in der Arbeitsgruppe „Innen“ der CDU/CSU-Fraktion im Dt. Bundestag ..... 24

3.9. Bundesvorstandssitzung der OMV der CDU/CSU ..... 24

3.10. Novellierung des Bundesvertriebenengesetzes ..... 26

3.11. Im Gespräch mit dem Regionalverband Weimar des BdV ..... 26

3.12. Austausch zur Minderheitenpolitik in der Volksrepublik China ..... 28

3.13. Kabinettsbeschluss zur Einführung des Gedenktages für die Opfer von Flucht und Vertreibung ..... 30

3.14. Zentraler Tag der Heimat 2014 in Berlin ..... 30

3.15. 40-jähriges Gründungsjubiläum der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen .33

3.16. YOU.PA Förderprogramm der Otto Benecke Stiftung .....34

3.17. Konferenz „Umbrüche und Revolutionen in Ostmitteleuropa 1989“.....35

3.18. Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel unterstützt die Belange von Vertriebenen, Aussiedlern und deutschen Minderheiten.....36

3.19. Gespräche zur Minderheiten- und Aussiedlerpolitik in Niedersachsen .....37

3.20. Informationsaustausch mit wissenschaftlichen Einrichtungen im Nordwesten Deutschland .....41

3.21. Im Gespräch mit Vertretern der djo-Deutsche Jugend in Europa.....42

3.22. Stärkung der Deutsch-Chinesischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Minderheitenpolitik vereinbart.....43

3.23. Ein Namensartikel über Dr. Herbert Czaja, der am 5. November 100 Jahre alt geworden wäre.....45

3.24. Medien-Symposium des Deutschen Presserates sowie des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma.....46

3.25. Haushalt 2015: Förderung von Aussiedlern und nationalen Minderheiten bleibt auf bisherigem Niveau .....47

3.26. Vizepremierminister Valeri Dill zu politischen Gesprächen in Berlin.....48

3.27. Symposium „Minderheiten und Volksgruppen im urbanen Raum.....52

3.28. Treffen mit Prof. Dr. Stefan Wolff, Universität Birmingham, zu Fragen des Minderheitenschutzes in Europa.....53

3.29. Festakt anlässlich des 23. Jahrestages der Unabhängigkeit Kasachstans.....54

3.30. Symposium "Grenzen im politischen Meinungskampf - Zum Umgang mit rassistischen Vorurteilen und Diskriminierungsideologien".....55

3.31. Fachveranstaltung in der Begegnungsstätte „Deutsche aus dem Osten“ in Augsburg-Lechhausen .....56

3.32. Symposium der Jugend Europäischer Volksgruppen (JEV) „30 Jahre Minderheitenrechte“ ..... 57

4. Nationale Minderheiten in Deutschland ..... 58

4.1. Gespräch mit dem Minderheitenrat ..... 58

4.2. Sitzung des Beratenden Ausschusses für Fragen des sorbischen Volkes ..... 59

4.3. Sitzung des Beratenden Ausschusses für Niederdeutsch ..... 60

4.4. Themenabend über das deutsch-dänische Grenzland ..... 62

4.5. Sitzung des Beratenden Ausschusses für Fragen der friesischen Volksgruppe ..... 64

4.6. Sitzung des Beratenden Ausschusses für Fragen der dänischen Minderheit ..... 66

4.7. Gespräch mit dem Zentralrat Deutscher Sinti und Roma ..... 68

4.8. Gespräch mit MdB Franz Thönnes ..... 70

4.9. 59. Bundesschwabenball mit Bundestrachtenfest ..... 70

4.10. Interview für die Vierteljahresschrift des Nordfriisk Instituut, Nordfriesland 186 73

4.11. Gespräch mit dem Vorstand der Sinti Allianz Deutschland e.V. ..... 77

4.12. Gespräche mit niedersorbischen Einrichtungen in der Niederlausitz ..... 78

4.13. Besuch bei den Saterfriesen ..... 81

4.14. Im Dialog mit den Vertretern der Minderheiten und Regionalsprachen im Rahmen der Implementierungskonferenz ..... 83

4.15. Bundesminister de Maizière im Gespräch mit dem Minderheitenrat ..... 86

4.16. Konferenz "Charta-Sprachen in Deutschland – Ein Thema für alle!" ..... 88

5. Deutsche Minderheiten im Ausland ..... 91

5.1. Teilnahme am Thementag zum Banat in der rumänischen Botschaft in Berlin ..... 91

5.2. Besuch der Gemeinschaftsausstellung KÖZELÍTÉS - ANNÄHERUNG – ZBLIŻENIA ..... 95

5.3. Im Gespräch mit dem Bund Deutscher Nordschleswiger ..... 98

5.4. Im Gespräch mit der Vizepräsidentin der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV) ..... 99

5.5. Treffen mit rumänischen Abgeordneten des Demokratischen Forums der Deutschen in Rumänien (DFDR) ..... 100

5.6. Politische Gespräche in der Ukraine ..... 101

5.7. Tagung der Deutsch-Rumänischen Regierungskommission ..... 104

5.8. Treffen mit dem Botschafter der Ukraine in Berlin ..... 106

5.9. Gespräch mit Heinrich und Olga Martens zur Situation der nationalen Minderheiten in der Russischen Föderation ..... 107

5.10. Besuch des Präsidenten der gesellschaftlichen Vereinigungen "Wiedergeburt" ... 109

5.11. Treffen mit Vertretern der Deutschen Minderheit in Polen ..... 110

5.12. Eröffnung des 23. Brünner Symposiums, Vortrag "Minderheiten – in der Mitte oder am Rande unserer Gesellschaft?" ..... 111

5.13. Grußwort anlässlich der Eröffnung des FUEV-Kongresses ..... 112

5.14. Besuch der Delegation des "Rates der Deutschen der Ukraine" und Podiumsdiskussion zum Thema „Austausch zur aktuellen Situation der deutschen Minderheit in der Ukraine“ ..... 113

5.15. Empfang des usbekischen Botschafters in der Bundesrepublik Deutschland ..... 116

5.16. Gemeinsamer Antrittsbesuch mit dem Parlamentarischen Staatssekretär Dr. Günter Krings in Warschau ..... 118

5.17. Interview in der „Landeszeitung“, Zeitung der Deutschen in der Tschechischen Republik ..... 120

5.18. Grußwort zur Minderheitenwallfahrt auf dem Sankt Annaberg ..... 124

5.19. Besuch bei der deutschen Minderheit in Oberschlesien ..... 125

5.20. Teilnahme am Weltkongress Deutscher Auslandsschulen ..... 127

5.21. Besuch bei der deutschen Minderheit in der Tschechischen Republik ..... 129

5.22. Informationsreise nach Lettland zur Situation der deutschen Minderheiten ..... 134

5.23. Besuch der "DOMUS RIGENSIS" im Mentzendorff-Haus in Riga ..... 135

5.24. 7. Sitzung der Deutsch-Usbekischen Regierungskonferenz ..... 137

5.25. Usbekistan: Vor-Ort Termine in Taschkent und Tschatkal ..... 139

5.26. 20-jähriges Jubiläum des Deutschen Hauses in Almaty, Kasachstan ..... 143

5.27. 7. Sitzung der Deutsch-Kirgisischen Regierungskonferenz ..... 145

5.28. Kirgisistan: Vor-Ort-Gespräch mit Vizepremierminister Dill und Besuch des Deutschen Hauses in Bischkek ..... 147

5.29. Grußbotschaft zur Einweihung der deutsch-polnischen Schule durch “Pro Liberis Silesiae” in Oppeln ..... 150

5.30. Arbeitsgespräch mit der Landsmannschaft der Donauschwaben e.V. ..... 150

5.31. Roma-Hilfsprojekt der Benediktiner-Abtei Maria Laach in der Slowakei ..... 152

5.32. Gespräch mit dem Demokratischen Forum der Deutschen in Rumänien, Hermannstadt und Eröffnung der Fachveranstaltung „Europa und die Deutschen Minderheiten“ ..... 154

5.33. Empfang bei Klaus Johannis im Rathaus Hermannstadt ..... 156

5.34. Besuch des Carl-Wolff-Altenheims in Hermannstadt ..... 158

5.35. 24. Sachsentreffen unter dem Motto „Wir sind hier“ in Mühlbach ..... 160

5.36. Politischer Austausch mit hochrangigen Vertretern der Stadt Temeswar ..... 161

5.37. Besuch der Wallfahrtskirche Maria Radna ..... 163

5.38. Meinungsaustausch mit Vertretern des Regionalforums Banat, der AMG-Stiftung und der Wirtschaftsstiftung BANATIA in Temeswar ..... 164

5.39. Empfang durch S.E. Bischof Martin Roos, Bistum Temeswar ..... 167

5.40. Diskussionsabend zur Minderheitenpolitik mit Medien- und Wirtschaftsvertretern in Temeswar ..... 168

5.41. Besuch der Sozialstation in Billed ..... 169

5.42. Besuch des Deutschen Kulturzentrums, des “Nikolaus Lenau”-Lyzeums, des Lenau-Museums, des Revolutionsmuseums und Besuch einer Aufführung im Staatstheater Temeswar ..... 170

5.43. Parlamentarischer Abend des Deutsch-Rumänischen Forums und der Rumänischen Botschaft ..... 175

5.44. Informationsaustauch mit der deutschsprachigen Gemeinschaft in Ostbelgien . 178

5.45. Im Dialog mit dem Institut für Auslandsbeziehungen ..... 182

5.46. Landesversammlung der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien in Prag 184

5.47. Internationale Konferenz „Deutsch als Minderheitensprache“ im Goethe-Institut Kiew ..... 187

5.48. Minderheitenpolitik der Ukraine eröffnet neue Perspektiven ..... 189

5.49. Informationsaustausch mit dem Rat der Deutschen in der Ukraine ..... 191

5.50. Meinungsaustausch mit dem Karpatendeutschen Verein in der Slowakei ..... 193

5.51. Besuch der Roma-Siedlung Habeš in der Slowakei ..... 194

5.52. 12. Sitzung der Deutsch-Kasachischen Regierungskommission in Berlin ..... 197

5.53. Besuch der deutschen Gemeinschaft in Argentinien ..... 199

5.54. Gratulation an Klaus Johannis als neuer Präsident Rumäniens ..... 200

5.55. Moderne Minderheitenpolitik Dänemarks ..... 201

5.56. Besuch von Einrichtungen der deutschen Minderheit in Nordschleswig ..... 204

5.57. Jahrestreffen der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten in Berlin ..... 206

5.58. Stärkung der Zusammenarbeit mit dem Institut für Auslandsbeziehungen ..... 209

5.59. Jahresabschlussgespräch mit GIZ-Vorstandssprecherin Gönner ..... 210

5.60. Gespräch mit S.E. Margański, Botschafter der Republik Polen ..... 212

5.61. Führungsspitze des Internationalen Verbandes der Deutschen Kultur zum Gespräch im BMI ..... 213

6. Spätaussiedler und Vertriebene ..... 215

6.1. Treffen mit dem Bundesvorstand der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland ..... 215

6.2. Teilnahme an der Gedenkfeier der Sudetendeutschen Landsmannschaft zum Tag des Selbstbestimmungsrechts in München ..... 216

6.3. Rede zum 62. Landesverbandstag des Bundes der Vertriebenen (BdV) ..... 221

6.4. Gedankenaustausch mit dem Bundesvorsitzenden der Landsmannschaft Schlesiens, Stephan Rauhut ..... 222

6.5. Zu Gast im Haus der Heimat in Nürnberg ..... 224

6.6. Besuch der Aussiedlerkulturtage in Nürnberg; 30 Jahre Aussiedlerbeirat ..... 225

6.7. Im Gespräch mit dem Jugend- und Studentenring der Deutschen aus Russland e.V. (JSDR) ..... 226

6.8. Besuch der Kultur- und Begegnungsstätte „Haus Schlesien“ in Königswinter-Heisterbacherrott ..... 228

6.9. Gespräch mit Vertretern der Konferenz der Aussiedlerseelsorge in der Evangelischen Kirche in Deutschland ..... 229

6.10. Treffen mit der Bundesvorsitzenden der Karpatendeutschen Landsmannschaft Slowakei e.V. ..... 229

6.11. Arbeitsgespräch mit den Vorsitzenden der Landsmannschaften der Siebenbürger Sachsen, Banater Schwaben, Sathmarer Schwaben und Oberwischauer Zipser ..... 231

6.12. Konstituierende Sitzung des Spätaussiedlerbeirates ..... 233

6.13. 66. Bundestreffen der Südmährer 2014 in Geislingen an der Steige ..... 234

6.14. Feierstunde anlässlich des 64. Jahrestages der Unterzeichnung der Charta der deutschen Heimatvertriebenen in Stuttgart ..... 236

6.15. Besuch im Haus der Deutschen aus Russland in Stuttgart ..... 237

6.16. Rede vor dem Thüringer Landtag und Gespräch mit Weihbischof Hauke im Bistum Erfurt über die Aussiedler- und Vertriebenenpolitik der Bundesregierung ..... 240

6.17. Im Gespräch mit der Jugend der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland 241

6.18. Treffen mit dem Visitator für die russlanddeutschen Katholiken ..... 243

6.19. 18. Tage der russlanddeutschen Kultur der Landesgruppe Berlin-Brandenburg der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland ..... 244

6.20. Eröffnung der Sonderausstellung im Museum für Russlanddeutsche Kulturgeschichte in Detmold ..... 245

6.21. Weihnachtsfeier im Grenzdurchgangslager Friedland ..... 246

6.22. Besuch der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft der Banater Schwaben in München ..... 248

7. Weiterführende Informationen ..... 250

Impressum ..... 251

# 1. Amtseinführung durch Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière MdB

Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière MdB hat mich am 8. Januar 2014 im Bundesministerium des Innern in mein neues Amt als Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten eingeführt.

*Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière MdB gemeinsam mit dem Bundestagsabgeordneten und Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten Hartmut Koschyk MdB*

Quelle: BMI

Als Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten nehme ich im Wesentlichen folgende Aufgaben wahr:

Für die Spätaussiedler bin ich zentraler Ansprechpartner auf Bundesebene und verantwortlich für die Koordination des Aufnahmeverfahrens und der Integrationsmaßnahmen mit Bund, Ländern und Gemeinden sowie der im Eingliederungsbereich tätigen Kirchen, des Bundes der Vertriebenen und der ihm angeschlossenen Landsmannschaften, der Wohlfahrtsverbände und weiteren in diesem Bereich engagierten gesellschaftlichen Gruppen.

Zusätzlich betreue ich die in den Herkunftsgebieten der Aussiedler verbliebenen Deutschen, koordiniere die Maßnahmen der Hilfenpolitik und übernehme den Ko-Vorsitz der bestehenden Regierungskommissionen zu Angelegenheiten der deutschen

Minderheiten. Als Beauftragter für Aussiedlerfragen bin ich verantwortlich für die Informationsarbeit im Inland und bei den deutschen Minderheiten im Ausland. Im Zuständigkeitsbereich für die nationalen Minderheiten bin ich der zentrale Ansprechpartner auf Bundesebene. Ich vertrete die Bundesregierung in den bestehenden und möglicherweise künftig zu schaffenden Kontaktgremien.

Meinen Amtsantritt habe ich für intensive Gespräche mit den für meinen Verantwortungsbereich tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der zuständigen Abteilung „Migration; Integration; Flüchtlinge; Europäische Harmonisierung“ des Bundesministeriums des Innern genutzt und mir einen Überblick über meine Aufgaben verschafft.

An meiner Amtseinführung nahmen auch die beiden verbeamteten Staatssekretärinnen im BMI, Cornelia Rogall-Grothe und Dr. Emily Haber, teil.

## 2. Tag der offenen Tür im Bundesministerium des Innern

In Zusammenarbeit mit Vertretern der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V. und dem Minderheitensekretariat informierten meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über meine Arbeit, Ziele und Schwerpunkte am Tag der offenen Tür im Bundesministerium des Innern im August 2014.

Mit großer Freude habe ich gemeinsam mit meinem Bundestagskollegen Heinrich Zertik MdB und den Partnern am Stand, dem Minderheitensekretariat und der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, den Bundesinnenminister begrüßt.

Bundesinnenminister de Maizière zeigte sich beeindruckt von der Themenvielfalt und dem Einsatz, den die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Minderheitensekretariats, der Landsmannschaft und des BMI zeigten.

Das Minderheitensekretariat war mit den vier nationalen Minderheiten vertreten, die die Besucher und Besucherinnen mit viel Leidenschaft über die Historie und aktuelle Projekte informierten.

*Bundesinnenminister de Maizière, Koschyk und Zertik mit den Vertreterinnen und Vertretern des Minderheitensekretariats*

Quelle: BMI

Beim Gewinnspiel wurden zwei Tickets für das Helene Fischer Konzert am 14. November 2014 in der ausverkauften O2-World verlost. Helene Fischer kam 1988 mit vier Jahren aus dem sibirischen Krasnojarsk nach Deutschland und ist heute ein überzeugendes Beispiel dafür, wie bereichernd junge Deutsche aus Russland für unsere Gesellschaft sind. Ihr Weg soll auch anderen Menschen verschiedener Herkunft Mut machen und Ansporn sein, in Deutschland Fuß zu fassen.

*Hartmut Koschyk mit Heinrich Zertik bei der Gewinnerziehung*

Quelle: BMI

# 3. Grundlagen der Aussiedler- und Minderheitenpolitik

## 3.1. Besuch bei der bayerischen Staatsministerin Müller

Kurz nach meinem Amtsantritt besuchte ich die bayerische Staatsministerin für Arbeit und Soziales, Familie und Integration, Frau Emilia Müller MdL, am 23. Januar 2014 in München. Im Gespräch, in dem es auch um das klare Bekenntnis der Bundesregierung zum Amt des Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten ging, betonte sie: *"Die Fortführung und Beibehaltung des Amtes ist ein klares Signal dafür, dass diese Thematik der Bundesregierung weiterhin wichtig ist. Mit Hartmut Koschyk MdB wird ein ausgewiesener Experte im Bereich des Themas Vertriebene, Spätaussiedler und deutsche Minderheit dieses Amt innehaben. Ich freue mich auf eine gute Zusammenarbeit."*

*Aussiedlerbeauftragter Koschyk mit der bayerischen Staatsministerin Müller*

Quelle: www.koschyk.de

Im Gespräch konnte ich die hohen Leistungen und Verdienste Bayerns im Hinblick auf die gelungene Integration und die nachhaltige Bewahrung der Kultur der Heimatvertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler, insbesondere der Deutschen aus Russland, hervorheben: *"Bayern leistet Vorbildhaftes, um Geschichte, Kultur, Leistung und Schicksal der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler im Sinne von § 96 BVFG im Bewusstsein zu halten. Bayern und der Bund stehen beispielsweise bei der Förderung des Sudetendeutschen Museums, des Ostpreußischen Kulturzentrums in Ellingen und des Kunstforums Ostdeutsche Galerie in Regensburg Seite an Seite."*

Mein besonderes Anliegen - neben den Minderheiten in Deutschland - sind die Deutschen in den östlichen Ländern Europas. Staatsministerin Emilia Müller betonte, dass die deutschen Minderheiten beim Erhalt ihrer deutschen Sprache gestützt werden müssen: *"Der Erhalt der deutschen Sprache ist wichtig, damit die deutschen Minderheiten ihre Identität wahren und ihre Kultur, ihre Traditionen und ihr Brauchtum erhalten können."*

Ich freue mich, in all diesen Fragen eng und vertrauensvoll mit der bayerischen Staatsministerin zusammenzuarbeiten.

## 3.2. Bundeskabinett beschließt Bericht zum Schutz nationaler Minderheiten

Am 5. Februar 2014 hat das Bundeskabinett den Vierten Bericht der Bundesrepublik Deutschland zum Rahmenübereinkommen des Europarats zum Schutz nationaler Minderheiten beschlossen. Dieser gibt Aufschluss über die Fortschritte in den letzten fünf Jahren, die Bund und Länder durch aktuelle Schutz- und Fördermaßnahmen für die vier in Deutschland anerkannten nationalen Minderheiten erreicht haben. Zu den in Deutschland anerkannten nationalen Minderheiten zählen die dänische Minderheit, die friesische Volksgruppe, das sorbische Volk sowie die deutschen Sinti und die deutschen Roma.

Als Beauftragter der Bundesregierung kann ich hervorheben: "*Die Minderheitenpolitik in Deutschland hat in der Vergangenheit große Fortschritte erzielt. Dies dokumentiert der vorliegende Bericht. In vielen Bereichen hat die deutsche Minderheitenpolitik Vorbildcharakter für andere europäische Staaten. Gleichwohl kann der Stellenwert der nationalen Minderheiten in der deutschen Gesellschaft sicherlich noch verbessert werden. Im Jahr der EU-Parlamentswahlen kommt dem Thema auch auf EU-Ebene eine besondere Bedeutung zu. Minderheitenpolitik auf deutscher wie auf europäischer Ebene muss mit Empa-*

*thie begegnet werden, nationale Minderheiten benötigen nicht nur Toleranz, sondern gesamtgesellschaftliche Akzeptanz!"*

Mit Blick darauf habe ich alle vier nationalen Minderheiten in Deutschland in ihren Heimatregionen bzw. Institutionen besucht, um mich vor Ort mit den Minderheitenvertretern zu treffen und mich über die Gegebenheiten und Probleme an Ort und Stelle zu informieren.

Der Vierte Staatenbericht der Bundesrepublik Deutschland zum Rahmenübereinkommen des Europarats zum Schutz nationaler Minderheiten ist auf meiner Homepage www.aussiedlerbeauftragter.de unter der Rubrik Publikationen abrufbar.

## 3.3. Förderung der deutschen Minderheiten im Bericht über die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik

Die Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Frau Prof. Dr. Maria Böhmer MdB, stellte am 12. Februar 2014 im Deutschen Bundestag den Bericht über die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) 2012 / 2013 vor.

Darin wird auch über die Förderung der deutschen Minderheiten in Mittel-, Ost- und Südosteuropa einschließlich nichteuropäischer Nachfolgestaaten der UdSSR berichtet:

"In den Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas einschließlich nichteuropäischer Nachfolgestaaten der UdSSR leben heute noch ca. 1 Mio. Angehörige der deutschen Minderheiten. Die Zusammenarbeit mit diesen deutschen Minderheiten und ihre Unterstützung durch den deutschen Staat stehen im Zeichen einer besonderen historischen Verpflichtung.

Für die Bundesregierung gehört die Solidarität mit den vom schweren Kriegsfolgenschicksal Betroffenen zur Aufarbeitung des Krieges und der nationalsozialistischen

Gewaltherrschaft. Politisches Ziel ist außerdem, die deutschen Minderheiten in ihren Bemühungen zu unterstützen, sich als gesellschaftliche Akteure in ihren Titularstaaten und als friedensstiftende Bindeglieder zu Deutschland positiv einzubringen. Die kulturellen Überlieferungen in diesen Regionen prägen das deutsche Selbstverständnis als Kulturnation bis heute mit und bestärken die deutschen Minderheiten vor Ort in ihrer Identität. Die Unterstützung durch die Bundesregierung trägt dazu bei, dieses jahrhundertealte kulturelle Erbe zu erhalten. Als ein Kulturerbe von nationaler und europäischer Bedeutung nimmt es einen festen Platz in der deutschen Geschichte und Erinnerung ein.

Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien fördert grenzüberschreitende Kooperationen, die sich mit der Erforschung und kulturellen Vermittlung des reichhaltigen kulturellen Erbes der deutschen Minderheiten befassen oder dem Erhalt von Baudenkmälern dienen. Für die Bundesregierung haben Erhalt und Pflege von Sprache und Kultur der deutschen Minderheiten einen hohen Stellenwert. Leitbild unserer Bemühungen ist die Wiederherstellung und Unterstützung muttersprachlicher Traditionen.

Das Bundesministerium des Innern unterstützt vor allem gemeinschaftsfördernde, identitäts- und verbandsstärkende Maßnahmen, sozial-humanitäre Projekte, Maßnahmen in wirtschaftsbezogenen Bereichen sowie die Förderung des Aufbaus zukunftsfähiger Selbstverwaltungen. Der solidaritätsbegründeten Förderung der deutschen Minderheiten gilt eine besondere Aufmerksamkeit, die auch in Zukunft bewahrt werden soll. Das BMI gewährte im Jahr 2012 Fördermittel in Höhe von 18,381 Mio. Euro.

Das Auswärtige Amt unterstützt kulturelle Projekte der deutschen Minderheiten in Mittel- und Osteuropa und der GUS. Für die Förderung kultureller, sprach- und bildungspolitischer Vorhaben stehen jährlich rund 4 Mio. Euro zur Verfügung. Diese Maßnahmen werden überwiegend unter Beteiligung der verschiedenen deutschen Mittler wie dem Institut für Auslandsbeziehungen, dem Goethe-Institut, dem Deut-

schen Akademischen Austauschdienst und der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen und auf Initiative der Organisationen der deutschen Minderheiten realisiert. Darüber hinaus unterstützen auch die deutschen Auslandsvertretungen Projekte deutscher Minderheiten vor Ort.

Zur Unterstützung des Erhalts muttersprachlicher Traditionen fand am 17. und 18. Juni 2013 in Hermannstadt (Rumänien) eine Tagung unter dem Titel "Deutsch als Identitätssprache der deutschen Minderheiten in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa sowie in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion" statt. Diese Konferenz formulierte Ideen und Ziele, die die Nachhaltigkeit der Förderpolitik hinsichtlich der Sprachbindung der deutschen Minderheiten verbessern sollen. Von besonderer Vorbildwirkung ist das traditionelle Schulwesen der rumänischen Schulen in der Sprache der deutschen Minderheit und der Schulzentren der deutschen Minderheit in Ungarn.

In Polen leben nach Schätzungen etwa 300.000 bis 350.000 Angehörige der deutschen Minderheit. Ihre Minderheitenrechte sind in der polnischen Verfassung und im deutschpolnischen Nachbarschaftsvertrag vom 17. Juni 1991 garantiert. 2003 hat die Republik Polen die Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen unterzeichnet und im Jahr 2009 ratifiziert. In einer die Ratifizierung begleitenden Erklärung hat Polen Deutsch - neben 14 anderen Sprachen - als Minderheitensprache anerkannt. Die Belange der deutschen Minderheit - vor allem ein höheres bilinguales Bildungsangebot im vorschulischen und schulischen Bereich - werden auf politischer Ebene im Einvernehmen mit Polen am "Runden Tisch zu Fragen der Förderung der deutschen Minderheit in Polen und der polnischstämmigen Bürger und Polen in Deutschland" behandelt. Deutschland unterstützte die deutsche Minderheit in Polen in ihrer kulturellen Arbeit aus dem Haushalt des AA im Jahr 2012 mit einem Betrag in Höhe von rd. 1,366 Mio. Euro. Die Schwerpunkte lagen auf der Förderung der deutschen Sprache sowie auf Jugend-, Kultur- und Medienprojekten. Aus dem Haushalt des BMI wurde die deutsche Minderheit im Jahr 2012 mit rd. 859.000 Euro unterstützt.

In Gemeinsamen Regierungskommissionen für die Angelegenheiten der deutschen Minderheiten trafen sich deutsche Regierungsvertreter in den Jahren 2012 und 2013 jeweils mit Regierungsvertretern der Russischen Föderation, Rumäniens, Kasachstans sowie Usbekistans mit dem Ziel, die Hilfen Deutschlands und der Heimatländer für die deutschen Minderheiten in den jeweiligen Ländern abzustimmen. Im Jahr 2012 fand ein entsprechendes Treffen zusätzlich mit Regierungsvertretern Kirgisistans statt. Außerdem tagte die Deutsch-Ungarische Unterkommission der Gemischten Kulturkommission zur Förderung der deutschen Minderheit in Ungarn im Oktober 2013."

## 3.4. Vortrag in der Gruppe Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Auf der parlamentarischen Ebene konnte ich am 18. März 2014 bei der Gruppe Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion über meine ersten Eindrücke als neuer Bundesbeauftragter berichten sowie meine künftigen Arbeitsschwerpunkte vorstellen. In der nachfolgenden Diskussion waren alle Aufgabenbereiche des Amtes Thema, besonders intensiv tauschte ich mich mit den Abgeordneten jedoch über meine gerade stattgefundenen Treffen mit den nationalen Minderheiten in Deutschland sowie über eine bevorstehende Reise in die Ukraine aus.

Die Gruppe Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten ist eine von sechs sog. „soziologischen Gruppen“ der CDU/CSU-Fraktion und umfasst zurzeit 70 Bundestagsabgeordnete. Von 1990 bis 2002 war ich selbst Vorsitzender. Soweit es meine Termine zulassen, nehme ich an den Sitzungen der Gruppe teil, die jeweils während einer Sitzungswoche in Berlin stattfinden.

## 3.5. Gespräch mit dem Koordinator der Bundesregierung für die zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit mit Russland, Zentralasien und den Ländern der östlichen Partnerschaft

Am 10. April 2014 habe ich mich mit Gernot Erler MdB, dem Koordinator der Bundesregierung für die zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit mit Russland, Zentralasien und den Ländern der östlichen Partnerschaft, getroffen. Hierbei konnte ich mich mit Erler ausführlich zum Thema „Rehabilitierung der Angehörigen der deutschen Minderheit in der Russischen Föderation“ austauschen. Mit dem Gesetz der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik „Über die Rehabilitierung der repressierten Völker“ vom 26. April 1991 wurde die gesetzliche Grundlage für eine Rehabilitierung der deutschen Minderheit in der Russischen Föderation geschaffen. Erler MdB und ich waren uns einig, dass der Umsetzungsprozess von deutscher Seite aus aktiv weiter unterstützt werden muss. Trotz des Gesetzes wurde eine vollständige Rehabilitierung bislang nicht erreicht.

Weiteres Thema war der Entwurf eines deutsch-russischen Abkommens über die Zusammenarbeit in Fragen der Förderung der ethno-kulturellen Entwicklung der Russlanddeutschen in der Russischen Föderation und der Aussiedler aus der Russischen Föderation und der Sowjetunion in der Bundesrepublik Deutschland.

Darüber hinaus konnte ich mit Gernot Erler MdB intensiv die Förderung der deutschen Minderheit in der Ukraine - auch in Bezug auf die aktuelle Lage in der Ukraine - erörtern.

## 3.6. Gesprächskreistreffen mit Vertretern der autochthonen nationalen Minderheiten beim Innenausschuss im Deutschen Bundestag

Am 4. Juni 2014 fand das Gesprächskreistreffen mit Vertretern der vier autochthonen Minderheiten beim Innenausschuss statt. Themen des Gespräches waren:

- Die Sprachkonferenz,
- die Bedeutung der FUEV und die Zukunft des Hauses der Minderheiten in Flensburg,
- Grundsätze der Minderheitenpolitik,
- rassistisch diskriminierende Wahlkampfkampagnen,
- die Studie des Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma „Antiziganismus in der deutschen Öffentlichkeit - Strategien und Mechanismen medialer Kommunikation“.

## 3.7. Sitzung des BdV-Bundesausschusses

*Hartmut Koschyk mit Erika Steinbach, Michaela Hriberski und Klaus Schuck (v.l.n.r)*

Quelle: BdV

Es war eine denkwürdige Sitzung des Bundes der Vertriebenen (BdV) - Bundesausschusses im Bonner "Haus der Geschichte" am 6. Juli 2014, bei der ich über meine Ar-

beit als Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten berichtete.

Bei dieser Sitzung kündigte die Präsidentin des BdV, Frau Erika Steinbach MdB, an, nach 16-jähriger Amtszeit bei den turnusgemäßen Neuwahlen nicht wieder für das Amt der BdV-Präsidentin zu kandidieren. Erika Steinbach begründete ihren Schritt einerseits mit dem von ihr gewünschten Generationswechsel. Zum anderen habe sie mit der Realisierung der Stiftung "Flucht Vertreibung Versöhnung" und der Verankerung eines nationalen Gedenktages für die Heimatvertriebenen im Koalitionsvertrag Marksteine für den Verband setzen können. Was ihre Nachfolge anbelangt, gab die amtierende BdV-Präsidentin vor dem BdV- Bundesauschuss keinerlei Wahlempfehlung.

Altersbedingt scheidet im September 2014 die seit 1991 amtierende Generalsekretärin des Verbandes, Frau Michaela Hriberski, aus. Die Juristin war insgesamt 36 Jahre für den Verband tätig und hat sich vor allem als Expertin des Vertriebenen- und Aussiedlerrechts einen Namen gemacht. Als Nachfolger Hriberskis bestimmte das BdV-Präsidium deren langjährigen Vertreter, Herrn Klaus Schuck.

BdV-Präsidentin Erika Steinbach MdB dankte mir für meinen Einsatz als Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten. Steinbach erinnerte auch an meinen Einsatz als BdV-Generalsekretär in den Jahren 1987 - 1991, wo ich mich vor allem für den Aufbau von BdV-Verbandsstrukturen in den neuen Bundesländern, aber auch durch die Einleitung von Unterstützungsmaßnahmen der Deutschen Minderheiten in den Mittel- und Osteuropäischen Staaten gekümmert habe.

## 3.8. Vortrag in der Arbeitsgruppe „Innen“ der CDU/CSU-Fraktion im Dt. Bundestag

Auf Einladung des Vorsitzenden Herrn Stephan Mayer MdB referierte ich am 24. Juni 2014 in der Arbeitsgruppe „Innen“ der CDU/CSU-Fraktion über meine bisherigen Erfahrungen als Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten und über meine aussiedler- und minderheitenpolitischen Vorhaben in der nächsten Zeit. Dabei konnte ich auch von meinen Eindrücken aus den Reisen nach Ungarn, Rumänien, Polen, Tschechien sowie in die Ukraine berichten.

Ich war mir mit den Abgeordneten einig, dass die Bundespolitik in allen Aufgabenfeldern meines Amtes als Beauftragter - Angelegenheiten der Aussiedler, der anerkannten nationalen Minderheiten in Deutschland sowie der deutschen nationalen Minderheiten in Mittel- und Osteuropa – in den nächsten Jahren vor großen Herausforderungen steht.

## 3.9. Bundesvorstandssitzung der OMV der CDU/CSU

Auf Einladung von Herrn Helmut Sauer, Vorsitzender der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV), habe ich in der Sitzung des OMV-Bundesvorstandes am 30. Juni 2014 über aktuelle Entwicklungen und Schwerpunkte in meinem Aufgabenbereich berichtet.

Im Vordergrund des Dialogs standen die Sprach- und Kulturförderung nationaler Minderheiten in Deutschland und deutscher Minderheiten im Ausland sowie das Aufnahmeverfahren und die Integrationsmöglichkeiten für Spätaussiedler aus Russland und anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion.

Besonders positiv konnte ich die enge Zusammenarbeit der nationalen Minderheiten in Deutschland mit den deutschen Minderheiten im Ausland sowie das große Interes-

se der Jugendlichen hervorheben, das ich bei meinen Vor-Ort-Besuchen erleben durfte. Dabei beeindruckte mich besonders das hohe Maß an Engagement, mit dem sich die Angehörigen der Minderheiten einbringen. Neben Gesprächen mit Selbstorganisationen sowie Politik und Kirche stand auch das Schulwesen im Fokus meiner Besuche.

*Hartmut Koschyk mit Helmut Sauer und Klaus Brähmig sowie weiteren Mitgliedern und ständigen Gästen der OMV*

Quelle: OMV

Ich betonte in diesem Zusammenhang aber auch, dass ich eine Vorstellung davon bekommen habe, wie schwer es doch im Alltag für die Minderheiten oft ist, die eigene Herkunftssprache und Kultur zu pflegen und auch an künftige Generationen weiterzugeben. Gerade dort sehe ich einen Schwerpunkt meiner Arbeit: *"Es liegt in der Verantwortung der Bundesregierung und mir als Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, durch ein klares Bekenntnis zu den nationalen Minderheiten in Deutschland und den deutschen Minderheiten im Ausland diese gewinnbringend und zielorientiert zu unterstützen. Mir ist es deshalb besonders wichtig, dass Entscheidungen über Fördermaßnahmen auch in Absprache mit den Minderheiten vor Ort erfolgen."*

Ein weiteres wichtiges Thema bei der OMV-Vorstandssitzung waren die Auswirkungen des 10. Gesetzes zur Änderung des Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetzes (BVFG), das am 14. September 2013 in Kraft getreten ist. Dieses erleichtert den Nach-

zug von Angehörigen der bereits in Deutschland lebenden Spätaussiedler sowie die Aufnahme von Spätaussiedlern mit Wohnsitz in den Aussiedlungsgebieten.

Aufgrund der Änderungen hat sich die Anzahl der beim Bundesverwaltungsamt eingehenden Aufnahmeanträge deutlich erhöht. Ich betonte, dass ich diesbezüglich in engem Kontakt mit dem zuständigen Bundesverwaltungsamt stehe. Auch mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, das für die vielfältigen Integrationsangebote zuständig ist, findet ein regelmäßiger Austausch statt. Ich habe beide Behörden bereits kurz nach meinem Amtsantritt besucht.

## 3.10. Novellierung des Bundesvertriebenengesetzes

Im Herbst 2013 hat der Deutsche Bundestag eine Novellierung des Gesetzes über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (BVFG) beschlossen.

In einigen Fällen führt dies zu wesentlichen Änderungen für Personen in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion, die mit der Anerkennung als Spätaussiedler in die Bundesrepublik Deutschland einreisen möchten.

Die wichtigsten Änderungen zum BVFG sind als Publikation auf meiner Homepage www.aussiedlerbeauftragter.de veröffentlicht und stehen sowohl in deutscher als auch in russischer Sprache als Download zur Verfügung.

## 3.11. Im Gespräch mit dem Regionalverband Weimar des BdV

Gemeinsam mit dem thüringischen Innenminister Jörg Geibert habe ich den Regionalverband Weimar des Bundes der Vertriebenen besucht. Anlass des Besuches war das Projekt der Sanierung des jüdischen Friedhofs in der schlesischen Stadt Ohlau/Oława, die im letzten Jahr gemeinsam durch den BdV-Regionalverband Weimar, den BdV-Landesverband Thüringen, der Stadtverwaltung Oława sowie der jüdi-

schen Gemeinde von Breslau durchgeführt wurde. Auch die Landesregierung von Thüringen hat das Projekt maßgeblich unterstützt.

*Koschyk mit dem Innenminister Thüringens Geibert sowie Frau Wickert (BdV Weimar), Herrn Pilawa (Vertreter der deutschen Volksgruppe, im Niederschlesischen Parlament), Herrn Scholz (BdV Weimar), Herrn Ratz (Vorsitzender BdV Weimar), Herrn Handke (BdV Weimar), und Frau Welcher (BdV Weimar)*

Quelle: BMI

Der Friedhof des etwa 25 km südöstlich von Breslau gelegenen Städtchens Ohlau ist die letzte Ruhestätte vieler schlesischer Persönlichkeiten jüdischen Glaubens. Am bekanntesten dürften unter ihnen die Angehörigen der Familie Pringsheim sein, aus der die Ehefrau des Literatur-Nobelpreisträgers Thomas Mann, Katia Mann, stammte. Der Friedhof wurde 1938 wie viele andere im damaligen Deutschen Reich von den Nationalsozialisten geschändet, in dem die Grabsteine umgestoßen wurden, anschließend verwilderte das Grundstück. Dank des Einsatzes und der freundschaftlichen Zusammenarbeit vieler konnte die Sanierung 2013 abgeschlossen werden.

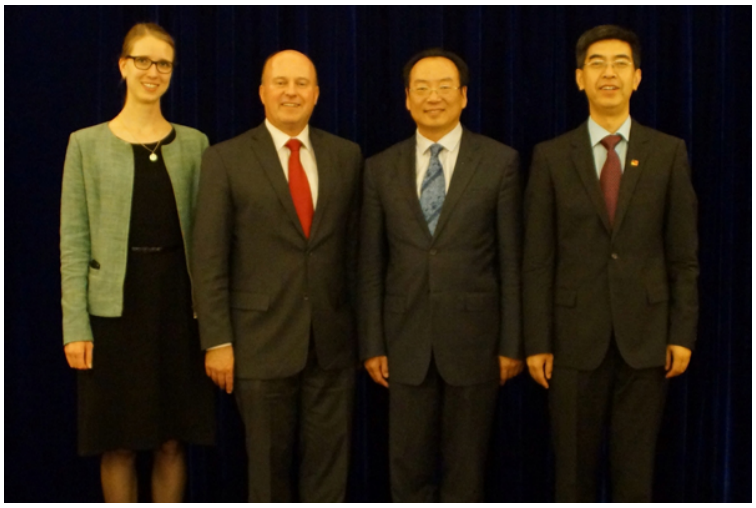
Ich dankte dem Bund der Vertriebenen in Weimar und in Thüringen sowie der thüringischen Landesregierung für dieses gelebte Beispiel der deutsch-polnisch-jüdischen Verständigung und Versöhnung.

Der Vorsitzende des Regionalverbandes Clarsen Ratz versicherte mir, dass sich der BdV Weimar auch weiterhin für eine Verständigung mit den Nachbarn in Mittel- und Osteuropa einsetzen wird. Innenminister Jörg Geibert dankte dem BdV für seine grenzüberschreitende Arbeit und sicherte hierfür auch künftig die Unterstützung der Landesregierung zu.

## 3.12. Austausch zur Minderheitenpolitik in der Volksrepublik China

Im August habe ich in der chinesischen Hauptstadt Peking Gespräche über die Minderheitenpolitik in beiden Ländern geführt.

So informierte ich die für Europa zuständigen Abteilungsleiter der Auswärtigen Gesellschaft der Volksrepublik China, Song Jingwu und Hongwei Lü, über die Grundzüge der Politik der Bundesregierung im Hinblick auf die nationalen Minderheiten in Deutschland und die deutschen Minderheiten in Mittel- und Osteuropa sowie der ehemaligen Sowjetunion.



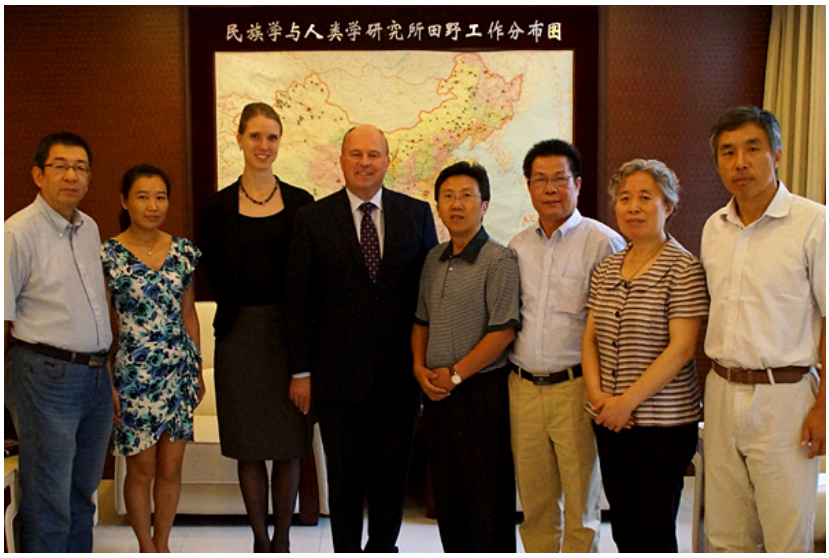
*Gruppenaufnahme in der Auswärtigen Gesellschaft der Volksrepublik China*

Quelle: BMI

Die chinesische Seite zeigte dabei großes Interesse an den rechtlichen Vorgaben auf europäischer, deutscher und Länderebene in Sachen Minderheitenschutz. Auch die

bilateralen Vereinbarungen Deutschlands zum Schutz deutscher Minderheiten in Mittel- und Osteuropa sowie den GUS-Staaten stießen auf starkes Interesse. Breiten Raum des Meinungsaustausches nahmen die minderheitenrechtlichen Aspekte des Ukraine-Russland-Konfliktes ein. Die Auswärtige Gesellschaft der Volksrepublik China arbeitet eng mit dem chinesischen Außenministerium zusammen.

Außerdem habe ich in Peking das Zentrale Forschungsinstitut für Minderheitenfragen der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften besucht.




*Gruppenaufnahme im Forschungsinstitut für Minderheitenfragen*

Quelle: BMI

Diese Forschungseinrichtung ist auf dem Campus der Minderheiten-Universität in Peking angesiedelt. Über 100 Wissenschaftler beschäftigen sich mit allen Aspekten der in der Volksrepublik China lebenden Minderheiten, aber auch der Millionen von Auslandschinesen. Neben der breiten Forschungstätigkeit, die mir der stellvertretende Institutsdirektor Fang Yong und weitere Wissenschaftler darlegten, arbeitet die zentrale Wissenschaftseinrichtung der Volksrepublik China auch stark anwendungsorientiert. So berät das Institut die chinesische Regierung und weitere staatliche Stellen und schlägt konkrete legislative sowie exekutive Maßnahmen vor.

Ich informierte die chinesischen Wissenschaftler über die Grundsätze deutscher und europäischer Minderheitenpolitik sowie die Unterstützung deutscher Minderheiten in Europa und der Welt. Das Institut äußerte das Interesse an einer Fortsetzung des Austausches in Fragen des Minderheitenschutzes und der Minderheitenpolitik.

## 3.13. Kabinettsbeschluss zur Einführung des Gedenktages für die Opfer von Flucht und Vertreibung

Ich begrüße den Beschluss des Bundeskabinetts, jährlich am 20. Juni der Opfer von Flucht und Vertreibung zu gedenken, und sehe den Gedenktag als wichtiges Zeichen der Verbundenheit mit den deutschen Heimatvertriebenen.

Die Bundesregierung trägt damit der historischen Tatsache Rechnung, dass diese Vertreibungen nicht ohne den durch das nationalsozialistische Deutschland entfesselten Zweiten Weltkrieges sowie die damit verbundenen Verbrechen gegenüber den europäischen Juden und Millionen anderer Menschen möglich gewesen wären.

Für mich bietet die Ausrufung des Gedenktages für die Opfer von Flucht und Vertreibung ebenso wie die 2008 gleichfalls durch die Bundesregierung eingerichtete Stiftung Flucht, Vertreibung und Versöhnung die große Chance, der deutschen Opfer von Flucht und Vertreibung zu gedenken und die gewaltigen Aufbauleistungen der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland wie auch in der früheren DDR angemessen zu würden. Durch die Verbindung mit dem bereits bestehenden UNO-Weltflüchtlingstag werden die weltweite Dimension und die hohe Aktualität von Flucht und Vertreibung eindrucksvoll verdeutlicht.

## 3.14. Zentraler Tag der Heimat 2014 in Berlin

In meiner Funktion als Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten habe ich an der zentralen Festveranstaltung zum Tag der Heimat 2014 in Berlin teilgenommen.

Der Bund der Vertriebenen zeichnete Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel mit der Ehrenplakette in Gold aus. Die Bundeskanzlerin nannte es eine „gesamtgesellschaftliche Aufgabe“, sich für die Vertriebenen einzusetzen und die Erinnerung an ihr Schicksal wachzuhalten, und bezog dieses ausdrücklich auf alle Deutschen: *„Auch Deutsche, die keine familiären Wurzeln östlich der Oder haben, sollten wissen, dass Breslau, Königsberg und Stettin einmal deutsche Städte waren, dass die Ostpreußen Johann Gottfried Herder, Immanuel Kant und Käthe Kollwitz das deutsche Kultur- und Geistesleben ebenso geprägt haben wie der Schlesier Gerhart Hauptmann oder der in Prag geborene Rainer Maria Rilke und dass die Siebenbürger Sachsen oder die Russlanddeutschen ihre eigene Kultur und ihr eigenes Brauchtum haben wie die Bayern, Sachsen oder Württemberger. Dieses Erbe ist nicht wegzudenken. Es ist ein Teil unserer kulturellen Identität in Deutschland und darüber hinaus in ganz Europa.“*

*Die Präsidentin des BdV Erika Steinbach überreicht Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel die Ehrenplakette in Gold*

Quelle: BMI

Angela Merkel bekannte sich auch klar zur Verantwortung der deutschen Politik gegenüber den deutschen Minderheiten in Mittel-, Ost- und Südosteuropa. Sie sollen bei der Wahrung und Pflege ihrer kulturellen und sprachlichen Wurzeln unterstützt werden, damit sie dort ihre Zukunft gestalten können. Gleichzeitig bleibt für sie aber die

Möglichkeit bestehen, im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen nach Deutschland auszusiedeln. Durch eine Novellierung des Bundesvertriebenengesetzes ist insbesondere die Familienzusammenführung erheblich erleichtert worden.

Die Bundeskanzlerin dankte dem Bund der Vertriebenen für seine jahrzehntelange Politik der Versöhnung: *„Die deutschen Vertriebenen sind den Weg der Versöhnung seit vielen Jahrzehnten gegangen. Ich weiß, dass viele von Ihnen sich schon frühzeitig durch grenzüberschreitende Initiativen und den Aufbau freundschaftlicher Kontakte in die Heimat besonders um Verständigung und Versöhnung verdient gemacht haben. Sie haben neue Brücken zu unseren Nachbarn geschlagen und damit das geeinte Europa mitgeprägt. Hierfür ebenso wie für Ihr gesamtes, meist ehrenamtliches Engagement danke ich Ihnen sehr.“*

*Bundesbeauftragter Koschyk und Bundesminister Dr. Christian Schmidt mit dem Träger des sudetendeutschen Karlspreises Milan Horáček*

Quelle: BMI

*Bundesbeauftrager Koschyk mit dem ungarischen Parlamentspräsidenten László Kövér, dem ungarischen Botschafter in Berlin József Czukor und dem ungarndeutschen Fürsprecher im ungarischen Parlament, Imre Ritter*

Quelle: BMI

Besonders würdigte die Bundeskanzlerin die scheidende Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach. Sie sei in den 16 Jahren ihrer Amtszeit die „wichtigste und vernehmbarste Stimme der deutschen Heimatvertriebenen“ gewesen. Dass 2008 die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung errichtet wurde und 2013 mit dem Umbau des Deutschlandhauses zum Ausstellungs-, Dokumentations- und Informationszentrum begonnen werden konnte, sei ihr „großer, auch sehr persönlicher Verdienst“.

Ich würdige die Rede der Kanzlerin als eindrucksvolles Bekenntnis zu den deutschen Vertriebenen, Aussiedlern und in der Heimat verbliebenen Deutschen und nutzte die Festveranstaltung zu vielen Gesprächen mit in- und ausländischen Politikern.

## 3.15. 40-jähriges Gründungsjubiläum der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen

Anlässlich des 40. Gründungsjubiläums der Kulturstiftung der Vertriebenen habe ich im Rahmen der Festveranstaltung am 17. September in Bonn ein Grußwort gehalten.

Die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen wurde 1974 auf die maßgebliche Initiative des damaligen Präsidenten des Bundes der Vertriebenen Dr. Herbert Czaja (1914 – 1997) mit dem Ziel gegründet, das Bewusstsein an Flucht und Vertreibung von Millionen Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg wachzuhalten sowie Wissen über die Geschichte und die Kultur der Deutschen im östlichen Europa in Teile des deutschen Volkes hineinzutragen. Ab 1990 widmete sie sich auch der Begegnung und dem Austausch mit wissenschaftlichen Einrichtungen in den Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas.

In meiner Rede dankte ich Namens der Bundesregierung der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, den Mitgliedern deren Gremien, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, vor allem aber den nicht zu zählenden, in unterschiedlichster Art und Weise mitwirkenden ehrenamtlichen Helfern sowie den Spenderinnen und Spendern ganz

herzlich: *„Ihre Arbeit dient nicht nur der Sache der Vertriebenen, sondern ist und bleibt wertvoll für alle Deutschen und strahlt im besten Sinne auf ganz Europa aus“.*

## 3.16. YOU.PA Förderprogramm der Otto Benecke Stiftung

Im September 2014 habe ich die Otto Benecke Stiftung e.V. (OBS) in Bonn besucht und bin damit der Einladung des Vorstandsvorsitzenden, Dr. Lothar Theodor Lemper, und des neuen Geschäftsführers der OBS, Jochen Welt, gefolgt.

*Bundesbeauftragter Hartmut Koschyk MdB gemeinsam mit Jochen Welt, Geschäftsführer der Otto Beneke Stiftung und Prof. Dr. Lothar Theodor Lemper, Vorstandsvorsitzender*

Quelle: OBS

Anlass des Gesprächs waren die Programme, die die OBS seit 1998 im Auftrag des Bundesministeriums des Innern im Bereich nationale Minderheiten durchführt – z.B. YOU.PA, ein Förderprogramm für junge Angehörige der deutschen Minderheiten in mittel- und osteuropäischen Ländern: Das Programm – Young Potentials Academy – qualifiziert junge Menschen für die ehrenamtliche Mitarbeit und bietet neue persönliche und berufliche Perspektiven. Langfristig soll es helfen, die Arbeit der Organisationen deutscher Minderheiten zu stärken.

Das Engagement, das junge Menschen durch ihre Teilnahme beweisen, hat mich beeindruckt. Weitere Projekte der OBS im Bereich Qualifizierung von Migrantenorganisationen für Jugend- und Elternarbeit waren ebenfalls Thema des intensiven Informations- und Gedankenaustausches.

## 3.17. Konferenz „Umbrüche und Revolutionen in Ostmitteleuropa 1989“

In der Vertretung des Freistaats Thüringen beim Bund fand vom 18. bis 19. September 2014 die Konferenz „Umbrüche und Revolutionen in Ostmitteleuropa 1989“ statt.

Drei namhafte Organisationen – die Bundesstiftung für die Aufarbeitung der SED-Diktatur, der Berliner Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen und die Deutsche Gesellschaft – haben sich hierfür zusammengefunden.

Die Konferenz habe ich am 18. September eröffnet. Auch in meiner Funktion als stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft e.V. und stellv. Ratsvorsitzender der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur war mir das von großer Bedeutung.

Das Ende der sozialistischen Staatenwelt prägt unsere Gegenwart bis heute. Der für die meisten Zeitgenossen vollkommen überraschende Wandel wurde maßgeblich von den Freiheitsbewegungen in den ostmitteleuropäischen Ländern getragen. 1988/1989 formierten sich verschiedene Bürgerrechtsbewegungen mit dem Wunsch nach Freiheit und Demokratie. 25 Jahre nach der Friedlichen Revolution soll den Gemeinsamkeiten aber auch den spezifischen nationalen Besonderheiten der jeweiligen Länder nachgegangen werden. Neben der DDR wurden Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei in die Betrachtungen einbezogen.

In meiner Rede hob ich hervor, dass der Umbruch von 1989 epochal war und das Ende ideologie-bestimmter Politik in Europa bedeutete:

*„Nach den Menschheitsverbrechen der Nationalsozialisten und nach den totalitären Parteidiktaturen im sowjetischen Machtbereich mit ihren Millionen Opfern setzten sich in ganz Europa Menschenrechte, Freiheit und Demokratie als die Grundfeste des staatlichen und gesellschaftlichen Aufbaus durch. Unbeschadet vereinzelter Rückgriffe auf nationa-*

*listische oder kommunistische ideologische Muster zeigt die Entwicklung in Ostmitteleuropa, dass mit dem Jahr 1989 für ideologische Problemerklärungs- und Problemlösungsmuster das Ende gekommen war. Dieses war übrigens vorbereitet worden von einer Vielzahl von systemkritischen Intellektuellen in diesen Ländern, die mit bescheidenen Mitteln und unter steter Bedrohung durch die staatlichen Sicherheitsapparate, aber dafür mit umso mehr persönlichem Einsatz und Mut Verbindung mit dem freien Teil Europas gehalten hatten. Überzeugte Christen beugten sich dem totalitären Anspruch des Staates nicht und bewahrten die christlich-abendländische Werteordnung. Darauf konnten die Länder Ostmitteleuropas 1989 aufbauen."*

## 3.18. Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel unterstützt die Belange von Vertriebenen, Aussiedlern und deutschen Minderheiten

*Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB mit BA Hartmut Koschyk MdB, Heinrich Zertik MdB, Dr. Bernd Fabritius MdB, Dr. Silke Launert MdB, Klaus Brähmig MdB und Eckhard Pols MdB*

Quelle: Bundesregierung / Steins

Zu einem Gespräch über die aktuellen Anliegen der Heimatvertriebenen, Spätaussiedler und deutschen Minderheiten traf der Vorstand der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

am 24. September 2014 im Bundeskanzleramt mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zusammen.

Bei dem Gespräch, an dem auch ich teilgenommen habe, dankten die Teilnehmer der Bundeskanzlerin für ihren Einsatz bei der Umsetzung des Gedenktages für die Opfer von Flucht und Vertreibung, der ab dem Jahre 2015 bundesweit begangen wird und auch den deutschen Heimatvertriebenen in besonderer Weise gedenkt.

Gesprochen wurde unter anderem auch über Perspektiven für die Kulturförderung gemäß § 96 Bundesvertriebenengesetz, dessen weitere Ausgestaltung Teil des Koalitionsvertrages ist. Die für die Erinnerung an Flucht und Vertreibung zentrale Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung in Berlin war ebenso Thema des Gesprächs wie das Engagement Deutschlands zur Förderung des muttersprachlichen Unterrichts für die deutschen Minderheiten, die bis heute zahlreiche Regionen in Ost- und Südosteuropa und den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion prägen. Dabei wurde deutlich, dass sowohl die Vertriebenen und Aussiedler als auch die deutschen Minderheiten eine wesentliche Brückenfunktion zu den europäischen Nachbarn übernehmen und ihre Rolle gerade auch mit Blick auf die Zukunft von größter Bedeutung ist.

## 3.19. Gespräche zur Minderheiten- und Aussiedlerpolitik in Niedersachsen

Im Oktober 2014 habe ich mich in Hannover mit der Landesbeauftragten für Migration und Teilhabe, Doris Schröder-Köpf MdL, sowie den Landesverbänden Niedersachsen des Bundes der Vertriebenen und der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland zu einem Meinungs- und Informationsaustausch getroffen und auch das Grenzdurchgangslager Friedland besucht.

Im Mittelpunkt der Gespräche stand das Engagement der Landesbeauftragten für die Vertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler im Land Niedersachsen, für die Friesen

sowie die Sinti und Roma, zwei der insgesamt vier nationalen Minderheiten in Deutschland.

Ich würdigte besonders das Engagement des Landes Niedersachsen in Schlesien. Sichtbares Zeichen für diese grenzüberschreitenden Aktivitäten war die durch die Landesbeauftragte ausgesprochene Einladung an den Vorsitzenden des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen, Bernard Gaida, zur zentralen Festveranstaltung  zum Tag der Deutschen Einheit 2014 in Hannover.

Mit Doris Schröder-Köpf beriet ich die anstehende Konstituierung eines Beratenden Ausschusses für Sinti und Roma in Deutschland unter meinem Vorsitz sowie aktuelle Fragen der friesischen Minderheit.

*Hartmut Koschyk mit Doris Schröder-Köpf, Oliver Dix, Klaus Engemann, Alpetkin Kirci und Petra Spandau*

Quelle: : Michael Wallmüller

Landesbeauftragte Schröder-Kopf brachte ihre Anerkennung für den Einsatz des Bundes der Vertriebenen Niedersachsens und hier insbesondere der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland  auch für heutige Flüchtlinge, beispielsweise aus Syrien, zum Ausdruck. Gemeinsam erörterten wir auch die Auswirkungen der jüngsten Novelle des Bundesvertriebenengesetztes mit Blick auf den Zuzug von Spätaussiedlern im Grenzdurchgangslager Friedland.

Mit dem Landesvorsitzenden Oliver Dix und seinem Stellvertreter Klaus Wiegmann erörterte ich die Arbeit des Landesverbandes, die Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Einrichtungen wie dem Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa in Oldenburg, dem Ostpreußischen Landesmuseum sowie dem Nordost-Institut in Lüneburg, die Behandlung von Flucht und Vertreibung im Schulunterricht sowie die weitere Entwicklung der Heimatsammlungen und Gedenkstätten der Vertriebenen in Niedersachsen.

Gemeinsam mit niedersächsischen Vertretern der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland wurde anschließend die Integration von Aussiedlern und Spätaussiedlern beraten. Die Vorsitzende der Landesgruppe Niedersachsen der Landsmannschaft, Lilli Bischoff, berichtete von den Aktivitäten der Landesgruppe im Rahmen der Partnerschaftsprojekte des Landes Niedersachsen mit den russischen Regionen Perm und Tjumen.

Ich bekräftigte, dass die Bundesregierung nach Möglichkeit die Landsmannschaft in ihrer Zusammenarbeit mit den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion einbeziehen will. Der Einbezug des Bundesvorsitzenden der Landsmannschaft, Waldemar Eisenbraun, in Veranstaltungen in Kasachstan und demnächst in der Ukraine ist ein sichtbares Zeichen für diese Kooperation.

Grundsätzlich werden solche Kooperationen auch für die deutsche Minderheit in der Russischen Föderation angestrebt, es besteht allerdings — neben der allgemeinen politischen Lage — das Problem, dass das bislang zuständige Ministerium für regionale Entwicklung vor kurzem aufgelöst und seine minderheitenpolitischen Zuständigkeiten auf das Kulturministerium übertragen wurden. Bislang hat die russische Regierung noch keinen neuen Ko-Vorsitzenden für die gemeinsame deutsch-russische Regierungskommission benannt. Immerhin werden aber auf Arbeitsebene die laufenden Unterstützungsmaßnahmen für die deutsche Minderheit in der Russischen Föderation fortgesetzt. Ich selbst habe mich gegenüber russischen Stellen wiederholt für direkte Gesprächskontakte mit der Landsmannschaft der Russlanddeutschen eingesetzt.

Zum Abschluss des Tages besuchte ich das Grenzdurchgangslager Friedland. Zunächst stand in dem von Ministerialdirigent Dr. Frank Frühling (Abteilungsleiter IV im Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport) eingeführten Gespräch die aktuelle Aufnahmesituation im Mittelpunkt der Gespräche. Infolge der jüngsten Novellierung des Bundesvertriebenengesetzes, mit der vor allem bisherige Härten gemildert werden sollen, haben sich die Antrags- und Zuzugszahlen von Spätaussiedlern spürbar erhöht.

Ich kündigte an, dass der Bund daher mit dem Land Niedersachsen Verhandlungen über eine Erhöhung der Bettenkapazität aufnehmen wird. Dem BVA wurden zudem befristete Einstellungen zusätzlicher Mitarbeitern durch das BMI ermöglicht, die auch in Friedland zum Einsatz kommen werden, was dort nach meiner Überzeugung zu einer spürbaren Entlastung der Situation führen wird.

Von der freundlichen und offenen Atmosphäre im Grenzdurchgangslager, die trotz der erhöhten Spätaussiedler- und auch stark steigenden Asylbewerberzahlen zu spüren war, war ich sehr beeindruckt. Das ist auch auf das Engagement der Gemeinde Friedland zurückzuführen, für das ich Bürgermeister Andreas Friedrichs ausdrücklich dankte.

Weiterer Beratungspunkt in Friedland war das Konzept für das künftige Museum als authentischer Ort, der von den meisten seiner mittlerweile vier Millionen kurzzeitiger Besucher als „Tor zur Freiheit“ empfunden werde. Für die ersten beiden Bauabschnitte stellt das Land Niedersachsen erhebliche Mittel bereit. Ich war vom museumspädagogischen Ansatz des Projektes überzeugt und riet den anwesenden Vertretern des Kuratoriums, v.a. für den dritten Bauabschnitt möglichst frühzeitig Kontakt mit dem Bund aufzunehmen, um die Möglichkeiten einer Bundesbeteiligung an der Förderung zu erörtern.

## 3.20. Informationsaustausch mit wissenschaftlichen Einrichtungen im Nordwesten Deutschland

Im Rahmen meiner Niedersachsen-Reise im Oktober 2014 besuchte ich auch zwei wissenschaftliche Einrichtungen in Niedersachsen, die neben dem bundesunmittelbaren Bundesinstitut für Geschichte und Kultur der Deutschen in Osteuropa (BKGE) in Oldenburg Leuchtturmfunktionen bei der wissenschaftlichen Begleitung der Integration von Aussiedlern und Spätaussiedlern sowie bei der Erforschung des deutschen kulturellen Erbes in Osteuropa einnehmen.

Das Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) an der Universität Osnabrück beschäftigt sich seit 1991 auf interdisziplinärer Grundlage mit den vielfältigen Aspekten von Migration und dem Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft in einer Gesellschaft. Eingebettet in diese ausgezeichnete Forschungslandschaft ist die erst im September 2014 eingerichtete Juniorprofessur für „Migration und Integration der Russlanddeutschen“, die zum einen die Geschichte und Gegenwart russlanddeutscher Migration lehren, zum anderen auch selbst innovative Forschung auf diesem Feld betreiben und dabei weitere Untersuchungen anstoßen wird. Mit der Juniorprofessur wurde Dr. Jannis Panagiotidis betraut, einem in der Migrationsforschung ausgewiesenen und anerkannten Experten. Mit Blick darauf, dass ich die Einrichtung der Juniorprofessur politisch unterstützt hatte, war ich hoch erfreut über die große Resonanz, welche die Lehrangebote von Prof. Panagiotidis bei den Studierenden finden. Bei meinem Besuch wurde ich vom Leiter des Oldenburger BKGE, Prof. Matthias Weber, und dem Vizedirektor des IMIS, Prof. Dr. Jochen Oltmer, begleitet.

In Lüneburg besuchte ich das Institut für Geschichte und Kultur der Deutschen in Nordosteuropa (IKGN), das seit 2002 auf der Grundlage eines Kooperationsvertrages an der Universität Hamburg angesiedelt ist. Mit einer Förderung von rund 1,25 Millionen Euro aus dem Etat der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien

befasst sich das IKGN mit der Erforschung der Geschichte deutscher Besiedlung in den Schwerpunktregionen Polen, Russland und dem Baltikum.

Nach meinem Gespräch mit Institutsdirektor Privatdozent Dr. Joachim Tauber war ich besonders darüber erfreut, dass es mit Unterstützung des Bundes gelungen ist, die beiden vorher unabhängig voneinander bestehenden Institutionen Nordost-Institut und Göttinger Arbeitskreis zu einer gemeinsamen Einrichtung zusammenzuführen, die in der nationalen und internationalen Fachwelt höchste Anerkennung genießt.

In einem abschließenden Rundgang durch die Bibliothek konnte ich einige besonders rare Dokumente mit unschätzbarem Quellenwert betrachten. Gerade in den baltischen Staaten konnten durch Mikroverfilmungen von Beständen des Nordost-Instituts viele Lücken in der Überlieferung zur dortigen Geschichte geschlossen werden.

## 3.21. Im Gespräch mit Vertretern der djo-Deutsche Jugend in Europa

Gemeinsam mit dem für Aussiedler- und Minderheitenfragen zuständigen Unterabteilungsleiter im BMI, Dr. Thomas Herzog, habe ich im Oktober 2014 Vertreter der djo–Deutsche Jugend in Europa zu einem Meinungs- und Informationsaustausch im Bundeministerium des Innern empfangen.

Die djo-Deutsche Jugend in Europa war durch den Bundesgeschäftsführer Robert Werner und die stellvertretende Bundesvorsitzende Maria Klimovskikh vertreten.

Im Mittelpunkt des Austausches standen die Themen Integration junger Spätaussiedler in Deutschland sowie die Förderung junger Angehöriger der deutschen Minderheiten in den mittel- und osteuropäischen Staaten und den Staaten der ehemaligen Sowjetunion.

Seitens der djo-Deutsche Jugend in Europa wurden insbesondere die Verbandsaktivitäten im Bereich Integration und Begegnungsmaßnahmen mit jungen Angehöriger deutscher Minderheiten in den MOE und GUS-Staaten vorgestellt.

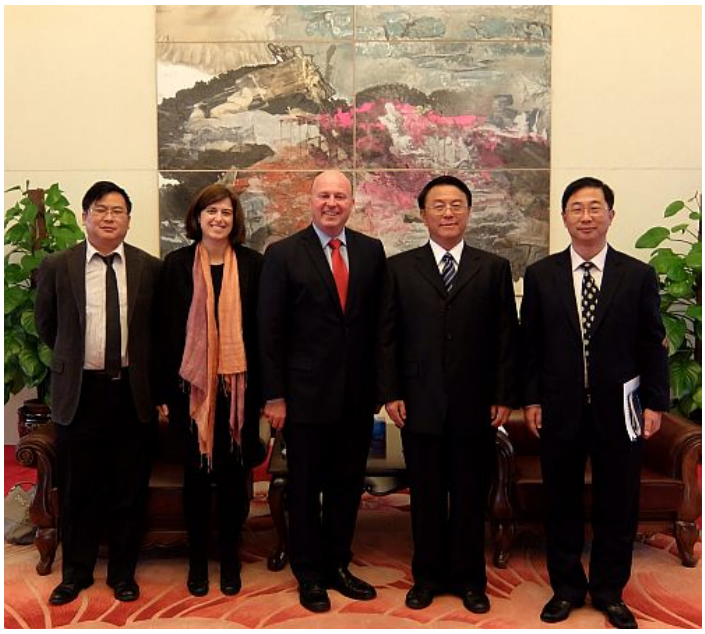
Anknüpfend an die Grundsätze der Aussiedler- und Minderheitenpolitik, äußerte ich meine Bereitschaft zu einer stärkeren Zusammenarbeit mit der djo-Deutsche Jugend in Europa. Die djo-Deutsche Jugend in Europa ist auch Mitglied des beim Bundesministerium des Innern gebildeten Beirates für Spätaussiedlerfragen.

## 3.22. Stärkung der Deutsch-Chinesischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Minderheitenpolitik vereinbart

Deutschland und China wollen auf dem Gebiet der Minderheitenpolitik enger zusammenarbeiten. Dies ist das Ergebnis einer ausführlichen Begegnung mit dem Vizeminister der Kommission des Chinesischen Staatsrates für nationale Minderheiten Li Zhao.

Ich war im Pekinger Kulturpalast für nationale Minderheiten mit Vizeminister Li Zhao zusammengetroffen, der vor seinem jetzigen Amt von 2008 bis 2013 stv. Vorsitzender der Autonomen Region Tibet gewesen ist. Li Zhao und ich vermittelten uns einen Überblick zur Minderheitensituation und Minderheitenpolitik in beiden Ländern, wobei sowohl Parallelen als auch Unterschiede erkennbar waren. So verfügt die VR China über 55 ethnische Minderheiten neben der hanchinesischen Mehrheitsbevölkerung. In Deutschland sind 4 nationale Minderheiten und die Sprachgruppe der Niederdeutschen anerkannt. Die chinesische Minderheitenpolitik ist von den Verfassungs- und Gesetzesvorgaben der VR China bestimmt, die deutsche Minderheitenpolitik basiert auf den Vorgaben der zwei minderheitenrechtlichen Vereinbarungen des Europarates, deren Einhaltung von den zuständigen Institutionen des Europarates überwacht wird.

Übereinstimmungen gibt es in den Förderinstrumenten, was die Wahrung von Sprache, Kultur und Traditionen nationaler Minderheiten in beiden Staaten anbelangt. In China gibt es eine sehr ausgeprägte und lange Tradition der Erforschung der angestammten ethnischen Minderheiten, in Deutschland ist dieser Forschungsbereich eher bescheiden entwickelt.



*v.l.n.r.: Wang Ping, stv. Abteilungsleiter für Recht und Politik, Susanne Aschi- Glesius, Deutsche Botschaft Peking, BA Hartmut Koschyk MdB, Vizeminister Li Zhao, stv. Vorsitzender der Staatsratskommission, Zhang Quing An, stv. Abteilungsleiter für internationale Beziehungen*

Quelle: BMI

Mit Li Zhao diskutierte ich auch das Spannungsfeld von weitreichender Teilhabe und Entfaltung nationaler Minderheiten in Staat und Gesellschaft einerseits und einem entsprechenden Loyalitätsverhältnis der Minderheiten gegenüber Staat und Gesellschaft andererseits.

Zum Abschluss der Begegnung wurde ein gegenseitiger Besuchsaustausch vereinbart, um in Minderheitenfragen intensiver zusammen zu arbeiten. Es bestand Einigkeit darüber, dass eine umfassende Minderheitenpolitik sowohl für ein friedliches innerstaatliches Zusammenleben als auch für ein gutnachbarschaftliches Verhältnis zwischen den Staaten, die von wechselseitigen Minderheitenfragen betroffen sind, von enormer Wichtigkeit ist.

## 3.23. Ein Namensartikel über Dr. Herbert Czaja, der am 5. November 100 Jahre alt geworden wäre

Am 5. November 2014 wäre Dr. Herbert Czaja, langjähriger Präsident des Bundes der Vertriebenen, Bundesvorsitzender der Landsmannschaft der Oberschlesier, Bundestagsabgeordneter und Gründer der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, 100 Jahre alt geworden.

Als führender Repräsentant der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge hat er sich über Jahrzehnte hinweg für deren Anliegen eingesetzt. Sein Ziel war ein gerechter und dauerhafter Ausgleich in einer gesamteuropäischen Friedensordnung.

Ich war von 1987 bis 1991 Generalsekretär des Bundes der Vertriebenen und habe in dieser Zeit eng mit dem damaligen BdV-Präsidenten Dr. Herbert Czaja zusammenarbeitet.

Anlässlich seines 100. Geburtstages verfasste ich einen Namenartikel zum Wirken von Dr. Herbert Czaja. Diesen finden Sie unter www.aussiedlerbeauftragter.de

*Aufnahme beim Festakt zum 40. Jahrestag der Verkündung der Charta der Deutschen Heimatvertriebenen am 5. August 1990 in Stuttgart*

*Hartmut Koschyk, Helmut Kohl, Herbert Czaja (v.l.n.r.)*

Quelle: Archiv Koschyk

## 3.24. Medien-Symposium des Deutschen Presserates sowie des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma

Gemeinsam mit dem Zentralrat Deutscher Sinti und Roma veranstaltete der Deutsche Presserat am 5. November 2014 in der Landesvertretung Rheinland-Pfalz in Berlin ein Mediensymposium mit dem Titel "Über Zuwanderung schreiben ohne diskriminierenden Unterton".

Stefan Tidow, Amtschef der Landesvertretung Rheinland-Pfalz, und ich haben die Veranstaltung mit einem Grußwort eröffnet.

Seit einigen Jahren hat die öffentliche Diskussion über Zuwanderung und Integration zugenommen und eine neue Dynamik entwickelt. In diesem Prozess begleiten die Medien nicht nur die Diskussion in der Öffentlichkeit, sie stellen sie teilweise erst her. Dabei beeinflussen sie die Einstellungen, Wertvorstellungen und Gesellschaftsbilder ihrer Nutzer. Verantwortliche journalistische Arbeit orientiert sich an den ethischen Grundsätzen des Berufsstandes. Beim Thema Zuwanderung bedeutet dies insbesondere eine diskriminierungsfreie Berichterstattung.

Wie diese zu erreichen ist, diskutierten der Medienanwalt und Honorarprofessor an der Technischen Universität Dresden, Prof. Dr. Christian Schertz, der ehem. Leiter des Zentrums für Antisemitismus-Forschung, Autor des soeben erschienenen Buches "Sinti und Roma: Die unerwünschte Minderheit", Prof. Dr. Wolfgang Benz, WELT-Redakteurin, Freia Peters, der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose, und der stellvertretende Sprecher des Deutschen Presserats, Manfred Tidow.

## 3.25. Haushalt 2015: Förderung von Aussiedlern und nationalen Minderheiten bleibt auf bisherigem Niveau

2015 wird der Bund seine Unterstützung für die Aussiedler, für die nationalen Minderheiten in Deutschland sowie die deutschen Minderheiten in Mittel-, Ost- und Südosteuropa und in den nichteuropäischen Nachfolgestaaten der Sowjetunion in der bisherigen Höhe fortführen. Nach der entscheidenden Bereinigungssitzung am 13. November 2014 steht fest, dass die Ansätze in den entsprechenden Titeln im Einzelplan des Bundesministeriums des Innern unverändert bleiben.

Dies ist ein neuerlicher Beleg für die gestiegene Bedeutung der Aussiedler- und Minderheitenpolitik der Bundesregierung.

Verbesserungen gegenüber dem ursprünglichen Haushaltsansatz gibt es bei der Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer, die um 8 Millionen Euro verstärkt wird. Hiervon werden gerade auch die Spätaussiedler profitieren, die seit der Novellierung des Bundesvertriebenengesetzes wieder in größerer Zahl in die Bundesrepublik Deutschland kommen. Der Bundeshaushalt 2015 trägt auch der gewachsenen Bedeutung von Minderheitengremien Rechnung, indem die Förderung des Minderheitenrates und des Minderheitensekretariates als Einrichtungen der nationalen Minderheiten in Deutschland sowie der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen mit Sitz in Flensburg, in der auch die deutschen Minderheiten im europäischen Ausland organisiert sind, verstärkt wird.

Vor dem Hintergrund der durch das Haushaltsziel der "Schwarzen Null" vorgegebenen hohen Finanzdisziplin ist dieses ein großer Erfolg. Bundesregierung und Bundestag haben damit dem gewachsenen Stellenwert der Aussiedler- und Minderheitenpolitik eindrucksvoll Rechnung getragen.

Ich begrüßte in diesem Zusammenhang auch, dass für die Ausrichtung des 2015 erstmals stattfindenden nationalen Gedenktages für die Opfer von Flucht und Vertrei-

bung ein eigener Haushaltstitel in Höhe von 75.000 Euro geschaffen wurde. Damit wird das deutliche Signal der unionsgeführten Bundesregierung an die deutschen Heimatvertriebenen auch haushaltsmäßig abgesichert.

## 3.26. Vizepremierminister Valeri Dill zu politischen Gesprächen in Berlin

Ende November 2014 ist der Vizepremierminister der Republik Kirgisistan und Vorsitzende des Volksrates der Deutschen Kirgisistans, Valeri Dill, zu politischen Gesprächen nach Berlin gereist. Ich habe ihn zunächst zu einem Meinungs- und Informationsaustausch im Bundesministerium des Innern empfangen.

Neben der Erörterung der sozialen und wirtschaftlichen Lage in Kirgisistan standen Fragen der deutschen Minderheit im zentralasiatischen Land im Fokus des Gedankenaustausches.

Ich würdigte die Tatsache, dass im April 2014 mit Valeri Dill ein Angehöriger der deutschen Minderheit in dieses Spitzenamt berufen wurde, als deutliches Zeichen der Anerkennung und Wertschätzung der Minderheit in der kirgisischen Bevölkerung. Für seine Aufgaben, die schwerpunktmäßig in den Bereichen Bildung, Infrastruktur, Energie- und Wasserpolitik liegen, sagte ich ihm die Unterstützung der Bundesregierung zu.

Vizepremier Dill teilte mit, dass die Wanderausstellung "Deutsche in der Geschichte Kirgisistans", die mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums des Innern, der Deutschen Botschaft sowie kirgisistandeutscher Unternehmer erstellt wurde, am 3. Oktober 2014 in der Hauptstadt Bischkek eröffnet wurde. Wir stimmten darüber überein, dass diese Ausstellung nach ihrer Wanderung durch Kirgisistan auch in Deutschland, z.B. in Berlin und im Museum für Russlanddeutsche Kulturgeschichte in Detmold gezeigt werden sollte.

*Koschyk mit Vizepremier Dill beim Treffen im Bundesministerium des Innern*

Quelle: BMI

Zum Deutsch-Kirgisischen Haus in Bischkek, welches ich im August 2014 im Rahmen meiner Teilnahme an der deutsch-kirgisischen Regierungskonferenz für Angelegenheit der Deutschen in Kirgisistan besucht hatte, sicherte Vizepremierminister Dill seine persönliche Unterstützung zu, damit die noch ausstehende Regelung der Eigentums- und Nutzungsfrage schnellstmöglich erreicht werden kann. Dieses ist auch für den Betrieb der dort eingerichteten Sozialstation von erheblicher Bedeutung.

*Stephan Mayer MdB, Klaus Brähmig MdB, Heinrich Zertik MdB, Christian Schmidt MdB, Botschafter Dr. Bolot Otunbaew, Vizepremierminister Valeri Dill, Dr. Peter Ramsauer MdB, Eduard Oswald MdB a.D. und BA Hartmut Koschyk MdB*

Quelle: BMI

An dem Gespräch nahmen auch der Botschafter der Republik Kirgisistans, Bolot Otanbaev, sowie die Bundestagsabgeordneten Heinrich Zertik und Stephan Mayer teil. Im Rahmen seines weiteren Besuchsprogramms hat Valeri Dill in seiner Funktion als

Vorsitzender des Volksrates der Deutschen Kirgisistans auch an der Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten teilgenommen.

Weiterhin führte Valeri Dill in der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft ein gemeinsames Gespräch mit dem Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, Christian Schmidt MdB, dem Vorsitzenden des Ausschusses für Wirtschaft und Energie, Bundesminister a.D. Dr. Peter Ramsauer MdB, dem innenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Stephan Mayer MdB, dem Vorsitzenden der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus Brähmig MdB und dem russlanddeutschen Bundestagsabgeordneten Heinrich Zertik MdB, an dem auch der kirgisische Botschafter Dr. Bolot Otunbaew, der frühere Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Eduard Oswald MdB a.D. und ich teilnahmen.

Im Zentrum des Gespräches standen neue nachhaltige Formen der kirgisisch-deutschen Zusammenarbeit, um die weitere wirtschaftliche Entwicklung in Kirgisistan zu unterstützen. Insbesondere bat Vizepremierminister Dill um Unterstützung für den Bau und den Betrieb von Wasserkraftwerken an Flüssen, um die Energieversorgung des Landes zu gewährleisten. Auch sei deutsches technisches Wissen im Bereich des Anbaus und der Verarbeitung von landwirtschaftlichen Produkten, insbesondere im Bereich des Getreideanbaus, gefragt. Hierfür wurde ihm Unterstützung aller Beteiligten zugesichert.

Im Anschluss an diese Gespräch traf sich Vizepremierminister Dill unter meiner Begleitung mit dem Bundesminister für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit, Dr. Gerd Müller MdB. Bundesminister Dr. Müller MdB lobte die gute kirgisisch-deutsche Zusammenarbeit und hob die Bedeutung hervor, dass Deutschland auch die Länder Zentralasiens fest im Blick behalte. Im Rahmen der anstehenden deutsch-kirgisischen Regierungsverhandlungen im Jahr 2015 gelte es daher weitere nachhaltige Themenschwerpunkte für die wirtschafts- und entwicklungspolitische Zusammenarbeit zu setzen. Vizepremierminister Dill verwies auf die schwierige wirtschaftli-

che Situation seines Landes. So sei das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um 6 Prozent zurückgegangen, die Inflationsrate betrage 7 Prozent und der Haushalt weise ein Defizit von 200 Millionen $ auf. Der Eintritt Kirgisistans in die Eurasische Wirtschaftsunion, die dem Vorbild der Europäischen Union folgt und zu deren Ziel unter anderem die Abschaffung von Zollgebühren und Zollkontrollen gehört, sei daher zwingend erforderlich, um eine wirtschaftliche Kehrtwende herbeizuführen. Vor dem Hintergrund der Ukraine-Krise waren sich Bundesminister Dr. Müller und Vizepremierminister Dill einig, dass eine Mitgliedschaft in der Eurasischen Wirtschaftsunion nicht zu einer einseitigen politischen Abhängigkeit zu Russland führen dürfe.

*v.l.n.r.: BA Hartmut Koschyk MdB, BM Dr. Gerd Müller MdB, Vizepremierminister Valeri Dill und der kirgisische Botschafter Dr. Bolot Otunbaew*

Quelle: BMI

Vizepremierminister Dill erklärte weiterhin, dass das deutsche Bildungswesen Vorbildcharakter habe und Bildung der Schlüssel für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung seines Landes sei. Er dankte in diesem Zusammenhang für die bisherige Unterstützung seitens der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und warb um Unterstützung für den Bau und Betrieb einer Berufsschule sowie einer Technischen Fachhochschule, in der nach deutschem Vorbild unter anderem Ingenieure ausgebildet werden. Bundesminister Dr. Müller MdB sagte hierfür seine Unterstützung zu. Er sei zuversichtlich, dass bei den anstehenden deutsch-

kirgisischen Regierungsverhandlungen im Jahr 2015 eine deutsche Unterstützung auf den Weg gebracht werde.

Auch gegenüber Bundesminister Dr. Müller MdB erklärte Vizepremierminister Dill, dass deutsches technisches Wissen im Bereich des Anbaus und der Verarbeitung von landwirtschaftlichen Produkten dringend benötigt werde und bat um deutsche Unterstützung für den Bau und den Betrieb von Wasserkraftwerken an Bergflüssen, um den steigenden Energiebedarf in Kirgisistan decken zu können.

Eine deutsche Finanzierung für den Bau von Wasserkraftwerken sei zwar nicht möglich, doch sei vorstellbar, Kirgisistan bei der Projektplanung und Ausarbeitung eines schlagkräftigen Finanzierungsplanes zu unterstützen, um private Investoren zu gewinnen, so Bundesminister Dr. Müller MdB. Die zuständige Länderreferentin für Kirgisistan im BMZ, Frau Dr. Marion Edel, die drei Jahre an der deutschen Botschaft in Kirgisistan als Entwicklungs-Expertin tätig war, verwies darauf, dass bereits ein Kurzzeitberater für Energiefragen der kirgisischen Regierung zur Seite gestellt werde.

## 3.27. Symposium „Minderheiten und Volksgruppen im urbanen Raum

Am 28. November 2014 habe ich am Symposium „Minderheiten und Volksgruppen im urbanen Raum“ aus Anlass der Jubiläen „80 Jahre Burgenländisch-Kroatischer Kulturverein in Wien“, „50 Jahre Schwindgasse 14“ und „20 Jahre Kroatisches Zentrum“ teilgenommen, das im Burgenländisch-Kroatischen Zentrum in Wien stattfand. Zu Beginn des Symposiums habe ich zum Thema „Minderheitenschutz in Deutschland und in Europa“ referiert.

Die burgenländischen Kroaten leben im österreichischen Bundesland Burgenland, das bis 1921 zum ungarischen Reichsteil der Habsburgermonarchie gehörte. Sie sind als autochthone Minderheit anerkannt. Nach einer Volkszählung 2001 gehören ihr knapp 20.000 Personen an, das sind 5,9 Prozent der Bevölkerung des Burgenlandes.

## 3.28. Treffen mit Prof. Dr. Stefan Wolff, Universität Birmingham, zu Fragen des Minderheitenschutzes in Europa

Prof. Dr. Stefan Wolff von der Universität Birmingham habe ich am 5. Dezember 2014 im Bundesministerium des Innern zu einem Meinungs- und Informationsaustausch über Fragen der Minderheitenpolitik in Europa und der Welt getroffen.

Prof. Dr. Stefan Wolff ist Politikwissenschaftler und Professor für Internationale Sicherheit an der Universität von Birmingham in Großbritannien. Aufgrund seiner umfangreichen Forschungsprojekte und Publikationen zu Fragen des europäischen und internationalen Minderheitenschutzes hatte ich den Wissenschaftler eingeladen, um mich mit ihm über Fragen der Prävention und Mediation bei ethnischen Konflikten auszutauschen.

*Hartmut Koschyk MdB mit Prof. Dr. Stefan Wolff, Universität Birmingham*

Quelle: BMI

Prof. Dr. Wolff gehört auch dem wissenschaftlichen Beirat des vom Bundesministerium des Innern geförderten Europäischen Zentrums für Minderheitenfragen (European Centre for Minority Issues) an. Dieses betreibt praxis- und politikorientierte Forschung, stellt Informationen und Dokumentationen zur Verfügung und bietet Beratungen zu Minderheitenfragen in Europa an. Es unterstützt europäische Regierungen und internationale Organisationen sowie nicht-dominante Gruppen in ganz Europa.

Das Zentrum arbeitet mit anderen Forschungseinrichtungen, den Medien und der allgemeinen Öffentlichkeit zusammen, indem es frühzeitig Informationen und Analysen zur Verfügung stellt.

In Anlehnung an seine bisherigen Forschungstätigkeiten und seine Veröffentlichungen legte mir Prof. Dr. Stefan Wolff seine Erkenntnisse bei der Vermittlung und Lösung ethnischer Konflikte, u. a. im Irak, Jemen, aber auch in Europa, nahe.

Ich habe mit Prof. Dr. Stefan Wolff vereinbart in Fragen des Minderheitenschutzes in Zukunft enger zusammenzuarbeiten. Ein Treffen dazu ist Anfang 2015 geplant.

## 3.29. Festakt anlässlich des 23. Jahrestages der Unabhängigkeit Kasachstans

*Bundesbeauftragter Hartmut Koschyk MdB, Gulnaziya Nussupova, Botschafter Bolat Nussupov, Heinrich Zertik MdB und der Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Johannes Singhammer MdB*

Quelle: BMI

Aus Anlass des 23. Jahrestages der Unabhängigkeit Kasachstans veranstaltete die Berliner Botschaft des Landes einen Festakt, zu dem auch ich in meiner Funktion als Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten eingeladen war. Ich nutzte diesen Anlass zur Vertiefung meiner politischen Kontakte zu den diplomatischen Vertretern Kasachstans.

Erst am 12. November hatte ich in Berlin gemeinsam mit dem kasachischen Vizeaußenminister Alexei Volkov die 12. Deutsch-Kasachische Regierungskommission gelei-

tet, die sich mit den Angelegenheiten der rund 180.000 in Kasachstan lebenden Deutschen befasst. Hierbei waren insbesondere Themen aus dem kulturellen und humanitären Bereich, Fragen der Bildungs- und Jugendpolitik sowie die Fortsetzung der sozialen Programme für die deutsche Minderheit in Kasachstan erörtert worden. Die seit Jahren erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern auf diesen Gebieten soll fortgeführt werden.

## 3.30. Symposium "Grenzen im politischen Meinungskampf - Zum Umgang mit rassistischen Vorurteilen und Diskriminierungsideologien"

Bei dem Symposium der Bundeszentrale für Politische Bildung zum Thema "Grenzen im politischen Meinungskampf - Zum Umgang mit rassistischen Vorurteilen und Diskriminierungsideologien" habe ich mich scharf gegen gewaltsame Angriffe auf junge Sorben in Sachsen durch Rechtsextremisten sowie gegen die diffamierenden, die Menschenwürde von Sinti und Roma verletzenden Wahlplakate der NPD in den letzten Wahlkämpfen ausgesprochen: *„Die nationalen Minderheiten in Deutschland, Sinti und Roma, Sorben, Dänen und Friesen benötigen für Ihre Identitätswahrung und Entfaltung ein minderheitenfreundliches Klima, das weit über Toleranz hinausgehen muss und volle Akzeptanz beinhaltet. Mit ihrer Sprache und Kultur sind die nationalen Minderheiten in Deutschland eine echte Bereicherung".*

Ein minderheitenfreundliches Klima muss durch Bildung und Erziehung durch die Medien, aber auch durch wichtige gesellschaftliche Kräfte vermittelt werden. Ich würdigte die Ausführungen des ehemaligen Bundesverfassungsrichters Prof. Dr. Udo di Fabio bei dem Symposium: *"Wenn Prof. Dr. di Fabio bei dem Symposium deutlich gemacht hat, dass auch scheinbar unbeschränkbare Grundrechte beschränkbar sind, wenn die Menschenwürde verletzt wird, so heißt das für mich, dass die wehrhafte Demokratie nicht hinnehmen muss, wenn Diffamierung und Herabwürdigung, wie etwa die abscheulichen Wahlplakate der NPD, die Menschenwürde unserer Sinti- und Roma-*

*Mitbürger verletzen."* Ich plädierte daher für eine ergebnisoffene Überprüfung der vorhandenen Gesetzeslage, um gegebenenfalls noch wirksamer gegen rassistische und diskriminierende Schmähkritik gegenüber nationalen und religiösen Minderheiten vorgehen zu können.

Neben dem Bundesminister des Innern Dr. Thomas de Maizière MdB nahm auch der Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz Heiko Maas MdB teil. Zu den weiteren Teilnehmern der Fachtagung zählten unter anderem zahlreiche Wissenschaftler, Politiker aber auch Vertreter von Migrantenorganisationen. Eingeladen waren auch der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose und die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung Aydan Özoguz MdB.

## 3.31. Fachveranstaltung in der Begegnungsstätte „Deutsche aus dem Osten“ in Augsburg-Lechhausen

Auf Einladung meines Bundestagskollegen Dr. Volker Ullrich besuchte ich die Begegnungsstätte „Deutsche aus dem Osten“ in Augsburg-Lechhausen und referierte über aktuelle Fragen der Politik der Bundesregierung für Aussiedler, Vertriebene und deutsche Minderheiten.

Im Februar dieses Jahres wurde die Begegnungsstätte „Deutsche aus dem Osten“ in Augsburg-Lechhausen eingeweiht. Der Förderverein der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland ist Träger der Einrichtung, allerdings steht das Zentrum neben der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland auch anderen Landsmannschaften zur Verfügung.

In meiner Rede erklärte ich, dass ich bei der Betrachtung der vielen Aktivitäten in dieser Begegnungsstätte und die Angebote für ganz verschiedene Gruppen, sagen kann, dass in Augsburg-Lechhausen nicht nur ein Gebäude errichtet, sondern ein Stück Heimat für viele Menschen aus dem Osten geschaffen wurde. Besonders freut es mich, dass eng mit anderen landsmannschaftlichen Vereinigungen wie dem Verband der

Siebenbürger Sachsen und der Heimatortsgemeinschaft der Oberwischauer Zipser zusammengearbeitet wird.

## 3.32. Symposium der Jugend Europäischer Volksgruppen (JEV) „30 Jahre Minderheitenrechte“

In der Landesvertretung Schleswig-Holstein fand am 18. Dezember 2014 ein Symposium der Jugend Europäischer Volksgruppen (JEV) zum Thema „30 Jahre Minderheitenrechte“ statt. In meinem Grußwort dankte ich der Jugend Europäischer Volksgruppen für den vorbildlichen Einsatz.

Im Rahmen des Symposiums wurde auch das Weißbuch der Jugend Europäischer Volksgruppen (JEV) präsentiert. Darin setzt sich die JEV mit aktuellen Problemen der Minderheiten in Europa auseinander und entwickelte Empfehlungen für die JEV, aber auch für Politik und Gesellschaft.

Die Jugend Europäischer Volksgruppen (JEV) ist das größte Netzwerk von Jugendorganisationen der europäischen Minderheiten. Die 40 Mitgliedsorganisationen repräsentieren zahlreiche sprachliche, kulturelle und nationale Minderheiten Europas.

Die JEV setzt sich für die Belange der Minderheiten ein und strebt mit den Mitgliedsorganisationen den Bau eines dynamischen und lebendigen Netzwerkes in einem multikulturellen und vielsprachigen Europa an. Die Gewährleistung eines besseren Umfeldes für nationale Minderheiten ist das Ziel der JEV. Die Mitgliedsorganisationen der JEV sind auf überwiegend ehrenamtlicher Arbeit beruhende gemeinnützige Organisationen, die auf lokaler, regionaler und auf nationaler Ebene Jugendarbeit und Jugendpolitik betreiben. Die in der JEV vertretenen Jugendorganisationen repräsentieren die Interessen der jungen Menschen ihrer Minderheit. Auch in Deutschland hat der JEV sehr aktive Mitglieder, unter anderem den sorbischen Jugendverband „Pawk“, den friesischen Jugendverband „Rökefloose“ oder den Dänischen Jugendverband in Deutschland „Sydslesvigs danske Ungdomsforeninger“.

# 4. Nationale Minderheiten in Deutschland

## 4.1. Gespräch mit dem Minderheitenrat

Am Mittwoch, den 29. Januar 2014 fand in Berlin die erste Minderheitenratssitzung der vier autochthonen nationalen Minderheiten und Volksgruppen Deutschlands in diesem Jahr statt.

*Teilnehmer der Minderheitenratssitzung*

Quelle: BMI

Auf der Tagesordnung stand unter anderem ein erstes Treffen mit mir, als neuem Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten. *„Ich bedanke mich für Ihre Einladung, der ich sehr gerne gefolgt bin. Für mich gilt: Minderheiten müssen akzeptiert und nicht nur toleriert werden – das ist eine Grundvoraussetzung! Dafür möchte ich mich einsetzen.“*

Besonders wichtig war mir, dem Minderheitenrat deutlich zu machen, dass ich alle Minderheiten Deutschlands kurzfristig in ihren Regionen besuchen möchte, um ihre Einrichtungen und Anliegen kennen zu lernen. Ebenfalls habe ich bekräftigt, den Kontakt zwischen dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und dem Auswärtigen Ausschuss des Bundestages mit dem Minderheitenrat herzustellen. Der Minderheitenrat hat zugesichert, sich um einen intensiveren Kontaktaufbau zu den Fraktionsspitzen des Deutschen Bundestages zu bemühen.

*„Wichtig für mich ist ebenfalls die Arbeit auf europäischer Ebene, insbesondere auch im Jahr der EU-Parlamentswahlen. Minderheiten auf deutscher wie auch europäischer Ebene muss mit Empathie begegnet werden. Setzen Sie bei mir diese Empathie voraus“.*

Am Gespräch nahmen ebenfalls die dem sorbischen Volk angehörende CDU-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des Rates für sorbische Angelegenheiten im Freistaat Sachsen, Frau Maria Michalk MdB, als Gastgeberin, Frau Ulrike Adamsky-Metz (BMI), wie auch der Präsident der FUEV – Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen – Hans Heinrich Hansen teil.

## 4.2. Sitzung des Beratenden Ausschusses für Fragen des sorbischen Volkes

Der Beratende Ausschuss für Fragen des sorbischen Volkes beim Bundesministerium des Innern tagte im Haus der Sorben in Bautzen/Budyšin am 20. Februar 2014 erstmals unter meiner Leitung als neuer Vorsitzender.

Themen waren die finanzielle Ausstattung der Stiftung für das sorbische Volk sowie eine erste Einschätzung des neuen Sorben-/Wendengesetzes im Land Brandenburg aus sorbischer Sicht.

Zu Beginn gab der Vorsitzende der Domowina – Bund Lausitzer Sorben e. V., David Statnik, einen Bericht zur Lage des sorbischen Volkes. Ferner bedankten sich die sorbischen Vertreter für die gute Zusammenarbeit und äußerten die Hoffnung, dass in den kommenden Jahren eine dauerhafte Erhöhung der Förderung der Stiftung für das sorbische Volk realisiert werden kann. Dies sei erforderlich, um den Bestand der sorbischen Einrichtungen zu sichern und die sorbische Sprache und Kultur als Ausdruck der sorbischen Identität bewahren zu können. Ich sicherte in diesem Zusammenhang meine Unterstützung zu, musste aber auch auf die schwierige Haushaltslage für die Jahre 2014 und 2015 hinweisen.

*David Statnik mit Hartmut Koschyk*

*Quelle:* Domowina / Georg Helgest

*v.l.n.r.: Bernhard Ziesch, David Statnik, Hartmut Koschyk, Ulrike Adamsky-Metz und Ina Stricker*

*Quelle: Domowina / Georg Helgest*

Im Anschluss an die Sitzung des Beratenden Ausschusses hatte ich Gelegenheit, das im Haus der Sorben untergebrachte MDR Studio des Sorbischen Rundfunks sowie das sorbische Institut, das die Sprache, Geschichte und Kultur der Sorben in der Ober- und der Niederlausitz erforscht, zu besuchen.

## 4.3. Sitzung des Beratenden Ausschusses für Niederdeutsch

Unter meinem Vorsitz ist in Hamburg am 13. März 2014 der Beratende Ausschuss für Fragen der Niederdeutschen Sprachgruppe zu seiner jährlichen Sitzung zusammengekommen.

An den Beratungen nahmen neben dem Bund auch die Vertreter der acht Bundesländer teil, in denen Plattdeutsch gesprochen wird:  Brandenburg, Bremen, Hamburg,

Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein. Ferner gehören auch Vertreter des Bundesrates für Niederdeutsch (Bundesraat för Nedderdüütsch) dem Gremium an.

Nach dessen Angaben pflegen etwa 2,6 Millionen Menschen in Deutschland die plattdeutsche Sprache.

*Beauftragter Koschyk mit Intendant Seeler und Bundesrats-Sprecher Goltz*

Quelle: BMI

Die niederdeutsche Sprache ist durch die Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen geschützt. Im Jahr 2013 hatte das Bundeskabinett den Fünften Staatenbericht zu dieser Charta des Europarates vorgelegt, in dem dokumentiert wird, wie die sich aus dieser Sprachen-Charta ergebenden Verpflichtungen in Deutschland umgesetzt werden.

Für seine Beratungen hatte sich das Plattdeutsch-Gremium einen sehr symbolträchtigen Tagungsort ausgesucht: das Ohnsorg-Theater in Hamburg, das sich durch ein umfangreiches und breit gefächertes Spielangebot – gerade auch im Kinder- und Jugendbereich – in Plattdeutsch auszeichnet. Intendant Christian Seeler verwies auf eine starke Resonanz bei jungen Menschen bezugnehmend auf das plattdeutsche Programmangebot des Theaters.

Auf der Tagesordnung des Beratenden Ausschusses für Fragen der Niederdeutschen Sprachgruppe in Hamburg standen u.a. folgende Themen:

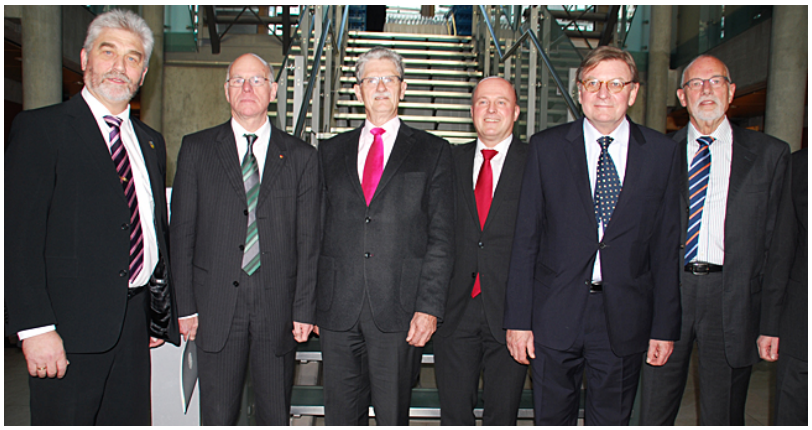
- Verstärkung des Schulangebotes in Plattdeutsch,

- Plattdeutsch in Gesundheit und Pflege,
- Plattdeutsch als Gerichtssprache.

Als Gast an der Sitzung des Beratenden Ausschusses für Fragen der Niederdeutschen Sprachgruppe nahm erstmals die Leiterin des Berliner Sekretariats der in Deutschland anerkannten Minderheiten, Frau Judith Walde, teil. Diese berichtete über eine in diesem Jahr im Deutschen Bundestag geplante Konferenz zu Fragen der Minderheitensprachen in Deutschland, bei der auch die Anliegen der niederdeutschen Sprachgruppe zum Tragen kommen sollen.

## 4.4. Themenabend über das deutsch-dänische Grenzland

Anlässlich des 150. Jahrestages des deutsch-dänischen Krieges von 1864 haben die Königliche Dänische Botschaft und der Vorsitzende des Dänischen Parlaments, Herr Mogens Lykketoft, zu einem Themenabend über das deutsch-dänische Grenzland eingeladen.



*Jürgensen, Lammert, Lykketoft, Koschyk, Poulsen-Hansen, Hansen (v.l.n.r.)*

Quelle: BMI

Im Rahmen des Themenabends wurde im "Fælleshus", dem Botschaftskomplex der nordischen Botschaften in Berlin, die Wanderausstellung "Feindschaft und Versöhnung – Das deutsch-dänische Grenzland von 1864 bis 2014" eröffnet. Die Ausstellung ist vom Museum Sønderjylland erarbeitet und wird in Zusammenarbeit mit dem

"Sydslesvigsk Forening" (Südschleswigscher Verein) und dem Bund Deutscher Nordschleswiger mit Unterstützung des dänischen Folketings gezeigt.

Ich freue mich sehr, an der Eröffnung der Wanderausstellung, mit der das Dänische Parlament an den 150. Jahrestag des Deutsch-Dänischen Krieges von 1864 erinnert, teilgenommen zu haben. Es wurde der vielschichtige Hintergrund sowie der Kriegsverlauf dargestellt, aber auch die Entwicklung des deutsch-dänischen Grenzlandes bis in die heutige Zeit. Seit der Volksabstimmung in Nord- und Südschleswig im Jahr 1920 und der darauf folgenden Teilung des Landes spielen die beiden nationalen Minderheiten für das Grenzland und damit für das deutsch-dänische Verhältnis eine zentrale Rolle. In Bildern und Texten zeigt die Ausstellung "Feindschaft und Versöhnung" auf 16 großen Bannern den Hintergrund, den Verlauf und die Folgen des Krieges von 1864 sowie die weitere Entwicklung im Grenzland hin zum "schleswigschen Modell".

Neben dem Vorsitzenden des Dänischen Parlaments, Herr Mogens Lykketoft und dem Präsidenten des Deutschen Bundestages, Professor Dr. Norbert Lammert MdB, haben auch der Generalsekretär des Südschleswigschen Vereins (SSF), Jens A. Christiansen, die 2. stellv. Vorsitzende des Südschleswigschen Wählerverbandes (SSW), Elke Putzer, der Vorsitzende des Bundes Deutscher Nordschleswiger, Hinrich Jürgensen, der Präsident der Föderalistischen Union europäischer Volksgruppen (FUEN), Hans Heinrich Hansen, der Vorsitzende des Südschleswigschen Vereins, Jon Hardon Hansen und der Generalsekretär des Bundes Deutscher Nordschleswiger, Uwe Jessen, teilgenommen. Ebenfalls anwesend waren der stellv. Geschäftsführer, der Geschäftsführer und der Vorsitzende des Bundes Lausitzer Sorben (Domowina), Harald Koschak, Bernhard Ziesch und David Statnik.

In seiner Rede hob Bundestagspräsident Professor Dr. Norbert Lammert MdB die beispielhafte Nachbarschaft im deutsch-dänischen Grenzland hervor, die vor 150 Jahren niemand für möglich gehalten hätte. Der Vorsitzende des Dänischen Parlaments, Herr Mogens Lykketoft, erklärte, dass man zu Recht mit Stolz auf das deutsch-dänische Grenzland blicken könne, wo sich das *"Beste beider Seiten vereine"*. Minderheitenpoli-

tik sei immer auch Friedenspolitik und das deutsch-dänische Grenzland habe Vorbildfunktion für die Minderheitenpolitik in Europa. Dies gelte besonders auch vor dem Hintergrund der angespannten Situation in der Ukraine und auf der Krim, so Vorsitzender Lykketoft.

Der Vorsitzende des Südschleswigschen Vereins (SSF), Jon Hardon Hansen, verwies auf die Bonn-Kopenhagener Erklärungen von 1955, die einen wesentlichen Beitrag für den Frieden in Europa geleistet und Modellcharakter für Europa hätten. Europa sei der Kontinent der Vielfalt, die Segen und Fluch zugleich sei. Segen, wenn Vielfalt als inspirierender Reichtum und Fluch, wenn die Andersartigkeit als Bedrohung gesehen werde. Auf welch fragilem Fundament die Vielfalt in Europa stehe, könne an der Ukraine, aber auch an vereinzelten nationalistischen Strömungen in Europa abgelesen werden. Auch der Vorsitzende des Bundes Deutscher Nordschleswiger, Hinrich Jürgensen, betonte, dass die Unterschiede den Reichtum in Europa ausmachen und dass das deutsch-dänische Grenzland ein herausragendes Beispiel für Frieden und Versöhnung sei, von dem die Welt lernen könne.

Der Präsident der Föderalistischen Union europäischer Volksgruppen (FUEN), Hans Heinrich Hansen, erklärte, dass das deutsch-dänische Grenzland eine *"Insel der Glückseligen"* im Hinblick auf Minderheitenrechte sei. Gleichzeitig appellierte er, dass im Haus Europa auch für Minderheiten "ein Zimmer mit Fenstern" vorhanden sein muss. Die Minderheiten, zu der rund 100 Millionen Menschen zählen, würden einen "gesellschaftlichen Wert" verkörpern, der viel stärker wahrgenommen werden müsse.

## 4.5. Sitzung des Beratenden Ausschusses für Fragen der friesischen Volksgruppe

Der Beratende Ausschuss für Fragen der friesischen Volksgruppe kam unter meiner Leitung im Nordfriesischen Institut in Bredstedt am 14. März 2014 zu seiner diesjährigen Sitzung zusammen.

An der Sitzung nahmen die Vertreterinnen und Vertreter der friesischen Einrichtungen Friesenrat, Nordfriesischer Verein, Friesischer Verein und Seelter Bund teil, die im Beratenden Ausschuss im gemeinsamen Interesse zusammenarbeiten. Außerdem waren das Land Niedersachsen, das Land Schleswig-Holstein sowie meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Bundesministeriums des Innern, die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien sowie Vertreterinnen und Vertreter des gastgebenden Nordfriesischen Instituts anwesend.

*Beauftragter Hartmut Koschyk mit den Sitzungsteilnehmerinnen und –teilnehmern.*

Quelle: BMI

Die friesische Volksgruppe lebt an der schleswig-holsteinischen Westküste und im nordwestlichen Niedersachsens sowie im Kreis Cloppenburg. Je nach Lebensraum heißen sie Nord-, Ost- und Saterfriesen. Die friesische Volksgruppe steht unter dem Schutz des Europäischen Rahmenübereinkommens zum Schutz nationaler Minderheiten und der Europäischen Sprachencharta und gehört daher zu den in Deutschland anerkannten nationalen Minderheiten.

Während Nordfriesisch noch weit verbreitet ist, hat sich Ostfriesisch nur noch in der Sprache der Saterfriesen erhalten. In Ostfriesland spricht man Niederdeutsch (Platt).

Die Organisationen der friesischen Volksgruppe engagieren sich u.a. für den Erhalt der jeweiligen Sprachen, ihre Nutzung im öffentlichen Raum sowie die Vermittlung ihrer Kultur in den Schulen. Hierfür erhalten sie staatliche Unterstützung vom Bund und den Ländern, in denen sie beheimatet sind.

Während der Sitzung ging es vor allem um die Finanzierung für 2014, die aufgrund der vorläufigen Haushaltsführung und der dadurch verzögerten Auszahlung der beantragten Projektgelder den Antragstellern einige Probleme bereitet. Umso erfreuter wurde die Mitteilung aufgenommen, dass die Arbeiten für den genehmigten Anbau für das Nordfriesische Institut im Plan seien.

Im Anschluss an die Ausschusssitzung fand ein Treffen mit den Mitgliedern des Gremiums für Fragen der friesischen Bevölkerungsgruppe im Land Schleswig-Holstein beim Landtag statt, das am Nachmittag in denselben Räumlichkeiten seine erste Sitzung im Jahr 2014 durchführte. Am Rande des Treffens hatte ich auch Gelegenheit für einen Gedankenaustausch mit dem Schleswig-Holsteinischen Landtagspräsidenten, Herrn Klaus Schlie, der Vorsitzende des Landesgremiums für die friesische Bevölkerungsgruppe ist.

## 4.6. Sitzung des Beratenden Ausschusses für Fragen der dänischen Minderheit

Der Beratende Ausschuss für Fragen der dänischen Minderheit in Deutschland kam im Slesvighus in Schleswig am 14. März 2014 zu seiner jährlichen Sitzung unter meinem Vorsitz zusammen.

Der Beratende Ausschuss für Fragen der dänischen Minderheit ist der älteste der bisher vier Beratenden Ausschüsse beim Bundesministerium des Innern. Er wurde bereits 1965 eingerichtet. Größter Verein der dänischen Minderheit ist der Sydsleswigsk Forening e.V (SSF), der über sein Informationsbüro beim dänischen Parlament (Folketing) in Kopenhagen über gute Kontakte zu den dänischen Parlamentariern, der Parlamentsverwaltung und zu den dänischen Medien verfügt. Hauptaufgabe des Vereins ist die kulturelle Arbeit und die Pflege der dänischen Sprache. Hierfür ist vor allem das gut ausgebaute Privatschulsystem von Bedeutung.

Politisch ist die Minderheit durch eine eigene Partei, den Südschleswigschen Wählerverband (SSW), im Landtag Schleswig-Holstein vertreten. Er stellt zurzeit 3 Abgeordnete und ist in zahlreichen Gemeinde- und Kreisvertretungen präsent. Seit 2012 trägt der SSW in Schleswig-Holstein erstmals Regierungsverantwortung.

*Schröder (SSF), Christiansen (SSF), Hansen (SSF), Adamsky-Metz (BMI), Beauftragter Koschyk, Dr. Herzog (BMI), Schnack (BA S-H), Waldinger-Thiering (SSW), Meyer (SSW), Lorenzen (SSW) (v.l.n.r.)*

Quelle: BMI

Die Mitglieder im Beratenden Ausschuss für Fragen der dänischen Minderheit, die Vertreter des SSF und die Vertreterinnen und Vertreter des SSW, die Minderheitenbeauftragte des Landes Schleswig-Holstein, Frau Renate Schnack, und die Vertreterinnen und Vertreter des Bundesministeriums des Innern nutzten die Sitzung vor allem, um mit mir das vom SSF gemeinsam mit der Föderalistischen Union europäischer Volksgruppen (FUEN), dem Bund deutscher Nordschleswiger (BDN), der dänischen Regierung und dem Land Schleswig-Holstein verfolgte Projekt „Haus der Minderheiten“ in Flensburg zu erörtern.

Das Projekt ist als Kompetenzzentrum für die Minderheiten in Europa konzipiert. Zielgruppe sind die 100 Millionen Menschen, die sich in Europa zu einer autochthonen Minderheit bekennen bzw. Sprecher einer Regional- oder Minderheitensprache sind. Dabei ist vor allem an einen Sammelpunkt für Beratung, Best Practice, Inspiration und Hilfestellung gedacht. Im Vordergrund soll die Umsetzung der in diesem Bereich bereits gesammelten Erkenntnisse auf die praktische Ebene stehen. Ein Gebäude ist bereits gekauft. Nun geht es um die Weiterentwicklung des Konzeptes und die Fi-

nanzierung sowohl der Sanierungs- und Ausbaukosten des unter Denkmalschutz stehenden Gebäudes sowie der laufenden Betriebskosten.

## 4.7. Gespräch mit dem Zentralrat Deutscher Sinti und Roma

Meinen Antrittsbesuch im Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma sowie dem Zentralrat Deutscher Sinti und Roma in Heidelberg konnte ich am 27. März 2014 machen.

Ich war und bin beeindruckt vom Dokumentationszentrum, das den Holocaust der deutschen Sinti und Roma, aber auch europäischer Sinti und Roma während der Zeit des Nationalsozialismus dokumentiert.

Nach der Besichtigung des Dokumentationszentrums traf ich mit dem Vorsitzenden des Zentralrates, Romani Rose, dem Justiziar, Arnold Roßberg, und dem Wissenschaftlichen Leiter beim Zentralrat, Herbert Heuss, sowie den zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu einem Meinungs- und Gedankenaustausch zusammen.

*Beauftragter Koschyk mit dem Vorsitzenden des Zentralrates der Deutschen Sinti und Roma Romani Rose*

Quelle: BMI

Vorsitzender Rose berichtete von verschiedenen Initiativen des Zentralrates im Bildungsbereich. So befindet sich eine wissenschaftlich begleitete bundesweite Bildungsakademie im Aufbau. Diese soll die gleichberechtigte Bildungsteilhabe der deutschen Sinti und Roma sicherstellen. Auch sei es im vergangenen Jahr zum ersten Mal gelun-

gen durch die Studienstiftung des Deutschen Volkes Sinti und Roma für ein Stipendium zu vermitteln.

Wichtiges Thema der Begegnung war auch bei diesem Besuch die Einrichtung eines Beratenden Ausschusses für die deutschen Sinti und Roma beim Bundesminister des Innern. Über die Gründung dieses Ausschusses konnte schnell Einigkeit erzielt werden. Der Ausschuss trägt zu einer Verstetigung der Kontakte zwischen den Sinti und Roma und der Politik bei.

Auch die NPD-Plakatierung während der Bundestagswahl im Herbst 2013 und die damit verbundenen rechtlichen Hürden hinsichtlich einer Entfernung dieser Plakate wurden besprochen. Ich war mir mit Zentralratsvorsitzendem Rose einig, dass neben der rechtlichen Dimension dieser Frage vor allem eine politische Auseinandersetzung zu dieser inakzeptablen Kampagne der NPD erforderlich ist.

Hintergrundartikel Rhein-Neckar-Zeitung zum Besuch des Minderheitenbeauftragter Koschyk beim Zentralrat Deutscher Sinti und Roma.

http://www.rnz.de//heidelberg/00_20140322060000_110648233-Minderheitenbeauftragter-Koschyk-Verbot-rassis.html

Hinsichtlich der Erhaltung von Gräbern von im Nationalsozialismus verfolgten Sinti und Roma auf den kommunalen Friedhöfen in Deutschland, denen eine Einebnung nach Ablauf der regulären Gräberzeit droht, äußerte ich erneut meine dringende Bitte, eine Lösung des Problems durch eine kooperative Zusammenarbeit mit Bund, Ländern und Kommunen zu erwirken. Diese Gräber gehören aus meiner Sicht zur Identität der deutschen Sinti und Roma und vermitteln die Geschichte nicht nur für die

Volksgruppe selbst, sondern auch für die gesamte Bevölkerung, insbesondere für die junge Generation.

## 4.8. Gespräch mit MdB Franz Thönnes

Am 9. April 2014 habe ich mich mit MdB Franz Thönnes und der zuständigen Fachebene im BMI und im Auswärtigen Amt zu einem Gespräch über die Deutschen Hilfen in der Russischen Föderation und in den ehemaligen GUS-Staaten getroffen

Innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion leitete Herr Franz Thönnes MdB u.a. den Gesprächskreis „Russland/GUS“ und ist seit dem 10. November 2009 Mitglied und seit Januar 2014 stellvertretender Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses und Russland-Berichterstatter.

Im Gespräch wurde insbesondere die aktuelle Förderung in Kaliningrad, die die einzige Förderregion in der Russischen Föderation ist, thematisiert. Das Deutsch-Russische Haus in Kaliningrad wird mit 220.000 € pro Jahr zur Förderung der deutschen Minderheit unterstützt. Weiterhin wird das Haus auch für allgemeinkulturelle Maßnahmen genutzt, so dass eine Optimierung der Verwaltung, insbesondere eine verbesserte Einnahmesituation, vereinbart wurde. Den ersten Erfolg bzgl. der Senkung der Betriebskosten konnten MdB Thönnes und ich positiv hervorheben.

## 4.9. 59. Bundesschwabenball mit Bundestrachtenfest

In Gerlingen, der Patenstadt der Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn, fand am 10. Mai 2014 der alljährliche Bundesschwabenball statt. Dabei war auch in diesem Jahr die "Bundestrachtenschau" fester Bestandteil der Veranstaltung.

Neben dem Bürgermeister der Stadt Gerlingen, Herrn Georg Brenner, dem Bundesvorsitzenden der Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn, Herrn Klaus Loderer und dem Landesvorsitzenden des Landesverbands Baden-Württemberg der Lands-

mannschaft der Deutschen aus Ungarn, Herrn  Rudolph Fath, konnte auch ich teilnehmen und ein Grußwort an die Teilnehmer und Teilnehmerinnen richten.

Lochbergtanzgruppe vor dem Rathaus in Gerlingen

Quelle: BMI

Gruppenaufnahme

Quelle: BMI

Der Bundesschwabenball blickt auf eine lange Tradition zurück und ist bis heute die größte Kulturveranstaltung der Deutschen aus Ungarn. Mit zahlreichen Besuchern von nah und fern trägt sie dazu bei, die ungarn-deutsche Gemeinschaft weiter zu stärken, deren Kultur lebendig zu erhalten und die seit langem bestehende enge, freundschaftliche Verbindung zwischen Ungarn und der Stadt Gerlingen zu pflegen und weiterzuentwickeln. Die Stadt Gerlingen hat nicht nur seit 1969 die Patenschaft für

die Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn übernommen, sondern pflegt seit dem Jahr 1987 auch eine intensive Partnerschaft mit der ungarischen Stadt Tata.

Ich dankte allen, die sich für die Organisationen der deutschen Minderheit und für die Bewahrung ihres kulturellen Erbes einsetzen und somit dabei helfen, weitere Brücken zwischen Deutschland und Ungarn zu bauen. In dem künftig immer enger zusammenrückenden Europa spielen die rd. 185.000 Angehörigen der deutschen Minderheit in Ungarn eine erhebliche Rolle, in dem sie ein wichtiges Bindeglied zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Ungarn sind und bleiben. *"Helfen werden ihnen dabei ihre Kenntnisse von Sprache und Kultur beider Länder, die sie zu natürlichen Mittlern und Brückenbauern der Völkerverständigung machen. Damit leistet die Minderheit als Botschafter der guten deutsch-ungarischen nachbarschaftlichen Beziehungen in einem Europa der Vielfalt einen aktiven, ganz konkreten Beitrag zum europäischen Einigungsprozess"*, betonte ich in meinem Grußwort.

*Koschyk mit dem Bürgermeister der Stadt Gerlingen, Georg Brenner beim Eintrag in das Goldene Buch der Stadt Gerlingen*

Quelle: BMI

## 4.10. Interview für die Vierteljahresschrift des Nordfriisk Instituut, Nordfriesland 186

Nachfolgendes Interview habe ich dem Nordfriisk Instituut gegeben. Es ist in der 186. Ausgabe des Magazins „Nordfriesland“ (Vierteljahresschrift des Nordfriisk Instituut) im Juni 2014 erschienen.

**Welche Eindrücke haben Sie während Ihrer Antrittsbesuche bei den nationalen Minderheiten gewonnen?**
Ich habe mittlerweile sämtliche nationalen Minderheiten vor Ort besucht und war stark beeindruckt von dem hohen Maß an ehrenamtlichem Engagement, welches die Angehörigen unserer Minderheiten tagtäglich erbringen. Auch der starke Zusammenhalt innerhalb der einzelnen Minderheiten hat mich nachhaltig beeindruckt. Ich wurde an jedem Ort sehr herzlich empfangen und bedanke mich ausdrücklich für die spannenden Einblicke, die mir bereits in den ersten Wochen meiner Amtszeit gewährt worden sind.

Diese positiven Eindrücke dürfen gleichzeitig allerdings nicht von einem entscheidenden Punkt ablenken: Unsere nationalen Minderheiten haben in der heutigen Zeit, die Mobilität von jedem Einzelnen verlangt und immer schnelllebiger wird, zunehmend Schwierigkeiten, ihre Sprache und Kultur zu pflegen und an künftige Generationen weiterzugeben. Hier sehe ich zugleich eine besondere Verantwortung des Staates, die dieser insbesondere durch ein klares Bekenntnis zu den nationalen Minderheiten sowie verschiedenste Fördermaßnahmen ausfüllen kann. In diesem Sinne begreife ich auch meinen Auftrag als Beauftragter der Bundesregierung für nationale Minderheiten.

**Was sollten die nationalen Minderheiten in Deutschland tun, um in Berlin besser wahrgenommen zu werden?**
Zunächst habe ich den Eindruck, dass unsere nationalen Minderheiten bereits ein ho-

hes Maß an politischer Aufmerksamkeit in Berlin genießen. Dies findet etwa Ausdruck in der Institution des Beauftragten der Bundesregierung für nationale Minderheiten. Aber auch abseits meiner Zuständigkeit ist deutlich spürbar, dass die Bundesregierung ihrer Minderheitenpolitik einen hohen Stellenwert einräumt. So bestehen u. a. für nahezu sämtliche Minderheiten so genannte Beratende Ausschüsse, die den Kontakt zur Bundesregierung sowie zum Deutschen Bundestag halten. Außerdem existiert ein Gesprächskreis für nationale Minderheiten beim Innenausschuss des Deutschen Bundestages, in dem sich regelmäßig die Abgeordneten mit den Vertretern der Dachorganisationen der nationalen Minderheiten beraten. Auf Implementierungskonferenzen wird die Umsetzung des Rahmenübereinkommens des Europarats zum Schutz nationaler Minderheiten sowie der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen gemeinsam mit den nationalen Minderheiten diskutiert, die einschlägigen Staatenberichte zu den beiden Abkommen werden dem Deutschen Bundestag zugeleitet.

Ich empfehle unseren nationalen Minderheiten, den regelmäßigen Informationsaustausch mit dem Deutschen Bundestag sowie der Bundesregierung zu suchen und aktiv und selbstbewusst Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben, um Gesellschaft und Politik über die eigene Arbeit zu informieren und auf die individuellen Bedürfnisse aufmerksam zu machen. Das seit 2005 eingerichtete und vom Bundesministerium des Innern geförderte "Minderheitensekretariat" in Berlin ist hierfür die geeignete Einrichtung und nimmt diese Aufgabe auch heute schon wahr. Dieses "Minderheitensekretariat" bietet den auch in einem "Minderheitenrat" sehr eng kooperierenden Minderheiten die erforderliche Plattform, sich untereinander zu verständigen und Themen von entscheidender politischer Bedeutung für alle Minderheiten auch mit einer Stimme nach außen zu vertreten.

Dass der Informationsaustausch mit dem Deutschem Bundestag und der Bundesregierung durchaus zu fruchtbaren Ergebnissen führen kann, belegt die zurzeit in Vorbereitung befindliche Sprachenkonferenz, die am 26. November 2014 unter dem Titel

"Charta-Sprachen in Deutschland – Ein Thema für alle!" in Berlin stattfinden wird. Die Konferenz beruht auf einem Beschluss des Deutschen Bundestages vom November 2012 zu "20 Jahre Zeichnung der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen". Sie wird sich im Wesentlichen mit der aktuellen und der zukünftigen sprachpolitischen Situation der Regional- und Minderheitensprachen in Deutschland befassen, aber auch die europäische Dimension des Themas beleuchten. Die Organisation erfolgt in Kooperation mit Minderheiten- und Ländervertretern, mit Vertretern der Regionalsprache Niederdeutsch, dem "Minderheitensekretariat" sowie dem zuständigen Fachreferat im Bundesministerium des Innern, das auch die notwendigen Haushaltsmittel zur Verfügung stellt. Die Tatsache, dass Herr Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert MdB spontan die Übernahme der Schirmherrschaft über die Veranstaltung zugesagt hat, belegt einmal mehr, dass es sich für die Minderheiten auszahlt, die politischen Kontakte auf allen politischen Ebenen zu pflegen.

**Nach wie vor bestehen deutliche Unterschiede in der Förderung der einzelnen Minderheiten in Deutschland. Welche Möglichkeiten sehen Sie, zu einer Angleichung zu kommen?**

In der Tat bestehen zwischen den einzelnen Minderheiten Unterschiede, sowohl was die Höhe als auch die Art ihrer finanziellen Förderung anbelangt. Hieran ist grundsätzlich allerdings auch nichts auszusetzen, da auch die Rahmenbedingungen wie etwa die Organisationsstruktur, die regionale Verteilung und/oder die Schwerpunkte ihres Engagements durchaus unterschiedlich sind.

Die Bundesregierung reicht über das Jahr eine Vielzahl unterschiedlichster Förderbeträge aus, sowohl institutioneller Art wie auch als Projektförderung. Diese Förderbeträge kommen auch nicht alle "aus einer Hand", sondern werden von unterschiedlichen Stellen des Bundes und der Länder ausgereicht. Zum Teil gibt es gemeinsame Förderungen des Bundes und einzelner Länder, zum Teil fördert nur ein Land oder nur der Bund. Es gibt Projektförderungen kulturpolitischer Art wie auch für minderheitenpolitische Maßnahmen.

So ist es etwa ein besonderes Anliegen der Bundesregierung ob ihrer historischen Verantwortung, das Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma in Heidelberg zu fördern und der Öffentlichkeit damit Einblicke in eine Zeit zu geben, die ohne jeden Zweifel durch größtes Unrecht geprägt war. Aber auch abseits dessen setzt die Bundesregierung mit ihrer Förderpolitik individuelle Zeichen. So wurden jüngst etwa 420.000 Euro für einen hochmodernen Anbau des Nordfriisk Instituut bereitgestellt, der es der friesischen Volksgruppe fortan ermöglichen soll, die interessierte Öffentlichkeit noch besser über die friesische Sprache und Kultur zu informieren. Beide Maßnahmen werden von der Beauftragten für Kultur und Medien gefördert, während etwa der Bundesanteil für die Förderung der Stiftung für das sorbische Volk von zurzeit 8,2 Millionen Euro vom Bundesministerium des Innern ausgereicht wird.

Die Förderlandschaft im Minderheitenbereich erscheint aufgrund der unterschiedlichen Zuständigkeiten auf den ersten Blick zugegebener Maßen zunächst unübersichtlich. Sie hat sich aber insbesondere in Zeiten knapper Kassen durchaus bewährt, denn Einsparungen zur Konsolidierung des Bundeshaushalts in einem Ressort schlugen sich nicht automatisch in den Fördertöpfen der anderen Zuwendungsgeber nieder.

Grundsätzlich wäre für eine konsolidierte Minderheitenförderung – so sie denn von allen Minderheitenverbänden gleichermaßen gewünscht ist – zunächst der Konsens unter allen betroffenen Minderheiteneinrichtungen herzustellen. Zugegeben keine einfache Aufgabe und wahrscheinlich nicht von heute auf morgen zu erreichen. Hier wäre der "Minderheitenrat" unter Einbeziehung der Vertreter der Regionalsprache Niederdeutsch gefordert, sich auf ein einvernehmliches Konzept zu einigen. Für die weitere Moderation dieses Konzeptes mit den Zuwendungsgebern stehe ich zu gegebener Zeit gern zur Verfügung.

*>>Das Gespräch führte Renate Schnack<<*

## 4.11. Gespräch mit dem Vorstand der Sinti Allianz Deutschland e.V.

Am 5. Juni 2014 traf ich mich in Berlin zu einem zweiten Gespräch mit Vertretern der Sinti Allianz Deutschland e.V. An dem Gespräch nahmen für die Sinti Allianz der Vorsitzende, Herr Ricardo Laubinger, Frau Marion Laubinger, Mitarbeiterin der sozialen Begegnungsstätte für Sinti in Hildesheim, Herr Ricardo Lenzi Laubinger, 1. Vorsitzender der Sinti Union Hessen e.V. und 2. Vorsitzende der Sinti Allianz, Frau Manja Schuecker-Weiß und Herr Ronald Schuecker, Vorstandsmitglieder der Sinti Allianz und dem Verband der Sinti Niedersachsen e.V., Verfasser des „Modellprojektes zur Stärkung der kulturellen Identität und Bildung für Sinti“ teil.

*Gruppenaufnahme im BMI*

Quelle: BMI

Gegenstand des Gesprächs war im Wesentlichen die Vorstellung des Modellprojektes zur Stärkung der kulturellen Identität und Bildung für Sinti. Das Konzept setzt auf die Förderung vor allem von Sinti-Kindern und -Jugendlichen, um Bildungsabbrüche bei jungen Sinti zu vermeiden und die persönliche und soziale Kompetenz zu fördern. Ziel des Konzeptes ist es die Sinti-Kinder und -Jugendlichen zu qualifizieren, aber nicht gesellschaftlich zu assimilieren. Daher sieht das Modell vor allem die Unterstützung der Betroffenen durch Bildungsberater und Sozialberater aus den eigenen Rei-

hen vor. Wichtiger Bestandteil ist, die kulturelle Tradition der Sinti in das Modell mit einzubeziehen. Ich bin von dem Projekt sehr angetan. Wichtig ist es, vor allem auf Landes- und kommunaler Ebene für das Projekt weiter um Unterstützung zu werben. Es muss insbesondere im Interesse der Kommunen liegen, solche Initiativen zu befördern, da sie perspektivisch den Kommunen viel Geld ersparen.

Weiteres Gesprächsthema war der neu einzuberufende Beratende Ausschusses für Fragen der deutschen Sinti und Roma beim Bundesministerium des Innern. Ich berichtete über den Stand der organisatorischen Vorbereitungen und zeigte nochmals die Möglichkeiten auf, die ein solcher Ausschuss für die Platzierung der Anliegen der deutschen Sinti und der deutschen Roma bietet. Die Interessen könnten hier gebündelt und den Anliegen durch eine abgestimmte Vorgehensweise größeres Gewicht im parlamentarischen Raum gegeben werden. Auch die Mitwirkung der Ländervertreter in dem Gremium böte die Möglichkeit der breiteren Information und der individuellen Kontaktaufnahme.

Die Vertreter der Sinti Allianz nutzten das Gespräch, um über die bevorstehende Umorganisation ihres Verbandes zu informieren. Der Verband werde sich in einer in Kürze anstehenden Gründungsversammlung umorganisieren und in Zukunft mit dem neugegründeten Dachverband als Sinti-Union Deutschland e.V. die Anliegen seiner Mitglieder vertreten. Die Gesprächsteilnehmerinnen und -teilnehmer diskutierten das Vorhaben und erörterten notwendige strukturelle Ausrichtungen und Chancen dieses Neustarts.

## 4.12. Gespräche mit niedersorbischen Einrichtungen in der Niederlausitz

Am 3. Juli 2014 habe ich zentrale Einrichtungen in und um Cottbus besucht. Damit löste ich mein kurz nach meiner Amtseinführung gegebenes Versprechen ein. Nach Gesprächen mit den politischen Repräsentanten der Niedersorben informierte ich

mich im Niedersorbischen Gymnasium in Cottbus (niedersorbisch: Chóśebuz) und im Heimatmuseum Dissen (Dešno) im Spreewald.

*Ortsschild Cottbus*
*(niedersorbisch: Chóśebuz)*

Quelle: BMI

Auf Einladung von Herrn Dr. Klaus-Peter Schulze MdB und Herrn Harald Konzack, stellvertretender Geschäftsführer der Domowina – Bund Lausitzer Sorben e.V. und Vorsitzender des Rates für sorbische (wendische) Angelegenheiten beim Landtag Brandenburg, informierte ich mich in einem längeren Gespräch mit Führungsverantwortlichen verschiedener niedersorbischer Entscheidungsgremien über die speziellen Anliegen und Entwicklungen in der niedersorbischen Volksgruppe. Themen waren u.a. das am 1. Juli 2014 in Kraft getretene novellierte Sorben-/Wendengesetz, das u.a. die Direktwahl der Mitglieder des Rates für sorbische/wendische Angelegenheiten, die Verbandsklagebefugnis und die Schaffung eines Beauftragten der Landesregierung für Angelegenheiten der Sorben/Wenden im Rang eines Staatssekretärs vorsieht. Die sorbischen Vertreter zeigten sich im Wesentlichen zufrieden mit den zugesicherten Partizipationsrechten; die Möglichkeiten müssten nun genutzt und mit Leben erfüllt werden.

Weiteres Thema war die im Koalitionsvertrag vorgesehene langfristige Sicherung der Arbeit der Stiftung für das sorbische Volk. Die sorbischen Vertreter bedankten sich für die im parlamentarischen Verfahren zur Beratung des Bundeshaushalts 2014 erreichte Aufstockung der Bundesförderung um 500.000 € und wiesen auf die Notwendigkeit

der Verstetigung dieser Förderung hin. Ich stellte fest, dass das für 2014 erzielte Ergebnis viele Väter hat und ich froh bin über das Erreichte. Für 2015 zeigte ich mich zuversichtlich, dass diese Erhöhung trotz der haushalterischen Vorgaben für den Bundeshaushalt nochmals erreicht werden kann. Parallel ist es jedoch erforderlich, das Zweite Finanzierungsabkommen für die Stiftung für das sorbische Volk nach den Landtagswahlen im Herbst in Brandenburg und Sachsen zügig neu aufzulegen, damit die Förderung der Stiftungsarbeit ab dem Haushalt 2016 langfristig verstetigt werden kann. Hierbei vertraue ich darauf, dass die beiden Länderparlamente Brandenburgs und Sachsens ihre anteilige Förderung im Verhältnis ihrer Förderanteile wie schon in den vergangenen zwei Jahren ebenfalls erhöhen.

Den Hinweis des Vorsitzenden des Regionalverbandes der Domowina Niederlausitz e.V., Herrn Meto Nowak, im Rahmen der Bundesgesetzgebung stets auch auf mögliche minderheitenrechtliche Betroffenheiten zu achten, nahm ich gern auf und sagte im Übrigen meine Unterstützung in allen die Bundesebene betreffenden Belangen der niedersorbischen Volksgruppe zu. Ich betonte, dass es über die beiden europarechtlichen Abkommen zum Schutz nationaler Minderheiten, durch die deren Sprachen und die Regionalsprache Niederdeutsch bereits geschützt sind, hinaus, eine selbstverständliche nationale Verpflichtung Deutschlands gibt, die Minderheitenkultur und ihre Sprachen zu erhalten.

Hierüber und über die dazugehörige dauerhafte finanzielle Ausstattung besteht auf Bundesebene Konsens über alle Parteigrenzen hinweg. Wörtlich habe ich gesagt: *"Die Geschichte, Kultur und Sprachen unserer nationalen Minderheiten in Deutschland sind untrennbar mit unserer Identität verbunden und stellen eine Bereicherung unserer kulturellen und sprachlichen Vielfalt in Deutschland dar! Diesen Schatz müssen wir bewahren und an die kommenden Generationen weitergeben!"*

Bei dem anschließenden Besuch im Niedersorbischen Gymnasium informierte ich mich über die Besonderheiten dieser einzigartigen Bildungseinrichtung. Die Geschichte der Schule, deren bikultureller sprachlicher Ansatz und das Leitbild der Schu-

le waren dabei ebenso Gegenstand des Gesprächs mit der Schulleitung wie die Zukunftschancen und Möglichkeiten der Schülerinnen und Schüler mit sorbischsprachigem Schulabschluss. Erörtert wurde auch die spezielle Herausforderung für die Schule, sich den ständig ändernden schulgesetzlichen Rahmenbedingungen anpassen zu müssen. Im Gegensatz zu anderen Schulen ist dabei häufig die Sicherstellung des bilingualen Angebots in sorbischer Sprache in Gefahr. Ich war beeindruckt von dem Leistungsangebot der Schule und dankte für das erkennbare Engagement.

Am Nachmittag fand ein Rundgang durch das Heimatmuseum und der in den Spreeauen gelegenen mittelalterlichen slawischen Ansiedlung im sorbischen Dorf Dissen statt, wo ich Gelegenheit hatte, mich auf eine Zeitreise mitten in das slawische Mittelalter zu begeben. In einem engagierten Vortrag vermittelte die Museumsleiterin in sorbischer Tracht Eindrücke zur bäuerlichen sorbisch/wendischen Lebensweise. Unterschiedliche Trachten, Spinnstubengeschichten, Sagen und Märchen des Spreewaldes gaben dabei ebenso Einblicke in die Mystik dieser Gegend wie die vielfältigen Gegenstände aus jener Zeit, die die Erinnerung an die harte Arbeit auf dem Feld, das Leben der sorbisch/wendischen Familien und die diversen Feste, Feiern und Bräuche lebendig erhalten. Eine Ansiedlung im Freien mit fünf Grubenhäusern, die in enger Anlehnung an archäologische Funde und alte Aufzeichnungen errichtet wurden, dokumentiert lebensecht das Leben in der Gemeinschaft vor rd. 1.000 Jahren. Diese Ausstellung wird als wissenschaftliches Projekt geführt und vermittelt sehr authentisch die frühe slawische Lebensweise in dieser Gegend.

## 4.13. Besuch bei den Saterfriesen

Im Rahmen meiner Niedersachsenreise im Oktober 2014 habe ich die saterfriesische Minderheit besucht. Nach der Begrüßung durch den Saterländer Bürgermeister Hubert Frye und den Vertreter der Saterfriesen im Minderheitenrat, Karl-Peter Schramm, war der erste Programmpunkt ein Besuch in der Grundschule „Litje Skoule Skäddel“, in der in jeweils einer Klasse ein zweisprachiger Unterricht (deutsch-

saterfriesisch) angeboten wird. Hierbei wird nicht nur die saterfriesische Sprache selbst vermittelt, sondern auch andere Fächer wie Mathematik oder Musik werden bewusst zweisprachig unterrichtet. Die meisten Schüler dieser Klassen haben bereits im örtlichen Kindergarten Bekanntschaft mit der ursprünglichen Sprache ihrer Heimat machen können.

*Besuch in der Grundschule „Litje Skoule Skäddel“*

Quelle: BMI

Die Grundschule „Litje Skoule Skäddel“ nimmt am Modellprojekt „Ostfriesland und das Saterland als Modellregion für frühe Mehrsprachigkeit“ des Landes Niedersachsen seit dem Projektstart im Jahr 2011 teil. Dieses dient der Erprobung der Mehrsprachigkeit mit Saterfriesisch oder Plattdeutsch in verschiedenen Fächern, des sogenannten Immersionsunterrichts. Insgesamt nehmen an diesem Modellprojekt, dessen erste Ergebnisse sehr vielversprechend sind, in Niedersachsen zwei Grundschulen mit Saterfriesisch und vier Grundschulen mit Niederdeutsch teil. Saterfriesisch und Niederdeutsch sind durch die Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen geschützt, die die unterzeichnenden Mitglieder zu einer besonderen Förderung verpflichten.

Im Mathematikunterricht der Klasse 3b konnte ich mich nicht nur von den Sprachfertigkeiten der Grundschüler überzeugen, sondern auch von der modernen Methodik gerade im bilingual angelegten Unterricht. Bei der Einübung der Regel „Punkt vor

Strich“ verbesserten die Jungen und Mädchen ganz nebenbei ihre Ausdrucksfähigkeit im Saterfriesischen.

Im Anschluss empfing mich der Heimatverein Seelter Bund, der auch die Vertretung der Saterfriesen nach außen wahrnimmt, in seinem Kulturhaus. In dem ehemaligen Bahnhof sind neben den Vereinsräumen auch ein Archiv sowie ein kleiner Radiosender untergebracht, der Programmanteile in der saterfriesischen Sprache sendet.

Ich war vom Erfolg der überwiegend ehrenamtlich geleisteten Sprach- und Kulturarbeit in Saterland stark beeindruckt. Das Saterfriesische, das einigen schon zum Aussterben verdammt schien, hat heute wieder eine Zukunft. Dieses ist umso beachtlicher, als dass auch die Gemeinde Saterland nach dem Zweiten Weltkrieg sehr viele Heimatvertriebene aufgenommen hat, die niemals mit dem Saterfriesischen in Kontakt standen. Vierzig Jahre später gelang die Integration von rund 1.500 Spätaussiedlern. Die Vertreter der Saterfriesen und ich waren uns einig darüber, dass ein bereits im früheren Kindesalter geschaffener Zugang zur Mehrsprachigkeit eine hervorragende Grundlage für Weltoffenheit und Toleranz bildet. Durch Rückgriff auf die traditionelle Sprache der Heimat erwerben die Kinder und Jugendlichen für das Leben im zusammenwachsenden Europa und in der globalisierten Welt wichtige Schlüsselqualifikationen.

## 4.14. Im Dialog mit den Vertretern der Minderheiten und Regionalsprachen im Rahmen der Implementierungskonferenz

Zu einem offenen Meinungs- und Informationsaustausch bin ich mit den Vertretern der nationalen Minderheiten und Regionalsprachen sowie Vertretern von Ländern und Nichtregierungsorganisationen im Rahmen der Implementierungskonferenz 2014 in Berlin, im Bundeshaus, zusammengekommen.

Nationale Minderheiten sind in Deutschland Gruppen deutscher Staatsangehöriger, die im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland traditionell – d.h. seit Jahrhunderten – heimisch sind. Ich bin zentraler Ansprechpartner für die Anliegen der vier anerkannten nationalen Minderheiten: die Dänen, die friesische Volksgruppe, die (deutschen) Sinti und Roma sowie das sorbische Volk. Schutz und Förderung der nationalen Minderheiten umfassen auch die Minderheitensprachen Dänisch, Nord- und Saterfriesisch, Ober- und Niedersorbisch sowie das Romanes der deutschen Sinti und Roma. Geschützt wird in Deutschland zudem die Regionalsprache Niederdeutsch (Plattdeutsch).

*Bundesbeauftragter Koschyk mit den Vertretern der nationalen Minderheiten und Regionalsprachen sowie Vertretern von Ländern und Nichtregierungsorganisationen im Rahmen der Implementierungskonferenz 2014 in Berlin, Bundeshaus*

Quelle: BMI

Bereits seit 1998, dem Jahr des In-Kraft-Tretens des Rahmenübereinkommens des Europarats zum Schutz nationaler Minderheiten, lädt das Bundesministerium des Innern jährlich zur sogenannten Implementierungskonferenz ein. Die Konferenzen leis-

ten einen wichtigen Beitrag zur Erstellung der von der Bundesregierung an den Europarat zu übergebenen Staatenberichte zum Stand der Implementierung des Rahmenübereinkommens sowie der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen.

Im Vordergrund der Aussprache standen die Initiativen der Minderheiten- und Regionalsprachenvertreter. Ich dankte für das große Engagement, mit dem die Vertreter der Minderheiten und Regionalsprachen ganz wesentlich ihren Beitrag zum Erhalt der kulturellen Vielfalt und zu einer Kultur der Offenheit und Toleranz leisten. Dadurch ist es möglich, die Identität als Minderheit mit der angestammten Sprache zu bewahren. Dass dazu weiterhin eine verlässliche und kontinuierliche Förderung erforderlich ist, wurde mit Blick auf die nächsten Haushaltsjahre und den damit verbundenen Förderungsumfang thematisiert und beispielhaft diskutiert.

Weiteres Gesprächsthema war der vereinbarte, neue Beratende Ausschusses für Fragen der deutschen Sinti und Roma beim Bundesministerium des Innern. Ich berichtete über den Stand der organisatorischen Vorbereitungen. Der Ausschuss, der für die in Deutschland geschützten Minderheiten der Dänen, der Friesen, der Sorben und für die Regionalsprache Niederdeutsch bereits existiert, trägt zu einer Verstetigung der Kontakte der Sinti und Roma im parlamentarischen Raum bei. Auch die Mitwirkung der Ländervertreter in dem Gremium bietet die Möglichkeit der breiteren Information und der individuellen Kontaktaufnahme.

Rückblickend wurde weiterhin der Tag der offenen Tür im Bundesministerium des Innern im August 2014, an dem sich das Minderheitensekretariat beteiligt hat, hervorgehoben. Ich konnte dazu nur festhalten, dass das große Interesse der Besucher gezeigt hat, welche Bedeutung Minderheitenpolitik in der Bevölkerung hat.

Ich will mich deshalb auch für die zukünftige Stärkung und Unterstützung der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV) einsetzen, die der europäische Dachverband der autochthonen, nationalen Minderheiten/Volksgruppen in Europa

ist. Die FUEV hat mit über 90 Mitgliedsorganisationen eine verbindende, grenzüberschreitende Rolle, die aus meiner Sicht gestärkt werden muss.

Das Jahrestreffen der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten, von der FUEV organisiert, sowie die Bundessprachenkonferenz „Charta-Sprachen in Deutschland – Ein Thema für alle – fand im November 2014 statt. Die Schwerpunkte liegen auf dem politischen Dialog sowie der Zusammenarbeit mit der Bundesregierung und des Bundestages im Hinblick auf die Jugend- und Sprachförderung.

Ich dankte zum Abschluss des Gesprächs allen Beteiligten für die konstruktive Mitarbeit, insbesondere auch den anwesenden Ländervertretern und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien für die lösungsorientierten Anregungen.

## 4.15. Bundesminister de Maizière im Gespräch mit dem Minderheitenrat

Im Vorfeld der Konferenz "Charta-Sprachen in Deutschland - ein Thema für alle" ist Bundesinnenminister de Maizière MdB zu einem Meinungs- und Informationsaustausch mit dem Minderheitenrat, der die vier autochthonen Minderheiten und Volksgruppen in Deutschland vertritt, zusammen gekommen. Bei dem Gespräch war auch ich in meiner Funktion als Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten dabei.

Der Minderheitenrat befasst sich mit grundsätzlichen Angelegenheiten der Dänen, Friesen, der deutschen Sinti und Roma sowie der Sorben. Er setzt sich für deren Förderung und Schutz ein und vertritt die Interessen der Minderheiten gegenüber der Bundesregierung und dem Deutschen Bundestag.

Im Vordergrund des Dialogs stand die aktuelle Minderheitenpolitik mit einem offenen Austausch zu Fragen der Finanzsituation, der Bund-Länder-Kompetenz, der Um-

setzung der Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen in Deutschland und auf europäischer Ebene.

*Bundesinnenminister de Maizière mit BA Koschyk, dem Vorsitzenden des Minderheitenrates, David Statnik und Vertretern der vier autochthonen Minderheiten und Volksgruppen in Deutschland*

Quelle: BMI

Bundesminister de Maizière betonte in seinem Eingangsstatement, dass Minderheitenpolitik nicht nur "Folklore", sondern "gelebte europäische Kultur" sei.

Mit aktuellen Beispielen und Tätigkeitsfeldern, wie z.B. dem Angebot an Minderheitensprach-Unterricht an Schulen und Kindergärten oder auch der Akzeptanzförderung der deutschen Sinti und Roma, die durch die NPD-Wahlplakate angegriffen wurden, zeigten die Minderheitenvertreter Traditionen und Werte, für deren Erhalt sie sich mit viel Engagement, Leidenschaft, insbesondere auch ehrenamtlicher Vereinstätigkeit einsetzen.

Der Vorsitzende des Minderheitenrates, David Statnik dazu: *"Ich sehe uns als Brückenbauer. Minderheiten schaffen kulturelle Vielfalt und Reichtum. Genau deshalb ist es wichtig, Akzeptanz zu schaffen und gemeinsame Verantwortung von Bund und Ländern zu erreichen".*

Bundesminister de Maizière ermutigte die Minderheitenvertreter, dies fortzusetzen: "*Für den offenen Dialog auf Bundes- und Landesebene und mit den parlamentarischen*

*Vertretern danke ich und hoffe, dass Sie diesen konsequent weiterführen. Mit Blick auf die Planungssicherheit zum Erhalt und der Fortsetzung der Einrichtungen ist ein regelmäßiger Austausch unverzichtbar."*

Ich hob die besondere Verantwortung des Staates, verbunden mit der Rolle des Minderheitenrates auf nationaler Ebene und die dafür erforderliche Zusammenarbeit auf Bundes- und Landesebene sowie die Rolle der FUEV auf europäische Ebene hervor: *"Die Minderheitenpolitik ist ein Prozess, den ich aktiv begleite. Ich sehe es als meine besondere Verantwortung, die Bewahrung der Sprache, Kultur und Werte der autochthonen Minderheiten und Volksgruppen in Deutschland und in Europa bestmöglich zu unterstützen. Ich begrüße sehr, dass die aktuelle Haushaltsdebatte für 2015 so positiv verlaufen ist und die Förderung auf dem bisherigen Niveau bleibt."*

Mit Blick auf die aktuellen Handlungsfelder sicherten sich die Beteiligten weiterhin Ihre Unterstützung zu und bekräftigten die Fortführung des regelmäßigen Austausches aber auch einen offenen Blick für mögliche Veränderungen und kritische Auseinandersetzungen. Insbesondere soll die Zusammenarbeit bestehender Gremien und der Austausch mit den Beratenden Ausschüssen intensiviert werden.

## 4.16. Konferenz "Charta-Sprachen in Deutschland – Ein Thema für alle!"

Unter dem Titel "Charta-Sprachen in Deutschland – Ein Thema für alle!" fand am 26. November 2014 in Berlin in der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft eine Konferenz statt, zu welcher der Minderheitenrat der vier autochthonen nationalen Minderheiten und Volksgruppen Deutschlands und ich als Bundesbeauftragter eingeladen hatte. Die Schirmherrschaft übernahm der Präsident des Deutschen Bundestages Dr. Norbert Lammert MdB.

Auf den Tag genau zwei Jahre nach der Debatte im Deutschen Bundestag über den Sprachenschutz in Deutschland, bei der ein Forderungskatalog beschlossen wurde,

diskutierten Vertreter des Europarates, des Bundes, der Länder, Vertreter der Charta-Sprachen sowie weitere Interessenten gemeinsam über die Zukunft dieser in Deutschland.

*"Wenn heute z.B. junge Sorben von radikalen Vertretern der rechten Szene angegriffen und verprügelt werden, dann ist das eine höchst bedenkliche Entwicklung. Hier sind wir alle gefragt, solchen Exzessen gemeinsam entgegenzutreten. Dabei ist Aufklärung der Mehrheitsbevölkerung oberstes Gebot. Es muss verstärkt für die Einsicht geworben werden, dass die Charta-Sprachen ein Mehrwert auch für die Mehrheitsbevölkerung sind"*, betonte ich in meiner Begrüßung.

*Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert, Frau Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa des Landes Schleswig-Holstein und Frau Dr. Eva-Maria Stange, Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst im Freistaat Sachsen mit dem Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten Hartmut Koschyk, den Vertretern der vier autochthonen nationalen Minderheiten und Volksgruppen in Deutschland sowie der niederdeutschen Sprachgruppe*

Quelle: BMI

Der Schutz der Minderheitensprachen in Deutschland und der Regionalsprache Niederdeutsch ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Er steht in der Verantwortung

aller am politischen Umsetzungsprozess der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen Beteiligten.

Die Konferenz setzte den Startpunkt für eine von Bund, Ländern, Minderheiten und Niederdeutsch-Sprechern gemeinsam zu entwickelnde sprachenpolitische Ausrichtung für die Charta-Sprachen in Deutschland, in der sich die gemeinsame Verantwortung widerspiegelt. Auch Dr. Andrea Willi, Mitglied des Expertenkomitees der Europäischen Charta für Regional- oder Minderheitensprachen des Europarates, ist der Einladung zur Konferenz gefolgt, um über Erwartungen und Perspektiven der Charta-Sprachen in Europa zu referieren und sich die Frage zu stellen, wo dabei Deutschland steht: *"Den in Deutschland Verantwortlichen – Bund, Ländern, Minderheiten und Sprechern der Regionalsprache – muss Anerkennung und Dank für die bisherigen erfolgreichen Bemühungen und für das große, oft auch ehrenamtliche Engagement ausgesprochen werden. Es bleibt aber weiterhin genug zu tun. Meine Devise ist indessen, dass das Glas halb voll – und nicht halb leer – ist. Für alle Charta-Sprachen in Deutschland gilt: Sie sind mittelfristig, latent oder akut vom Aussterben bedroht. Eine Sonderstellung hat das Dänische, da hier ein 'Mutterland' vorhanden ist. Mit den anderen Sprachen aber befinden wir uns in der Intensivstation. Lebensrettende Vorkehrungen sind notwendig."*

Im Vorfeld der Konferenz führte das Minderheitensekretariat in Berlin eine Umfrage durch, um das Wissen der Mehrheitsbevölkerung über die Charta-Sprachen in Deutschland zu prüfen. Das Unwissen und zum Teil die Gleichgültigkeit als Ergebnis des Kurzfilms gaben einen guten Anstoß zur darauffolgenden Podiumsdiskussion mit Vertretern der europäischen wie auch Bundes- und Länderebene.

Ergebnis der Konferenz ist das gemeinsame Papier des Minderheitenrates und des Beauftragten der Bundesregierung "Charta-Sprachen in Deutschland - Gemeinsame Verantwortung". Das Papier umfasst Grundsätze und gemeinsame Zielsetzungen, welche nun an den Bundestagspräsidenten Herrn Dr. Lammert MdB wie auch stellvertretend für die Bundesländer an Frau Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur

und Europa des Landes Schleswig-Holstein, und Frau Dr. Eva-Maria Stange, Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst im Freistaat Sachsen, übergeben worden ist.

Das Grundsatzpapier "Charta-Sprachen in Deutschland – Gemeinsame Verantwortung" ist unter www.aussiedlerbeauftragter.de abrufbar.

*"Ich habe die Schirmherrschaft gern übernommen, denn ich bin davon überzeugt, dass die Sprache eine überragende Bedeutung sowohl für regionale und nationale Identitäten als auch für das Verständnis von Ländern und Kulturen hat. Sorgen Sie dafür, dass das nicht nur auf dem Papier steht, sondern auch umgesetzt wird",* sagte der Bundestagspräsident Dr. Lammert in seinem Grußwort zur Konferenz.

*"Lassen Sie uns auf die Fragen des Erhalts der Charta-Sprachen in Deutschland die gemeinsame "Antwort" finden – unser aller "Verantwortung". Damit erreichen wir, dass die Förderung der Regional- und Minderheitensprachen nicht nur Lippenbekenntnis, sondern gelebter Kultur- und Spracherhalt für alle ist",* sagte der Vorsitzende des Minderheitenrates Deutschlands, David Statnik, abschließend.

Zu den Charta-Sprachen in Deutschland gehören Nord- und Saterfriesisch, Nieder- und Obersorbisch, Dänisch, Romanes sowie die Regionalsprache Niederdeutsch. Sie werden geschützt durch die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen des Europarates, gezeichnet durch die Bundesrepublik Deutschland 1992.

# 5. Deutsche Minderheiten im Ausland

## 5.1. Teilnahme am Thementag zum Banat in der rumänischen Botschaft in Berlin

Unter dem Titel "Das Banat – bunte Vielfalt zwischen Donau und Karpaten" fand in der Botschaft von Rumänien in Berlin im Februar ein Thementag zum Banat statt.

Während der Veranstaltung wurde die Ausstellung "Das Banat. Eine Reise nach Europa" gezeigt, die von Frau Dr. Swantje Volkmann, Kulturreferentin für Südosteuropa am Donauschwäbischen Zentralmuseum in Ulm, konzipiert wurde.

Während des Themenabends wurden auch die Ergebnisse einer deutsch-rumänischen Jugendbegegnung vorgestellt, die unter dem Motto "Das Banat – bunte Vielfalt zwischen Donau und Karpaten" stand. Vom 17. bis zum 19. Februar trafen sich Schüler aus Temeswar und Reschitz im Banat mit deutschen Jugendlichen in Potsdam und tauschten sich über das Beziehungsgeflecht von Heimat und Identität aus. Betreut und konzipiert wurden Thementag und Jugendbegegnung von Frau Corina Ostafi, Stipendiatin des Programms der Bundeszentrale für politische Bildung "Europa gestalten – politische Bildung in Aktion" in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Kulturforum östliches Europa.

*Beauftragter Koschyk in der rumänischen Botschaft in Berlin*

Quelle: BMI

Die Veranstaltung habe ich besucht, um mich über die aktuelle politische Lage in Rumänien, insbesondere über die Situation der deutschen Minderheit zu informieren.

In ihren Grußworten hoben der Botschafter von Rumänien in der Bundesrepublik Deutschland, Dr. Lazăr Comănescu, und der Direktor des Deutschen Kulturforums

östliches Europa, Dr. Harald Roth, die politische, wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung der Banater Schwaben hervor, die nach ihrer Ansiedlung Ende des 17. Jahrhunderts insbesondere stark zur wirtschaftlichen Entwicklung der Region beigetragen hätten. Rumänien könne sich glücklich schätzen, da man eine kulturelle und ethnische Vielfalt wie im Banat nur selten antreffe, so Botschafter Dr. Comănescu.

Der aus Temeswar stammende Redakteur der Deutschen Welle, Ernst Meinhardt, referierte über die wechselvolle Geschichte des Banats und stellte die verschiedenen Regionen des Banats mit ihren Städten und Baudenkmälern von großer historischer Bedeutung vor. Auch verwies er auf die bislang wenig erforschte französische Besiedlung des Banats und dass die mundartliche Verwandtschaft zwischen den Banater Schwaben und Lothringen bis heute dokumentiert sei. Die Banater Schwaben stammen aus verschiedenen Teilen Süddeutschlands und aus Lothringen. Sie wurden von der Österreichischen Hofkammer seit Ende des 17. Jahrhunderts in der nach den Türkenkriegen teilweise entvölkerten und verwüsteten Pannonischen Tiefebene entlang der Militärgrenze angesiedelt. Die Mehrheit der Siedler kam aus Franken, Bayern, Österreich, Elsass, Lothringen, Luxemburg, Baden und der Rheinpfalz. Auch kleinere Gruppen aus Mitteldeutschland und dem Sauerland sind nachweisbar. Nur ein kleiner Teil stammte aus schwäbischen Regionen im Bereich des ehemaligen Vorderösterreich. Die Abwanderungen zum Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts und in den Krisenjahren der 1930er Jahre, die Teilnahme an Kampfhandlungen im Zweiten Weltkrieg, Flucht, Verschleppung und Vertreibung sowie die Auswanderungswellen in der kommunistischen Zeit haben die Banater Schwaben in Rumänien zu einer verschwindend geringen Minderheit schrumpfen lassen.

Im Anschluss stellten die deutschen und rumänischen Jugendlichen aus dem Banat die Ergebnisse des Workshops "Das Banat – bunte Vielfalt zwischen Donau und Karpaten" vor. Dabei veranschaulichten die Jugendlichen anhand von stimmungsvollen Fotografien, die sie im Banat aufgenommen haben, die kulturelle Verwurzelung der deutschen Minderheit im Banat.

Ein bis heute sichtbarer Ausdruck der künstlerischen Gestaltung der Banater Schwaben in der Region war der österreichisch geprägte Barock. Die kulturelle und künstlerische Übernahme dieser Formenwelt wurde in dem Buch "Barock im Banat" von Prof. Dr. Rodica Vârtaciu erstmals umfassend in ihren vielfältigen Ausdrucksformen und Auswirkungen dargestellt. Der aufwändig bebilderte Band stellt die Leistungen der Epoche in ihrer ganzen Bandbreite dar und verdeutlicht, wie verschiedene Einflüsse barocke Formen eigenständiger, regionalspezifischer Ausprägung hervorbrachten. Im Gespräch mit Dr. Robert Born, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Geisteswissenschaftlichen Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas an der Universität Leipzig, erläutert Prof. Dr. Rodica Vârtaciu anhand ausgewählter Beispiele die Barockarchitektur in verschiedenen Orten des Banats und bettete sie in den historischen Zusammenhang ein.

Als Symbol der guten Beziehungen konnte ich werten, dass an der Veranstaltung in der rumänischen Botschaft auch die Bundesvorsitzenden der Landsmannschaft der Banater Schwaben, Herr Peter-Dietmar Leber, und der Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn, Herr Klaus J. Loderer, teilnahmen: *"Deutschland und Rumänien verbinden langjährige gute Beziehungen. Sie finden ihre Grundlage im Freundschaftsvertrag von 1992. Zwischen beiden Ländern besteht ein reger Kulturaustausch. Der Freundschaftsvertrag ist auch die völkerrechtliche Grundlage für die Förderung der deutschen Minderheit in Rumänien. Unsere beiden Staaten haben sich darin zur Unterstützung der deutschen Minderheit verpflichtet. Diese Förderung wird auch in Zukunft ein fester Bestandteil der bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Rumänien sein. Die Donau verbindet nicht nur unsere beiden Länder, sondern führt uns auch in der intensiven Donaukooperation zusammen. Ein wichtiges Bindeglied stellen dabei auch die Banater Schwaben dar. Sie sind Brückenbauer zwischen unseren beiden Ländern in einem Europa der Vielfalt. Ich danke Frau Corina Ostafi, die in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Kulturforum östliches Europa diesen Themenabend und den Jugendaustausch vorbereitet hat, sowie Frau Dr. Swantje Volkmann, die uns durch ihre Ausstellung 'Das Banat. Eine*

*Reise nach Europa' gemeinsam diese Brückenfunktion der Banater Schwaben vor Augen führten".*

## 5.2. Besuch der Gemeinschaftsausstellung KÖZELÍTÉS - ANNÄHERUNG – ZBLIŻENIA

In der Galerie der Botschaft der Republik Ungarn wurde in Zusammenarbeit mit dem Verband Ungarndeutscher Autoren und Künstler (VUdAK) und dem Polnischen Kunstforum in Ungarn die Gemeinschaftsausstellung "KÖZELÍTÉS – ANNÄHERUNG – ZBLIŻENIA" eröffnet.

Nach einer erfolgreichen Präsentation in Budapest gelangte die Werkschau nach Berlin. Sie versteht sich als künstlerischer Beitrag zur Vielfalt der Minderheiten und Völker im zusammenwachsenden Europa. In der Gemeinschaftsausstellung der beiden in Ungarn tätigen Kunstverbände werden zum ersten Mal Werke von 17 in Ungarn lebenden polnischen und 21 ungarndeutschen Künstlern ausgestellt.

*Der ungarische Botschafter Czukor, Direktorin Wielga-Skolimowska, Beauftragter Koschyk und Verbandsvorsitzender Schuth (v.l.n.r.)*

Quelle: BMI

Die beiden Studentinnen Magdalena Motyl von der staatliche Hochschule für Musik "Hanns Eisler" Berlin und Sylvie Decramer von der Universität der Künste Berlin umrahmten musikalisch die Ausstellungseröffnung in der ungarischen Botschaft. Hier waren die Direktorin des Polnischen Instituts Berlin, Frau Katarzyna Wielga-

Skolimowska, der Vorsitzende des Verbandes Ungarndeutscher Autoren und Künstler und der Chefredakteur der "Neue Zeitung – Ungarndeutsches Wochenblatt", Herr Johann Schuth sowie der Bundesvorsitzende der Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn, Herr Klaus J. Loderer anwesend.

In seinem Grußwort hob der Botschafter von Ungarn, S. E. Dr. József Czukor, hervor, dass die Ausstellung "Annäherung" zeige, welch reichhaltige und vielfältige Werke die in Ungarn lebenden polnischen und ungarndeutschen Künstler geschaffen haben. Ungarn könne sich glücklich schätzen, dass man eine kulturelle und ethnische Vielfalt habe, die mit dieser Ausstellung eindrucksvoll zum Ausdruck komme. Die vertretenen Künstler zeigen den Betrachtern ganz konkret, wie Kunst transnational und verbindend wirken kann. Allein der Titel der Ausstellung zeige, dass man einen "wertübergreifenden Dialog" darstellen möchte.

Die Direktorin des Polnischen Instituts Berlin, Frau Katarzyna Wielga-Skolimowska, betonte die Bedeutung des künstlerischen Dialogs in Europa. Die Einheit und die Kraft Europas liege in dessen Vielfalt, die man mit der Ausstellung "KÖZELÍTÉS – ANNÄHERUNG – ZBLIŻENIA" eindrucksvoll vor Augen geführt bekomme.

In meiner Rede erklärte ich, dass die deutsche Minderheit in Ungarn auch nach eigenem Bekunden ausgezeichnet integriert ist und man auf dem Gebiet des Minderheitenschutzes eng mit Ungarn zusammenarbeite. Ich dankte dem VUdAK und dem Polnischen Kunstforum in Ungarn für diese Gemeinschaftsausstellung, die auch eindrucksvoll aufzeigte, wie stark die kulturelle Teilhabe der Minderheiten in Ungarn ausgeprägt ist. Die präsentierten Künstler sind darüber hinaus als Botschafter ihrer Kulturen "Brückenbauer", die einen unschätzbaren Beitrag für das Zusammenwachsen der Kulturen in Europa leisten.

Auch hob ich den politischen Beitrag der sogenannten "Visegrád-Gruppe", bestehend aus Ungarn, Polen, der Tschechischen Republik und der Slowakei, für das Zusammenwachsen Europas hervor, die zur Zeit unter der Ratspräsidentschaft Ungarns

steht. Deren Regierungen hatten Ende Januar gemeinsam dazu aufgerufen, die Spirale der Gewalt in der Ukraine zu stoppen. Ich verwies darauf, dass auch in der Ukraine zahlreiche Minderheiten leben, deren Rechte es zu schützen gelte. Die Bundesregierung habe sich ihrerseits in ihrer Koalitionsvereinbarung vom November 2013 erneut zu ihrer besonderen Verantwortung für die deutschen Minderheiten in Mittelost- und Südosteuropa sowie den Nachfolgestaaten der Sowjetunion bekannt. Sie sei davon überzeugt, dass die deutschen Minderheiten einen eigenständigen Beitrag leisten können, kulturelle und zivilgesellschaftliche Brücken zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Herkunftsländern der deutschen Minderheiten zu bauen. Insgesamt leistet die Gemeinschaftsausstellung in diesem Zusammenhang einen herausragenden künstlerischen Beitrag zur Vielfalt der Minderheiten und Völker im zusammenwachsenden Europa, was meine uneingeschränkte Unterstützung findet.

Im Februar 1992 wurde der **Verband Ungarndeutscher Autoren und Künstler** gegründet mit dem Ziel, durch die Förderung von Literatur und Kunst zur Identität der Ungarndeutschen beizutragen; das deutschsprachige Schrifttum, die literarischen und künstlerischen Traditionen im Karpatenbecken kennenzulernen, zu dokumentieren und der Öffentlichkeit bekannt zu machen; die literarische, künstlerische Auseinandersetzung mit Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Ungarndeutschen zu fördern; die Zusammenarbeit mit Schriftsteller- und Künstlerverbänden in den deutschsprachigen Ländern und der deutschen Minderheit zu pflegen.

Das **Polnische Kunstforum** in Ungarn feierte 2011 sein 15-jähriges Bestehen. Die Ziele der 1996 gegründeten Organisation sind die Förderung und die Präsentation der in Ungarn lebenden polnischen Künstler, Wissenschaftler und Journalisten bzw. die Präsentation all der geistigen Werte, die die in Ungarn lebenden Polen vertreten. Wie es die Gründer des Forums deklariert hatten, können nur Personen in den Verein aufgenommen werden, die durch ihre Aktivitäten in Bereichen der Wissenschaft oder Kunst bereits anerkannt worden sind.

## 5.3. Im Gespräch mit dem Bund Deutscher Nordschleswiger

Auf Einladung der schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten, Frau Dr. Sabine Sütterlin-Waack MdB (Wahlkreis Flensburg – Schleswig), fand in Berlin eine Begegnung zwischen dem Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Herrn Dr. Ole Schröder MdB, mir, als Beauftragtem der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, dem schleswig-holsteinischen Landtagspräsidenten Herrn Klaus Schlie, dem Mitglied des Haushaltsausschusses Herrn Norbert Brackmann MdB und der Spitze des Bundes Deutscher Nordschleswiger statt.

*Beauftragter Koschyk mit Vertretern des Bundes Deutscher Nordschleswiger*

Quelle: BMI

Dessen Hauptvorsitzender Herr Hinrich Jürgensen, Generalsekretär Uwe Jessen und Hauptgeschäftsführer Rasmus Hansen trugen den deutschen Regierungs- und Parlamentsvertretern aktuelle Anliegen der deutschen Minderheit in Dänemark vor, insbesondere was die Förderung aus dem Bundeshaushalt anbelangt.

Im Mittelpunkt der Aussprache stand die soziale und kulturelle Förderung der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig sowie die Zuwendungen zum Bau und zur Errichtung von kulturellen und sozialen Investitionsmaßnahmen. Die Vertreter des Bundes der Deutschen Nordschleswiger baten die deutschen Regierungs- und Parla-

mentsvertreter im Haushaltsjahr 2014 und den Folgejahren um Unterstützung für eine Verstetigung der Bundesförderung.

Parlamentarischer Staatssekretär Dr. Schröder MdB, Haushaltsausschussmitglied Brackmann MdB und ich konnte den Vertretern der deutschen Minderheit in Dänemark die aktuelle Haushaltssituation des Bundes erläutern. Der schleswig-holsteinische Landtagspräsident Schlie informierte über das finanzielle Engagement des Landes Schleswig-Holstein.

## 5.4. Im Gespräch mit der Vizepräsidentin der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV)

In Berlin konnte ich mich am 20. März 2014 mit der Vizepräsidentin der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV), Olga Martens austauschen. Frau Martens ist auch stellv. Vorsitzende des Internationalen Verbandes der deutschen Kultur (IVDK) in Russland und Herausgeberin der "Moskauer Deutsche Zeitung".

Sie berichtete mir von der zurückliegenden Präsidiumssitzung der FUEV in Brüssel.

*Beauftragter Koschyk mit der Vizepräsidentin der FUEV Olga Martens*

Quelle: BMI

Weiterhin konnte ich die Situation der Minderheiten in der Ukraine thematisieren und hatte die Gelegenheit, mich über aktuelle Themen des Internationalen Verbandes der deutschen Kultur in Russland zu informieren.

## 5.5. Treffen mit rumänischen Abgeordneten des Demokratischen Forums der Deutschen in Rumänien (DFDR)

In Berlin konnte ich mich am 19. März 2014 mit dem rumänischen Abgeordneten des Demokratischen Forums der Deutschen in Rumänien (DFDR), Ovidiu Ganț MdP, austauschen.

*Koschyk gemeinsam mit Ovidiu Ganț, DFDR und Dr. Bernd Fabritius MdB (v.l.n.r.)*

Quelle: BMI

Auf Einladung des Bundesvorsitzenden des Verbandes der Siebenbürger Sachsen in Deutschland, Dr. Bernd Fabritius MdB, fand ein gemeinsames Gespräch mit Herrn Abgeordneten Gant und Mitgliedern der CDU/CSU-Bundestagsfraktion aus dem Europaausschuss, dem Auswärtigen Ausschuss und dem Innenausschuss des Deutschen Bundestages statt, bei dem aktuelle politische Themen besprochen wurden.

Abgeordneter Ganț konnte aus der aktuellen rumänischen Tagespolitik berichten. Auch die anstehende Europawahl sowie die rumänische Präsidentschaftswahl im November waren Gesprächsthema. Ebenfalls wurde auf die Entwicklungen auf der Krim eingegangen, die von allen mit großer Sorge betrachtet wird.
Die Internet-Seite des Demokratischen Forums der Deutschen in Rumänien (DFDR) lautet: www.fdgr.ro/de

## 5.6. Politische Gespräche in der Ukraine

Vom 24. bis 25. März 2014 hatte ich Gelegenheit für einen Besuch in der Ukraine, um mich intensiv mit Vertretern der deutschen Minderheit sowie mit Regierungs- und Parlamentsvertretern, die für die Minderheiten in der Ukraine zuständig sind, auszutauschen.

***Hintergrundartikel auf Welt Online***

***zur Ukraine-Reise des Beauftragten Hartmut Koschyk***

http://www.welt.de/politik/deutschland/article126106942/Sorge-um-deutsche-Minderheit-in-der-Ukraine.html

*„Wir als deutsche Bundesregierung bekennen uns gemeinsam mit unseren Partnern der EU zur uneingeschränkten Solidarität mit der Ukraine. Wir versichern Ihnen als Vertretern der deutschen Minderheit hier in der Ukraine, dass wir Sie nicht im Stich lassen, sondern in dieser schwierigen Zeit eng an ihrer Seite stehen.“* Mit diesen Worten habe ich zum Auftakt meines Besuches in Kiew die Vertreter der Deutschen Minderheit in der Ukraine begrüßt.

Ich versicherte dem Vorsitzenden des Rates der Deutschen der Ukraine, Herrn Wladimir Leysle, dass die Lage der Minderheit in der Ukraine von deutscher Seite aus sehr genau verfolgt und beobachtet werde und sie deswegen nicht in Panik verfallen sollten. Ich habe mich auch klar dafür ausgesprochen, dass die Förderung der deutschen Minderheit auf der Krim weiter von Kiew aus geplant und umgesetzt werden soll. Die Annexion durch Russland würde von Deutschland und der EU nicht anerkannt. Der Rat der Deutschen teilte diese Meinung ausdrücklich und verwies auf die durch ihn abgegebene öffentliche Erklärung, in welcher der Rat sich klar zur Einheit der Ukraine bekennt.

Meine Glückwünsche konnte ich dem Rat der Deutschen der Ukraine dazu aussprechen, dass dieser seit Anfang des Jahres erfolgreich die Projekt- und Finanzverantwortung über die durch das Bundesministerium des Innern geförderten Maßnahmen übernommen hat und konnte der Minderheit dabei weiterhin viel Erfolg und gerade in dieser Zeit der Krise viel Kraft wünschen.

*Bundesbeauftragter Koschyk im Kreis der Vertreter des Rates der Deutschen der Ukraine*

Quelle: BMI

Im Laufe des Tages habe ich außerdem mit Herrn Waleriy Pazkan, dem Vorsitzenden des Ausschusses des ukrainischen Parlamentes (Werkhowna Rada) für Menschenrechte, nationale Minderheiten und internationale Beziehungen, und dem Minister der Kultur der Ukraine, Herrn Jewhen Nyschtschuk, der in Deutschland auch als Stimme des Maidans bekannt ist, gesprochen. Ich äußerte gegenüber beiden ukrainischen Politikern den ausdrücklichen Wunsch der Bundesregierung, die Deutsch-Ukrainische Regierungskommission für die Angelegenheiten der ethnischen Deutschen in der Ukraine wieder einzusetzen. Herr Pazkan sicherte seine Unterstützung zu. Auch Minister Nyschtschuk zeigte sich hierfür aufgeschlossen. Der Abteilungsleiter des Kulturministeriums werde in Kürze Einzelheiten mit dem Rat der Deutschen der Ukraine besprechen. Minister Nyschtschuk wurde von mir zu einem baldigen Gegenbesuch nach Deutschland eingeladen. Mit Herrn Pazkan wurden außerdem eingehend die Möglichkeiten der Förderung der deutschen Minderheit auf der Krim erörtert.

In Kiew konnte ich mir dann einen Einblick in die Arbeit der Begegnungsstätten der deutschen Minderheit vor Ort verschaffen; ich habe das Zentrum der deutschen Kultur "Widerstrahl" unter dem Vorsitz von Frau Ljudmila Kowalenko-Schnaider besucht. Dabei hatte ich die Gelegenheit, sowohl einen Sprachkurs, geleitet von einem Sprachassistenten des Goethe-Instituts, als auch die Bildungs- und Kulturarbeit aus nächster Nähe zu begutachten.

In Kiew traf ich auch den Leiter des Goethe-Instituts. Er zeigte sich erfreut über die bereits bestehende sehr gute Zusammenarbeit mit der deutschen Minderheit und setzte sich für den weiteren Ausbau der Beziehungen ein. Meine Teilnahme an der Sprachkonferenz "Deutsch als Minderheitensprache", die gemeinsam vom Goethe-Institut und dem Rat der Deutschen im Oktober in Kiew geplant ist, habe ich zugesagt.

Beim Besuch der Deutschen Evangelischen Kirche in Kiew zeigte Pfarrer Ralf Haska uns die deutsche lutherische Kirche in Kiew, welche mit Hilfe seines starken Engagements in den vergangenen Monaten als Lazarett und Zufluchtsort dient. Sie liegt nur wenige Gehminuten vom Maijdan entfernt. Ich habe mit Pfarrer Haska vereinbart, nach gemeinsamen Wegen einer Zusammenarbeit zwischen den Evangelischen Kirchengemeinden und der deutschen Minderheit in Kiew zu suchen.

Bei einem Besuch auf dem Maijdan konnte ich an einem eindrucksvollen Holzkreuz Blumen zu Ehren der Opfer der Willkürherrschaft niederlegen.

Nach meinem Besuch kann ich mich zuversichtlich äußern: *"Ziel der deutschen Politik ist es, dass sich die deutsche Minderheit in der Ukraine mit ihrer eigenen Identität und Geschichte selbst verwalten kann. Sie soll dauerhaft dazu befähigt werden, ihre Interessen in Staat und Gesellschaft zu vertreten und dadurch eine zivilgesellschaftliche Brücke zwischen Deutschland und der Ukraine zu bilden. Die deutsche Minderheit in der Ukraine befindet sich auf einem sehr guten Weg, bei dem Aufbau eines neuen ukrainischen Staatswesens tatkräftig mitzuwirken."*

## 5.7. Tagung der Deutsch-Rumänischen Regierungskommission

Am 2. und 3. April 2014 fand in Berlin die 17. Sitzung der Deutsch-Rumänischen Regierungskommission für Angelegenheiten der deutschen Minderheit in Rumänien statt.

*Gruppenbild der Teilnehmer anlässlich der Sitzung zur 17. Deutsch-Rumänischen Regierungskommission für Angelegenheiten der deutschen Minderheit in Rumänien im Innenhof des BMI*

Quelle: BMI

Die Sitzung habe ich als deutscher Co-Vorsitzender zusammen mit dem rumänischen Co-Vorsitzenden, George Ciamba, Staatssekretär im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten von Rumänien, geleitet.

An der Kommissionssitzung nahmen auch der Abgeordnete des Deutschen Bundestages, Dr. Bernd Fabritius, der Vertreter der deutschen Minderheit im rumänischen Parlament, Prof. Ovidiu Ganț, und der rumänische Botschafter in Deutschland, S.E. Lazăr Comănescu, teil.

Die deutsche Delegation setzte sich aus Vertretern des Bundesministeriums des Innern und des Bundesverwaltungsamtes, des Auswärtigen Amtes, des Freistaates Bayern, Vertretern der Landsmannschaften der Banater und Sathmarer Schwaben sowie des Verbandes der Siebenbürger Sachsen zusammen. Der rumänischen Delegation

gehörten Vertreter verschiedener rumänischer Ministerien, Repräsentanten der deutschen Minderheit und Vertreter von Präfekturen an.

Basis dieser deutsch-rumänischen Gespräche auf Regierungsebene war der Vertrag vom 21. April 1992 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Rumänien über die freundschaftliche Zusammenarbeit und Partnerschaft in Europa.

Beide Seiten betonten die gute, von Partnerschaft und einem freundschaftlichen Geist getragene Zusammenarbeit und zogen eine positive Bilanz ihrer konstruktiven Gespräche. Im Mittelpunkt dieser Unterredung standen die Maßnahmen zur beiderseitigen Förderung der deutschen Minderheit in Rumänien.

Das Bundesministerium des Innern unterstützt sozialhumanitäre und gemeinschaftsfördernde Maßnahmen. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf wirtschaftlichen Hilfen zur Unterstützung von kleinen und mittelständischen Unternehmen aus Handwerk, Gewerbe und Landwirtschaft in Form von rückzahlbaren Kleinkrediten. Hinzu tritt die Finanzierung von Projekten in der Jugendarbeit im Rahmen der Gemeinschaftsförderung. Vorbehaltlich des Inkrafttretens des Haushaltsgesetzes 2014 plant das Bundesministerium des Innern im Jahr 2014 rd. 1,716 Mio. Euro zur Verfügung zu stellen. Das Auswärtige Amt fördert darüber hinaus kulturelle und bildungspolitische Projekte der deutschen Minderheit in Rumänien.

Die Beauftragte für Kultur und Medien (BKM) fördert auf der Grundlage des § 96 BVFG auf Antrag Projekte, die der Vermittlung, der wissenschaftlichen Erforschung sowie der Sicherung und dem Erhalt des kulturellen Erbes der historischen deutschen Ost- und Siedlungsgebiete im östlichen Europa dienen.

Auch der Freistaat Bayern setzt im Jahr 2014 seine Hilfen zugunsten der deutschen Minderheit in Rumänien fort; dies gilt auch für das Land Baden-Württemberg.

Die rumänische Regierung unterstützt die deutsche Minderheit im kulturellen und medialen Bereich, trägt aber auch zur Stärkung der Minderheitenstruktur durch die

finanzielle Unterstützung der Verbandsarbeit bei. Die rumänische Regierung beabsichtigt im Jahr 2014 Mittel zur Förderung der deutschen Minderheit in Höhe von umgerechnet rd. 1,5 Mio. Euro zur Verfügung zu stellen. Im Vergleich zum vergangenen Jahr handelt es sich dabei um eine Steigerung von 3 %.

Nach Abschluss der Regierungskommission konnte ich mich zusammenfassend äußern: *"Die Bundesregierung ist davon überzeugt, dass die deutschen Minderheiten einen eigenständigen Beitrag leisten können, um kulturelle und zivilgesellschaftliche Brücken zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Herkunftsländern der deutschen Minderheiten zu bauen. Gemeinsam mit der rumänischen Regierung wollen wir auch weiterhin einen wichtigen Beitrag zur Festigung der Identität der deutschen Minderheit in Rumänien leisten. In der Sitzung ist es uns gelungen, an die inzwischen 22 Jahre währende, bewährte Zusammenarbeit mit der Regierung Rumäniens anzuknüpfen und die bewährte Partnerschaft unserer beiden Länder, gerade auch in Fragen der deutschen Minderheit und der Minderheitenpolitik, insgesamt voranzubringen. Der Staatssekretär im rumänischen Außenministerium, Herr George Ciamba hat zum Abschluss der Regierungskommission die deutsch-rumänische Zusammenarbeit in Minderheitenfragen zu Recht als modellhaft bezeichnet und vorgeschlagen, über die Erfolge dieser Kooperation, gerade angesichts der aktuellen Spannungen aufgrund ungelöster Minderheitenprobleme in Europa in Zukunft noch umfangreicher und offensiver zu informieren."*

## 5.8. Treffen mit dem Botschafter der Ukraine in Berlin

In Berlin bin ich am 9. April 2014 mit dem Botschafter der Ukraine in Deutschland, S.E. Pavlo Klimkin, zusammengetroffen.

Neben der aktuellen Lage in der Ukraine haben wir die Situation der deutschen Minderheit in der Ukraine und insbesondere auf der Krim besprochen.
Ich bekräftigte erneut die bei meinem Kiew-Besuch Ende März geäußerte Auffassung der Bundesregierung, dass die Förderung der deutschen Minderheit auf der Krim allein von Kiew und nicht von Moskau durchgeführt werde, da die Bundesrepublik

Deutschland die völkerrechtswidrige Annexion der Krim durch Russland nicht anerkennt.

*Frau Schulte-Drüggelte (BMI), Bundesbeauftragter Hartmut Koschyk, S.E. Botschafter der Ukraine in Deutschland Pavlo Klimkin, Dr. Schumacher, Referatsleiter BMI (v. l.n.r.)*

Quelle: BMI

Im Weiteren sprach ich mich für die Wiedereinsetzung der Deutsch-Ukrainischen Regierungskommission für die Angelegenheiten der deutschen Minderheit in der Ukraine aus. Die bereits erfolgreich geführten Gespräche mit Vertretern der ukrainischen Regierung und des Parlaments werde ich bei einem weiteren Besuch in der Ukraine fortsetzen.

## 5.9. Gespräch mit Heinrich und Olga Martens zur Situation der nationalen Minderheiten in der Russischen Föderation

*"Unsere Zusammenarbeit wird unter der großen Politik nicht leiden. Wir versuchen, sie zügig und ohne Einbrüche weiterzuführen. Die Bundesregierung steht wie die Vorgängerregierungen zu ihrer historisch-moralischen Verantwortung, die Russlanddeutschen zu unterstützen und durch Gewährung von vielfältigen Hilfen eine bessere Lebens- und Zukunftsperspektive zu ermöglichen. Wir bemühen uns, unsere Hilfen so zu gestalten, dass die Russlanddeutschen unter Bewahrung und Weiterentwicklung der deutschen kulturel-*

*len Identität zum einen in der Lage sind, eine positive Rolle in ihrer Zivilgesellschaft zu spielen. Zum anderen sollen sie als Brücke der Verständigung und Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern wirken können",* erklärte ich zu Beginn meines Gesprächs mit dem Präsidenten der Föderalen National-Kulturellen Autonomie der Russlanddeutschen, Heinrich Martens, am 8. April 2014 in Berlin.

In dem Gespräch wurden grundsätzliche Fragen des Förderprogramms der deutschen Bundesregierung erörtert - insbesondere die Intensivierung der bereits seit Jahren laufenden Maßnahmen in den Bereichen Sprachförderung, Ausbildung von jungen Nachwuchskräften sowie Steigerung der Attraktivität der Begegnungsstätten für die Jugendlichen und weitere Verbesserung der Effizienz des deutschen Programms durch gezielte Zusammenarbeit mit bundesdeutschen Einrichtungen und Institutionen.

Quelle: BMI

*Dr. Schumacher (BMI), BA Hartmut Koschyk MdB, Olga Martens (Internationaler Verband der deutschen Kultur), Heinrich Martens (Präsident der Föderalen National-Kulturellen Autonomie der Russlanddeutschen) und Heinrich Zertik MdB (v.l.n.r.)*

Zu den von Heinrich Martens vorgetragenen Initiativen bezüglich der bisher nicht erfolgten Rehabilitierung und der damit verbundenen Frage nach Möglichkeiten der Unterstützung durch die Bundesregierung erklärte ich, es sei vor allem Angelegenheit der Deutschen in Russland und ihrer Selbstorganisation, ein tragfähiges, realistisches Konzept in möglichst breiter Diskussion mit allen gesellschaftlichen Kräften der Deutschen in Russland zu erarbeiten und dieses Konzept der russischen Regierung zu unterbreiten. Wenn die russische Regierung hierzu gegenüber der deutschen Bundes-

regierung Gesprächsbereitschaft signalisiert, werden wir dies gerne aufgreifen. *"Sie leben in Russland und deswegen müssen sie zunächst mit der russischen Regierung ihre Anliegen besprechen. Wir werden ihnen dabei in Kooperation mit der russischen Regierung stets zur Seite stehen",* pflichtete mir der ebenfalls anwesende Heinrich Zertik MdB, selbst ein Kasachstandeutscher, bei.

Abschließend wurde das Thema Weiterentwicklung der Partnerschaften zwischen den zentralen Dachorganisationen - der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland in der Bundesrepublik Deutschland und der Selbstorganisation der Deutschen in Russland - mit dem Bundesvorsitzenden der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, Herrn Waldemar Eisenbraun, und weiteren Vorstandsmitgliedern der Landsmannschaft diskutiert. *"In den Partnerschaften sehe ich ein großes Potential, die Lebensperspektive der deutschen Minderheit in Russland weiter zu verbessern. Die Russlanddeutschen sollen zu einem bedeutenden Faktor in den deutsch-russischen Beziehungen werden",* konnte ich am Ende des Gesprächs erklären.

## 5.10. Besuch des Präsidenten der gesellschaftlichen Vereinigungen "Wiedergeburt"

Im Gespräch mit Alexander Dederer am 10. April 2014 konnte ich grundsätzliche Fragen des Förderprogramms der deutschen Bundesregierung erörtern - insbesondere die Strukturen der sozialen Stiftung vor Ort und sie betreffende Vermögensfragen.

Neben aktuellen Problemen der Kasachstandeutschen wurden auch die in diesem Jahr anstehenden Termine, wie das 20jährige Bestehen des Deutsch-Kasachischen Hauses in Almaty und die 12. Deutsch-Kasachische Regierungskommission für die Angelegenheiten der deutschen Minderheit in Kasachstan, diskutiert.

An dem Gespräch hat auch Herr Zertik MdB, der gebürtiger Kasachstandeutscher ist, teilgenommen.

Abschließend betonte ich: *"Wir verfolgen von Beginn an das gemeinsame Ziel, die Lebensbedingungen der Bürgerinnen und Bürger deutscher Volkszugehörigkeit in Kasachstan so zu gestalten, dass sie eine positive Rolle nicht nur in der kasachischen Zivilgesellschaft spielen, sondern, dass sie als zusätzliche Brücke der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern wirken können."*

*Bundesbeauftragter Hartmut Koschyk MdB mit dem Präsidenten der gesellschaftlichen Vereinigung "Wiedergeburt", Alexander Dederer und Heinrich Zertik MdB (v.l.n.r.)*

Quelle: BMI

## 5.11. Treffen mit Vertretern der Deutschen Minderheit in Polen

In Berlin traf ich am 9. April 2014 mit dem Abgeordneten der Deutschen Minderheit im Polnischen Sejm, Herrn Ryszard Galla, dem Vorsitzenden des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG), Herrn Bernard Gaida, und weiteren Vertretern der Deutschen Minderheit in Polen zusammen.

*Roland Hau, Bernard Gaida, Norbert Rasch, Marcin Lippa, Rafał Bartek, Maria Therese Müller, Hartmut Koschyk und Ryszard Galla.*

Quelle: BMI

Die Vertreter der Deutschen Minderheit in Polen berichteten mir über die aktuelle Situation der deutschen Minderheit in Polen und deren drängendste Anliegen, die auch gemeinsam zwischen der Bundesregierung und der polnischen Regierung am sogenannten "Runden Tisch" verhandelt werden. Der Bildungsstrategie und dem Ausbau des Schulwesens in Trägerschaft der Deutschen Minderheit kommt dabei erste Priorität zu.

## 5.12. Eröffnung des 23. Brünner Symposiums, Vortrag "Minderheiten – in der Mitte oder am Rande unserer Gesellschaft?"

Im historischen Sitzungssaal des Neuen Rathauses in Brünn wurde am 11. April 2014 das 23. Brünner Symposium eröffnet. Bei der Eröffnungsveranstaltung hatte ich die Gelegenheit über das Thema "Minderheiten – in der Mitte oder am Rande unserer Gesellschaft?" zu referieren.

*Bundesvorsitzender der Ackermann-Gemeinde Martin Kastler MdEP, BA Hartmut Koschyk und Vertreter der Bernard-Bolzano-Gesellschaft: Dr. Anna Šabatová, Dr. Petr Pithart, Dr. Matěj Spurný (v.l.n.r.)*

Quelle: BMI

In meiner Rede konnte ich darlegen, dass die die Bundesregierung tragenden Parteien von CDU/CSU und SPD sich auch im Koalitionsvertrag vom November 2013 erneut zu ihrer besonderen Verantwortung für die deutschen Minderheiten in Mittelost- und Südosteuropa sowie den Nachfolgestaaten der Sowjetunion bekennen: *"Wir sind da-*

*von überzeugt, dass die deutschen Minderheiten einen eigenständigen Beitrag leisten können, kulturelle und zivilgesellschaftliche Brücken zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Herkunftsländern der deutschen Minderheiten zu bauen".*

In den vergangenen 25 Jahren hat sich das Brünner Symposium - dessen Vorläufer die früheren Iglauer Gespräche gewesen sind - zu einem festen Bestandteil des deutsch-tschechischen Dialogs entwickelt, in dessen Rahmen sich mittlerweile eine Kultur des offenen und vertrauensvollen Austausches zwischen Vertretern unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppierungen beider Länder gebildet hat.

Die Veranstaltung genießt sowohl in der Tschechischen Republik als auch in der Bundesrepublik Deutschland hohes Ansehen, was sich allein durch die alljährlichen Referenten und Gäste, die an ihr teilnehmen, zeigt. Im vergangenen Jahr wurde beispielsweise die Eröffnungsrede vom ehemaligen Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse gehalten.

Ich dankte Dr. Petr Pithart als Vertreter der Bernard-Bolzano-Gesellschaft und dem Bundesvorsitzenden der Ackermann-Gemeinde, Martin Kastler, dem Bundesgeschäftsführer der Ackermann-Gemeinde, Matthias Dörr, sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bernard-Bolzano-Gesellschaft und der Ackermann-Gemeinde, die diese Veranstaltung organisiert haben.

## 5.13. Grußwort anlässlich der Eröffnung des FUEV-Kongresses

In Flensburg fand am 8. Mai 2014 die Eröffnungsveranstaltung des Jahreskongresses der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV) statt.

Die FUEV ist der europäische Dachverband der autochthonen, nationalen Minderheiten/Volksgruppen in Europa. Der Jahreskongress der FUEV, der vom 7. – 11. Mai sowohl in Nordschleswig als auch in Südschleswig tagte, ist Teil eines großen Jubiläums

im deutsch-dänischen Grenzland. Hier begeht die FUEV im Schatten des 150-jährigen Gedenkens des deutsch-österreichisch-dänischen Krieges von 1864 ihren 65. Geburtstag, und macht damit deutlich, dass Minderheitenarbeit friedensstiftenden Charakter hat.

In meinem Grußwort gratulierte ich im Namen der Bundesregierung der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen zum 65. Geburtstag und dankte allen, die Sie sich unter dem Dach der FUEV in verschiedenster Weise und in unterschiedlichsten Funktionen für den Schutz und die Förderung ihrer jeweiligen Volksgruppe, insbesondere ihrer muttersprachlichen und kulturellen Rechte, einsetzen: *„Sie können versichert sein, dass auch ich mich als Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten in den kommenden Jahren mit großem Engagement für den Schutz und die Förderung der Minderheiten einsetzen werde“.*

Neben aktuellen Fragen der rund 90 Minderheitenorganisationen in ganz Europa begab sich der Kongress auch auf eine historische Wanderung auf den Spuren von 1864. Damals herrschte ein erbitterter Krieg, der von übertriebenem Nationalismus getragen wurde. Heute ist die Region mit ihren vier ansässigen Minderheiten (Deutsche, Dänen, Friesen und Sinti & Roma) ein europaweites Beispiel für vorbildliche Minderheitenpolitik.

## 5.14. Besuch der Delegation des "Rates der Deutschen der Ukraine" und Podiumsdiskussion zum Thema „Austausch zur aktuellen Situation der deutschen Minderheit in der Ukraine“

In Berlin konnte ich am 21. Mai 2014 eine Delegation von Vertretern des "Rates der Deutschen der Ukraine" empfangen: die Dachorganisation der deutschen Minderheit in der Ukraine.

Im Rahmen des Besuches fand u.a. eine Diskussionsveranstaltung mit Abgeordneten des Deutschen Bundestages statt, an der auch der Botschafter der Ukraine, S. E. Pavlo Klimkin, teilnahm. Vier Tage vor der anstehenden Präsidentschaftswahl in der Ukraine wurde mit Abgeordneten des Europa-, Innen-, Menschenrechts- und Auswärtigen Ausschusses ausgiebig die Situation der deutschen Minderheit in der Ukraine einschließlich der Krim erörtert.

*Schlamp (RDU), Zertik MdB, Leysle (RDU), S.E. Botschafter Klimkin, Beauftragter Koschyk MdB und Finger (DJU) (v.l.n.r.)*

Quelle: BMI

Seit Beginn der Krise in der Ukraine habe ich mich für die Angelegenheiten der deutschen Minderheit vor Ort verstärkt eingesetzt. Ich war vom 23. bis 25. März dieses Jahres in die Ukraine gereist und hatte in vielen Gesprächen mit Vertretern der deutschen Minderheit und offiziellen Stellen Verbundenheit der Bundesregierung gerade in der angespannten Lage zum Ausdruck gebracht. Bei der Begegnung versprach ich den anwesenden Vertretern der deutschen Minderheit daher bereits zu Beginn: *"Die deutsche Bundesregierung hat eng an der Seite der deutschen Minderheit gestanden und ich versichere Ihnen, dass sie es weiterhin tun wird. Die Annexion der Krim durch Russland ist völkerrechtswidrig und dem werden wir bei unserer Politik Rechnung tragen - auch bei der Fortsetzung der Förderung der deutschen Minderheit in der Ukraine und auf der Krim."*

Heute leben nach Angaben der ukrainischen Volkszählung von 2001 etwa 33.000 ethnische Deutsche in der Ukraine, davon ca. 3000 Personen auf der Krim, die im Dachverband "Rat der Deutschen der Ukraine" organisiert sind. Ihre Siedlungsräume sind wenig konzentriert, sondern über das ganze Land verteilt. Dem Rechnung tragend hat die Minderheit eine landesweit gut ausgebaute Infrastruktur, die ca. 60 Begegnungsstätten und sieben regionale Informationszentren umfasst. Hauptprojekte der professionellen Vereinsarbeit betreffen die Sprach-, Kultur -, Jugend- und Sozialarbeit.

Der Vorsitzende des Rates der Deutschen der Ukraine, Herr Wladimir Leysle, stellte klar, dass sich die deutsche Minderheit in der Ukraine in einer öffentlichen Erklärung ausdrücklich für die Einheit der Ukraine ausgesprochen habe. Zwar habe sich die soziale Situation im ganzen Land und für alle Bevölkerungsgruppen deutlich verschlechtert. Aus seiner Sicht besteht jedoch die Hoffnung, dass sich die Wahlen auf die gegenwärtige Lage stabilisierend auswirken werden. Die Menschen in den betroffenen Regionen im Osten der Ukraine seien in erster Linie an einem baldigen Frieden interessiert und hofften daher auf ein möglichst baldiges Ende der gewaltsamen Auseinandersetzungen.

Der ukrainische Botschafter S.E. Pavlo Klimkin bekräftigte in diesem Zusammenhang, dass er zuversichtlich sei, dass die Wahlen in der Ukraine ordnungsgemäß und transparent ablaufen werden. Dies werde zu einer weiteren Stabilisierung und einem nationalen Konsens beitragen. Die dann nötigen Schritte auf dem Weg zu mehr Dezentralisierung, mehr Minderheitenschutz und kommunaler Autonomie würden in einem "Aktionsplan" gemeinsam mit den europäischen Partnern gestaltet.

Herr Wladimir Finger, Vertreter der Deutschen Jugend der Ukraine, betonte die Brückenfunktion der deutschen Minderheit für die Beziehungen zwischen Deutschland und der Ukraine: "*Unsere Arbeit ist kein Selbstzweck, sondern sie ist Mittel zur Völkerverständigung und zur Entwicklung von mannigfaltigen Beziehungen zwischen beiden Staaten.*" Herr Alexander Schlamp, Vorstandsmitglied des Rates der Deutschen der Ukraine im Bereich Internationale Zusammenarbeit und Vorsitzender des Deutschen

Hauses in Czernowitz, fügte hinzu: "*Für die deutsche Minderheit ist dabei sehr wichtig, die Einreisemodalitäten für die Angehörigen der deutschen Minderheit zu vereinfachen. Außerdem darf diese Brücke keine Einbahnstraße sein. Auch deutsche Politiker, die in die Ukraine reisen, sollten sich durch Aussagen oder Veranstaltungen zu der deutschen Minderheit vor Ort bekennen.*"

Diskutiert wurde außerdem über die Förderung der deutschen Sprache in der Ukraine. Erfreulicherweise hat sich die Nachfrage nach Deutschunterricht an weiterführenden Schulen in den letzten Jahren deutlich vergrößert. Der Rat der Deutschen unterstützt - gefördert durch das Bundesministerium des Innern - diese Nachfrage und hat das Angebot an Deutschkursen in Zusammenarbeit mit dem Goethe-Institut ausgebaut.

Zum Abschluss konnte ich noch einmal die Wichtigkeit, die der Minderheitenpolitik in der nächsten Zeit zuteil wird, unterstreichen: *"Eine zeitgemäße Minderheitenpolitik auf der Grundlage internationaler Vereinbarungen ist als friedenserhaltende Politik Grundlage eines jeden demokratischen Rechtsstaates. In der nächsten Zeit wird daher in den Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine die Minderheitenpolitik zur inneren Befriedung des Staates eine zentrale Rolle spielen. In diesem Zusammenhang werden wir uns verstärkt dafür einsetzen, die Zusammenarbeit in der Deutsch-Ukrainischen Regierungskommission für die Angelegenheiten der deutschen Minderheit in der Ukraine wieder aufzunehmen."*

## 5.15. Empfang des usbekischen Botschafters in der Bundesrepublik Deutschland

In Berlin habe ich am 21. Mai 2014 den Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der Republik Usbekistan in der Bundesrepublik Deutschland, S.E. Dr. Durbek Amanov, im Bundesministerium des Innern empfangen.

Neben den grundsätzlichen Fragen des Minderheitenschutzes und der Minderheitenförderung haben wir insbesondere auch über die im August stattfindende 7. Deutsch-Usbekische Regierungskommission für die Angelegenheiten der deutschen Minderheit in Usbekistan gesprochen, die sich als eine regelmäßige zwischenstaatliche Austauchplattform erfolgreich etabliert hat.

Das Gespräch nutzte ich um meine Zuversicht zu äußern: *"Die Gespräche mit Ihrem Land sind ein gutes Beispiel für bilaterale Beziehungen, die zu einer deutlichen Verbesserung der Lebensperspektive einer nationalen Minderheit beitragen. Unsere erfolgreiche Zusammenarbeit möchte ich daher weiterhin fortsetzen* und ausbauen."

*Beauftragter Koschyk und der Botschafter der Republik Usbekistan in der Bundesrepublik Deutschland, S.E. Herrn Dr. Durbek Amanov*

Quelle: BMI

Usbekistan ist im Unterschied zu Deutschland ein Vielvölkerstaat, der mehr als 130 verschiedene Völker beheimatet. Die Geschichte der Deutschen in Usbekistan geht weit zurück; schon seit über 150 Jahren sind deutsche Spuren in Usbekistan dokumentiert. In der Mehrzahl sind die heute in Usbekistan lebenden Deutschen aber Nachfahren der 1941 nach Zentralasien deportierten sowjetischen Staatsbürger deutscher Volkszugehörigkeit.

*"Die Deutschen sind zu uns zwar als Deportierte gekommen, wir haben aber alles Mögliche getan, damit sie bei uns ein neues Zuhause finden. Heute kann ich mit Genugtuung sagen, dass die Deutschen bei uns ihre neue Heimat gefunden haben und ein wertvoller*

*Bestandteil unserer multikulturellen Gesellschaft geworden sind*", - unterstrich der usbekische Botschafter.

Zum Ende des Gesprächs fasste ich das gemeinsame Anliegen wie folgt zusammen: *"Wir verfolgten von Beginn an das gemeinsame Ziel, die Lebensbedingungen der Bürgerinnen und Bürger deutscher Volkszugehörigkeit in Usbekistan so zu gestalten, dass sie eine positive Rolle nicht nur in der usbekischen Gesellschaft spielen, sondern auch als Brücke der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern wirken können."*

## 5.16. Gemeinsamer Antrittsbesuch mit dem Parlamentarischen Staatssekretär Dr. Günter Krings in Warschau

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Dr. Günter Krings MdB, und ich haben in Warschau am 27. Mai 2014 als neue deutsche Regierungsvertreter des für Minderheiten eingerichteten "Runden Tisches" unseren Antrittsbesuch absolviert und mit dem für Minderheitenfragen zuständigen polnischen Staatssekretär, Stanisław Huskowski, und der für die im Ausland lebenden Polen zuständigen Unter-Staatssekretärin im polnischen Außenministerium, Dr. Henryka Mościcka-Dendys, den Gesprächsfaden aufgenommen.

Mit Blick auf den 20. Jahrestages der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Vertrages über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit aus dem Jahr 1991 wurde 2010 vom damaligen Aussiedler- sowie Minderheitenbeauftragten der Bundesregierung, dem Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium des Innern Dr. Christoph Bergner, und dem damaligen für Minderheitenfragen zuständigen polnischen Innen-Staatssekretär Tomasz Siemoniak ein sogenannter "Runder Tisch" eingerichtet, um Fragen der Förderung der polnischstämmigen deutschen Bürger und Polen in Deutschland sowie der deutschen Minderheit in Polen im Geiste des Vertrages von 1991 zu diskutieren.

Ziel des "Runden Tisches" war eine Bestandsaufnahme über die Umsetzung des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages sowie die Vereinbarung von konkreten Maßnahmen zur Umsetzung der Rechte der polnischstämmigen deutschen Bürger und Polen in Deutschland sowie der deutschen Minderheit in Polen, deren Vertreter auch an den Verhandlungen teilnahmen.

*Bundesbeauftragter Hartmut Koschyk MdB, Staatssekretär Dr. Günter Krings MdB, Staatssekretär Stanisław Huskowski und Unter-Staatssekretärin Dr. Henryka Mościcka-Dendys*

Quelle: BMI

Am 12. Juni 2011 wurde in Warschau eine "Gemeinsame Erklärung" unterzeichnet, in der konkrete Maßnahmen zur Förderung beider Personengruppen in Deutschland und Polen vereinbart wurden. Bei der jetzigen Zusammenkunft vereinbarten wir, baldmöglichst in Warschau die nächste Verhandlungsrunde des "Runden Tisches" durchzuführen. Dabei soll die Umsetzung der in der "Gemeinsamen Erklärung" von 2011 beschlossenen Fördermaßnahmen durch beide Regierungen im Mittelpunkt stehen. Die Gespräche der vier Regierungsvertreter und weiterer Mitarbeiter beider Seiten fanden in einem sehr freundschaftlichen und konstruktiven Klima statt.

In Warschau trafen Herr PSt Dr. Krings und ich auch mit dem Deutschen Botschafter S.E. Rolf Nikel zusammen, um über den aktuellen Stand der deutsch-polnischen Beziehungen zu sprechen.

## 5.17. Interview in der „Landeszeitung“, Zeitung der Deutschen in der Tschechischen Republik

Am Rande des Brünner Symposiums der Ackermann-Gemeinde und der Bernard Bolzano Gesellschaft „In der Mitte Europas“ habe ich am 11. April 2014 mit der Zeitung der Deutschen in der Tschechischen Republik “LandesZeitung” ein Interview geführt:

**Ist das Amt des Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten heute noch zeitgemäß?**
Ja, weil die drei Gruppen, die sich hinter diesem Titel verbergen, nach wie vor Unterstützung des Staates benötigen. Aufnahme und Integration von Aussiedlern aus der früheren Sowjetunion, die zwar in kleinerer Zahl nach Deutschland kommen, wenn man die Zahlen zum Beispiel nach den Veränderungen Anfang der neunziger Jahre hernimmt, dann sind das aber auch über zwei Millionen. Wenn Sie die ganze Zahl der Aussiedler seit den fünfziger Jahren zusammenzählen, dann sind das 4,5 Millionen und deren Aufnahme und auch Integration, auch nachholende Integration, ist nach wie vor eine wichtige staatliche Aufgabe. Dann haben wir vier nationale Minderheiten in Deutschland: Dänen, Friesen, Sorben, deutsche Sinti und Roma. Die sind nach dem europäischen Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten anerkannt und geschützt. Auch ihre Sprache und zusätzlich das Niederdeutsche (Plattdeutsch) sind so geschützt. Da bedarf es der Koordinierung, bedarf es eines zentralen Ansprechpartners der Bundesregierung. Das ist meine Aufgabe. Als drittes Element bin ich zudem zuständig für deutsche Minderheiten in Europa. Da gibt es eine klassische Minderheit in Nordmitteleuropa, das ist die deutsche Minderheit in Dänemark, die quasi in Beziehung steht zur dänischen Minderheit in Deutschland. Dann gibt es natürlich viele deutsche Minderheiten in Mittel- und Osteuropa und in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion.

**In Tschechien hört man oft, dass die Deutschen zwar eine anerkannte Minderheit in Tschechien, die Tschechen aber keine in Deutschland seien. Anhand welcher Kriterien werden denn Minderheiten in Deutschland als solche anerkannt?**

Als Minderheit sind in Deutschland jene ethnischen Gruppen anerkannt, die den Kriterien des europäischen Rahmenübereinkommens zum Schutz nationaler Minderheiten entsprechen. Da gibt es klare Definitionen, nach denen deutsche Sinti und Roma, Dänen, Friesen und Sorben als anerkannte Minderheit in Deutschland gelten. Das ist auch kein Streitpunkt mit der Tschechischen Republik.

**Sehen Sie in Deutschland Bemühungen oder die Möglichkeit, die Zahl der anerkannten Minderheiten nach oben hin zu ändern?**

Es ist ja die Frage, was eine nationale Minderheit gemäß dem Übereinkommen ist und was eine Bevölkerungsgruppe mit Migrationshintergrund ist, um deren Integration und gesellschaftliche Teilhabe sich die Bundesregierung gleichermaßen bemüht. Die Tatsache etwa, dass Türken und deutsche Staatsangehörige türkischer Abstammung nicht als Minderheit anerkannt sind, heißt ja nicht, dass in Deutschland die Hände in den Schoß gelegt werden. Es gibt eine eigene Beauftragte im Bundeskanzleramt [Anm. d. Red.: Staatsministerin Aydan Özoğuz], die eine Bundestagskollegin türkischer Abstammung ist, die sich um die Anliegen, aber auch das Integrationserfordernis von Menschen mit Migrationshintergrund kümmert. Mit einer Staatsministerin für Migration, Flüchtlinge und Integration und einem Aussiedler- und Minderheitenbeauftragten zeigt die Bundesregierung, dass man sich beider Bevölkerungsgruppen engagiert annimmt.

**Sie selbst haben ja auch einen Vertriebenen-Hintergrund.**

Meine Eltern sind Heimatvertriebene aus Oberschlesien. Die Eltern meiner Frau kommen aus dem böhmischen Bereich. Deshalb sind das natürlich Themen, die mir familiär und auch durch meine politische Tätigkeit, bei der ich mich auch mit Minderheitenrechten als Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates beschäftigt habe, vertraut sind.

**Haben Sie durch Ihre Herkunft oder auch die Herkunft Ihrer Frau mehr Verständnis für die Fragen der Minderheiten?**

Ja. Ich glaube das ist naturgemäß so, wenn man selbst einen kulturellen und Identitäts-Hintergrund hat, der sich von dem der Mehrheitsbevölkerung unterscheidet. Dann hat man eine ganz andere Sensibilität für die Befindlichkeiten von Menschen, die sich in einer Mehrheitsgesellschaft als Minderheit verstehen und trotzdem gleichberechtigt in dieser Mehrheit mit ihrer kulturellen und sprachlichen Identität leben wollen.

**Wo sehen Sie in Ihrer Arbeit denn noch größere Baustellen?**

Es gibt nach wie vor Defizite bei den anerkannten Minderheiten in Deutschland. An diesen müssen wir arbeiten. Da geht es um volle Bildungsteilhabe vor allem junger Sinti und Roma. Da geht es um die Sicherung der Bildungsinfrastruktur für alle anerkannten Minderheiten, also die Sorben, Friesen und Dänen. Da haben wir in den letzten Jahren auch aufgrund von Sparnotwendigkeiten eher von der Substanz gelebt und müssen aufpassen, dass da nicht die Bildungsinfrastruktur, die für eine lebendige Minderheit notwendig ist, nicht notleidend wird. Das heißt, und das sage ich sehr deutlich, dass wir in Deutschland auch mit mehr Ausgaben aus allen Haushalten diese Infrastruktur für die Zukunft sichern müssen. Gleiches gilt auch für die deutschen Minderheiten im Ausland. Denn auch die haben in den letzten Jahren Einsparungen hinnehmen müssen. Wenn wieder mehr Spielraum durch Erreichung eines ausgeglichenen Haushalts und durch die Erwirtschaftung von Überschüssen da ist, dann müssen die Minderheiten in Deutschland und die deutschen Minderheiten im Ausland davon profitieren.

**Kann man bei den Sorben in Deutschland oder der deutschen Minderheit in Tschechien noch von einer lebendigen Minderheit sprechen? Was kann man tun, um das Aussterben der Kultur zu verhindern?**

Ich glaube nicht, dass diese Kulturen aussterben. Ich habe bei meinen Gesprächen mit der sorbischen Minderheit in Deutschland viel Eindrucksvolles erlebt. Es gibt sorbi-

sches Leben mit Schulen, Instituten, Theatern und Kulturschaffenden. Mein Eindruck ist, dass auch die Bildungsstruktur der Sorben in Deutschland eine Zukunft hat. Man sucht ja auch nach zeitgemäßen Formen der Vermittlung der sorbischen Identität an die Jugend, beispielsweise mit Musik. Gerade das Regionalstudio des MDR in Bautzen produziert Rock und Popularmusik junger sorbischer Künstler in sorbischer Sprache, um über zeitgenössischen Musikgeschmack einen attraktiven Zugang für junge Menschen zu schaffen. Gleiches ist mir bei der friesischen Volksgruppe jetzt an Musikbeispielen bei meinem Besuch in Bredstedt im friesischen Institut begegnet. Das zeigt, dass es auch eine junge Generation gibt, die sich mit der Sprache, Kultur und Identität ihrer Vorfahren beschäftigen will. Das verdient jede staatliche Unterstützung.

**Die Landes Zeitung ist ja das Medium der deutschen Minderheit in Tschechien. Wie kann die Bundesregierung die deutsche Minderheit in der Tschechischen Republik unterstützen, so dass sie besser auch auf junge Leute zugehen kann?**
Selbstverständlich verdient auch die deutsche Minderheit in Tschechien staatliche Unterstützung. Wir wenden allein in diesem Jahr weit über 400 000 Euro für die deutsche Minderheit in der Tschechischen Republik nur vom Bundesinnenministerium auf. Dazu kommen Mittel aus dem Bohemiafonds, nochmal in gleicher Höhe. Daneben leistet das Auswärtige Amt und die Bundesbeauftragte für Kultur und Medien Unterstützung. Alsbald werde ich mich auch mit den Vertretern der deutschen Minderheit in Tschechien zusammensetzen und überlegen, wo man noch Aktivitäten zum Beispiel für die junge Generation unterstützen kann. Die Unterstützung des Bereiches der Jugendarbeit ist aber schon jetzt Bestandteil unserer Förderpolitik.

**Sie besuchen viele deutsche Minderheiten, wie oft sind sie dieser Tage eigentlich noch zu Hause?**
So viel reise ich gar nicht. Zurzeit besuchen mich mehr Angehörige deutscher Minderheiten im Ausland in Berlin. Aber natürlich gehört es auch zu meinem Aufgabenbereich, Minderheiten vor Ort zu besuchen. Ich habe alle anerkannten Minderheiten in Deutschland im ersten Vierteljahr meiner Amtszeit besucht. Im Ausland war ich in

Ungarn, in der Ukraine, in Polen und jetzt in Tschechien. Daneben haben mich die Vertreter deutscher Minderheiten aus Russland, Kasachstan und Dänemark in Deutschland besucht. Viele intensive Gespräche in Deutschland, aber auch dort, wo die Minderheiten im Ausland leben, gehören dazu. Die meiste Zeit verbringe ich aber mit der Erfüllung meiner Aufgaben in Berlin und in Deutschland.

**Haben sie auch einmal Feierabend? Es ist bereits fast halb elf Uhr abends.**
Nach dem Interview werde ich mich noch mit Vertretern der deutschen Minderheit in der Tschechischen Republik treffen. Das gehört einfach dazu. Winston Churchill hat mal gesagt: Wem es in der Küche zu heiß ist, der soll nicht kochen wollen. Wem Politik zu anstrengend ist, der darf keine Politik gestalten wollen.

>> Das Gespräch führte Alexandra Mostýn <<

## 5.18. Grußwort zur Minderheitenwallfahrt auf dem Sankt Annaberg

Vom 1. bis 3. Juni habe ich die polnischen Woiewodschaften Oppeln und Schlesien besucht und am Sonntag, den 1. Juni konnte ich auf dem St. Annaberg an der traditionellen Wallfahrt der deutschen Minderheit teilnehmen und ein Grußwort halten. Das war für mich eine außerordentliche Freude und Ehre:

*„Es ist nunmehr fast auf den Tag genau 25 Jahre her, dass hier auf dem Sankt Annaberg zum ersten Mal nach dem Zweiten Weltkrieg wieder ein Gottesdienst in deutscher Sprache gefeiert wurde. Damit wurde die jahrhundertelange, von den hiesigen Franziskanern so liebevoll gepflegte Tradition der bilingualen Wallfahrtsseelsorge sowohl in polnischer als auch in deutscher Sprache wiederaufgenommen, nachdem sie zuerst von den Nationalsozialisten im Jahr 1939 so jäh unterbrochen worden war.*

*Schon kurz nach diesem ersten deutschsprachigen Gottesdienst nach so langer Zeit begaben sich Angehörige aller nationalen Minderheiten aus ganz Polen auf eine Wallfahrt auf*

*diesen heiligen Berg. Bis heute kommen Jahr um Jahr mehrere tausend Gläubige hierher, so dass wir mittlerweile mit jedem Recht von einer guten und festen Tradition sprechen können. [...]“*

## 5.19. Besuch bei der deutschen Minderheit in Oberschlesien

Im Rahmen meiner Reise vom 1. bis 3. Juni 2014 habe ich die deutsche Minderheit in den Woiwodschaften Oppeln und Schlesien besucht und mich mit führenden Repräsentanten der regionalen und lokalen Verwaltungen sowie mit geistlichen Würdenträgern getroffen. Ich reiste auf Einladung des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften und ihres Vorsitzende, Herrn Bernard Gaida, in die Heimat meiner aus Oberschlesien vertriebenen Eltern.

Im Zentrum der Informationsreise, die auch vom deutschen Konsul in Oppeln, Herrn Peter Eck begleitet wurde, stand die Situation des muttersprachlichen Deutschunterrichts an Schulen. Hier konnte ich mich von der außerordentlich hohen Motivation und dem anerkennenswerten Engagement der Lehrkräfte überzeugen. Allerdings wird dieser Einsatz nicht durchweg von den lokalen Einrichtungen der kommunalen Selbstverwaltung unterstützt, teilweise weisen die Schulgebäude noch erhebliche bauliche Mängel auf. Es gibt aber auch mustergültige Vorbilder wie die gemeindliche bilinguale "Jan Brzecha"-Grundschule in Ratibor-Studen, wo ein kompetenter Lehrkörper sehr gut durch eine aufgeschlossene Stadtverwaltung unterstützt wird. Ich sagte den Vertretern der deutschen Minderheit bei ihren Plänen, weitere Schulen in eigener Trägerschaft zu übernehmen, meine politische Unterstützung zu. Auch die zweisprachige Schule in Raschau in Trägerschaft des Vereins "Pro liberis Silesiae" überzeugt durch den Einsatz der Lehrkräfte sowie das moderne pädagogische Konzept in der Tradition Maria Montessoris. Völlig inakzeptabel ist für mich der bauliche Zustand des Schulgebäudes in Oppeln-Malino, das der dortigen Selbstorganisation der deutschen Minderheit zur Errichtung einer Schule überlassen worden war. Der Schulträger-

Verein "Pro liberis Silesiae" darf aus meiner Sicht bei der Sanierung des in einem katastrophalen Zustand befindlichen Gebäudes nicht allein gelassen werden.

Meinen Aufenthalt konnte ich auch für Gespräche mit Politikern vor Ort nutzen, so mit dem Woiwoden von Oppeln, Herrn Ryszard Wilszyński, dem Marschall der Woiwodschaft Oppeln, Herrn Andrzej Buła, sowie dem Vize-Wojewoden der Woiwodschaft Schlesien, Herrn Andrzej Pilot, in Kattowitz. Hier nahm ich Bezug auf meine jüngsten Gespräche in Warschau. Bei allen politischen Gesprächen waren auch Vertreter der deutschen Minderheit anwesend und brachten sich in die Beratungen aktiv ein. Die lokalen Vertreter des polnischen Staates brachten ihre hohe Wertschätzung für die aktive Rolle der deutschen Minderheit in der polnischen Politik und Zivilgesellschaft zum Ausdruck.

In Oppeln traf ich mich mit dem Vorstand des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften, der auch Mitglied in der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen ist. Im Hinblick auf die dabei diskutierte Finanzsituation der Stiftung zur Entwicklung Schlesiens machte ich deutlich, dass die Finanzierung der Stiftung alsbald auf eine bessere und nachhaltigere Grundlage gestellt werden muss.

Bei meinem Besuch suchte ich auch den Kontakt zu Vertretern der Katholischen Kirche. So traf ich den Franziskaner-Konvent mit seinem Guardian Błażej Kurowski auf dem Sankt Annaberg, den Oppelner Bischof Andrzej Gaida sowie dessen Vorgänger, Alt-Erzbischof Alfons Nossol.

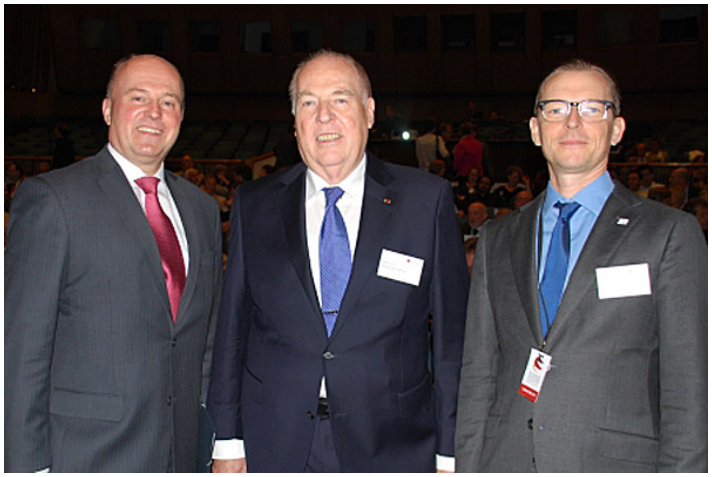
Viel Zeit konnte ich mir für meine Begegnungen mit Angehörigen der deutschen Minderheit in der Region Oberschlesien nehmen, denen ich auf sehr gut besuchten Regional-Veranstaltungen des Woiwodschaftsverbandes Oppeln in Zembowitz und des Woiwodschaftsverbandes Schlesien in Gleiwitz Rede und Antwort stehen konnte.

Auf meiner Reise konnte ich mich von den vielfältigen Aktivitäten des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften überzeugen, die rund 500 Einrichtungen

der deutschen Minderheit in ganz Polen betreibt. Zu meinen Besuchszielen zählten das vom dortigen Deutschen Freundschaftskreis betriebene Kulturzentrum in Zembowitz, das Oberschlesische Eichendorff-Kultur-und-Begegnungszentrum in Lubowitz, dem Geburtsort des großen deutschen Dichters Joseph von Eichendorff, sowie das Haus der deutsch-polnischen Zusammenarbeit in Gleiwitz, das dort von dem jungen Direktor Rafał Bartek und vom Abgeordneten der deutschen Minderheit im polnischen Sejm, Richard Galla, geleitet wird.

## 5.20. Teilnahme am Weltkongress Deutscher Auslandsschulen

Unter dem Motto "Bildung weltweit. Chancen weltweit" fand am 6. Juni 2014 in Berlin der Weltkongress Deutscher Auslandsschulen statt, der vom Weltverband Deutscher Auslandsschulen (WDA), dem Auswärtigen Amt und der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen (ZfA) veranstaltet wurde.



*MdB Koschyk mit WDA-Vorstandsvorsitzenden Detlef Ernst und WDA-Geschäftsführer Thilo Klingebiel*

Quelle: BMI

Schirmherr des Weltkongresses war Bundespräsident Joachim Gauck. Neben den Schulvorständen, Schulleiterinnen und Schulleitern sowie Verwaltungsleiterinnen und Verwaltungsleitern der mehr als 140 Deutschen Auslandsschulen nahmen auch

Vertreter der rund 1.000 von der ZfA betreuten Schulen, die das Deutsche Sprachdiplom (DSD) der Kultusministerkonferenz anbieten, teil.

Im Rahmen des Weltkongresses Deutscher Auslandsschulen stellte Prof. Timo Meynhardt von der Universität St. Gallen die Ergebnisse der vom WDA in Auftrag gegebenen "Studie zum Public Value der Deutschen Auslandsschulen" vor. Hierzu wurden repräsentative Vertreter aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Gewerkschaften und Verbänden in Deutschland interviewt. An einer parallel durchgeführten Onlinebefragung beteiligten sich 285 Vorstände, Schul- und Verwaltungsleiter der Deutschen Auslandsschulen weltweit.

Zentrale Ergebnisse der Untersuchung sind, dass die Deutschen Auslandsschulen einen wichtigen Beitrag zum Ansehen Deutschlands in der Welt leisten. Ausbildung und Abschlüsse der Schulen genießen demnach international hohe Anerkennung. Als Sprach- und Bildungsbotschafter spielen die Schulen eine bedeutende Rolle in der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Deutsche Unternehmen, die Mitarbeiter ins Ausland entsenden, profitieren stark von den schulischen Angeboten.

Nach der Vorstellung der Ergebnisse der Studie fand eine Podiumsdiskussion statt, bei der der Frage nachgegangen wurde, welchen Wertbeitrag das deutsche Auslandsschulwesen weltweit und für Deutschland leistet. Neben Heinrich Kreft (Auswärtiges Amt), Dr. Elisabeth Knab (Audi Ungarn, Geschäftsführerin Personalwesen), Detlef Ernst (Vorstandsvorsitzender des Weltverbandes Deutscher Auslandsschulen) Prof. Timo Meynhardt (Universität St. Gallen) und Heinrich Ringkamp (stellv. Leiter der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen) nahm ich an der Podiumsdiskussion teil. Es herrschte Einigkeit darüber, dass die Studie zum Wertbeitrag Deutscher Auslandsschulen es ermöglicht, ein umfassendes Gesamtbild der Aufgaben und Leistungen der Schulen zu zeichnen. Gleichzeitig zeigt sich, dass es Ziel sein muss, die Bedeutung der Deutschen Auslandsschulen, die auch dazu beitragen das Ansehen Deutschlands in der Welt zu mehren, stärker in das Bewusstsein der öffentlichen Wahrnehmung zu

rücken. Ich kann nur betonen: *"Deutsche Auslandsschulen sind eine Marke und es gilt noch viel stärker für diese Marke zu werben."*

Auch hob ich die große Bedeutung der deutschen Auslandsschulen für die deutschen Minderheiten, insbesondere in Mittel- und Osteuropa, hervor. Neben der großartigen Arbeit der deutschen Auslandsschulen für die deutschen Minderheiten darf aber nicht außer Acht gelassen werden, dass auch die sogenannten "Samstagsschulen" einen hervorragenden Beitrag zur Pflege der deutschen Sprache der deutschen Minderheiten leisten. Dies darf man im Hinblick auf deren finanzielle Förderung nicht außer Acht lassen.

Ebenfalls wies ich auf meinem kürzlichen Besuch in Oberschlesien hin, bei dem ich mich über die Situation des muttersprachlichen Deutschunterrichts an Schulen informiert hatte. Dabei konnte ich mich u.a. von der hervorragenden Arbeit der zweisprachigen Schule in Raschau in Trägerschaft des Vereins "Pro liberis Silesiae" überzeugen.

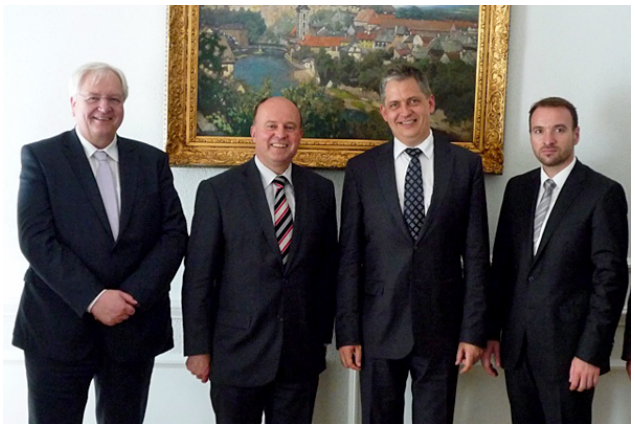
Im Vorfeld der Podiumsdiskussion stellte die ungarndeutsche Dr. Elisabeth Knab, Geschäftsführerin Personalwesen bei Audi Ungarn, die erfolgreiche Arbeit der Audi Hungaria Schule Győr vor. Die Audi Hungaria Schule Győr ist im Jahr 2010 in Zusammenarbeit und als gemeinsames Projekt der drei Partner Ungarndeutsches Bildungszentrum Baja, Audi Hungaria Motor Kft. und der Stadt Győr entstanden. Heute ist sie eine anerkannte deutsche Auslandsschule mit rund 350 Schülern, die das deutsche und das ungarische Abitur erwerben können.

## 5.21. Besuch bei der deutschen Minderheit in der Tschechischen Republik

In Prag bin ich am 12. Juni 2014 mit den Vertretern der deutschen Minderheit sowie mit den für die Anliegen der deutschen Minderheit in der Tschechischen Republik zuständigen Regierungsvertretern zusammengetroffen.

Im Mittelpunkt der Gespräche standen die aktuelle Situation und die Zukunftsperspektiven der ca. 40.000 Deutschen in der Tschechischen Republik.

Vor den politischen Gesprächen habe ich gemeinsam mit dem deutschen Botschafter in Prag, Herrn Detlef Lingemann, an der feierlichen Neueröffnung der Synagoge von Brandýs/Brandeis an der Elbe teilgenommen. Die Synagoge war 1939 von den Nationalsozialisten geschlossen und später in der kommunistischen Diktatur nicht wieder geöffnet worden. Sie gehört dem Kreis der jüdischen Gotteshäuser der "10 Sterne" an, mit welchem die einst blühende jüdische Kultur in Böhmen und Mähren für die Nachwelt sichtbar und erfahrbar erhalten bleiben soll.



*Botschafter Lingemann, Beauftragter Koschyk, Minister Dienstbier, Dzingel (Landesversammlung)*

Quelle: BMI

Mein erster Gesprächspartner war der Minister für Menschenrechte, Gleichberechtigung und Legislative Jiři Dienstbier. Jiři Dienstbier, Sohn des berühmten, im Jahre 2011 verstorbenen Bürgerrechtlers und späteren tschechischen Außenministers gleichen Namens, hatte sich noch als 20jähriger Student mutig gegen das kommunistische Regime in der damaligen Tschechoslowakei gewandt. Minister Dienstbar ist qua Amt auch Vorsitzender des Rates der nationalen Minderheiten in der Tschechischen Republik, dem alle 14 anerkannten nationalen Minderheiten angehören. Ich dankte dem Minister für sein Engagement für die deutsche Minderheit sowie für die anderen Minderheiten in der Tschechischen Republik, insbesondere für die Roma. Wir stimmten darin überein, dass es für die Bewältigung der großen politischen und gesellschaft-

lichen Aufgaben auch der Weiterentwicklung des entsprechenden europäischen minderheitenrechtlichen Rahmens bedarf.

In dem früheren Studenten der Katholischen Universität Eichstätt und fließend deutsch sprechenden Kulturminister Daniel Herman traf ich einen engagierten Promotor der deutsch-tschechischen Beziehungen. Als Vorsitzenden der tschechischen Ackermann-Gemeinde (Sdruženi Ackermann-Gemeinde) ist ihm gerade die Verständigung mit der sudetendeutschen Volksgruppe ein wichtiges Anliegen. Ich verwies auf meine Teilnahme an dem von der Ackermann-Gemeinde in Deutschland und Tschechien sowie der Bernard-Bolzano-Gesellschaft mittlerweile schon zum 23. Mal ausgerichteten "Brünner Symposium" im April, wo ich zum Thema "Minderheiten – in der Mitte oder am Rande unserer Gesellschaft?" gesprochen habe. Kulturminister Daniel Herman sprach sich auch für die weitere Unterstützung des Collegiums Bohemicum in Aussig aus, für das auch Bundespräsident Joachim Gauck während seines Staatsbesuchs in der Tschechischen Republik Anfang Mai sehr anerkennende Worte gefunden hat.

An dem Gespräch nahm auch der frühere SPD-Bundestagsabgeordnete, DDR-Bürgerrechtler und letzte DDR-Außenminister Markus Meckel teil, der als Präsident des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge und Stiftungsratsvorsitzender der Bundesstiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur mit Minister Herman und mir Fragen der Pflege deutscher Kriegsgräber in der Tschechischen Republik sowie der Aufarbeitung der totalitären Vergangenheit ansprach. Minister Herman, der vor seinem Amtsantritt als Kulturminister drei Jahre das mit der deutschen Stasi-Unterlagen-Behörde vergleichbare tschechische Institut zur Erforschung der totalitären Regime geleitet hat, zeigte sich an einer engen Kooperation sehr interessiert und lobte die Aufarbeitung der SED-Diktatur in der Bundesrepublik Deutschland als Vorbild.

Ich erinnerte bei dieser Gelegenheit an die Initiative von Herrn Markus Meckel im Jahr 2009, innerhalb der EU-Kommission einen eigenen Kommissar für die nationalen

Minderheiten zu berufen. Die Berufung eines EU-Kommissars für nationale Minderheiten ist aus meiner Sicht heute dringlicher denn je.

Bei beiden politischen Terminen wurde ich vom deutschen Botschafter in Prag, Herrn Detlef Lingemann und dem Vorsitzenden der Landesversammlung der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien, Herrn Martin Dzingel, begleitet.

Ich traf in Prag auch mit dem österreichischen Botschafter S.E. Dr. Ferdinand Trauttmansdorff zusammen, mit dem ich die konzeptionelle Weiterentwicklung des Minderheitenschutzes in Europa erörterte. Botschafter Trauttmansdorff leitete vor seiner Mission in Prag die Völkerrechts-Abteilung des österreichischen Außenministeriums und gilt als Experte für Fragen des Minderheitenrechts.

Bei meinem Besuch des Thomas-Mann-Gymnasiums in Prag konnte ich mich vom hohen Leistungsstand der dortigen Schülerinnen und Schüler und vom beachtenswerten Einsatz der Lehrkräfte und auch der Elternvertreter überzeugen. Träger der Schule ist die Landesversammlung der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien. Eine 6. Klasse begrüßte mich mit einem kleinen Theaterstück in deutscher Sprache, das von einer Schülerin geschrieben worden war. Abiturienten berichteten von ihren Praktika, die sie in ganz unterschiedlichen Unternehmen und Einrichtungen in Hamburg absolviert hatten. Das Thomas-Mann-Gymnasium kann ich als "Juwel" der Bildungsarbeit der deutschen Minderheit in der Tschechischen Republik bezeichnen, weil sich das Gymnasium mit der dazu gehörenden Grundschule durch ein besonderes Engagement für den muttersprachlichen Deutschunterricht, aber auch durch die rege Mitarbeit der Elternschaft auszeichnet.

Im Mittelpunkt meines Prag-Besuches stand weiterhin ein intensiver Gedankenaustausch mit Vertretern der beiden Organisationen der deutschen Minderheit in Tschechien: der Landesversammlung der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien sowie dem Kulturverband der Bürger deutscher Nationalität in der Tschechischen Republik. Die Begegnung fand in dem von der Stadt Prag getragenen "Haus der natio-

nalen Minderheiten" statt, einer Heimstatt für die deutsche und neun weitere nationale Minderheiten sowie Redaktionssitz der von der Landesversammlung herausgegebenen deutschsprachigen "Landeszeitung". Nach der Begrüßung und Vorstellung des Hauses durch den Direktor, Herrn Jakub Štědroň, gaben Frau Hanna Zakhari vom Deutschen Kulturverband in der Region Brünn, Herr Richard Šuchlo von der "Landschaft Egerland" sowie Herr Petr Rojík vom Kulturverband beispielhafte Einblicke in das reiche kulturelle Leben der deutschen Minderheit in der Tschechischen Republik. Ich begrüßte die Entwicklung, dass - durch die Tätigkeit der Begegnungsstätten der deutschen Minderheit - immer stärker auch wichtige Brücken zur tschechischen Bevölkerung und Angehörigen anderer Minderheiten, die an der deutschen Sprache und Kultur interessiert sind, geschlagen werden. Der Leiter des Kulturreferats der Deutschen Botschaft, Herr Thomas Motak, und ich erörterten mit der Landesversammlung und dem Kulturverband auch die Möglichkeiten einer noch engeren Zusammenarbeit zwischen beiden Verbänden, damit durch Synergieeffekte die Arbeit für die deutsche Minderheit noch effektiver gestaltet werden kann. Insbesondere ermutigte ich die Vertreter der deutschen Minderheit in der Tschechischen Republik zu weiteren Anstrengungen auf dem Gebiet der Jugendarbeit.

Selbstverständlicher Teil meines Besuchsprogramms war das Sudetendeutsche Büro, der offiziellen Vertretung der Sudetendeutschen Landsmannschaft in der Tschechischen Republik. Mit dessen Leiter, Herrn Peter Barton, erörterte ich aktuelle Fragen der deutschen Minderheit sowie des deutsch-tschechischen Verhältnisses. Ich würdigte den Einsatz von Peter Barton, dem es erneut gelungen war, dass Abgeordnete des Tschechischen Parlaments und wichtige Vertreter tschechischer Parteien am Sudetendeutschen Tag in Augsburg teilgenommen haben. Ich begrüßte auch die Eröffnung der Vertretung des Freistaates Bayern in Prag neben der bereits bestehenden sächsischen Vertretung.

Ein weiterer wichtiger Programmpunkt war für mich der Besuch des Prager Literaturhauses deutschsprachiger Autoren, das sich in hervorragender Weise des Erbes der

deutschsprachigen Literatur in Prag angenommen hat und Prag als einen Ort der mannigfaltigen Wechselbeziehungen zwischen tschechischer, jüdischer und deutschen Kultur erfahrbar machen möchte. Ich dankte vor allem dem früheren tschechischen Botschafter in Berlin, Herrn František Černy, der sich maßgeblich für diese bedeutende Prager Kulturinstitution eingesetzt hatte. An der Begegnung nahm auch der Träger des diesjährigen Karlspreises der Sudetendeutschen, Milan Horáček, teil, mit dem mich aufgrund dessen früherer Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag und seines Einsatzes für Menschen- und Minderheitenrechte sowie für die deutsch-tschechische Verständigung ein kollegial-freundschaftliches Verhältnis verbindet.

## 5.22. Informationsreise nach Lettland zur Situation der deutschen Minderheiten

Im Rahmen einer Informationsreise der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag nach Lettland in Riga Ende Juli 2014 habe ich Gespräche zur Situation der Minderheiten in der baltischen Republik, insbesondere auch zur Lage der deutschen Minderheit geführt.

Im lettischen Außenministerium hat mir Staatssekretär Viktors Makarovs einen Überblick zur Lage der Minderheiten vermittelt. So haben die Minderheiten in Lettland nach der Verfassung das Recht, ihre ethnische und kulturelle Identität ebenso wie ihre Sprache zu bewahren. Hierzu finanziert der Staat Unterricht und Schulen in acht Minderheitensprachen: russisch, polnisch, jiddisch, ukrainisch, estnisch, litauisch, romanes und weißrussisch. Jedoch müssen seit 2004 in den Minderheitenschulen 60 Prozent der Fächer in den letzten zwei Schuljahren in Lettisch unterrichtet werden.

Die russischsprachige Bevölkerung Lettlands verfügt mit der Partei "Harmonie" im lettischen Parlament über ein starkes politisches Sprachrohr (31 von 100 Sitzen). Trotz der Ukraine-Krise gestaltet sich das Zusammenleben zwischen der lettischen Mehrheitsbevölkerung und der russischsprachigen Bevölkerung relativ friedlich. Bei der

jüngsten Europawahl hat die Partei "Harmonie" Stimmenverluste hinnehmen müssen und kam nur auf 13,04 Prozent.

In Riga hatte ich zudem auch Gelegenheit, mich mit der Vorsitzenden des Verbandes der Deutschen in Lettland, Aina Balaško, auszutauschen.

Insgesamt leben nach Regierungsangaben in Lettland ca. 2.800 Personen, die mit "deutsch" als Volkszugehörigkeit registriert worden sind. Im Verband der Deutschen in Lettland (VDL) sind 13 Vereine organisiert. In diesen Vereinen sind ca. 400 Personen registriert. Der VDL gibt die Zeitschrift "Lett-landweit" heraus. Durch die Veröffentlichung eines zweisprachigen Werkes über "Deutsche Architekten in Lettland" hat sich der VDL in jüngster Zeit sehr um die Dokumentation des deutschen Kulturerbes im Baltikum verdient gemacht.

## 5.23. Besuch der "DOMUS RIGENSIS" im Mentzendorff-Haus in Riga

Weiterhin habe ich auch das Deutschbaltisch-Lettische Zentrum "DOMUS RIGENSIS" im Mentzendorff-Haus in Riga besucht. Als die baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen im Jahre 1991 ihre Unabhängigkeit wiedererlangten, entstanden viele Initiativen, um die historischen Verbindungen zwischen Deutschland und dem Baltikum wieder zu beleben. Besonders die Deutschbalten, die aus Lettland und Estland stammen, pflegen intensive Kontakte zu Menschen und Institutionen in ihrer früheren Heimat. Der Verein Domus Rigensis wurde 1992 auf lettische Initiative hin von Deutschbalten und Letten in Riga gegründet.

Der Verein steht allen Interessierten offen. Ziel ist die Pflege des gemeinsamen kulturellen Erbes der Stadt Riga und die Begegnung von Menschen, die sich für Riga und Lettland interessieren. Der Verein verfolgt keine politischen oder wirtschaftlichen Ziele, sondern dient ausschließlich gemeinnützigen Zwecken.

Der Verein unterhält im Mentzendorff-Haus in der Altstadt von Riga ein deutschbaltisch-lettisches Zentrum, dessen Geschäftsstelle eine Drehscheibe von Kontakten zwischen Deutschen und Letten geworden ist.

Das Mentzendorff-Haus wird seit 20 Jahren von Frau Nora Rutka geleitet. Hier ist eine beliebte Anlaufstelle in Riga entstanden und eine Kontaktbörse zu allem, was mit deutschbaltischen Themen in Riga und Lettland zu tun hat. Jeden Monat organisiert Frau Nora Rutka, in Absprache mit dem Vorstand, ein kulturelles Programm mit vorwiegend deutschbaltischer Thematik für Mitglieder und Gäste im Haus Mentzendorff. Heute hat "DOMUS RIGENSIS" 215 Mitglieder, 85 in Lettland und 130 in Deutschland und in anderen Ländern. Die Geschäftsstelle wird durch Mitgliedsbeiträge und Spenden finanziert.

*Das Mentzendorff-Haus im historischen Stadtzentrum von Riga*

Quelle: Koschyk

Die Geschäftsführerin von "DOMUS RIGENSIS", Frau Nora Rutka, informierte mich auch über die rege Jugendarbeit des Vereins. So ist auf Initiative von lettischen Jugendlichen für Mitglieder unter 30 Jahren "DOMUS RIGENSIS Juvenum“ offiziell zum Jugendreferat des Deutschbaltisch-Lettischen Zentrums ernannt worden. Zu Silvester und Neujahr 2011/12 haben die 1. Juvenum-Tage in Zusammenarbeit mit dem Deutschbaltischen Jugend- und Studentenring e.V. mit so großem Erfolg stattgefunden, dass sie zu einer Tradition werden sollen.

Das Deutschbaltisch-Lettische Zentrum "DOMUS RIGENSIS" hat im „Mentzendorff-Haus " im historischen Stadtzentrum von Riga seinen Sitz, wo mit Hilfe der deutsch-baltischen ehemaligen Besitzer-Familie Mentzendorff, die heute in Deutschland lebt, ein musealer Kleinod deutschbaltischer Geschichte, Kultur und Lebensart entstanden ist.

## 5.24. 7. Sitzung der Deutsch-Usbekischen Regierungskonferenz

Gemeinsam mit dem stellvertretenden Innenminister der Republik Usbekistan, Bakhodir Kurbonov, habe ich im August 2014 in der usbekischen Hauptstadt Taschkent die 7. Deutsch-Usbekische Regierungskonferenz für die Angelegenheiten der in der Republik Usbekistan lebenden Deutschen geleitet.

*Die Teilnehmer der 7. Deutsch-Usbekischen Regierungskonferenz für die Angelegenheiten der in der Republik Usbekistan lebenden Deutschen*

Quelle: BMI

Aus dem parlamentarischen Bereich wurde ich vom innenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Stephan Mayer MdB, begleitet. Neben Mitarbeitern des Bundesministeriums des Innern gehörten meiner Delegation auch Vertreter der Deutschen Botschaft Taschkent, des Bundesverwaltungsamtes und der Gesellschaft für Internationale Entwicklung an.

In der Sitzung hob ich die mittlerweile kontinuierliche Arbeit der Regierungskommission hervor und wertete diese als Beleg für die neue Stabilität in den Beziehungen zwischen Deutschland und Usbekistan. Dies ist auch im Interesse der deutschen Minderheit in Usbekistan, die mit der Vorsitzenden des Kulturzentrums "Wiedergeburt", Frau Maria Rekk, sowie dem Sprecher der Deutschen Jugend Usbekistan, Dmitriy Vitkin, in die Beratungen einbezogen war. Der usbekische Ko-Vorsitzende Kurbanov verwies in seiner Begrüßung auf die rund 130 Volksgruppen, die in Usbekistan leben. Ethnische und religiöse Toleranz hätten in seinem Land eine lange Tradition. Die Angehörigen der deutschen Minderheit seien in der Republik Usbekistan gleichberechtigte und geschätzte Staatsbürger, die für die gesellschaftliche Entwicklung des Landes einen wichtigen Beitrag lieferten.

*Der stellvertretende Innenminister Kurbonov und Bundesbeauftragter Koschyk beim Austausch der Urschriften des Kommuniqués*

Quelle: BMI

Über die Förderung der deutschen Minderheit auf dem kulturellen Gebiet berichteten der Direktor des Internationalen Kulturzentrums in Taschkent, Nasriddin Mukhammadiev, sowie Maria Rekk. Insgesamt gibt es in Usbekistan neben Taschkent noch drei weitere Deutsche Kulturzentren in den Städten Fergana, Buchara und Samarkand, an die jeweils auch ein Jugendklub angebunden ist. Mit einem "Dialog der Generationen" hat sich in der Arbeit der Selbstorganisation der deutschen Minderheit ein neuer Schwerpunkt herausgebildet. Junge Deutsche dokumentieren hierbei die Lebenserin-

nerungen der vom Schicksal hart getroffenen älteren Generation. Für 2014 sind seitens des Bundesministeriums des Innern für die Förderung der rund 8.000 Angehörigen der deutschen Minderheit in Usbekistan Haushaltsmittel im Umfang von 247.300 Euro eingeplant; die Schwerpunkte sind hierbei die Unterstützung der Begegnungszentren, die Jugendarbeit, die Stärkung der Selbstorganisation, die Elitenförderung sowie soziale Hilfen für Bedürftige. Zusätzlich wird das Auswärtige Amt über die Deutsche Botschaft Maßnahmen auf dem Gebiet der Bildung und Kultur mit einem besonderen Schwerpunkt auf der Jugendarbeit mit rund 20.000 Euro fördern.

Im gemeinsamen Kommuniqué wurde festgehalten, die bewährte Zusammenarbeit auch in Zukunft fortzusetzen. Es ist das gemeinsame Ziel, dass usbekische Bürger deutscher Volkszugehörigkeit in Usbekistan eine gesicherte Zukunft haben. Zusammen mit den in Deutschland lebenden Aussiedlern sollen sie ein wichtiges Bindeglied für den zivilgesellschaftlichen Dialog zwischen beiden Ländern bilden.

Ich bedankte mich bei Kurbonov für die hervorragende Vorbereitung der Kommissionssitzung, die in einer vertrauensvollen und kooperativen Atmosphäre standfand. Ich erklärte, dass von den Beratungen und dem Kommuniqué ein wichtiges Signal für die Wertschätzung und Ermutigung der deutschen Volksgruppe in Usbekistan ausgeht.

## 5.25. Usbekistan: Vor-Ort Termine in Taschkent und Tschatkal

Im Rahmen meiner Reise zur 7. deutsch-usbekischen Regierungskonferenz für die Angelegenheiten der in der Republik Usbekistan lebenden Deutschen besuchte ich auch das Internationale Kulturzentrum und die evangelisch-lutherische Kirchengemeinde in Taschkent. Auch hatte ich die Gelegenheit, mich mit Vertretern der koreanischen Minderheit in Usbekistan auszutauschen und mich in Tschatkal von der hohen Qualität der Deutschen Kulturzentren zu überzeugen.

Im Internationalen Kulturzentrum haben 14 kulturelle Vereinigungen verschiedener nationaler Minderheiten Usbekistans eine Heimstatt gefunden, darunter auch das Deutsche Kulturzentrum Usbekistans "Wiedergeburt". Ich wurde dort von Direktor Nasriddin Mukhammadiev und dem stellvertretenden Direktor Sergej Mironov empfangen.

Direktor Mukhammadiev hob in seiner Begrüßung den völkerverbindenden Charakter der Einrichtung hervor. Veranstaltungen einzelner Kulturgesellschaften würden nicht nur von den Angehörigen der jeweiligen Minderheit besucht, sondern von allen Bürgern Usbekistans. Ich würdigte das Engagement der usbekischen Regierung für die Pflege und Entwicklung der Sprache und Kultur der nationalen Minderheiten des Landes, welches in einer Einrichtung wie dem Internationalen Kulturzentrum besonders eindrucksvoll zum Ausdruck kommt.

*Herzliche Begrüßung in Tschatkal für Bundesbeauftragten Koschyk und den Bundestagsabgeordneten Stephan Mayer*

Quelle: BMI

Die Vertreter der vier Deutschen Kulturzentren in Usbekistan - Taschkent, Buchara, Samarkand und Fergana - stellten ihre vielfältige Arbeit auf dem kulturellen und sprachlichen, aber auch auf dem sozialen Gebiet vor. Im Mittelpunkt der Arbeit steht der "Dialog der Generationen", damit die Lebenserfahrung der Älteren an die jüngere Generation weitergegeben und somit bewahrt werden kann. Im usbekischen Kurort Tschatkal konnte ich mich bei einer Konzert- und Tanzveranstaltung von der hohen

Qualität der vier Deutschen Kulturzentren in der Republik Usbekistan überzeugen. Heute gehören etwa 8.000 Bürger Usbekistans der deutschen Minderheit an.

Dem Deutschen Kulturzentrum "Wiedergeburt" wird innerhalb des Internationalen Kulturzentrums ein großer Raum zur Verfügung gestellt. Dieser wird z.B. auch für Proben von Künstlergruppen genutzt.

*Gruppenaufnahme im Deutschen Kulturzentrum Taschkent "Wiedergeburt"*

Quelle: BMI

Im Internationalen Kulturzentrum in Taschkent hatte ich außerdem Gelegenheit mich mit dem Vorsitzenden der Gesellschaft des Koreanischen Kulturzentrums Usbekistans, Viktor Pak, zu treffen.

*Bundesbeauftragter Koschyk mit Viktor Pak*

Quelle: BMI

Im Rahmen meiner Funktion als Ko-Vorsitzender des Deutsch-Koreanischen Forums hatte ich erst wenige Wochen davor die koreanische Halbinsel besucht. Die koreanische Minderheit in Usbekistan zählt heute rund 200.000 Mitglieder.

In der alten deutschen evangelischen Kirche von Taschkent traf ich mit dem evangelisch-lutherischen Bischof von Taschkent, Cornelius Wiebe, sowie weiteren Gemeindeangehörigen zusammen. Der Bischof erinnerte in seiner Begrüßung an den ersten Aussiedlerbeauftragten der Bundesregierung Horst Waffenschmidt, der seinerzeit bei der Rückgabe des Kirchengebäudes an die evangelisch-lutherische Kirchengemeinde von Taschkent und seiner Instandsetzung große Unterstützung geleistet hat.

*Koschyk mit Bischof Cornelius Wiebe und dem Abgeordneten Mayer*

Quelle: BMI

Ich ging bei meiner Ansprache auf die Bedeutung des Dreiklanges von "Glaube, Identität und Heimat" ein. Diese drei Werte sind wichtig für alle Menschen, aber insbesondere für die Angehörigen nationaler Minderheiten. Ich dankte dem Bischof für seine Arbeit bei der seelsorgerischen Betreuung der Deutschen und würdigte die usbekische Politik hinsichtlich ihrer ethnischen und religiösen Toleranz. Bischof Wiebe berichtete von dem Vorhaben seiner Kirchengemeinde, ein ehemaliges evangelisches Bethaus in der Stadt Tschirtschik in ein Museum über die Geschichte der evangelisch-lutherischen Kirche in Zentralasien umzuwandeln. Ich sicherte zu, mich gegenüber der Evangelischen Kirche in Deutschland diesem Anliegen zu verwenden.

## 5.26. 20-jähriges Jubiläum des Deutschen Hauses in Almaty, Kasachstan

Auf Grund der zeitgleich stattfindenden deutsch-kirgisischen Regierungskonferenz konnte ich an der Jubiläumsfeierlichkeit anlässlich des 20-jährigen Jubiläums des Deutschen Hauses in Almaty nicht persönlich teilnehmen und habe deshalb ein schriftliches Grußwort übersandt, in dem ich der Assoziation der gesellschaftlichen Vereinigungen der Deutschen Kasachstans (Wiedergeburt) zum 25. Jubiläum und zum 20-jährigen Bestehen des Deutschen Hauses in Almaty meine Glückwünsche übersandt habe:

„[...] Die Assoziation der gesellschaftlichen Vereinigungen der Deutschen Kasachstans mit ihren Wiedergeburtsgesellschaften besteht nun schon seit 25 Jahren und hat während dieser Zeit eine maßgebliche Rolle bei der Verbesserung der Lebensbedingungen der Angehörigen der deutschen Minderheit in Kasachstan gespielt.

Die große Mehrheit der Deutschen in Kasachstan ist aus anderen Teilen der Sowjetunion nach dem Einmarsch Hitlers 1941 dorthin deportiert worden. Mehrere Generationen der Kasachstan-Deutschen haben einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung des kasachischen Staates, seiner Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Gesellschaft geleistet. Bis heute ist die deutsche Minderheit in Kasachstan ein geachteter und geschätzter Partner und selbstverständlicher integraler Bestandteil der kasachischen Gesellschaft.

Die ersten Vereinigungen der Deutschen in Kasachstan sind 1989 gegründet worden. Als zentraler Anlaufpunkt für die Angehörigen der deutschen Minderheit in Kasachstan hat sich seit 20 Jahren das Deutsche Haus in Almaty entwickelt. Dieses deutschkasachische Haus ist in diesen zwei Jahrzehnten zu einem Symbol der deutschkasachischen Zusammenarbeit geworden. Die erfolgreiche Arbeit konnte man bei der Gründung im Jahre 1994 keineswegs als selbstverständlich voraussehen. Sie ist jedoch das Ergebnis eines kontinuierlichen, erfolgreichen Zusammenwirkens aller hier Beteilig-

ten. Dafür danke und hierzu gratuliere ich Ihnen namens der Bundesregierung sehr herzlich Das Haus ist eine politische, soziale und kulturelle Begegnungsstätte geworden.

Die Kasachstan-Deutschen stellen eine wichtige Brücke in den Beziehungen Deutschlands und Kasachstans dar. In Kasachstan leben immer noch rd. 180.000 Deutsche. In Deutschland leben mittlerweile rd. 800.000 Kasachstan-Deutsche. Ihre persönlichen, mitunter verwandtschaftlichen Beziehungen unterstützen die kulturellen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und bürgerschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten.

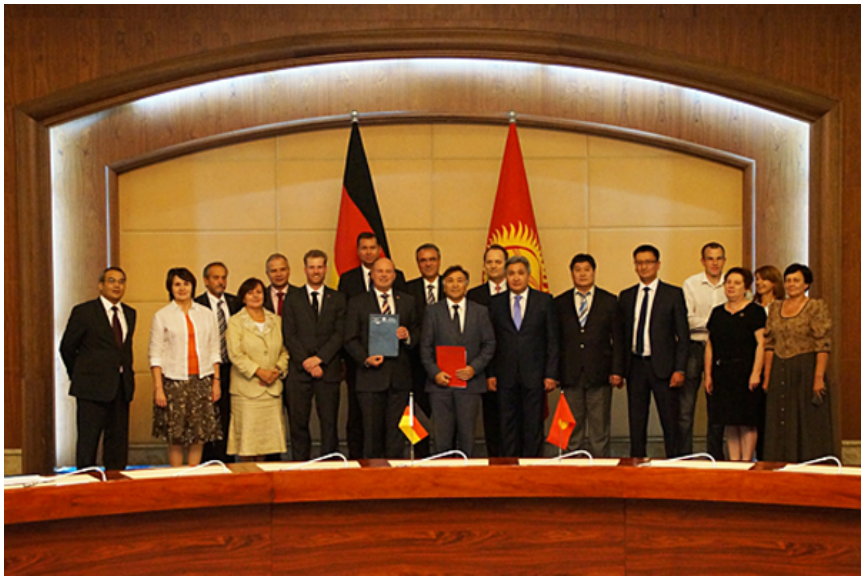
In den letzten 25 Jahren hat die deutsche Minderheit in Kasachstan – sowie alle Menschen in diesem Land – eine schwierige Umbruchsituation nach dem Wegfall des kommunistischen Systems bewältigen müssen. Viele Deutschen sind ausgereist – nach Deutschland oder zu Verwandten nach Russland. Aber die Entwicklung in Kasachstan, insbesondere im wirtschaftlichen Bereich, gibt Anlass zu Optimismus. Deshalb gilt mein Appell den in Kasachstan als Angehörige der deutschen Minderheit lebenden Menschen:

Helfen Sie weiterhin mit beim Aufbau eines demokratischen und sozialen Rechtsstaates in Ihrem Land, in dem es sich lohnt, für sich und Ihre Kinder eine Lebensperspektive zu entwickeln! Die deutsche Bundesregierung wird dabei weiter an Ihrer Seite stehen und sie nach Kräften unterstützen.

Noch in diesem Jahr wird in Berlin die 12. Deutsch-Kasachische Regierungskommission für die Bürger der Republik Kasachstan deutscher Volkszugehörigkeit stattfinden. Diese Begegnung wird unter engagierter Beteiligung der Vertreter der Deutschen Minderheit wichtige Impulse für weitere bilaterale Maßnahmen zugunsten der Bewahrung der deutschen Sprache, Kultur und Traditionen in Kasachstan setzen.“

## 5.27. 7. Sitzung der Deutsch-Kirgisischen Regierungskonferenz

Nach dem erfolgreichen Abschluss meines Besuchsprogramms in Usbeskistan reiste ich im Anschluss in die kirgisische Hauptstadt Bischkek weiter, um gemeinsam mit dem Vize-Außenminister der Kirgisischen Republik, Erines Otorbaev, die 9. Sitzung der Deutsch-Kirgisischen Regierungskommission für die Angelegenheiten der Deutschen in der Kirgisischen Republik zu eröffnen.



*Gruppenbild der Teilnehmer der 9. Deutsch-Kirgisische Regierungskommission*

Quelle: BMI

Neben Vertretern des Bundesministeriums des Innern, der Deutschen Botschaft Bischkek, des Bundesverwaltungsamtes und der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit nahm an der Beratungen auch der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Stephan Mayer MdB teil.

Vize-Außenminister Otorbaev unterstrich in seiner Begrüßung ausdrücklich den Wunsch der kirgisischen Regierung, sich bei allen Maßnahmen für die deutsche Minderheit auch mit deren Selbstorganisation, dem Volksrat der Deutschen in Kirgisistan, eng abzustimmen. Deshalb sei es für ihn selbstverständlich, dass Margarita Kopteva

vom Deutschen Volksrat, die Direktorin der Stiftung "Kirgisisch-Deutsches Medizinisches Zentrum - Druschba/Freundschaft" Margarita Kolesnikova und der Jugendreferent des Volksrates Nikolai Schmidt an den Beratungen der gemeinsamen Regierungskommission teilnahmen. Die kirgisische Regierung will den rund 9.000 in Kirgisistan lebenden Deutschen eine sichere Zukunft bieten, u.a. durch eine nachhaltige Förderung der deutschen Sprache in Kirgisistan. Vize-Außenminister Otorbaev ging auch auf die rund 90.000 - jetzt als Aussiedler in Deutschland - lebenden, aus Kirgisistan stammenden Deutschen ein. Sie hätten eine wichtige Brückenfunktion für die Beziehungen zwischen Deutschland und Kirgisistan.

Ich bedankte mich für die herzliche Aufnahme durch die kirgisische Regierung und stellte fest, dass die deutsche Minderheit heute ebenfalls eine wichtige Brücke der Freundschaft zwischen Deutschland und Kirgisistan ist und eine positive Rolle in der kirgisischen Zivilgesellschaft spielt. Dieses zeigt sich besonders anschaulich am Beispiel des langjährigen Vorsitzenden des Volksrates der Deutschen in Kirgisistan, Valeri Dill, der heute in der kirgisischen Regierung das hohe Amt eines Vize-Premierministers bekleidet.

*Koschyk und Otorbaev bei der Unterzeichnung des Kommuniqués*

Quelle: BMI

Besonders wichtig ist mir auch die Jugendarbeit des Volksrates, die in erster Linie Sprach- und Kulturarbeit umfasst. Ein besonders gelungenes Beispiel hierfür ist aus

meiner Sicht der deutsche Kindergarten "Regenbogen", dessen Einrichtung auf der letzten Regierungskonferenz 2012 beschlossen und zwischenzeitlich realisiert ist. Bei aller Bedeutung der Arbeit für die jüngere Generation ist es mir aber auch wichtig, dass auf die Bedürfnisse der älteren Generation eingegangen wird, die als Opfer von Deportation und Sondersiedlung in der Sowjetunion ein besonders hartes Schicksal erlitten haben. Deswegen bleibt die Sozialarbeit ein zentraler Schwerpunkt der Förderpolitik der Bundesregierung, die neben den Angehörigen der deutschen Minderheit auch anderen Bürgern Kirgistans zugute kommt.

Die Ergebnisse der in einer vertrauensvollen und konstruktiven Atmosphäre durchgeführten Beratungen flossen in ein Kommuniqué ein. Im Kommuniqué ist der gemeinsame Wunsch der deutschen Bundesregierung und der Regierung der Kirgisischen Republik festgehalten, dass die Bürger der Kirgisischen Republik, die deutscher Volkszugehörigkeit sind, auch weiterhin bei der Bewahrung und Pflege der ethnischen Identität und bei ihrer sozialen Sicherung unterstützt werden. Das seit 1998 bestehende Deutsche Haus in Bischkek soll der deutschen Minderheit unentgeltlich und unbefristet zur Verfügung gestellt werden. In meinen abschließenden Worten hob ich den Geist der Partnerschaft und des Vertrauens während der Sitzung hervor und würdigte besonders die Anwesenheit von Vertretern der deutschen Minderheit und ihre wichtigen und informationsreichen Beiträge bei den Beratungen.

## 5.28. Kirgisistan: Vor-Ort-Gespräch mit Vizepremierminister Dill und Besuch des Deutschen Hauses in Bischkek

Am Rande der 9. Sitzung der Deutsch-Kirgisischen Regierungskommission für die Angelegenheiten der Deutschen der Kirgisischen Republik habe ich gemeinsam mit dem innenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Stephan Mayer MdB, ein Gespräch mit dem kirgisischen Vize-Premierminister Valeri Dill geführt und hatte auch die Gelegenheit das Deutsche Haus in Bischkek zu besichtigen.

Valeri Dill gehört selbst der deutschen Minderheit in Kirgisistan an und ist der langjährige Vorsitzende der deutschen Selbstorganisation, des Volksrates der Deutschen in der Kirgisischen Republik. Neben den Angelegenheiten der deutschen Minderheit in Kirgisistan erörterte ich mit ihm auch allgemeine politische Fragen. Ich sicherte der kirgisischen Regierung beim weiteren Ausbau von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit die volle Unterstützung der Bundesregierung zu.

*Botschafter Bolot Otunbaev, Vize-Premierminister Valeri Dill, Bundesbeauftragter Hartmut Koschyk, Bundestagsabgeordneter Mayer, Anders Lundgren (Deutsche Botschaft Bischkek), Vize-Außenminister Erines Otorbaev (v.l.n.r)*

Quelle: BMI

Zwei besonders drängende Herausforderungen sind laut Vize-Premierminister Dill zurzeit die Wasserknappheit und der Ausbau der Energieversorgung. Er ist von der Regierung Kirgisistans mit dem Ausbau der bilateralen Beziehungen, insbesondere in den Bereichen Bildung und Wirtschaft beauftragt worden. Parlamentskollege Stephan Mayer und ich sicherten Valeri Dill unsere Unterstützung bei der Herstellung entsprechender politischer Kontakte in Deutschland zu, möglicherweise im Rahmen eines Arbeitsbesuchs in der Bundesrepublik.

Im Deutschen Haus in der Hauptstadt Bischkek wurden Kollege Mayer und ich von der stellvertretenden Vorsitzenden der deutschen Selbstorganisation, dem Volksrat der Deutschen in der Kirgisischen Republik, Margarita Kopteva, begrüßt.

Die Vertreter von Einrichtungen der deutschen Minderheit aus ganz Kirgisistan nutzen die Möglichkeit, uns über akute Probleme ihrer Arbeit zu informieren, wobei sie auch ihre Dankbarkeit für die bisher aus der Bundesrepublik Deutschland erhaltenen Hilfen zum Ausdruck brachten. Die meisten der dringend benötigten Sozialprojekte, die immer auch Angehörigen der nichtdeutschen Bevölkerung zugutekommen, könnten nur mit Hilfe der Unterstützung aus Deutschland realisiert werden.

*Koschyk mit Mitarbeiterinnen der Sozialstation des Deutschen Hauses Bischkek*

Quelle: BMI

Stephan Mayer MdB, Valeri Tsoy und Hartmut Koschyk MdB (v.l.n.r.)

Quelle: BMI

Ich berichtete von der gerade abgeschlossenen 9. Gemeinsamen Regierungskonferenz für die Angelegenheiten der Deutschen in Kirgisistan und dass die bisher aus Deutsch-

land geleistete Hilfe auch in Zukunft ungeschmälert fortgesetzt wird. Als wichtigstes Ergebnis berichtete ich weiter, dass für das Deutsche Haus in Bischkek nunmehr eine Lösung dahingehend gefunden wurde, dass das Gebäude von der Republik Kirgisistan übernommen und der deutschen Minderheit unbefristet und unentgeltlich zur Verfügung gestellt wird.

Außerdem nutzte ich meine Besuchsreise bei der deutschen Minderheit in Kirgisistan auch für ein Treffen mit dem Präsidenten der Öffentlichen Assoziation der Koreaner in der Republik Kirgisistans, Valeri Tsoy. Die koreanische Minderheit in dem zentralasiatischen Staat zählt insgesamt rund 20.000 Angehörige. Mit Tsoy erörterte ich die Lage der koreanischen Volksgruppe in der Kirgisischen Republik.

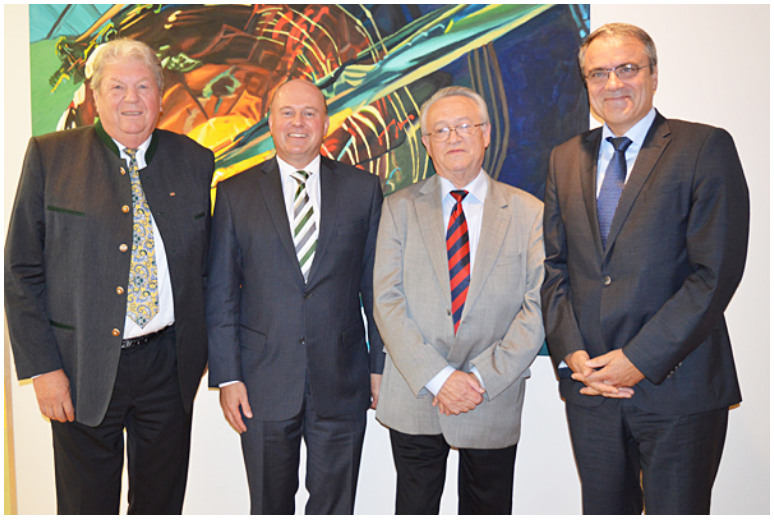
## 5.29. Grußbotschaft zur Einweihung der deutsch-polnischen Schule durch “Pro Liberis Silesiae” in Oppeln

Seine mittlerweile dritte deutsch-polnische Schule hat der schlesische Trägerverein „Pro Liberis Silesiae“ im Oppelner Stadtteil Malino eröffnet. Anlässlich der Eröffnung der deutsch-polnischen Schule habe ich dem Trägerverein “Pro Liberis Silesiae” eine Grußbotschaft übermittelt und erklärt darin: *“Ich kann den Verein „Pro Liberis Silesiae“ nur beglückwünschen, wenn er nach den Schulen in Raschau und Goslawitz nunmehr in Oppeln-Malino eine dritte Schule in eigener Trägerschaft eröffnen kann, Das ist gelebte Bürgerverantwortung, ein wichtiges Grundprinzip der Demokratie, das auch in der Minderheitenpolitik Geltung besitzen sollte.”*

## 5.30. Arbeitsgespräch mit der Landsmannschaft der Donauschwaben e.V.

In Berlin habe ich die Verbandsspitze der Landsmannschaft der Donauschwaben e.V. zu einem ausführlichen Meinungs- und Informationsaustausch empfangen. Seitens der Landsmannschaft haben deren Bundesvorsitzender und baden-

württembergischer Landesvorsitzender, Hans Supritz, sowie der stellvertretende Bundesvorsitzende und bayerische Landesvorsitzende, Hermann Schuster, an dem Arbeitsgespräch teilgenommen.



*v.l.n.r.: Hermann Schuster, Hartmut Koschyk MdB, Hans Supritz und Dr. Thomas Herzog*

Quelle: BMI

Die Landsmannschaft der Donauschwaben wurde Mitte der 50er Jahre gegründet und versteht sich als Bindeglied zwischen den weltweit zerstreuten Donauschwaben.

Im Mittelpunkt des Gesprächs stand die Situation der deutschen Minderheit in Serbien und in Kroatien. In Serbien wird die Zahl der deutschen Minderheit auf ca. 4.000 Personen, in Kroatien auf ca. 3.000 Personen, geschätzt. Die Hilfen des Bundesministeriums des Innern erstrecken sich auf humanitäre Leistungen sowie bedarfsorientierte Förderungen, u.a. für die Begegnungsstätte der deutschen Gemeinschaft St. Gerhard in Sombor und für Vereinigungen der deutschen Minderheit in Vukovar und Osijek in Kroatien.

Gerade die Begegnungsstätte in Sombor wurde von beiden Seiten als unverzichtbare Einrichtung für gemeinschaftsfördernde Maßnahmen, wie Veranstaltungen und Fortbildungen der deutschen Minderheit hervorgehoben.

In diesem Zusammenhang berichtete der bayerische Landesvorsitzende Hermann Schuster über das erfolgreiche Symposium, das der Landesverband Bayern der Donauschwaben gemeinsam mit der Hanns-Seidel-Stiftung in Sombor organisiert hat. An dem kommunalpolitischen Symposium nahmen neben hohen serbischen Regierungsvertretern auch Vertreter aus allen 45 Gemeinden der Vojvodina teil, um die kommunalen Strukturen Deutschlands mit den vorhandenen Verhältnissen vor Ort zu vergleichen.

Weiterhin trugen die Vertreter der Landsmannschaft der Donauschwaben die Bedeutung des serbischen Restitutionsgesetzes vom 15.12.2011 für die deutsche Minderheit in Serbien, aber auch für die vertriebenen Donauschwaben vor. Diesbezüglich und auch für anderen Fragen äußerten sie Ihr Anliegen, sich auch mit Vertretern des Auswärtigen Amtes zu besprechen. Ich sicherte meine Unterstützung für die Vereinbarung eines Gesprächstermins mit dem Auswärtigen Amt zu.

Weiterhin wurde im Gespräch beiderseitig die Förderung von Jugendverbandsstrukturen der deutschen Minderheit in Serbien und Kroatien betont. Ich vereinbarte mit den Vertretern der Landsmannschaft dazu, dass diese gemeinsam mit der deutschen Minderheit in Serbien und Kroatien entsprechende Projektvorschläge erarbeitet.

Zum Abschluss des Gesprächs bekräftigte ich meine Unterstützung für die deutsche Minderheit in Serbien und Kroatien. Bei nächster Gelegenheit beabsichtige ich die deutschen Minderheiten in Serbien und Kroatien zu besuchen und auch mit den Regierungen beider Länder das Gespräch zu suchen.

## 5.31. Roma-Hilfsprojekt der Benediktiner-Abtei Maria Laach in der Slowakei

Bei meinem Besuch der Benediktiner-Abtei Maria Laach habe ich den Einsatz der Ordensgemeinschaft für ein ebenso umfassendes wie nachhaltiges Roma-Hilfsprojekt in der Slowakei gewürdigt.

Vom Präsidenten des Zentralrats der Sinti und Roma, Romani Rose, bin ich auf dieses beispielgebende Projekt aufmerksam gemacht worden. In der Benediktiner-Abtei Maria Laach wurde ich von den Initiatoren der Ordensgemeinschaft über die bislang erfolgten Maßnahmen im Roma-Lager Habeš in Sečovce in der Ost-Slowakei informiert.

*Der langjährige Abt der Benediktiner-Abtei Maria Laach, Benedikt Müntnich, gemeinsam mit Benediktinerbruder Lukas Ruegenberg*

Quelle: BMI

Durch Hilfstransporte in die Ukraine wurde der von dem Maria Laacher Benediktiner-Bruder Lukas Ruegenberg mit ins Leben gerufene gemeinnützige Verein "Kellerladen" aus Köln auf die menschenunwürdigen Verhältnisse in dem Roma-Lager Habeš in der Slowakei aufmerksam.

Der einen Hilfstransport in die Ukraine begleitende langjährige Abt Benedikt von Maria Laach äußerte angesichts des Elends im slowakischen Roma-Lager spontan die Idee, dieses auch einmal mit einem Hilfstransport zu bedenken. Diese Begebenheit war der Beginn von im Jahr 2004 startenden umfangreichen Maßnahmen des Freundeskreises "Kellerladen" und der Benediktiner-Abtei Maria Laach zugunsten der Roma in Sečovce.

Der Bau von Brunnen für eine eigene Wasserversorgung in der Roma-Siedlung, die Schaffung eines Kommunikationszentrums für die Tätigkeit von Sozialarbeitern und eine Küche zur täglichen Speisung von ca. 180 Kindern unter 6 Jahren, die Errichtung einer inzwischen sehr gut angenommenen Kapelle, die der begnadete Künstler Frater

Lukas gänzlich selbst ausmalte und zuletzt die Realisierung einer Schreiner-Ausbildungswerkstatt bilden die Ecksteine der gelebten christlichen Nächstenliebe aus Deutschland für die Roma-Siedlung Habes in Sečovce.

Auch der Bürgermeister der slowakischen Kleinstadt ist inzwischen sehr aktiv, um die Lebenssituation seiner Roma-Mitbürger schrittweise zu verbessern und ist natürlich für die umfangreiche und nachhaltige Hilfe aus Deutschland sehr dankbar. Beeindruckt von diesem Hilfsprojekt dankte ich Bruder Lukas und dem langjährigen Abt Benedikt sehr für ihren persönlichen Einsatz. So hatte Abt Benedikt persönlich alte Eisenöfen in der Eifel gesammelt und sie in die Slowakei gebracht, um die Wohnstätten der Roma im Winter auch beheizen zu können.

Das Roma-Hilfsprojekt Habeš in Sečovce ist beispielhaft und ich sicherte den beiden engagierten Benediktinern zu, dieses Roma-Hilfsprojekt in der Ost-Slowakei auch persönlich zu unterstützen.

## 5.32. Gespräch mit dem Demokratischen Forum der Deutschen in Rumänien, Hermannstadt und Eröffnung der Fachveranstaltung „Europa und die Deutschen Minderheiten“

Im Rahmen meiner Reise nach Rumänien im September bin ich am 18. September 2014 unmittelbar nach meiner Ankunft in Rumänien mit dem Vorsitzenden, Dr. Jürgen Porr, und weiteren Vorstandsmitgliedern des Demokratischen Forums der Deutschen in Rumänien (DFDR) zu einem Meinungs- und Informationsaustausch im Forumshaus, Hermannstadt, zusammengetroffen.

An dem Auftaktgespräch hat auch der Präsident des Hessischen Landtages, Norbert Kartmann, teilgenommen und ich wurde von der deutschen Konsulin in Hermannstadt, Judith Urban begleitet.

Im Vordergrund des Gesprächs standen die Anliegen der Deutschen Minderheit in Rumänien, insbesondere die Fördermöglichkeiten aus Deutschland und die Zusammenarbeit mit der rumänischen Regierung. Mit dem kürzlich erfolgten Besuch von Alois Karl MdB, Hauptberichterstatter im Haushaltsausschuss des deutschen Bundestages für das Auswärtige Amt, und meinem Amtsvorgänger Dr. Christoph Bergner MdB in Siebenbürgen und im Banat, wurde die Bedeutung des Schulwesens der Deutschen Minderheit und dessen Unterstützung durch die Bundesregierung erneut deutlich gemacht.

*v.l.n.r: Martin Bottesch, Vorsitzender des Forums der Siebenbürgen Sachsen, Maria Therese Müller, BMI, Ovidiu Ganț MdP, DFDR, Benjamin Józsa, Geschäftsführer DFDR, Konsulin Judith Urban, Konsulat Hermannstadt, Norbert Kartmann, Präsident des Hessischen Landtages, BA Hartmut Koschyk MdB, Dr. Jürgen Porr, Vorsitzender DFDR*

Quelle: BMI

Ein Hauptanliegen der deutschen Minderheit liegt in der Verbesserung der organisatorischen, inhaltlichen und personellen Ausstattung der deutschen Schulen. Bedingt durch Lehrkräftemangel, räumliche Engpässe und fehlende organisatorische Kapazität sei die wachsende Nachfrage kaum noch zu bewältigen.

Wir waren uns einig, das deutschsprachige Schulwesen nicht nur für die deutsche Minderheit, sondern auch für die übrige Bevölkerung Rumäniens dauerhaft zu erhalten. Ich sicherte meine Unterstützung zu, zeitnah mit Vertretern des Auswärtigen Amtes und mit Vertretern der rumänischen Regierung die Umsetzung der Ergebnisse der deutsch-rumänischen Regierungskommission vom April 2014 zu besprechen.

Anlässlich des 25-Jährigen Jubiläums des DFDR und 70 Jahre Deportation in 2015 sicherte ich meine volle Unterstützung für die geplante Gedenkveranstaltung im Jahr 2015 zu.

Am Folgetag habe ich an der Fachveranstaltung „Europa und die deutschen Minderheiten“, veranstaltet von der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) und dem Demokratischen Forum der Deutschen in Rumänien (DFDR) teilgenommen.

„Europa und die deutschen Minderheiten“ lautete der Titel der Konferenz, die vom Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) in Bukarest und dem Demokratischen Forum der Deutschen in Rumänien (DFDR) am 19. September 2014 in Hermannstadt veranstaltet wurde.

Die Konferenz wurde von Sven-Joachim Irmer, dem Leiter des Auslandsbüros der KAS in Bukarest, und Dr. Paul-Jürgen Porr, dem DFDR-Vorsitzenden, eröffnet.

Nach meinem Impulsvortrag beleuchtete ich gemeinsam mit Dr. Bernd Fabritius MdB, dem hessischen Landtagspräsident Norbert Kartmann und Ovidiu Ganţ MdP in einer Podiumsdiskussion das Thema.

## 5.33. Empfang bei Klaus Johannis im Rathaus Hermannstadt

Klaus Johannis, seinerzeit noch Oberbürgermeister von Hermannstadt hat mich im Rahmen meines Antrittsbesuchs in meiner Funktion als Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten im Rathaus Herrmannstadt zu einem Meinungs- und Informationsaustausch empfangen.

Mit Klaus Johannis bin ich seit langem durch das Demokratische Forum der Deutschen in Rumänien (DFDR), in dem sich die Gemeinschaften rumänischer Bürger deutscher Ethnie im politischen Leben Rumäniens zusammenfinden, verbunden.

Klaus Johannis wurde im Jahr 2000 vom DFDR als Kandidat für die Bürgermeisterwahl in Hermannstadt aufgestellt. Obwohl die deutsche Bevölkerung in Hermannstadt nur noch eine Minderheit von weniger als 2 Prozent ausmachte, wurde Johannis gewählt und damit der erste deutschstämmige Bürgermeister einer rumänischen Großstadt.

*v.l.n.r.: Maria Therese Müller, BMI, Bundesbeauftragter Hartmut Koschyk MdB, Klaus Johannis, Oberbürgermeister von Hermannstadt Konsulin, Konsulin Judith Urban, Konsulat Hermannstadt, und Ovidiu Ganț MdP, DFDR*

Quelle: BMI

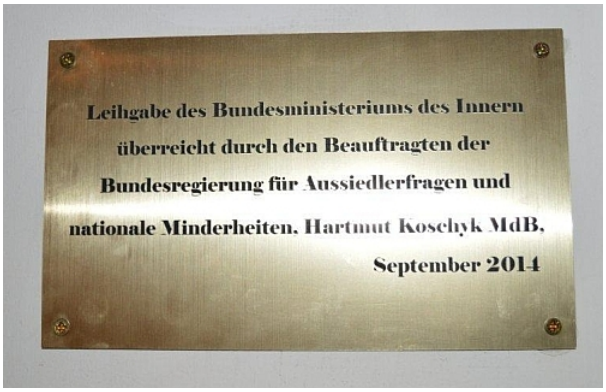
Ich schätze und würdige das große Engagement und die Arbeit des Oberbürgermeisters, welche für die rumänische Bevölkerung, die Deutsche Minderheit in Rumänien und die grenzüberschreitende Deutsch-Rumänische Zusammenarbeit von unschätzbarem Wert ist. Mein Anliegen als Bundesbeauftragter ist es, den gegenseitigen Mehrwert und das Zusammenleben grenzüberschreitend und herkunftsunabhängig zu stärken. Ich dankte Johannis für seinen Beitrag dazu.

Wir sicherten uns weiterhin gegenseitige Unterstützung zu. Ein Wiedersehen ist zum 25-Jährigen Jubiläum des DFDR und des Gedenkens an 70 Jahre Deportation in 2015 geplant.

## 5.34. Besuch des Carl-Wolff-Altenheims in Hermannstadt

Im Rahmen meiner Rumänienreise im September 2014 wurde ich auch von der Leiterin Ortrun Rhein und dem Hauptanwalt der evangelischen Kirche Rumäniens A.B., Friedrich Gunesch im Carl-Wolff-Altenheim in Hermannstadt zu einem Meinungs- und Informationsaustausch begrüßt.

Im Rahmen meines Besuchs konnte ich ein Großgemälde des Künstlers Stephan Orth (1945 in Ungarn geboren), bekannt durch seine Hermannstadt-Grafiken und Ehrenbürger Hermannstadts, an das Carl-Wolff-Altenheim als Leihgabe des Bundesministeriums des Innern übergeben. Das Gemälde symbolisiert eindrucksvoll die Deutsch-Rumänischen Beziehungen als Brücke der Freundschaft und Verbundenheit.




Quelle: BMI

Nach einer Führung durch das Altenheim und das angeschlossene Hospiz hatte ich Gelegenheit zu einem ausführlichen Gespräch.

Ich wurde bei meinem Besuch von Bernd Fabritius MdB, Ovidiu Ganț MdP, Norbert Kartmann, Präsident des Hessischen Landtages, Werner Hans Lauk, Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Rumänien, Konsulin Judith Urban, Konsulat Hermannstadt, sowie der im BMI für die Förderung der Einrichtung zuständigen Referatsleiterin Maria Therese Müller begleitet.

*Gruppenaufnahme bei der Enthüllung des Großgemäldes*

Quelle: BMI

Ein besonderes Anliegen der Leiterin Ortrun Rhein sowie des Hauptanwaltes der evangelischen Kirche Rumänien A.B., Friedrich Gunesch, ist die Umwidmung des 2001 umgebauten Flügels für die Friedrich-Müller Schule zu einem Kinderhospiz. Seit geraumer Zeit hat die Schule für Alten- und Heilerziehungspflege, deren Finanzierung über verschiedene staatliche Institutionen erfolgt ist, ihre zweckentsprechende Tätigkeit aufgegeben und steht leer. Favorisiert wird deshalb die Umwidmung in ein Kinderhospiz und damit die Umsetzung eines Drei-Generationen-Konzeptes, bestehend aus Altenheim, Erwachsenenhospiz und Kinderhospiz.

*Bundesbeauftragter Hartmut Koschyk gemeinsam mit Ortrun Rhein und Bernd Fabritius MdB*

Quelle: BMI

Mit Freude konnte ich mitteilen, dass das Bundesministerium des Innern, im Einvernehmen mit den weiteren beteiligten Stellen, die administrativen Voraussetzungen eingeleitet hat, damit in der Schule die erforderlichen Maßnahmen für das geplante Kinderhospiz erfolgen können.

Zusammenfassend waren wir alle tief beeindruckt von der Ruhe, Harmonie und Freude, die das Haus ausstrahlt. Ich dankte der Leiterin und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiterin im Namen aller für das große Engagement und die herzliche Gastfreundschaft, mit der sie mich und meine Delegation im Haus empfangen haben.

## 5.35. 24. Sachsentreffen unter dem Motto „Wir sind hier“ in Mühlbach

In Mühlbach/ Siebenbürgen fand am 20. September 2014 das 24. Sachsentreffen statt. Es stand unter dem Motto „Wir sind hier“, das ein Stück Selbstbehauptung vermittelt.

Die Niederlassung der Siebenbürger Sachsen, der ältesten deutschen Siedler auf dem Territorium des heutigen Rumäniens erfolgte im 12. Jahrhundert im Zuge der deutschen Ostkolonisation. Die Banater Schwaben kamen hingegen im 18. Jahrhundert im Zuge einer großangelegten Kolonisierungsaktion, nachdem das sogenannte Banat nach mehr als hundertfünfzigjähriger Türkenherrschaft im Jahre 1716 in eine Provinz des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation umgewandelt worden war. Gleichfalls im 18. Jahrhundert wurden im Nordwesten Rumäniens die sogenannten Sathma-

rer Schwaben von ungarischen Grundherren angesiedelt. Die Oberwischauer Zipser siedelten sich hingegen Ende des 17. Jahrhunderts in Rumänien an.

*Gruppenaufnahme in Mühlbach, v.l.n.r.: Lauk, Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Rumänien, Bundesbeauftragter Koschyk MdB, Bischof Guib, Kartmann, Präsident hessischer Landtag, Ganț MdP, Fabritius MdB*

Quelle: BMI

In meinem Grußwort betonte ich, dass die Siebenbürger Sachsen allen Grund dazu haben, optimistisch in die Zukunft zu blicken. *„Dies zeigt auch die Nominierung des derzeitigen Hermannstädter Bürgermeisters Klaus Johannis, als Kandidat für die im November 2014 anstehenden Präsidentenwahlen. Diese Ernennung zeigt, dass die Mehrheitsnation, die Rumänen, den Siebenbürger Sachsen vertraut. Welche politischen Talente die Siebenbürger Sachsen hervorzubringen imstande sind, belegt die Tatsache, dass im Herbst letzten Jahres der Präsident der weltweiten Föderation der Siebenbürger Sachsen und Bundesvorsitzende des Verbandes der Siebenbürger Sachsen in Deutschland, Dr. Bernd Fabritius, in den Deutschen Bundestag gewählt worden ist.“*

## 5.36. Politischer Austausch mit hochrangigen Vertretern der Stadt Temeswar

Im Rahmen meines Besuchs in Temeswar, Rumänien, habe ich auch den Bürgermeister der Stadt Temeswar, Nicolae Robu, seinen Stellvertreter Dan Diaconu sowie den Präfekten Eugen Dogariu und den Kreisratspräsidenten Titu Bojin getroffen.

Anlass des Gesprächs war ein Austausch zur Minderheitenpolitik, der Deutsch-Rumänischen Beziehungen und die wichtige Rolle, die das Konsulat Temeswar dafür einnimmt. Konsul Maruhn hat mich zu den Gesprächen begleitet.

*Bundesbeauftragter Hartmut Koschyk MdB gemeinsam dem mit dem Bürgermeister der Stadt Temeswar, Nicolae Robu*

Quelle: BMI

Rückblickend wurden die guten Ergebnisse der Deutsch-Rumänischen Regierungskommission dieses Jahres sowie deren Umsetzung und aktuelle Anliegen besprochen. Die jährlich stattfindende Regierungskommission wird im nächsten Jahr in Rumänien stattfinden. Beide Seiten sicherten sich weiterhin gegenseitige Unterstützung zu.

*Bundesbeauftragter Koschyk gemeinsam mit dem Präfekten Eugen Dogariu und dem Kreisratspräsidenten Titu Bojin*

Quelle: BMI

Weitere wichtige Themen waren das kulturelle Leben, das rumänische Schulsystem sowie die Beziehung und Situation von deutschen Unternehmen in der Stadt Temeswar. Ein intensiver Austausch und eine Bekräftigung bekam der deutschsprachige Wirtschaftsclub Banat, der sich für die duale Berufsausbildung einsetzt. Im Anschluss an das Gespräch nahm ich gemeinsam mit dem Präfekten Eugen Dogariu und dem Kreisratspräsidenten Titu Bojin an einem Pressegespräch teil.

## 5.37. Besuch der Wallfahrtskirche Maria Radna

Im Rahmen meines Rumänienbesuchs hatte ich auch Gelegenheit gemeinsam mit Ovidiu Ganț MdP und Werner Hans Lauk, Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Rumänien, die Wallfahrtskirche und das Kloster Maria Radna zu besuchen.

*Gruppenbild vor Maria Radna, v.l.n.r.: Werner Hans Lauk, dt. Botschafter in Rumänien, Pfarrer Andreas Reinholz, Hartmut Koschyk MdB und Ovidiu Ganț MdP*

Quelle: BMI

Pfarrer Reinholz empfing uns herzlich und führte uns zunächst durch die barocken Kirchenräume, denen 1992 Papst Johannes Paul II die Würde einer päpstlichen Basilika verlieh.

1767 wurde die barocke Kirche eingeweiht. Im Rahmen des Projekts, das vorrangig durch Fördermittel der Europäischen Union finanziert wird, werden die Außenfassade sowie der Ausbau des Klosters umfangreich restauriert. Die Renovierungsarbeiten an den Kirchtürmen sind beinahe abgeschlossen, die Gesamtfertigstellung und Einweihung ist für August 2015 geplant, die Eröffnungszeremonie ist für den 2. August geplant.

Mit der Renovierung wird eine Verdopplung der Besucherzahlen von 25.200 auf 50.000 pro Jahr erwartet. In den ehemaligen Klosterräumen wird ein Museum eingerichtet, die ehemaligen Klosterzellen werden zu thematischen Räumlichkeiten umgewandelt: „Einführung in die Geschichte und Aktualität der konfessionellen Vielfalt des Banats“. Wesentliches Ziel ist dabei die Wiederherstellung und Erhaltung der barocken Atmosphäre unter Berücksichtigung der zeitgenössischen Aspekte.

## 5.38. Meinungsaustausch mit Vertretern des Regionalforums Banat, der AMG-Stiftung und der Wirtschaftsstiftung BANATIA in Temeswar

Mit den Worten “Wir sind Eins” hat mich der Leiter des Adam Müller-Guttenbrunn (AMG)-Altenheims, Helmut Weinschrott zum Informationsaustausch mit Vertretern des Regionalforums Banat, der AMG-Stiftung und der Wirtschaftsstiftung BANATIA im AMG-Haus Temeswar begrüßt.

Anliegen und Wunsch aller Beteiligten war ein offener Meinungs- und Informationsaustausch zur Zusammenarbeit, Unterstützung der Bundesregierung und aktuellen Themen für die deutschen Minderheiten in Rumänien.

Im Vordergrund des Gesprächs standen insbesondere die Fördermöglichkeiten aus Deutschland und die Zusammenarbeit mit der rumänischen Regierung. Ein Hauptanliegen der Forumsmitglieder ist die Verbesserung der organisatorischen, inhaltlichen

und personellen Ausstattung der deutschen Schulen. Bedingt durch Lehrkräftemangel, räumliche Engpässe und fehlende organisatorische Kapazitäten sei die wachsende Nachfrage kaum noch zu bewältigen. Seitens der AMG-Stiftung wurde die ähnliche Situation für Personal im Sozialen Dienst thematisiert.

Die Beteiligten waren sich einig, das deutschsprachige Schulwesen nicht nur für die deutsche Minderheit, sondern auch für die übrige Bevölkerung Rumäniens dauerhaft zu erhalten und Maßnahmen für die notwendige Personalausstattung im sozialen Dienst zu erörtern.

Ich sicherte meine Unterstützung zu, zeitnah mit Vertretern des Auswärtigen Amtes, im Bundesministerium des Innern und mit Vertretern der rumänischen Regierung die Umsetzung der Ergebnisse der deutsch-rumänischen Regierungskommission vom April 2014 zu besprechen.

*Bundesbeauftragter Koschyk und der Leiter des AMG-Altenheims, Helmut Weinschrott, Vertreter des Regionalforums Banat, der AMG-Stiftung und der Wirtschaftsstiftung BANATIA*

Quelle: BMI

Anlässlich 70 Jahre Deportation in 2015 wird das Forum ein Monument errichten, das vor dem AMG-Haus stehen wird und an die schrecklichen Ereignisse erinnern soll. Ich dankte dem Forum für diese Initiative und insbesondere auch für die erfolgreichen Initiativen im kulturellen, sprachlichen und bildungspolitischen Bereich, die es kon-

sequent weiter zu verfolgen gilt, um auch die Jugendarbeit weiter zu fördern und zu stärken.

Abgerundet wurde der Nachmittag durch einen Vortrag von Norbert Hansmann, Geschäftsführer des Banater Vereins für Internationale Kooperation “BANATIA”, der über die Projektförderung, die mit Unterstützung des Bundesministeriums des Innern durchgeführt werden, berichtete. Anschaulich wurden Sozialprojekte, die Finanzierung von Jugendforen sowie Landwirtschafts- und Wirtschaftsprojekte vorgestellt.

*Bundesbeauftragter Koschyk und der Leiter des AMG-Altenheims, Helmut Weinschrott*

Quelle: BMI

Abschließend hatte ich Gelegenheit zu einem Rundgang durch das AMG-Haus, das vom BMI unterstützt wird. Das familiär geführte Altenheim, das durch seine freundliche und offene Atmosphäre überzeugt, beherbergt u.a. eine eigene historische Ausstellung, die mit viel Liebe zum Detail eingerichtet wurde.

Ich war sehr beeindruckt von der freundlichen Atmosphäre und Harmonie des Hauses, das hilfsbedürftigen Menschen im Alter ein Zuhause gibt, und danke insbesondere dem Ehepaar Weinschrott für seine wertvolle Arbeit.

## 5.39. Empfang durch S.E. Bischof Martin Roos, Bistum Temeswar

Im Rahmen meines Besuchs in Rumänien wurde ich von S.E. Bischof Martin Roos im Bistum Temeswar zu einem Meinungs- und Informationsaustausch begrüßt.

Im Gespräch konnte ich die Wichtigkeit von Glaube und Religion als Grundwert neben Heimat und Identität für die Deutsche Minderheit in Rumänien betonen.

*v.l.n.r.: Drd. Claudiu Sergin Calin M.A., Maria Therese Müller, Peter-Dietmar Leber, BA Hartmut Koschyk MdB, Bischof Martin Roos, Konsul Rolf Maruhn, Peter Krier, Helmut Weinschrott*

Quelle: BMI

S.E. Bischof Roos, selbst Vertreter der Deutschen Minderheit in Rumänien, ist es besonders wichtig, dass seine Glaubensgemeinde, unabhängig von Herkunft und Sprache, friedvoll und gut miteinander lebt. Ich dankte Bischof Roos für diese Brückenfunktion und war sehr beeindruckt von der Mehr-Sprachigkeit des Bistums. Im Bistum Temeswar werden acht Sprachen gesprochen.

So ist z.B. auch der mehrsprachige Gottesdienst symbolisch für eine gut funktionierende gegenseitige und länderübergreifende Verständigung. Neben dem persönlichen Austausch mit S.E. Bischof Roos hatte ich auch Gelegenheit den Sonntagsgottesdienst

im Dom zu Temeswar zu feiern, die Domgruft sowie das Diözesanmuseum zu besichtigen.

## 5.40. Diskussionsabend zur Minderheitenpolitik mit Medien- und Wirtschaftsvertretern in Temeswar

Auf Einladung von Konsul Rolf Maruhn, Deutsches Konsulat Temeswar, traf ich mit Medien- und Wirtschaftsvertretern zu einem Informationsaustausch in Temeswar zusammen.

Die Deutsche Sendung vom Funk Forum, Radio Rumänien Temeswar, die Banater Zeitung und die Allgemeine Deutsche Zeitung waren anwesend, um von meiner Arbeit und den Grundsätzen meiner Minderheitenarbeit zu berichten. Der Abend war geprägt von einer offenen Diskussion über meine Ziele und Schwerpunkte der Minderheitenpolitik Deutschlands und Rumäniens.

*Bundesbeauftragter Koschyk mit Vertretern der Presse, des Deutschen Wirtschaftsclubs Banat, Konsul Maruhn und Vertretern der Landsmannschaft der Banater Schwaben und des Hilfswerks der Banater Schwaben*

Quelle: BMI

Neben den Medienvertretern waren auch Vertreter des Wirtschaftsclubs anwesend. Besonders erfolgreich ist die Einführung des Dualen Systems für die Ausbildung in den Betrieben der Unternehmen des Wirtschaftsclubs gestartet, mit dem die Ausbil-

dungssituation von motivierten Schulabgängern in Rumänien gestärkt und mit Perspektiven für das Berufsleben eröffnet wird.

## 5.41. Besuch der Sozialstation in Billed

Im Rahmen meiner Reise ins Banat im September 2014 besuchte ich auch die Sozialstadion in Billed, die im Jahr 1994 vom Hilfswerk der Banater Schwaben zur Unterstützung hilfsbedürftiger, notleidender Deutscher im rumänischen Banat gegründet wurde.

Die Sozialstation gehört zur Stiftung Adam Müller-Guttenbrunn Temeswar und wird vom Bundesministerium des Innern unterstützt.

*Gruppenaufnahme im Garten der Sozialstation Billed*

Quelle: BMI

In der Sozialstation werden 20 Personen in ambulanter Pflege betreut, sie bekommen täglich ein warmes Essen. Den Personen, die ihr Essen nicht mehr selbst abholen können, wird die Mahlzeit mit “Essen auf Rädern” nach Hause geliefert. Die Sozialstation Billed wird von Frau Roswitha Csonti koordiniert. Bei meinem Besuch wurde ich von Konsul Rolf Maruhn, Konsulat Temeswar, Peter-Dietmar Leber, Bundesgeschäftsfüh-

rer der Landsmannschaft der Banater Schwaben, Peter Krier, Vorsitzender des Hilfswerks der Banater Schwaben und der für die BMI-Förderung zuständigen Referatsleiterin Maria Therese Müller begleitet.

Vor Ort konnte ich mich von der gepflegten und mit viel Engagement geführten Sozialstation überzeugen. Es bestand Gelegenheit zu einem intensiven Meinungs- und Informationsaustausch.

## 5.42. Besuch des Deutschen Kulturzentrums, des "Nikolaus Lenau"-Lyzeums, des Lenau-Museums, des Revolutionsmuseums und Besuch einer Aufführung im Staatstheater Temeswar

Im Rahmen meiner Reise in das Banat hatte ich auch Gelegenheit für Besuche im Deutschen Kulturzentrum, im Nikolaus-Lenau Gymnasium, im Lenau-Museum, im Revolutionsmuseum und konnte auch eine Aufführung im Staatstheater Temeswar besuchen.

Im Deutschen Kulturzentrum berichtete mir die Leiterin Alina Baciu von der Arbeit, den Zielen und der Motivation des deutschen Kulturzentrums Temeswar, das erfolgreich für Sprachkurse bis C1 vom Goethe Institut akkreditiert ist.

Das Kulturzentrum hat jährlich ca. 1.100 Kursteilnehmer und kann ein großes Interesse an der deutschen Sprache und deutschen Kultur in Temeswar verzeichnen. Im Kulturzentrum findet sich weiterhin eine Bibliothek mit aktuellen Angeboten, die auch über die Universität Temeswar angeboten werden. Weiterhin werden kulturelle Veranstaltungen mit Film, Konzert und Ausstellungen organisiert. Neben Erwachsenenbildung bietet das Kulturzentrum auch Kinderworkshops und Theaterausbildungen an und verfügt über eine Kinderbibliothek.

*Im Deutschen Kulturzentrum: v.l.n.r: Konsul Rolf Maruhn, Alina Baciu, Bianca Barbu und Bundesbeauftragter Hartmut Koschyk MdB*

Quelle: BMI

Im Nikolaus Lenau Lyzeum habe ich die Direktorin Helene Wolf zu einem Meinungs- und Informationsaustausch getroffen. Insbesondere der deutschsprachige Unterricht in Rumänien ist mir eine Herzensangelegenheit.

*Bundesbeauftragter Koschyk im Gespräch mit Direktorin Helene Wolf*

Quelle: BMI

Die Lenauschule, mit offiziellem Namen “Nikolaus Lenau”-Lyzeum, bzw. rumänisch: Liceul Teoretic “Nikolaus Lenau”, ist eine deutschsprachige Schule in Temeswar (rumänisch Timişoara), Rumänien. Neben den Lyzealklassen in den Fachrichtungen Mathematik-Informatik, Naturwissenschaften und Fremdsprachen, die zum rumänischen Bakkalaureat führen, existiert an der Schule auch die sogenannte Spezialabteilung, die von der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen (ZfA) Köln betreut wird.

Die Schüler, die die Spezialabteilung besuchen, können neben dem rumänischen Bakkalaureat auch das deutsche Abitur erwerben. Seit dem zweiten Weltkrieg ist die Lenauschule die größte und bedeutendste deutschsprachige Bildungseinrichtung des Banats und gleichzeitig ein kulturelles Zentrum der Banater Schwaben.

Das deutschsprachige Schulwesen ist nicht nur für die deutsche Minderheit sondern auch für die übrige Bevölkerung Rumäniens von zentraler Bedeutung. Ich sicherte dafür meine fortlaufende Unterstützung zu.

In diesem Zusammenhang habe ich das Lenau- und Heimatmuseum besucht. Neben der volkskundlichen Ausstellung über das Leben der Banater Schwaben zeigt das Museum das Leben von Nikolau Lenau, der 1802 in Lenauheim geboren wurde und als einer der bedeutendsten Lyriker Österreichs gilt.

*Bundesbeauftragter Koschyk bei seinem Eintrag in das Gästebuch des Museums*

Quelle: BMI

Das Museum befindet sich im Geburtshaus von Nikolaus Lenau und wurde 2002 restauriert und erweitert. Ich war begeistert, mit wie viel Liebe zum Detail in acht Räumen gezeigt wird, wie die Banater Schwaben hier gelebt haben, und welchen intensiven Einblick die Besucher in das Leben von Nikolaus Lenau erhalten.

Nach dem Besuch des Museums hatte ich Gelegenheit, mich bei einem Rundgang durch den Ort mit dem Bürgermeister, Herrn Ilie Suciu, auszutauschen, die Kirche des Ortes und den Friedhof von Lenauheim zu besuchen. Besonders erfreut bin ich über das Engagement der Heimatortsgemeinschaft Lenauheim, die für die Pflege der Soldatengräber aufkommt.

Im Revolutionsmuseum, auch Memorialul Revoluției din Timișoara (deutsch: Gedenkstätte der Revolution in Timișoara) genannt, wurde ich von dem Museumsleiter Traian Orban empfangen.

*Peter-Dietmar Leber (Landsmannschaft Banater Schwaben), Museumsmitarbeiterin, Maria Therese Müller (BMI), Prof. Karl Singer (DFDB), BA Koschyk MdB, Traian Orban (Leiter der Stiftung), Konsul Maruhn vor dem Berliner Mauer Segment*

Quelle: BMI

Das Museum beinhaltet eine Stiftung, die am 26. April 1990 gegründet wurde. Ziel der Stiftung ist die Erforschung und Aufklärung der Ereignisse der Revolution vom Dezember 1989, die letztendlich zum Sturz des Ceausescu-Regimes in Rumänien geführt haben, sowie das Andenken an die Opfer der Revolution zu bewahren.

Ausgestellt sind Fotos, Uniformen, Dokumente aus der 89er Revolution. Ein Film mit Originalaufnahmen von der Revolution dokumentiert sehr eindringlich die dramatischsten Stunden dieser Stadt. Museumsleiter Traian Orban, der die Geschehnisse selbst erlebt hat, empfing mich und meine Delegation herzlich.

Seit dem 20. Dezember 2012 steht vor dem Museumsgebäude ein Originalsegment der Berliner Mauer als Geschenk der Bundeshauptstadt Berlin.

Im Deutschen Staatstheater Temeswar wurde ich vom Intendanten Lucian M. Vărşăndan am Abend zur Aufführung „Niederungen“ von Herta Müller begrüßt.

Lucian M. Vărşăndan hat in die Geschichte und Philosophie des Theaters eingeführt. Das Theaterhaus beherbergt – einmalig in Europa – Sprechtheater in drei verschiedenen Sprachen: Rumänisch, Deutsch und Ungarisch sowie auch die Temeswarer Nationaloper.

Seit der Gründung im Jahr 1953 wurden über 400 Inszenierungen produziert, das Theater spielte vor ca. 2,5 Millionen Zuschauern über 10.000 Aufführungen in fast allen Ortschaften mit deutscher Bevölkerung in Rumänien sowie in der ehemaligen DDR, und nach 1989 in der Bundesrepublik Deutschland, in Österreich, Polen, Ungarn, Frankreich, Kroatien und Serbien. Das Deutsche Staatstheater Temeswar (DSTT) wurde im Laufe der Jahre zu einer bedeutenden identitätsfördernden Kultureinrichtung der Rumäniendeutschen und trug – gerade über schwierige Zeiten – maßgeblich zur Sprach- und Kulturpflege dieser Gemeinschaft bei. Auch dem Kinder- und Jugendtheater wird eine große Bedeutung beigemessen.

Vărşăndan betonte in seiner Einführung, dass das Theater als sog. „Minderheitentheater“ gegründet wurde und deshalb als „Leuchtturm“ der Deutschen Minderheit in Rumänien gesehen werde. Zum Publikum zählt jedoch heute eine weit größere Zielgruppe: viele an der deutschen Sprache interessierte, meist jungen Rumänen sowie

heranwachsende deutschsprachige Communities in mehreren Städten des Landes besuchen das Deutsche Staatstheater Temeswar.

*Aufnahme von den Schauspielerinnen und Schauspielern nach der Aufführung*

Quelle: BMI

„Niederungen“ ist eine Sammlung von Erzählungen der aus dem Banat stammenden Schriftstellerin Herta Müller, die 2009 mit dem Literatur-Nobelpreis ausgezeichnet wurde. Die erwachsene Ich-Erzählerin erinnert sich an ihre Kindheit in Nitzkydorf, an die Schule, die Sonntage in der Kirche, das Spielen und später auch an die Tanzabende und Erlebnisse in der Stadt. Sie besucht Stationen dieser Zeit und lässt die Gestalten der Vergangenheit noch einmal auferstehen.

Meine Begleiter und ich waren tief beeindruckt von der lebendig-modernen Inszenierung, mit der die Erzählungen von Herta Müller auf die Bühne gebracht wurden.

## 5.43. Parlamentarischer Abend des Deutsch-Rumänischen Forums und der Rumänischen Botschaft

Anlässlich des Parlamentarischen Abends des Deutsch-Rumänischen Forums und der Rumänischen Botschaft in Berlin habe ich unmittelbar nach meiner Reise nach Siebenbürgen und ins Banat im September den „Deutschrocker“-Star Peter Maffay getroffen.

Maffay wurde selbst in Kronstadt/Braşov im rumänischen Siebenbürgen geboren und siedelte im Alter von 13 Jahren nach Deutschland aus. Er ist auch heute noch mit seiner siebenbürgischen Heimat eng verbunden, wo er eine rumänische Niederlassung seiner bereits in Deutschland und Spanien tätigen Stiftung Tabaluga gründete. Die Stiftung Tabaluga bietet in dem von ihr erworbenen ehemaligen Pfarrgelände der Kirchenburg Radeln traumatisierten Jugendlichen Schutzräume, Zuwendung und Betreuung an.

*Peter Maffay mit BA Hartmut Koschyk MdB, Ovidiu Ganţ (Abgeordneter im Rumänischen Parlament), Rainer Arnold MdB (Vorsitzender Deutsch-Rumänische Parlamentariergruppe) und Bernd Fabritius MdB (Bundesvorsitzender des Verbandes der Siebenbürger Sachsen)*

Quelle: BMI

Thematisch war der Parlamentarische Abend dem traditionsreichen deutschen Schulwesen in Rumänien gewidmet, das auch die finsteren Jahre der Ceaușescu-Diktatur überstehen konnte und sich heute auch bei der rumänischen Mehrheitsbevölkerung und den anderen Minderheiten größter Popularität erfreut.

Dieser Erfolg stellt gleichzeitig eine große Herausforderung dar, da die vielen in Rumänien aktiven deutschen, österreichischen und schweizerischen Firmen den hervorragend qualifizierten Schulabsolventen finanziell wesentlich attraktivere Arbeitsangebote machen können als der staatliche Schuldienst. Mein Amtsvorgänger und Vorsitzender des Deutsch-Rumänischen Forums, Christoph Bergner MdB, rief die deutsche und rumänische Regierung sowie die Parlamentarier beider Länder in seiner An-

sprache dazu auf, hier im europäischen Geist eine Lösung zu finden. Eindeutige Unterstützung in diesem Anliegen erfuhr Dr. Bergner auch durch den rumänischen Bildungsminister Prof. Dr. Remus Pricopie sowie durch den Abgeordneten der deutschen Minderheit im Rumänischen Parlament, Ovidiu Ganţ.

Musikalisch umrahmt wurde der Parlamentarische Abend durch das Kinder- und Jugendensemble der Evangelischen Honterusgemeinde in Kronstadt/Braşov „Canzonetta“ unter der Leitung von Ingeborg Acker. Die Jugendlichen waren zuvor in einer zweitägigen Busreise nach Berlin gekommen. Die durch individuelle Improvisationen bereicherten Wiedergaben alter und moderner Musikstücke riefen wahre Begeisterungsstürme hervor. Eindeutiger musikalischer Höhepunkt war der gemeinsame Auftritt des „Canzonetta“-Ensembles mit ihrem siebenbürgischen Landsmann Peter Maffay. Auf dessen Aufforderung fiel das Publikum beim Lied „Über sieben Brücken musst Du gehen“ begeistert in den Refrain ein.

Auch ich war von der Lebendigkeit des Kinder- und Jugendensembles „Canzonetta“ tief beeindruckt. Deren musikalische Leistungsfähigkeit ist auch ein Beleg für die Nachhaltigkeit des deutschsprachigen Schulwesens und der Förderpolitik für die deutsche Minderheit in Rumänien. Ich unterstützte ebenfalls nachdrücklich die Bemühungen, dem sich akut verschärfenden Mangel an deutschsprachigen Lehrern in Rumänien abzuhelfen. Hierzu hatte ich während meines einwöchigen Besuches in Siebenbürgen und dem Banat Gespräche mit Vertretern der deutschen Minderheit in Rumänien, der christlichen Kirche, der Wirtschaft sowie Vertretern der dortigen regionalen Kultureinrichtungen und der Kommunalpolitik geführt.

## 5.44. Informationsaustauch mit der deutschsprachigen Gemeinschaft in Ostbelgien

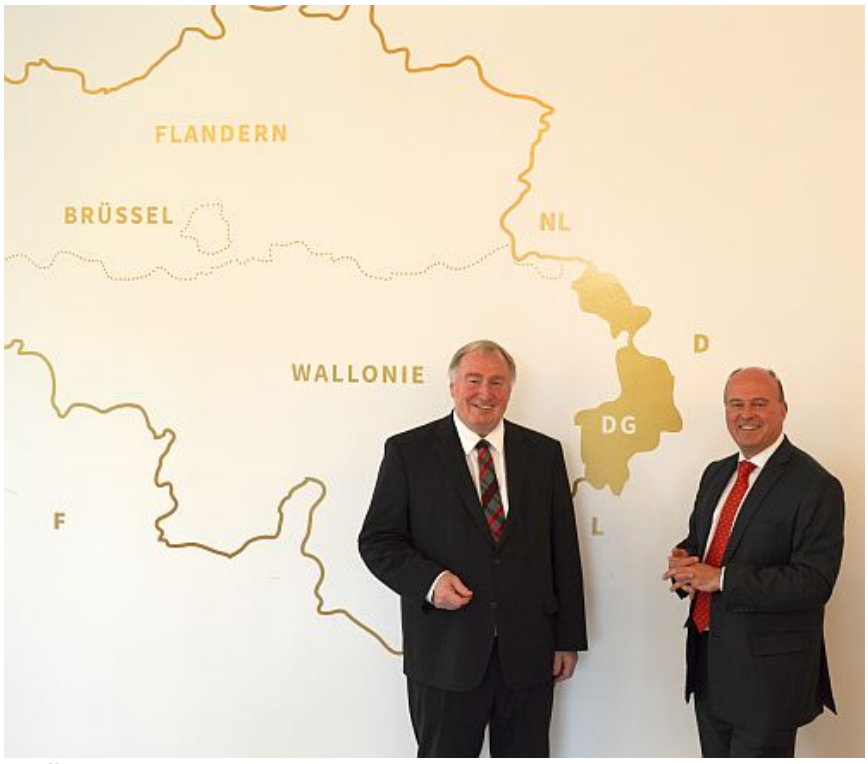
In Eupen traf ich Anfang Oktober 2014 mit den Spitzen von Parlament und Regierung zusammen, um mich über die Organisation und Belange der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Belgien auszutauschen.

Der Präsident des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft Karl-Heinz Lambertz informierte mich über die europäische Vernetzung der Volksvertretung dieses Gebietes, das knapp 77.000 Einwohner zählt. Die Deutschsprachige Gemeinschaft ist der kleinste föderale Gliedstaat Belgiens und stellt einen Vertreter im Senat, der zweiten Kammer des Königreichs. Zudem ist sie Mitglied in der Euregio Maas-Rhein sowie der Großregion SaarLorLux. Als Vertreter der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist Lambertz zudem Mitglied im Ausschuss der Regionen der Europäischen Union und führt dort die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas. Im Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarats leitet er den Ausschuss für Kultur und Bildung, weiter ist er Präsident der Arbeitsgemeinschaft europäischer Grenzregionen. Für den Parlamentspräsidenten stellt diese Intensität der Vernetzung und Zusammenarbeit ein Alleinstellungsmerkmal der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens unter den nationalen Minderheiten in Europa dar.

Ich wurde von Parlamentspräsident Lambertz im neuen Gebäude der Volksvertretung, einem erst kürzlich umgebauten ehemaligen Sanatorium, empfangen. Eine besondere Aufmerksamkeit verdient der in die leicht hügelige Landschaft eingebettete Plenarsaal, der den Abgeordneten durch eine lange Glasfront den Blick in eine grüne, parkähnliche Landschaft freigibt. Das Parlamentsgebäude soll ganz bewusst als „Haus des Bürgers“ der gesamten Bevölkerung offenstehen. Eine kleine, sehr attraktiv und ansprechend gestaltete Ausstellung führt den Besucher in die Geschichte des zwischen Deutschland und Belgien lange umstrittenen und umkämpften Gebietes ein;

die Räumlichkeiten werden auch für Veranstaltungen genutzt, so tagte hier kürzlich der „Jugendrat“ der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Das Gebäude zeugt von dem Stolz und dem gesunden Selbstbewusstsein der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Die Deutschsprachige Gemeinschaft in Belgien ist ein Teil des Gebiets, das 1920 in der Folge des Versailler Vertrages von Deutschland an Belgien abgetreten wurde, und umfasst heute die neun Gemeinden, in denen vorwiegend Deutsch gesprochen wird. Seit 1973 besteht sie in Belgien gleichberechtigt neben der Französischen Gemeinschaft und der Flämischen Gemeinschaft und hat im Zuge von insgesamt sechs Staatsreformen zwischenzeitlich bedeutende Selbstverwaltungsrechte erworben, über die mich Ministerpräsident Oliver Paasch gemeinsam mit Mitarbeiterinnen seiner Verwaltung informierte.




*Parlamentspräsident Karl-Heinz Lambertz mit Hartmut Koschyk MdB*

Quelle: BMI

Die Deutschsprachige Gemeinschaft ist zunächst für alle kulturellen Angelegenheiten zuständig, hierzu zählt die Pflege der deutschen Sprache, auch durch Förderung der Literatur. Das Kulturerbe wird u.a. durch den Unterhalt verschiedener Museen ge-

pflegt, in einem modernen Medienzentrum haben alle Bürger Zugang zu wichtigen Informationen. Der Belgische Rundfunk unterhält in Eupen ein Radio- und Fernsehzentrum mit eigener Redaktion, weiter erscheint mit dem „GrenzEcho“ eine deutschsprachige Tageszeitung. Die Deutschsprachige Gemeinschaft bezuschusst auch die Theatergruppe Agora in St. Vith, die deutsche und französische Stücke zur Aufführung bringt und einen ausgezeichneten Ruf weit über Belgien und die angrenzenden Regionen hinaus besitzt.

Zu den verfassungsmäßigen Zuständigkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft zählen auch die Gesundheits- und Sozialpolitik, wozu auch die Aufnahme und Integration von Einwanderern gehört. In weiteren wichtigen regionalen Angelegenheiten, wie dem Denkmalschutz, stehen der Deutschsprachigen Gemeinschaft die entsprechenden Kompetenzen zwar nicht qua Verfassung zu, sie wurden ihr jedoch in einem Übereinkommen von der Wallonischen Region übertragen. Angestrebt wird auch eine Übertragung der Zuständigkeit für die Raumordnung und den Wohnungsbau.

Unbestritten zum Kernbereich der Kompetenzen der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Belgien gehört das Unterrichtswesen. Kindergärten, Primar- und Sekundarschulen sind deutschsprachig, wobei in allen Einrichtungen viel Wert auf eine mehrsprachige Ausbildung der Kinder- und Jugendlichen, hierbei insbesondere auf die Vermittlung des Französischen, gelegt wird. Innerhalb von Parlament und Regierung herrscht Übereinstimmung darüber, dass die Mehrsprachigkeit einen entscheidenden Standortvorteil für das Gebiet darstellt. Besondere Aufmerksamkeit gilt ähnlich wie in Deutschland der Entwicklung der dualen Ausbildung, die ansonsten kaum in Belgien verbreitet ist. Wegen der erkennbar niedrigeren Jugendarbeitslosigkeit in der Deutschsprachigen Gemeinschaft interessiert man sich auch anderswo in Belgien immer mehr für dieses höchst erfolgreiche Ausbildungssystem.

Ministerpräsident Oliver Paasch steht als Vertreter der freien Bürgerliste „Pro DG“ (DG steht für Deutschsprachige Gemeinschaft) einer Koalition mit der Sozialistischen

Partei und der Partei für Freiheit und Fortschritt (den Liberalen) vor. In der Opposition stehen zurzeit die Christlich Soziale Partei, die zur grünen Parteienfamilie zählende „Ecolo“ und die Gruppierung „Vivant“. Langfristiges Ziel der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist es, neben den Regionen Flandern, Wallonie und Brüssel eine eigenständige Gemeinschafts-Region innerhalb des Königreichs Belgiens zu werden. Über diese Strategie, die auch unmissverständlich die Loyalität gegenüber dem belgischen Gesamtstaat einschließt, herrscht unter den Parteien weitestgehender Konsens, der 2011 auch in einem Parlamentsbeschluss formuliert worden ist. Die Deutschsprachige Gemeinschaft erfreut sich wachsender Aufmerksamkeit und Anerkennung durch die belgischen Zentralorgane in Brüssel. Insbesondere der seit gut einem Jahr regierende neue König Philippe bringt seine Wertschätzung für die Deutschsprachige Gemeinschaft immer wieder zum Ausdruck. So nahm mit ihm zum ersten Mal ein belgischer König an dem Treffen der Staatsoberhäupter deutschsprachiger Länder teil, zu dem dieses Jahr Bundespräsident Joachim Gauck in seine Heimat Mecklenburg-Vorpommern eingeladen hatte.

*Bundesbeauftragter Hartmut Koschyk MdB gemeinsam mit Ministerpräsident Oliver Paasch im Hof des Regierungsgebäudes*

Quelle: BMI

Ich dankte meinen Gastgebern für den informativen Besuch. Die Arbeit und die Erfolge der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Belgien sind ein herausragendes Beispiel

eines gelebten Föderalismus mit einer gelungenen Minderheitenpolitik, die durch drei Faktoren bestimmt ist:

1) beispielgebende Verwurzelung in den geschichtlichen und kulturellen Traditionen der Minderheit
2) zweifelsfreie Loyalität gegenüber dem belgischen Gesamtstaat, sowie
3) europäische Vernetzung im besten Sinne.

## 5.45. Im Dialog mit dem Institut für Auslandsbeziehungen

Im Bundesministerium des Innern fand Anfang Oktober 2014 im Rahmen der „ifa Medientage Web 3.0“ eine Gesprächsrunde zum Thema „Aufbruch zum Umbruch: Herausforderungen für (Minderheiten-)Medien“statt, in der die Herausforderungen deutschsprachiger Medien im Ausland und die Chancen einer zeitgemäßen Medienstrategie erörtert wurden.

Die Medientage wurden vom Stuttgarter Institut für Auslandsbeziehungen organisiert, das vielfältige Unterstützungsarbeit für die Medienstrukturen der deutschen Minderheiten in den MOE sowie GUS-Staaten leistet.

Die Unterstützung der Medienarbeit der deutschen Minderheiten ist ein für die Bundesregierung zentraler Aspekt der Minderheitenförderung. Sie hilft, aktuelle Fragen mit Minderheitenbezug weltweit grenzüberschreitend zu thematisieren, und sie ermöglicht, dass die Minderheiten im Ausland eine aktive Mittlerrolle zwischen Deutschland und ihren jeweiligen Heimatländern übernehmen können.

Ich habe dazu betont: *„Mit Blick auf die Globalisierung müssen wir die Möglichkeiten der neuen Medien weiter nutzen und ausbauen. Sie bieten die Möglichkeit, insb. auch Jugendliche zu begeistern und eine digitale Brücke über die Grenzen des jeweiligen Landes schaffen. Hier sehe ich unsere Chance, aktuell und unabhängig von Zeit und Ort zu informieren.“*

Die Angebote, etwa der deutschen Minderheiten in den Staaten des östlichen Europas, richten sich in der Regel an einen kleinen und zudem abgeschlossenen Adressatenkreis. Hier gibt es spezielle Informationsplattformen und -angebote, z. B. für die Russlanddeutschen, die Kasachstandeutschen, die Siebenbürger Sachsen, die deutsche Minderheit in Polen, somit für fast jedes Land Südost- und Osteuropas, in dem noch eine signifikante Zahl von Angehörigen der deutschen Minderheit lebt.

Unterstützt durch die Erfahrung der Medienexperten Helge Haas, Radio Bremen und Ute Schaeffler, Stellvertretende Direktorin der Deutschen Welle Akademie, Bonn, wurde das Thema „neue Medien“ mit Blick auf die jeweiligen Zielgruppen und den Vernetzungsbedarf der deutschen Minderheiten in Osteuropa beleuchtet. Insbesondere wurden die Entwicklung neuer Medienformen und die Bedeutung „traditioneller“ Informationsquellen diskutiert.

Die Gesprächsteilnehmer betonten einhellig, dass sich die Mediennutzung im Umbruch befindet. Vorrangig wurde auf die Veränderung, wie wir an Informationen gelangen, Informationen verarbeiten, und wie wir miteinander kommunizieren, eingegangen. Auch wenn traditionelle Zeitungen und Zeitschriften nach wie vor große Bedeutung haben, stehen bei jüngeren Menschen das Internet und digitale Medienangebote oftmals weit höher im Kurs.

Die Gesprächsteilnehmer beschlossen, zeitnah ihre Kommunikationskanäle zu analysieren und notwendige Verlagerungen in den Online-Bereich vorzunehmen.

Urban Beckmann vom ifa sagte zu, dass das ifa mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes auch weiterhin die Journalisten der Deutschen Minderheitenvertreter crossmedial mit Fokus auf Web 3.0 fortbildet, die Fortsetzung des Dialogs zur Zukunft der deutschsprachigen Medien zwischen Politik, Verlegern, Journalisten moderiert und grenzüberschreitende Medienprojekte weiter entwickelt.

Die Vernetzung der digitalen Medienangebote und -plattformen soll zeitnah vorgenommen und in eine übergreifende Medienstrategie einfließen.

## 5.46. Landesversammlung der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien in Prag

Der jährliche Höhepunkt des gemeinsamen Veranstaltungskalenders der Verbände der Deutschen in Tschechien ist die Großveranstaltung der Landesversammlung im Oktober. Mittlerweile ist es auch schon gute Tradition, dass der kulturellen Vorstellung der Regionen eine Konferenz zur aktuellen Lage der Minderheit vorangeht. In diesem Jahr fand diese wichtige Tagung am 10. Oktober im großen Tagungssaal des tschechischen Außenministeriums statt.

In seiner Begrüßungsansprache würdigte Martin Dzingel, Präsident der Landesversammlung der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien, die Bemühungen der Minderheit um eine gute Kulturarbeit und die Vermittlung der deutschen Sprache auch in finanziell angespannten Zeiten.

*Martin Dzingel, Hartmut Koschyk MdB sowie der deutsche Botschafter Botschafters Dr. Arndt Freiherr Freytag von Loringhoven und der österreichische Botschafter Dr. Ferdinand Trauttmansdorff*

Quelle: BMI

Milan Pospíšil, Generalsekretär für nationale Minderheiten der tschechischen Regierung, betonte das Interesse der tschechischen Regierung an einer guten Zusammenar-

beit mit der Minderheit und ging in der späteren Diskussion auch mit praktischen Ratschlägen auf aktuelle Probleme der Minderheit, wie etwa die mehrsprachige Ortsbeschilderung, ein.

Ich war besonders erfreut über die Jugendarbeit der Begegnungszentren, die sich nicht nur an die Deutschen in Tschechien richtet, sondern allen Interessierten offen steht. Man darf sich nicht nur auf die historische Minderheit in Tschechien konzentrieren, sondern muss für neue Impulse offen sein. Positiv bewertete ich auch die verstärkte Zusammenarbeit mit dem Kulturverband, die den Deutschen in Tschechien eine gemeinsame Stimme auch gegenüber der Politik gibt.

Der neue deutsche Botschafter in Prag, Arndt Freiherr Freytag von Loringhoven, nutzte die Gelegenheit, bereits so kurz nach seinem Amtsantritt die deutsche Minderheit bei ihrem Jahrestreffen näher kennenlernen zu können: *„Zusammen mit meinem österreichischen Amtskollegen Ferdinand Trauttmansdorff werde ich die gute Kooperation mit den Deutschen in Tschechien fortsetzen.“*

Trauttmansdorff pflichtete ihm in seinem Grußwort bei und erinnerte an die Verantwortung, die mit dem Recht auf das eigene Erbe einhergeht.

In einem einleitenden Vortrag gab die Ethnologin Sandra Kreisslová einen Überblick über die Geschichte der Deutschen in Tschechien nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Auswirkungen verschiedener Phasen der Vertreibung und innerstaatlicher Dislokation seien bis in die Gegenwart spürbar. Besonders der Verlust der direkten Sprachübertragung zwischen Eltern und Kindern mache das Deutsche in Tschechien heute zu einer Fremdsprache. Jüngere Generationen lernten die Muttersprache ihrer Vorfahren derzeit meist von ihren Großeltern.

Als besonderen Ehrengast konnte die Landesversammlung Ovidiu Gant vom Demokratischen Forum der Deutschen in Rumänien begrüßen. Er konnte von den Erfolgen der deutschen Minderheit in Rumänien berichten. Durch eine großzügige Minderhei-

tenpolitik der dortigen Regierung und ein gesteigertes Interesse der Mehrheitsbevölkerung an Deutschland könne in Rumänien bereits seit Jahren ein deutschmuttersprachliches Bildungssystem mit etwa 22 000 Jugendlichen betrieben werden, von denen nur etwa zehn Prozent zur Minderheit gehörten. Die gute Stellung der Deutschen sei aber auch darauf zurückzuführen, dass man früh begriffen habe, dass man Projekte nicht nur für die Minderheit machen kann, sondern die gesamte Gesellschaft mit ins Boot holen muss. Es sei in Rumänien nun ganz normal, dass deutschstämmige Politiker im Parlament sitzen und nun einer von ihnen sogar Präsidentschaftskandidat ist.

In der Gesprächsrunde zum Thema „Die öffentliche Wahrnehmung der deutschen Minderheiten in der Tschechischen Republik und im Ausland“ war sich Gant mit seinen Diskussionspartnern einig, dass ein gutes Image bei der Mehrheitsbevölkerung nur entstehen kann, wenn diese ein aktuelles Bild von der Minderheit erhält. Damit könnten Vorurteile abgebaut und Erfolge herausgestellt werden. Derzeit seien die deutsche Minderheit und ihre kulturelle Arbeit in Tschechien aber weitgehend unbekannt. Man müsse Empathie auch bei den großen Medien im Land wecken und dort die komplette Geschichte erzählen, sagte der Soziolinguist Marián Sloboda von der Karlsuniversität in Prag. Die Tschechen seien kein kleines Volk, das Angst vor Fremdeinflüssen haben müsste, sondern das einen Gewinn aus der Pluralität ziehen kann.

Karoline Gil, Leiterin des Bereichs Integration und Medien beim Institut für Auslandsbeziehungen (ifa), wies auf die Notwendigkeit einer Präsenz der Verbände im Internet hin. Man müsse die neuen Medien nutzen, um auch die Jugend zu erreichen. Durch eine moderne Form der Selbstdarstellung könne man auch bislang vielleicht übersehene Zielgruppen ansprechen und so etwa bei neu Zugezogenen, sogenannten Expats, Interesse an der Arbeit der Minderheit wecken.

Einen großen Modernisierungs-Schritt vollzieht auch die LandesZeitung. In einer ersten Präsentation konnte die Chefredakteurin Alexandra Mostýn das neue Konzept für die Print-Ausgabe vorstellen. Demnächst können sich die LZ-Leser auf ein Magazin

freuen, das der Minderheit ein noch besseres und bunteres Forum für deutsch-tschechische Themen bieten wird.

## 5.47. Internationale Konferenz „Deutsch als Minderheitensprache“ im Goethe-Institut Kiew

In Kiew fand im Oktober 2014 die Internationale Konferenz „Deutsch als Minderheitensprache“ statt. In meinem Einleitungsvortrag am 13. Oktober 2014 habe ich das Thema „Die Sprache als Seele der ethnokulturellen Identität der deutschen Minderheiten“ aufgegriffen.

Das Goethe-Institut Ukraine und der Rat der Deutschen der Ukraine haben Wissenschaftlerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Studenten, Vertreterinnen der deutschsprachigen Minderheiten, Journalisten und alle Interessenten zur Konferenz „Deutsch als Minderheitensprache“ eingeladen.

*BA Koschyk MdB mit Volodymyr Leysle (Vorsitzender des Rates der Deutschen der Ukraine), Hennadiy Druzenko (ukrainischer Regierungsbeauftragter für ethnonationale Politik), Vera Bagaliantz (Leiterin Goethe-Institut Kiew)*

Quelle: BMI

Die Tagung fand im Rahmen der „Deutschen Wochen 2014“ am Goethe-Institut Ukraine in Kiew statt. Sie widmete sich sowohl der Geschichte und der Erhaltung des Deutschen als Minderheitensprache als auch der wissenschaftlichen Erforschung, den pä-

dagogischen, rechtlichen und soziolinguistischen Aspekten sowie der Präsenz in den Medien.

Die Konferenz bot die Möglichkeit einer länderübergreifenden Diskussion und Vernetzung sowie eine Plattform für fachwissenschaftliche und sprachpolitische Debatten.

Zu Beginn der Konferenz machte ich in meinem Vortrag deutlich, welch hohen Stellenwert die Sprachförderung zu Gunsten der Deutschen Minderheiten im Gesamtförderkonzept der Bundesrepublik Deutschland einnimmt: *„Sprache ist ein zentrales Element einer individuellen ethnokulturellen Identität. Mit der Sprache erst kann man sich andere Aspekte einer Kultur überhaupt erschließen. Literatur, Lieder, Feste und Bräuche sind ohne eine ausreichende Beherrschung der Sprache nur schwer erfassbar und noch weniger bewusst mitgestaltbar.“*

Ich resümierte die bisherigen Erfolge in der Spracharbeit und lobte die gute Zusammenarbeit zwischen den staatlichen Stellen und den Selbstorganisationen der Deutschen Minderheiten im Bereich der Spracharbeit.

Angesichts der Tatsache, dass die Europäische Charta zum Schutz von Regional- und Minderheitensprachen noch nicht von allen Staaten des östlichen Europas ratifiziert ist, sind innovative Ansätze gefragt, um für „Deutsch als Minderheitensprache“ eine gesellschaftlich anerkannte Nische in den Herkunftsstaaten zu etablieren. Die Sprachарbeit im Bereich der frühkindlichen Erziehung und Jugendbildung muss konsequent ausgebaut werden und es muss zielgerichtet an neuen Konzepten zur Einbindung moderner Medien in die Spracharbeit gearbeitet werden, forderte ich weiter.

Das Programm war breitgefächert und die große Resonanz an Referenten und Teilnehmern zeigt das Interesse und eine gelungene Themenkomposition.

Die Konferenz fand auch Beachtung innerhalb des Diplomatischen Korps der ukrainischen Hauptstadt. Während des Empfangs in der Deutschen Botschaft trafen der ser-

bische Botschafter Rade Bulatović und seine Botschaftsrätin Ivanka Stamenković mit dem Präsidenten des Deutschen Volksverbandes in Serbin Rudolf Weiss und mir zusammen. Auch die Gesandte an der Dänischen Botschaft, Carina Mylin, nahm an der Konferenz teil.

*Rade Bulatović (Botschafter Serbiens in der Ukraine), Ivanka Stamenković (Botschaftsrätin Serbiens in der Ukraine), BA Hartmut Koschyk MdB, Rudolf Weiss (Präsident des Deutschen Volksverbandes in Serbien)*

Quelle: BMI

## 5.48. Minderheitenpolitik der Ukraine eröffnet neue Perspektiven

Meine Teilnahme an der internationalen Konferenz „Deutsch als Minderheitensprache“, die vom Goethe-Institut Kiew und dem Rat der Deutschen in der Ukraine in Kiew organisiert wurde nutze ich für ein erstes Treffen mit dem im Juni 2014 bestellten ukrainischen Regierungsbeauftragten für ethnonationale Politik, Gennadiy Druzenko.

Zur Sprache kamen die neuen Akzente der ukrainischen Regierung in der Minderheitenpolitik sowie die Lage der deutschen Minderheit in der Ukraine, insbesondere auf der Krim und in der Ostukraine. Druzenko betonte, dass die neue ukrainische Regierung die 128 Ethnien im Land zuallererst als eine kulturelle Bereicherung betrachte und sie in den angestrebten zivilgesellschaftlichen Dialog einbezogen haben möchte.

Dieses sei auch durch die deutsche Hilfenpolitik angestrebt, konnte ich meinem ukrainischen Gesprächspartner versichern. Hier gilt es, durch gemeinsame Anstrengungen beider Regierungen die deutsche Minderheit in der Ukraine in die Lage zu versetzen, ihre eigenen sprachlichen und kulturellen Wurzeln zu erhalten und zu pflegen sowie gleichzeitig ein wertvoller, gleichberechtigter Partner und Mitgestalter der ukrainischen Gesellschaft zu sein. Hierfür kann die Wiederbelebung der bereits vereinbarten, aber 1997 durch die damalige Regierung ausgesetzten gemeinsamen deutsch-ukrainischen Regierungskommission in Angelegenheiten der Deutschen in der Ukraine von Nutzen sein. Auch Regierungsbeauftragter Druzenko wertete die gemeinsame Regierungskommission als ein wertvolles und wichtiges Instrument der deutsch-ukrainischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Minderheitenpolitik und versprach, sich für eine baldige Wiederaufnahme der Tätigkeit dieses Gremiums einzusetzen.

*Dr. Alexander Schumacher, Viktorija Luhanska, Volodymyr Leysle (Vorsitzender des Rates der Deutschen in der Ukraine), BA Hartmut Koschyk MdB, Gennadiy Druzenko (ukrainischer Regierungsbeauftragter für ethnonationale Politik), Dirk Lechelt (Dt. Botschaft Kiew)*

Quelle: BMI

Abschließend hob ich die Bedeutung einer an europäischen Standards orientierten ukrainischen Minderheitenpolitik hervor, die für die Stabilität im gesamten Land notwendig ist. Darüber hinaus könnte die Ukraine durch ihre angestammten Minder-

heiten und die praktizierte Mehrsprachigkeit ein Beispiel für eine europäische Identität der ethnischen Vielfalt werden, das weit über seine Grenzen hinausstrahlt.

## 5.49. Informationsaustausch mit dem Rat der Deutschen in der Ukraine

Im Rahmen meiner Ukrainereise habe ich auch ein Gespräch mit der Selbstorganisation der deutschen Minderheit, dem Rat der Deutschen in der Ukraine (RDU), in dessen Geschäftsstelle in Kiew geführt. Ich erinnerte dabei an meinen letzten Besuch im März 2014, kurz nach dem Ende der tragischen Auseinandersetzungen um den „Euromaidan“ in Kiew, sowie an den Besuch des RDU-Vorsitzenden Volodymyr Leysle sowie der RDU-Vertreter Alexander Schlamp und Volodymyr Finger in Berlin im Mai 2014.

*Koschyk beim Rat der Deutschen in der Ukraine*

Quelle: BMI

Ich berichtete von meinem kurz zuvor geführten Gespräch mit dem Beauftragten der ukrainischen Regierung für ethnonationale Politik, Gennadiy Druzenko, der seine volle Unterstützung für die Wiederbelebung der deutsch-ukrainischen Regierungskonferenzen in den Angelegenheiten der deutschen Minderheit in der Ukraine erklärt hat.

Ein Schwerpunkt der Beratung war die Situation der Deutschen auf der von Russland völkerrechtswidrig besetzten Krim und in dem von Separatisten mit russischer Unterstützung kontrollierten Gebieten in der Ostukraine. Ich versicherte dazu erneut, dass die Bundesregierung mit den Deutschen in diesen Gebieten solidarisch sei. Er erinnerte daran, dass sich die eindeutige Mehrheit der krimdeutschen Organisationen im Frühjahr 2014 für die territoriale Unverletzlichkeit der Ukraine ausgesprochen hat. Wer in der Anmaßung, die Deutschen auf der Krim zu repräsentieren, die völkerrechtswidrige Annexion der Halbinsel durch Russland unterstützend begleitet hat, kann kein Partner der Bundesregierung sein.

Der Vorsitzende des Rates der Deutschen in der Ukraine, Volodymyr Leysle, stellte die für die nächste Zukunft geplanten Vorhaben vor. Neben der Verstärkung des Deutschunterrichts, weiterer Unterstützung der Generation, die Deportation und Sondersiedlung unmittelbar erlebt hat, der Intensivierung der Kulturarbeit der Begegnungsstätten hat Vorsitzender Leysle auch den Vorschlag gemacht, ein für einst in der Südukraine siedelnde deutsche Kolonisten typisches Bauernhaus ins zentrale Freilichtmuseum Pyrohovo am Stadtrand von Kiew zu transportieren und aufzubauen, um so auf die gewaltigen technischen und zivilisatorischen Leistungen der Deutschen für die Entwicklung der ukrainischen Gebiete hinzuweisen.

Das Projekt fand meine Sympathie. Ich verwies jedoch auf die ukrainische Regierung als ersten Ansprechpartner für die Realisierung dieses Projekts.

Weiterhin beglückwünschte ich den RDU für die erfolgreich mit dem Goethe-Institut Kiew organisierte Konferenz „Deutsch als Minderheitensprache“. Auch in materiell schweren Zeiten dürfen auch und gerade auf dem kulturellen Gebiet die Anstrengungen zugunsten der deutschen Identität nicht nachlassen.

An dem Gespräch nahm auch der Vorsitzende der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, Waldemar Eisenbraun, teil, der bereits zuvor mit dem Vorstand des

RDU zusammengetroffen war, um die Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit zu beraten.

## 5.50. Meinungsaustausch mit dem Karpatendeutschen Verein in der Slowakei

Anfang November 2014 habe ich den Karpatendeutschen Verein in der Slowakei besucht. Der Verband wurde 1990 als Vertretung der ca. 15.000 Deutschen in der Slowakei gegründet. Er gliedert sich in fünf Regionalverbände und 32 Ortsvereine und verfügt über ca. 5000 Mitglieder. Dem Verband gehört auch eine Jugendorganisation an, die ebenfalls in fünf Regionalverbände gegliedert ist. Monatlich erscheint das "Karpatenblatt". Die ebenfalls dem Verband angeschlossene "Karpatendeutsche Assoziation" fördert durch Kleinkredite kleine und mittlere Betriebe. Seinen Hauptsitz hat der Karpatendeutsche Verein in Kaschau/Košice.

In Kaschau traf ich mit dem Landesvorsitzenden Dr. Ondrej Pöss und weiteren Führungskräften zusammen. Dabei wurden die aktuelle Lage der deutschen Minderheit in der Slowakei sowie die Unterstützungsmaßnahmen sowohl von Seiten der slowakischen Regierung als auch durch die deutsche Bundesregierung erörtert.

Sorge bereitet den Vertretern des Karpatendeutschen Vereins in der Slowakei die muttersprachliche Situation. Ich nahm die Bitte entgegen, mich sowohl gegenüber der slowakischen Regierung als auch innerhalb der Bundesregierung für eine Verstärkung des muttersprachlichen Unterrichts in deutscher Sprache an slowakischen Schulen einzusetzen. Auch in seinen eigenen Begegnungszentren möchte der Karpatendeutsche Verein in Zukunft verstärkt Deutschkurse anbieten.

Die Karpatendeutsche Jugend bat mich, sie bei dem Bemühen um mehr Begegnungsmaßnahmen mit Jugendorganisationen in Deutschland, aber auch mit anderen Jugendverbänden deutscher Minderheiten in Europa zu unterstützen. Der Karpaten-

deutsche Verein gehört auch der Föderation Europäischer Volksgruppen (FUEV), die Karpatendeutsche Jugend der Jugendorganisation der FUEV an.

In Metzenseifen/Medzew konnte ich mir in der Begegnungsstätte des Karpatendeutschen Vereins von den örtlichen Aktivitäten der deutschen Minderheit einen Eindruck verschaffen. Die anwesende Bürgermeisterin informierte mich über die Unterstützung der deutschen Minderheit durch die Stadtverwaltung.

In Metzenseifen befindet sich auch das vom früheren slowakischen Staatspräsidenten Rudolf Schuster gestiftete Museum, in dem über 500 Filmkameras und Filmprojektoren, aber auch zahlreiche kulturelle Exponate der karpatendeutschen Volksgruppe ausgestellt sind, u.a. ein voll funktionsfähiges mit einem Wasserrad angetriebenes Hammerwerk. Der slowakische Ex-Präsident Schuster ist selbst Angehöriger der deutschen Minderheit, war auch Oberbürgermeister von Kaschau/Košice und gilt als exzellenter Fachmann für Filmtechnik und hat als hervorragender Fotograf zahlreiche Bildbände herausgegeben.

In Metzenseifen besuchte ich außerdem das Galerie-Café des renommierten karpatendeutschen Künstlers Helmut Bistika, der sich weit über die Slowakei hinaus einen Namen gemacht hat. Ich war beeindruckt von dem Engagement von Helmut Bistika zugunsten der künstlerischen Betätigung von Roma-Jugendlichen in der Slowakei.

## 5.51. Besuch der Roma-Siedlung Habeš in der Slowakei

Es war Romani Rose, der Vorsitzende des Zentralrats der Sinti und Roma in Deutschland, der mich auf die Roma-Siedlung Habeš in der Gemeinde Sečovce in der Slowakei aufmerksam gemacht hatte, wobei Romani Rose vor allem das nachhaltige Engagement der Benediktiner-Abtei Maria Laach und der Kölner Obdachlosen-Initiative "Kellerladen" zugunsten der dort lebenden Roma gewürdigt hatte.

Bei meinem Besuch in der Slowakei habe ich die Habeš-Siedlung besucht. Dabei war Frater Lukas Ruegenberg von der Benediktiner-Abtei Maria Laach, der sich seit rund 10 Jahren für die Roma-Siedlung Habeš eindrucksvoll engagiert, stets unterstützt vom langjährigen Abt Benedikt. Die zweite Säule deutschen Engagements für die Roma-Siedlung Habeš bildet der Kölner Verein "Kellerladen", der sich um obdachlose Mitbürger kümmert, aber ebenfalls seit Jahren für die Roma in Sečovce engagiert ist. Sabine von Klösterlein und Michael Lingenthal vom Verein "Kellerladen" waren erneut mit Frater Lukas Ruegenberg in die Ost-Slowakei gereist, um weitere Unterstützungsmaßnahmen vor Ort zu besprechen.

*Kinder in der Roma-Siedlgung Habeš*

Quelle: BMI

Beeindruckendes ist inzwischen von Deutschland aus für die Roma-Siedlung Habeš geleistet worden: Brunnen mit frischem, vor allem sauberen Wasser wurden gebaut. Eine Sozialstation wurde eingerichtet, in der Roma-Kinder bis zu sechs Jahren täglich eine warme Suppe erhalten und ein Team engagierter Sozialarbeiter tätig ist. Weiterhin ist ein Gewächshaus und eine Schreiner-Lehrwerkstatt entstanden. In der Werkstatt sollen Roma-Jugendliche das Schreiner-Handwerk erlernen. Auch eine aus Deutschland eingeführte kleine Schafherde gibt es zur Freude der Roma-Kinder.

Frater Lukas hat mit den Roma inmitten der Siedlung eigenhändig eine Kapelle gebaut und diese selbst wunderbar künstlerisch ausgemalt. In der Kapelle finden regel-

mäßige Gottesdienste statt; sie ist zum spirituellen Zentrum der Habeš-Siedlung geworden. Die vielfältige Hilfe aus Deutschland erfolgt inzwischen Hand in Hand mit dem Engagement der Gemeinde Sečovce unter deren Bürgermeister Dr. Jozef Gamrát und nicht mindertüchtigen Gemeindemitarbeitern. Ein Kindergarten und eine Schule in der Roma-Siedlung vermitteln zumindest einem Teil der Roma-Kinder und Jugendlichen durch den vorbildlichen Einsatz von Lehrern und Erzieherinnen die entscheidenden Bildungsgrundlagen.

Nach meinem Besuch in Sečovce berichtete ich in der slowakischen Hauptstadt Pressburg dem Roma-Beauftragen der Slowakischen Regierung und Parlamentsabgeordneten Dr. Peter Pollák, der selbst Roma-Angehöriger ist, meine Eindrücke vor Ort. Ich wurde dabei vom Deutschen Botschafter in der Slowakei, Dr. Thomas Götz begleitet. Der Roma-Beauftragte Pollák und slowakische Regierungsmitarbeiter zeigten sich für die private Hilfe aus Deutschland zugunsten der Roma-Siedlung Habeš sehr dankbar und sicherten die Bereitschaft zu, Unterstützungsleistungen durch die slowakische Regierung wohlwollend zu prüfen. So geht es jetzt darum, durch einen slowakischen Schreiner alsbald mit der Ausbildung in der mit deutscher Hilfe errichteten Schreiner-Lehrwerkstatt zu beginnen.

Zum Abschluss meines Besuches in der Slowakei traf ich gemeinsam mit dem Deutschen Botschafter Dr. Thomas Götz mit dem Landesvorsitzenden des Karpatendeutschen Vereins Dr. Ondrej Pöss und Rosi Stolar vom Pressburger Ortsverein der Karpatendeutschen zusammen, um mich über die Arbeit der deutschen Minderheit in der slowakischen Hauptstadt zu informieren.

## 5.52. 12. Sitzung der Deutsch-Kasachischen Regierungskommission in Berlin

Am 12. November fand in Berlin die 12. Sitzung der Deutsch-Kasachischen Regierungskommission statt, die sich mit den Angelegenheiten der ethnischen Deutschen der Republik Kasachstan befasst.

*v.l.n.r.: Dr. Thomas Herzog (BMI), Dr. Alexej Volkov (Stv. Minister für Auswärtige Angelegenheiten Kasachstans), Heinrich Zertik MdB, BM Dr. Thomas de Maizière MdB, BA Hartmut Koschyk MdB, Dr. Guido Herz (Dt. Botschafter in Astana/Kasachstan)*

Quelle: BMI

Die Sitzung wurde vom zuständigen Stellvertretenden Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Republik Kasachstan, Herrn Dr. Alexey Volkov, und von mir als Ko-Vorsitzenden geleitet.

Die Gespräche verliefen in einer sachlichen und freundschaftlichen Atmosphäre. Grundsätzliches Einvernehmen bestand darin, dass es nach wie vor im Interesse beider Länder liegt, den rund 180.000 deutschstämmigen Bürgern Kasachstans gute Rahmenbedingungen für ihre Lebens- und Arbeitsverhältnisse zu gewährleisten. Die seit Jahren erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern soll deshalb fortgeführt werden.

Der Stellvertretende Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Republik Kasachstan, Dr. Alexey Volkov, dankte der deutschen Seite ausdrücklich für die in der Vergan-

genheit gewährten Hilfen und betonte die Bereitschaft der kasachischen Regierung, auch in Zukunft ihren eigenen Beitrag zur Unterstützung der deutschen Minderheit in Kasachstan zu leisten.

Gegenstand der gemeinsamen Erörterungen waren insbesondere Themen aus dem kulturellen und humanitären Bereich, Fragen der Bildungs- und Jugendpolitik sowie die Fortsetzung der sozialen Programme für die deutsche Minderheit in Kasachstan.

Die Maßnahmen des Bundesministeriums des Innern zur Förderung der deutschen Minderheit in Kasachstan sind darauf gerichtet, die sprachliche und kulturelle Identität zu stärken, ihre Lebensperspektiven zu verbessern und sozial bedürftige Menschen zu unterstützen. Diesem Ziel dient auch die Stärkung der Selbstorganisation der deutschen Minderheit, auch durch die inzwischen abgeschlossene Übertragung der Verantwortung für die Planung, Durchführung und finanzielle Abwicklung der Fördermaßnahmen auf die Assoziation der gesellschaftlichen Organisation der Deutschen Kasachstans ("Wiedergeburt") als Dachverband der Einrichtungen der deutschen Minderheit in Kasachstan, womit auch eine bedeutsame Reduzierung der Verwaltungskosten einhergeht.

Ich bekräftigte: *"Das Tor nach Deutschland bleibt für die heute noch in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion lebenden Deutschen offen. Auf die Bundesregierung ist diesbezüglich Verlass. Aber die Entscheidung zu einer Ausreise muss frei getroffen werden können. Deshalb wird die Bundesregierung ihre bisherige Politik unverändert fortsetzen, um die Lebensperspektiven für die Deutschen in diesen Ländern weiter in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit den Regierungen vor Ort zu verbessern und so deren Bleibewillen zu stärken."*

Dieser Zielsetzung stimmte der Ko-Vorsitzende Alexey Volkov ausdrücklich zu. Einvernehmen bestand auch darin, dass die bisherige bereits gut etablierte Zusammenarbeit im kulturellen und sozialen Bereich durch eine enge Kooperation auf dem Gebiet der beruflichen Bildung ergänzt werden soll. Hierbei sollen unter Berücksichtigung

deutscher Erfahrungen bei der Dualen Ausbildung in Zukunft verstärkt sowohl die Angehörigen der deutschen Minderheit als auch die in den letzten Jahrzehnten aus Kasachstan nach Deutschland ausgesiedelten Deutschen eingebunden werden. Es gelte hier, so Vize-Außenminister Alexey Volkov, das Potenzial der noch in Kasachstan lebenden Deutschen und der aus Kasachstan stammenden Bundesbürger von über 1 Million Menschen in Zukunft verstärkt zu nutzen, um aufgrund dieser Quantität zu mehr Qualität in der Zusammenarbeit zu gelangen.

## 5.53. Besuch der deutschen Gemeinschaft in Argentinien

Am 17. November 2014 bin ich zu einem viertägigen Besuch nach Argentinien gereist. Im Zentrum des Aufenthalts standen Besuche bei deutschen bzw. deutsch-argentinischen Einrichtungen im Land.

Den Auftakt des Programms bildete die bereits 1934 von anti-nationalsozialistisch eingestellten Emigranten aus Deutschland gegründete Pestalozzi-Schule in Buenos Aires. Es schloss sich ein Besuch im Seniorenheim „Los Pinos“ an, das von der Deutschen Wohltätigkeitsgesellschaft getragen wird.

Das seit 1889 als Unterhaltungs- und Kommunikationsmedium für die deutschen, schweizerischen und österreichischen Gemeinschaften dienende „Argentinische Tageblatt“ habe ich zu einem Redaktionsgespräch eingeladen. Weiterhin war eine Begegnung mit Vertretern des Deutschen Klubs und dem Dachverband Deutsch-Argentinischer Vereinigungen eingeplant.

Die deutschstämmigen Bürger Argentinien bringen sich aktiv in die stabilen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Argentinien ein. Bei meinen Besuchen bei der Deutsch-Argentinischen Außenhandelskammer und dem Deutsch-Argentinischen Hochschulzentrum konnte ich mich über die diesbezüglichen Erfahrungen und Ergebnisse informieren, weil die verstärkte Einbindung der deutschen Minderheiten in Ost,- Ostmittel- und Südosteuropa sowie in den Nachfol-

gestaaten der früheren Sowjetunion zu den besonderen Schwerpunkten meiner Aufgaben zählt.

Über die Situation v.a. der alteingesessenen Indianerbevölkerung Argentiniens und die argentinische Minderheitenpolitik habe ich ein Gespräch mit dem Direktor der mit Menschenrechtsfragen befassten Nichtregierungsorganisation „CELS“ (Centro de Estudios Legales y Sociales), Gastón Chillier, geführt. Für ein ehrendes Gedenken an die Opfer der Militärdiktatur in Argentinien (1976–1983) gibt es in Buenos Aires den „Park der Erinnerung“, der für die ca. 30.000 während dieser Zeit „Verschwundenen“ und die übrigen Opfer angelegt worden ist.

Als Vertreter des Deutschen Bundestages war es mir eine Ehre am Festakt zum 25. Jahrestag des Mauerfalls teilzunehmen, der von der Deutschen Freundschaftsgruppe im argentinischen Abgeordnetenhaus ausgerichtet wurde.

## 5.54. Gratulation an Klaus Johannis als neuer Präsident Rumäniens

Der Siebenbürger Sachse Klaus Johannis besiegte in der Stichwahl am 16. November 2014 seinen sozialistischen Rivalen, Ministerpräsidenten Victor Ponta.

*"Als Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten freue ich mich sehr, dass Johannis als Siebenbürger Sachse Rumänien als Staatsoberhaupt vertreten wird. Als Bürgermeister Hermannstadts hat Johannis großartige Arbeit geleistet. Er hat gezeigt, dass er eine Stadt umbauen kann und dass Vollbeschäftigung möglich ist. Von seinem großen Engagement und Einsatz, welchen er sowohl für die rumänische Bevölkerung als auch die deutsche Minderheit in Rumänien und die grenzüberschreitende Deutsch-Rumänische Zusammenarbeit leistet, konnte ich mich zuletzt bei meinem Besuch in Siebenbürgen im September dieses Jahres selbst überzeugen.Mein großes Anliegen als Bundesbeauftragter ist es, den gegenseitigen Mehrwert und das Zusammenleben von Bevölkerungsmehrheit und nationalen Minderheiten grenzüberschreitend und her-*

*kunftsunabhängig zu stärken. Ich bin mir sicher, dass Klaus Johannis dies als Präsident Rumäniens fördern und die bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Rumänien stärken wird. Für seine Arbeit als Staatsoberhaupt Rumäniens wünsche ich ihm alles erdenklich Gute und Gottes reichen Segen."*

Das gute deutsch-rumänische Zusammenleben und Ansehen der Deutschen in Rumänien belegt eine aktuelle Umfrage des Rumänischen Instituts für Evaluierung und Strategie (IRES) vom 6. und 7. Mai 2014. Danach haben über 70 Prozent der befragten rumänischen Bevölkerung eine sehr gute bis gute Meinung von der deutschen Minderheit.

## 5.55. Moderne Minderheitenpolitik Dänemarks

In Kopenhagen habe ich mich im November mit dem Präsidenten des dänischen Folketing (Parlament), Mogens Lykketoft, der Unterrichtsministerin Christine Antorini sowie mit dem Leiter des Verbindungsbüros der deutschen Minderheit in der dänischen Hauptstadt, Jan Diedrichsen, und dem deutschen Botschafter in Dänemark, Claus Robert Krumrei, über die Situation der deutsch-dänischen Minderheiten im Grenzgebiet zwischen Deutschland und Dänemark ausgetauscht.

Wir waren uns einig, dass der Entwicklung im deutsch-dänischem Grenzland und der dort heute praktizierten Minderheitenpolitik eine Vorbildfunktion in Europa zukommt.

Die heute im deutsch-dänischem Grenzbereich gelebte Nachbarschaft hat man angesichts des vor 150 Jahren stattgefundenen deutsch-dänischen Krieges von 1864 lange Zeit nicht für möglich gehalten. Minderheitenpolitik ist immer auch Friedenspolitik. Das deutsch-dänische Minderheitenmodell hat Vorbildfunktion für die Minderheitenpolitik in Europa und darüber hinaus. Dies gilt besonders auch vor dem Hintergrund des Ukraine-Russlandkonfliktes.

Im deutsch-dänischem Nachbarschaftsverhältnis wird die deutsche Minderheit in Nordschleswig und die dänische Minderheit in Südschleswig jeweils als Bereicherung wahrgenommen. Auch hat sich das deutsch-dänische Grenzland wirtschaftlich in den letzten Jahren sehr gut entwickelt.

*Gruppenaufnahme mit BA Hartmut Koschyk und dem Präsidenten des Folketing, Mogens Lykketoft*

Quelle: BMI

Die Rechte der deutschen Minderheit im dänischen Nordschleswig sowie der dänischen Minderheit in Südschleswig wurden erstmals in den "Bonn-Kopenhagener Erklärungen" von 1955 grundlegend geregelt. Diese bilaterale Übereinkunft zwischen Deutschland und Dänemark hat bis heute Modellcharakter für eine moderne Minderheitenpolitik. Am 26. März 2015 wird der 60. Jahrestag der "Bonn-Kopenhagener Erklärungen" mit einem Festakt in Berlin begangen, bei dem die beiden Außenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier und Martin Lidegaard sprechen werden.

Neben dem 60. Jahrestag der "Bonn-Kopenhagener Erklärungen" wird im kommenden Jahr auch der 50. Jahrestag der Konstituierung des "Beratenden Ausschusses für Fragen der dänischen Minderheit" in Deutschland begangen. Es ist der älteste der bisher vier Beratenden Ausschüsse beim Bundesministerium des Innern, der bereits 1965 eingerichtet wurde. Der Beratende Ausschuss hat die Aufgabe, über alle die dänische Volksgruppe betreffenden Fragen der Bundespolitik zu beraten. Der Ausschuss soll

der dänischen Minderheit den Kontakt mit der Bundesregierung und dem Bundestag sichern. Den Vorsitz nehme ich als Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten wahr. Folketingpräsident Lykketoft und ich waren uns einig, dass neben den Regierungen beider Länder auch das Dänische Folketing und der Deutsche Bundestag in die Jubiläumsfeierlichkeiten einbezogen werden sollten.

*Gruppenaufnahme mit dem Bundesbeauftragten Hartmut Koschyk MdB und der Unterrichtsministerin Christine Antorini*

Quelle: BMI

Bei meinem Gespräch mit der dänischen Unterrichtsministerin Christine Antorini dankte ich insbesondere für die zukünftig erfolgenden Investitionen in das deutsche Schulwesen in Nordschleswig, um sie den dänischen Schulen auch im Investitionsförderungsbereich gleichzustellen. Unterrichtsministerin Antorini informierte mich darüber, dass künftig an dänischen Schulen nicht mehr ab der 7. Klasse, sondern bereits ab der 5. Klasse eine 2. Fremdsprache verpflichtend belegt werden muss. Unterrichtsministerin Antorini gab sich überzeugt, dass dabei die deutsche Sprache die meist gewählte 2. Fremdsprache sein wird.

Ich berichtete meinerseits, dass trotz Haushaltskonsolidierung die Haushaltsmittel des Bundes im Jahr 2015 für die anerkannten nationalen Minderheiten, aber auch für deutsche Minderheiten in Mittel-, Ost- und Südosteuropa einschließlich der nichteu-

ropäischen Nachfolgestaaten der Sowjetunion nicht gekürzt werden. Dies gilt insbesondere für die dänische Minderheit in Südschleswig und die deutsche Minderheit in Nordschleswig. Bundesregierung und Bundestag haben damit den gewachsenen Stellenwert der Minderheitenpolitik eindrucksvoll Rechnung getragen.

## 5.56. Besuch von Einrichtungen der deutschen Minderheit in Nordschleswig

Im Rahmen meiner politischen Gespräche in Kopenhagen besuchte ich gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Bundes Deutscher Nordschleswiger, Hinrich Jürgensen, und Generalsekretär Uwe Jessen auch Einrichtungen der deutschen Minderheit in Nordschleswig.

*v.l.n.r. Generalsekretär Uwe Jessen, BA Hartmut Koschyk MdB und Vorsitzender Hinrich Jürgensen*

Quelle: BMI

In Rothenkrug (Rødekro) besichtigte ich zunächst die dortige deutsche Grundschule und den deutschen Kindergarten. Der Kindergarten zeichnet sich dadurch aus, dass bereits Kinder unter drei Jahren ein zweisprachiges Betreuungsangebot erhalten und somit bereits im Vorschulalter bilingual geprägt werden. Die durchgängig zweisprachige Erziehung, die sich in der Grundschule fortsetzt, wo Deutsch und Dänisch nach muttersprachlichen Gesichtspunkten unterrichtet werden, ist beeindruckend. Alle

Schüler der Schule wachsen mit zwei Hauptsprachen auf und werden mit der deutschen Sprache und Kultur vertraut gemacht.

Anschließend besuchte ich in Apenrade (Abenraa) das Deutsche Gymnasium, das vom Deutschen Schul- und Sprachverein für Nordschleswig getragen wird. Die Unterrichtssprache am Deutschen Gymnasium für Nordschleswig ist Deutsch. Der Dänischunterricht findet auf Muttersprachenniveau statt und die Schülerinnen und Schüler erhalten gleichzeitig das dänische "studentereksamen" und das deutsche "Abitur". An die Schule angeschlossen ist ein Internat für die Schüler mit sehr weiten Schulwegen.

Ein besonderes Kooperationsprojekt des Deutschen Gymnasiums bilden die Schülerbotschafter, die in anderen Schulen in ganz Dänemark über die Besonderheiten des Minderheitenlebens im deutsch-dänischen Grenzland berichten. Das Deutsche Gymnasium arbeitet im Rahmen dieses Projektes eng mit den beiden Gymnasien der dänischen Südschleswiger, Duborg-Skolen in Flensburg und A. P. Møller-Skolen in Schleswig zusammen, wo ebenfalls Schülerbotschafter tätig sind.

Ich besuchte auch das Vereinszentrum des Bundes Deutscher Nordschleswiger in Apenrade/Aabenraa und tauschte mich mit dem Vorsitzenden Hinrich Jürgensen und Generalsekretär Uwe Jessen sowie weiteren Führungskräften über die laufende Förderarbeit aus.

Ich berichtete, dass trotz Haushaltskonsolidierung die Haushaltsmittel des Bundes im Jahr 2015 für die anerkannten nationalen Minderheiten, aber auch für deutsche Minderheiten in Mittel-, Ost- und Südosteuropa einschließlich der nichteuropäischen Nachfolgestaaten der Sowjetunion nicht gekürzt werden. Darüber hinaus werden im Bundeshaushalt für 2015 zusätzlich 400.000 Euro an Personalmitteln für die deutsche Minderheit in Nordschleswig bereitgestellt, um die Tariferhöhung im Personalbereich auszugleichen.

Vorsitzender Hinrich Jürgensen erklärte, dass mit den zusätzlichen Personalmitteln nicht nur die Motivation der Mitarbeiter bei den Bildungseinrichtungen gefördert wird, sondern dokumentiert werde, dass Bundestag und Bundesregierung ihrer Verantwortung für die deutsche Minderheit in Nordschleswig gerecht werden.

Abschließend besuchte ich das von dem nordschleswiger Unternehmer Hans-Michael Jepsen erworbene und sanierte Medienzentrum in Apenrade/Aabenraa, in dem sowohl die Zeitung "Der Nordschleswiger", als auch die dänische Zeitung "JydskeVestkysten" ihren Sitz haben.

Der Nordschleswiger" übernimmt Beiträge der dänischen Zeitung "JydskeVestkysten" in deutscher Sprache und der "Nordschleswiger" übergibt seinerseits Beiträge an "JydskeVestkysten" für Beiträge in dänischer Sprache. Beide Zeitungen arbeiten zudem in gleicher Weise eng mit den beiden Zeitungen in Schleswig-Holstein "Flensborg Avis" (Zeitung der dänischen Minderheit) und dem Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag, zu dem die "Schleswiger Nachrichten" gehören, zusammen.

## 5.57. Jahrestreffen der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten in Berlin

Unter dem Dach der FUEV (Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen) fand am 27.und 28. November 2014 in Berlin das Jahrestreffen 2014 der Deutschen Minderheiten in Europa und den GUS-Staaten statt.

In meiner Funktion als Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten habe ich diese Begegnung aktiv begleitet und bin überzeugt von den durchweg positiven Ergebnissen: *„Ich freue mich sehr, dass Vertreter und Vertreterinnen der deutschen Minderheiten in Europa und den GUS-Staaten zu diesem Jahrestreffen gekommen sind. Minderheitenarbeit ist neben ihrer politischen Bedeutung auch eine Herzenssache, die so gut ist, wie die Überzeugung und das Engagement der Führungskräfte von Minderheiten. Ich bin sehr beeindruckt, dass trotz der sehr unterschiedli-*

*chen Ausgangslagen der deutschen Minderheiten in Europa und den GUS-Staaten eine so starke Solidarität in der AGDM herrscht.“*

Die AGDM vertritt die deutschen Minderheiten in Europa und den GUS-Staaten. Deutsche, beziehungsweise deutschsprachige Minderheiten gibt es in 27 Ländern Europas, die meisten nehmen an der gemeinsamen Arbeit unter dem Dach der FUEV teil. Ihr Sprecher ist Dr. Koloman Brenner von der deutschen Minderheit in Ungarn. Auch der Präsident der FUEV, Hans Heinrich Hansen, der selbst der deutschen Minderheit in Dänemark angehört, nahm an der AGDM-Jahrestagung teil und berichtete über den aktuellen Sachstand der FUEV-Initiative “minority safe pack”, die auf eine konzeptionelle Weiterentwicklung des Minderheitenschutzes in Europa abzielt.

*Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der AGDM-Sitzung mit Vizepremierminister Walerij Dill*

Quelle: BMI

Im Rahmen des Jahrestreffens haben die AGDM Mitglieder im Dialog mit der Bundesregierung und Abgeordneten des Bundestages ihre strategischen Planungen konkretisiert. Neben Arbeitsgesprächen standen Meinungs- und Informationsaustausche mit den Berichterstattern des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestags für den Innen-, Auswärtigen- und dem Kulturhaushalt. Hierbei standen den deutschen Minderheitenvertretern die Bundestagsabgeordneten Reinhard Brandl, Martin Gerster,

Doris Barnett, Alois Karl, Rüdiger Kruse und Johannes Kahrs für ein Gespräch zur Verfügung.

Von Seiten des Auswärtigen Amtes diskutierten die AGDM-Mitglieder mit Michaela Küchler und Olaf Reif Aspekte der europäischen Minderheitenpolitik und länderspezifische Angebote im Bereich Sprache und Kultur. In diesem Zusammenhang könnte insbesondere das Deutsche Sprach- und Schulangebot in Rumänien und Dänemark als gutes Modell für den Ausbau in den anderen Ländern dienen.

Mit dem Vorsitzenden der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus Brähmig MdB, wurden aktuelle Fragen der Förderpolitik der Bundesregierung zugunsten der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten erörtert. Der Vizepremierminister der Republik Kirgisistan und Vorsitzende des Volksrates der Deutschen Kirgistans, Walerij Dill, selbst AGDM-Mitglied, berichtete über die Wechselwirkung zwischen der allgemeinen Politik seiner Regierung und seiner Rolle als Minderheitenvertreter.

Im Vordergrund des AGDM-Jahrestreffens 2014 standen länderspezifische Förderschwerpunkte, aktuelle Problemlagen und die Verbesserung in der Informationskoordination, die in einem Strategiekonzept ausgearbeitet worden sind.
Wesentliche Elemente sind dabei die Stärkung der Jugend-, Sprach- und Kulturarbeit. Das Strategiekonzept soll dabei insbesondere auf die Nachhaltigkeit abstellen und die Wechselwirkung aller beteiligten Stellen, Organisationen und Erfolgsfaktoren berücksichtigen. Insbesondere wird eine organisatorisch-institutionelle Stärkung angestrebt und die Einbeziehung weiterer Organisationen angedacht. Auch sollen künftig die Jugendvertreter der deutschen Minderheiten in Europa und den GUS-Staaten wieder zu den Jahrestreffen eingeladen werden.

Dr. Koloman Brenner, Sprecher der AGDM: *„Für die Zukunft der deutschen Minderheiten in Europa und den GUS–Staaten ist es von unschätzbarem Wert, dass wir uns länderübergreifend austauschen und durch gute Praxisbeispiele voneinander lernen. Ich danke*

*den Vertretern der Bundesregierung, des Bundestags und den Mitgliedern der AGDM für den offenen, kritischen und in die Zukunft gerichteten Dialog. Der Bezug zu Deutschland, der deutschen Sprache und der deutschen Kultur ist das tragende Element unserer Arbeit.“*

Zusammenfassend wurde am Ende der Sitzung festgehalten, das vorhandene Strategiekonzept aufgrund der Ergebnisse des Jahrestreffens 2014 weiter zu entwickeln.

## 5.58. Stärkung der Zusammenarbeit mit dem Institut für Auslandsbeziehungen

Anfang Dezember 2014 habe ich mich mit Urban Beckmann, Leiter der Abteilung Dialoge des Instituts für Auslandsbeziehungen (ifa) zu einem Meinungs- und Informationsaustausch zur Stärkung der Zusammenarbeit getroffen.

*Der Beauftragte für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Hartmut Koschyk MdB, gemeinsam mit Urban Beckmann, Leiter der Abteilung Dialoge des ifa*

Quelle: BMI

Ich hatte bereits für das ifa – internationale Sommercamp „Europa verbindet- Jugend bewegen“, das im Juli 2014 in Neugersdorf, Polen stattfand, die Schirmherrschaft übernommen. Der Schwerpunkt des Sommercamps lag auf der Verständigung und dem Austausch der Deutschen Minderheiten in Europa.

Zuletzt hatte ich mit dem ifa eine Gesprächsrunde im Rahmen der „ifa-Medientag Web 3.0“ zum Thema „Aufbruch zum Umbruch: Herausforderungen für (Minderheiten-) Medien“ am 8. Oktober 2014.

Mit Blick auf diese beiden Termine waren die Vereinbarung zur Entwicklung einer Medienstrategie sowie einer stärkeren Einbeziehung der Jugendvertreter deutscher Minderheiten Gesprächsschwerpunkt.

In diesem Zusammenhang berichtete ich auch von der Tagung der Arbeitsgemeinschaft deutscher Minderheiten (AGDM), die am 27.und 28. November 2014 in Berlin stattfand. Ich bat Beckmann um Unterstützung, die Mitglieder der AGDM und FUEV bei der Verbesserung der Positionierung und Vernetzung der deutschen Minderheiten in Europa zu unterstützen. Weiterhin bat ich darum, die weitere Ausrichtung auch auf mögliche Kooperationen mit Vertretern der Roma zu legen.

Das ifa arbeitet aktuell an ca. 30 Projekten, die sich mit Partizipation, Konfliktbewältigung und der Einbeziehung der Minderheitenstrukturen im Rahmen der östlichen Partnerschaft in der Ukraine und in Georgien auseinandersetzen. Im nächsten Jahr kommen Weißrussland, Moldau, Armenien und Aserbaidschan hinzu. Die ifa-Fortbildungsmodule können entsprechend weiter ausgearbeitet werden.

Beckmann will dazu zeitnah Projektvorschläge unterbreiten, so dass bereits in 2015 ein erstes Panel organisiert werden könnte.

## 5.59. Jahresabschlussgespräch mit GIZ-Vorstandssprecherin Gönner

Im Bundesministerium des Innern habe ich mich mit Tanja Gönner, Vorstandssprecherin der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), zu einem Jahresabschlussgespräch getroffen.

Im Vordergrund des Gesprächs stand die Umsetzung des Programms "Nationale Minderheiten", das die GIZ für das BMI umsetzt. In unserem Gespräch erörterten wir die Projektumsetzung in 2014 mit Blick auf die Fortführung in 2015.

*Hartmut Koschyk und Tanja Gönner*

Quelle: BMI

Im Rahmen des Programms "Nationale Minderheiten" werden v.a. Begegnungszentren in den GUS-Staaten unterstützt, die allen Interessierten die Möglichkeit bieten, sich mit der deutschen Kultur und Sprache vertraut zu machen. Gönner und ich zogen eine positive Bilanz zur Zusammenarbeit und Umsetzung des Programms, das auch in 2015 fortgeführt wird.

Die GIZ tritt im Rahmen der Förderung als Mittlerorganisation für das BMI auf und arbeitet mit zahlreichen weiteren Projektträgern in den jeweiligen Ländern zusammen. Die Umsetzung des Programms und die örtlichen Teamleitungen haben aufgrund der herausgehobenen Funktion und der damit verbundenen Auswirkungen für die Hilfenpolitik des BMI im Hinblick auf das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland eine hohe Bedeutung. Wesentliche Rolle der GIZ ist dabei die Programmleitung, die Koordinierung der Budgetplanung in Abstimmung mit dem BMI, die Verantwortung für die einheitliche Erstellung der Verträge und einheitliche Auslegung der Vertragsbedingungen sowie die Koordination der Umsetzung des Wirkungsmonitorings.

## 5.60. Gespräch mit S.E. Margański, Botschafter der Republik Polen

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Dr. Günter Krings MdB, und ich als Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten haben den Botschafter der Republik Polen in Berlin, S.E. Jerzy Margański, im Bundesministerium des Innern im Dezember 2014 empfangen.

*v.l.n.r.: PStS Dr. Günter Krings MdB, Botschafterder Republik Polens in Berlin, S.E. Jerzy Margański und BA Harmut Koschyk MdB*

Quelle: BMI

In dem von einer freundlichen Atmosphäre und vertrauensvoller Zusammenarbeit geprägten Gespräch, an dem von polnischer Seite auch die beiden Generalkonsulen Tadeusz Oliwiński und Leszek Rejnewicz teilnahmen, wurde die Zusammenarbeit beider Regierungen im Format des "Runden Tisches" bei der Regelung noch offener Fragen zur Situation der deutschen Minderheit in der Republik Polen sowie der Polen und polnischsprachigen Bürger in der Bundesrepublik Deutschland erörtert.

Staatssekretär Dr. Krings und ich stimmten mit Botschafter Margański darin überein, dass die nächste Sitzung des "Runden Tisches" bereits im Frühjahr 2015 staffinden soll.

Dieser "Runde Tisch" war 2010 mit Blick auf den 20. Jahrestag der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Vertrages über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zu-

sammenarbeit aus dem Jahr 1991 vom damaligen Aussiedler- und Minderheitenbeauftragten der Bundesregierung, dem Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Dr. Christoph Bergner MdB, und dem damaligen für Minderheitenfragen zuständigen polnischen Innen-Staatssekretär Tomasz Siemoniak eingerichtet worden.

## 5.61. Führungsspitze des Internationalen Verbandes der Deutschen Kultur zum Gespräch im BMI

Ende Dezember 2014 habe ich den Vorsitzenden und die Erste Stellvertretende Vorsitzende des Internationalen Verbandes für Deutsche Kultur (IVDK), Heinrich und Olga Martens, zu einem Arbeitsgespräch im Bundesministerium des Innern in Berlin empfangen.

*v.l.n.r.: Dr. Herzog (BMI), H. Martens (Vorsitzender IVDK), BA Koschyk MdB, O. Martens (Erste Stv. Vorsitzende IVDK) und Dr. Schumacher (BMI).)*

Quelle: BMI

Der IVDK führt auf der Basis eines zwischen der deutschen Bundesregierung und der Regierung der Russischen Föderation abgestimmten Arbeitsplans Projekte auf dem Gebiet der Sprach- und Kulturarbeit sowie sozial-humanitäre Unterstützungsmaßnahmen vor allem für die Erlebnisgeneration durch. Erfreuliche Ergebnisse zeigen in

den letzten Jahren die auf Regionalebene abgestimmten Sprachförderungsmaßnahmen für Kinder im Vorschulalter.

Heinrich und Olga Martens berichteten mir vom 13. Forum der Russlanddeutschen „50 Jahre zeitgenössische gesellschaftliche Bewegung der Russlanddeutschen. Perspektiven für die Weiterentwicklung der Selbstorganisation der Deutschen Russlands“, das vom 12. bis 16. November 2014 im Omsker Gebiet stattfand. Weiter informierten sie mich über die laufende Arbeit des IVDK, insbesondere über die große Konferenz vom 11. bis 16. Februar 2015 aus Anlass des 50jährigen Bestehens einer russlanddeutschen Bewegung sowie über eine Sprachkonferenz vom 30. März bis 2. April 2015.

Ich berichtete über den erfreulichen Ausgang der Beratungen für den Bundeshaushalt 2015. Dank des Einsatzes vieler Bundestagsabgeordneter, vor allem der für den Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern zuständigen Hauptberichterstatter des Haushaltsausschusses, konnte die Förderung für die deutschen Minderheiten in Mittel-, Ost- und Südosteuropa sowie in den Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion auf dem bisherigen Niveau fortgeschrieben werden. Dieses kommt auch den Deutschen in der Russischen Föderation zugute.

Intensiv diskutiert wurde die drohende Schließung des Deutsch-Russischen Hauses im westsibirischen Barnaul. Ich sehe die Sorgen des IVDK und sicherte meine politische Unterstützung zu. Ich konnte außerdem mitteilen, dass der Unterausschuss für Auswärtige Kulturpolitik des Deutschen Bundestages unter dem Vorsitz von Dr. Peter Gauweiler MdB bei seinem Besuch in Moskau dieses Thema gegenüber den parlamentarischen Kollegen aus dem Kulturausschuss der russischen Duma zur Sprache gebracht und dort großes Verständnis und nachhaltige Unterstützung gefunden hat.

# 6. Spätaussiedler und Vertriebene

## 6.1. Treffen mit dem Bundesvorstand der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland

*Rupp, Zertik, Mayer, Eisenbraun, Koschyk, Brähmig, Thießen, Strohmaier und Dr. Herzog (v.l.n.r.)*

Quelle: BMI

In Berlin habe ich am 21. Februar 2014 den Bundesvorsitzenden der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, Waldemar Eisenbraun, und weitere Vorstandsmitglieder zu einem gemeinsamen Gespräch mit den Bundestagsabgeordneten Stephan Mayer, Klaus Brähmig und Heinrich Zertik getroffen. Ziel des Gesprächs war das gegenseitige Kennenlernen und ein erster Austausch über aktuelle Fragen.

Der im April 2013 gewählte Bundesvorsitzende Eisenbraun berichtete über die Vorhaben des neuen Vorstands und die damit verbundenen Herausforderungen. Der Vorstand möchte durch eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit die Akzeptanz der Gesellschaft gegenüber den Russlanddeutschen verbessern und der deutschen Bevölkerung die Kultur, das Schicksal und die Geschichte der Russlanddeutschen nahebringen.

Ich habe dazu auf die im Koalitionsvertrag vereinbarte Fortsetzung der Aussiedleraufnahme verwiesen. Ziel ist die bestmögliche Integration der Aussiedler in die deutsche Gesellschaft, wobei diese die Möglichkeit haben sollen, ihr kulturelles Erbe und ihre

kulturelle Identität zu pflegen. Auch bzgl. der weiteren Unterstützung der deutschen Minderheiten in den Herkunftsgebieten der Vertriebenen und Aussiedler habe ich auf die klare Verankerung im Koalitionsvertrag hingewiesen. Diese Unterstützung erfolgt weiterhin im Einvernehmen mit den jeweiligen Regierungen.

In diesem Zusammenhang habe ich mich für eine partnerschaftliche Zusammenarbeit der Landsmannschaft der Russlanddeutschen mit den Selbstorganisationen der deutschen Minderheiten in den Herkunftsgebieten ausgesprochen. Dies erfordert sowohl für die Bundesregierung als auch für die Landsmannschaft ein auf Zusammenarbeit und Vertrauen gegründetes Verhältnis zu den jeweiligen Regierungen vor Ort.

Dabei habe ich betont, dass ich mit der gewählten Spitze der Landsmannschaft der Russlanddeutschen eine partnerschaftliche Zusammenarbeit anstrebe.

Alle Gesprächspartner waren sich einig, dass eine vertrauensvolle und zuverlässige Zusammenarbeit sowohl den Russlanddeutschen in Deutschland als auch denen, die als deutsche Minderheit in den Herkunftsgebieten der Aussiedler verblieben sind, zugutekommen wird.

Der Grundstein für eine solche konstruktive Zusammenarbeit wurde durch das persönliche Kennenlernen und diesen ersten Gedankenaustausch gelegt.

## 6.2. Teilnahme an der Gedenkfeier der Sudetendeutschen Landsmannschaft zum Tag des Selbstbestimmungsrechts in München

Alljährlich wird am 4. März der Sudetendeutschen gedacht, die am 4. März 1919 bei einer friedlichen Demonstration für die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts getötet wurden. Im Sudetendeutschen Haus in München fand die Gedenkfeier des Bundesverbandes der Sudetendeutschen Landsmannschaft statt.

Bei der Gedenkfeier hatte ich die Gelegenheit neben dem Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe, Herrn Bernd Posselt MdEP a.D., dem Bundesvorsitzenden der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Herrn Franz Pany und dem Bezirksvorsitzenden Oberbayern der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Herrn Hans Slezak, meine Grußworte an die Sudetendeutsche Landsmannschaft zu richten.

*Der Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe, Bernd Posselt MdEP mit Hartmut Koschyk MdB, dem Generalkonsul der USA in München, Willam E. Moeller (rechts), und dem Vizekonsul der Republik Polen in München, Przemyslaw Gembiak (links).*

Quelle: BMI

Durch "*Erinnern und Verstehen*" will die Sudetendeutsche Landsmannschaft einen Beitrag zur Aufarbeitung der Geschichte leisten und dafür eintreten, dass Vertreibungen in Gegenwart und Zukunft dauerhaft und weltweit geächtet werden. Die Sicherung von Frieden, Freiheit und Demokratie durch Stärkung des Volksgruppenrechts sind eine deutsche und europäische Gemeinschaftsaufgabe, die die Sudetendeutschen aus ihrer eigenen leidvollen Erfahrung heraus ganz besonders unterstützen.

Am Dienstag, den 4. März 1919 demonstrierten auf gemeinsame Initiative der Sozialdemokraten und der Deutschnationalen die Menschen in zahlreichen Städten des tschechoslowakischen Grenzgebiets friedlich gegen die Nichtzulassung zu den Wahlen zur Provisorischen Nationalversammlung der Republik Deutschösterreich im Februar 1919 und gegen die Eingliederung in die Tschechoslowakei.

Vorausgegangen war die militärische Okkupation der selbsternannten Provinzen Deutschböhmen, Sudetenland, Deutsch-Südböhmen und Deutsch-Südmähren durch

tschechische Truppen zwischen dem 1. November 1918 und dem 31. Januar 1919, obwohl die letzten Reichsratsabgeordneten dieser Gebiete - als Mitglieder der Provisorischen Nationalversammlung in Wien – am 12. November 1918 noch für die Einführung der Republik Deutsch-Österreich und den Zusammenschluss mit Deutschland gestimmt hatten. Die Besatzung stieß kaum auf militärischen Widerstand, da die vier Provinzen nur über minimale Streitkräfte verfügten. Den Anlass zu den Demonstrationen am 4. März 1919 bot die an diesem Tag stattfindende Eröffnungssitzung der konstituierenden Nationalversammlung Deutschösterreichs in Wien.

Zu den Forderungen der Demonstranten gehörte an erster Stelle das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das von US-Präsident Woodrow Wilson als Grundprinzip der sogenannten Friedensregelung im Zusammenhang mit dem Ausgang des Ersten Weltkrieges am 8. Januar 1918 proklamiert worden war. De facto sahen die alliierten Bestimmungen aber kein Selbstbestimmungsrecht für die deutschen Minderheiten in den neu gebildeten Nationalstaaten im östlichen Europa vor, sondern lediglich Minderheitenschutzrechte. Die in den tschechoslowakischen Randgebieten lebende Bevölkerung sah die Erfüllung ihres Selbstbestimmungsrechtes im Anschluss an die Republik Deutsch-Österreich. Außerdem forderten die Demonstranten den Abzug der tschechischen Truppen und die Freigabe zurückgehaltener Lebensmittel- und Kohlelieferungen. Paramilitärische tschechische Einheiten setzten den Demonstrationen jedoch an diesem Tag kurz nach Mittag in mehreren Städten durch Schüsse in die Menge ein gewaltsames Ende. Dabei kamen 52 Deutsche und zwei tschechoslowakische Polizisten ums Leben, 104 Menschen wurden verwundet.

In meiner Rede war mir wichtig daran zu erinnern, dass mit der Gedenkveranstaltung nicht nur an einen bedeutenden Teil der Geschichte der Sudetendeutschen erinnert wird, sondern auch an einen Teil unserer gemeinsamen gesamtdeutschen und europäischen Geschichte. Die Bedeutung von historischen Tagen wie dem 4. März 1919 muss man sich immer wieder ins Bewusstsein rufen, um auf diesem Wege gemeinsam die Vergangenheit und das Geschehene zu verstehen und dadurch die Zukunft ent-

sprechend verantwortlich zu gestalten. Die gemeinsame und teils sehr leidvolle Geschichte, die Tschechen und Deutsche verbinde, haben viele Wunden hinterlassen, doch wurde von den Vertriebenen beispielhaft vorgelebt, dass Verständigung mit unseren östlichen Nachbarn möglich ist.

Wörtlich: *„Anders als die Sudetendeutschen im März 1919 blicken wir heute auf ein geeintes, friedvolles und freies Europa, in dem Menschen selbst-bestimmt und sicher leben können. Damit ist mittlerweile das erreicht worden, wovon die Verfasser der im Jahre 1950 verabschiedeten ‚Charta der Heimatvertriebenen' nur zu träumen wagten. Denn Europa war schon damals, wenige Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges, ihr anvisiertes Ziel. Der Verzicht auf Rache und Vergeltung, das Eintreten für ein geeintes Europa, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können und die Bereitschaft zur Mitarbeit am Wiederaufbau Deutschlands und Europas sind Kernpunkte der Charta, die Sie, sehr verehrte Sudetendeutsche, in den folgenden Jahrzehnten umgesetzt haben."*

Mein Dank gilt der Sudetendeutschen Landsmannschaft für ihren Einsatz als „natürliche Brückenbauer" im Dienste der Völkerverständigung. Mit der Durchführung vielfältiger kultureller und verständigungspolitscher Veranstaltungen, die sowohl Deutschland als auch Tschechien bereichern, haben die Sudetendeutschen tragfähige Fundamente für die Verständigung und Versöhnung beider Länder errichtet. In dem künftig immer enger zusammenrückenden Europa werden die Angehörigen der deutschen Volksgruppen in Tschechien eine wichtige Rolle spielen, indem sie ein wichtiges Bindeglied zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Tschechien sind und bleiben. Dabei werden den Sudetendeutschen ihre Kenntnisse von Sprache und Kultur beider Länder helfen, die sie zu natürlichen Mittlern und Brückenbauern machen. Die deutsche Volksgruppe in der Tschechischen Republik umfasst nach der letzten Volkszählung (März 2011) etwa 18.700 Personen und etwa 20.000 Personen mit deutschem Pass. Nach einer inoffiziellen Schätzung geht man von etwa 40.000 bis 50.000 Personen aus.

Die Bundesregierung hat die deutsche Minderheit in Tschechien in den vergangenen Jahren wirksam unterstützt.

Seit Öffnung der Grenzen im Jahre 1990 haben die Bildungsstätten ein dichtes Netzwerk von Kontakten zu Menschen, Verbänden und Institutionen in der Tschechischen Republik aufgebaut. Seitdem wird auch mithilfe der finanziellen Unterstützung des Bundesministeriums des Innern ein intensiver Dialog gepflegt. Beispiele hierfür sind die regelmäßig vom Sudetendeutschen Rat durchgeführten "Marienbader Gespräche", welche mit deutschen und tschechischen Vertretern des öffentlichen Lebens, insbesondere Wissenschaftlern, Journalisten, Abgeordneten und Regierungsvertretern durchgeführt werden. Das von der Ackermann-Gemeinde angebotene Brünner Symposium hat sich im Jahr 2013 im Schwerpunkt mit der aktuellen Krise in Europa und deren Auswirkungen auf die weitere Integration der europäischen Staaten in die EU beschäftigt.

Die Bundesregierung weiß um die Bedeutung der Arbeit der Landsmannschaften und hat sich auch in ihrem Koalitionsvertrag zur besonderen Verantwortung für die deutschen Volksgruppen in Mittelost- und Südosteuropa sowie den Nachfolgestaaten der Sowjetunion bekannt. Die Bunderegierung ist davon überzeugt, dass die deutschen Minderheiten einen eigenständigen Beitrag leisten können, kulturelle und zivilgesellschaftliche Brücken zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Herkunftsländern der deutschen Volksgruppen zu bauen.

Die Gedenkfeier der Sudetendeutschen Landsmannschaft  hat Anlass gegeben, mit besonderer Sorge in Richtung Ukraine zu blicken, wo die Menschen in den vergangenen Wochen in blutigen Protesten ihr Selbstbestimmungsrecht und damit verbunden eine neue politische Orientierung des Landes in Richtung Europa eingefordert haben. In der Ukraine leben ungefähr 33.000 Angehörige der deutschen Minderheit. Leider ist seit der Unabhängigkeit der Ukraine bis heute die Frage der Wiederherstellung der Rechte (Rehabilitation) der verfolgten Völker (einschließlich der Deutschen) nicht entschieden.

Aber dennoch setzen die deutsche Minderheit und der Rat der Deutschen in der Ukraine ungeachtet des Fehlens einer regelmäßigen Unterstützung ihre Arbeit mit viel Engagement fort. Gerade in Anbetracht der aktuellen Geschehnisse in der Ukraine und der europäischen Geschichte des letzten Jahrhunderts darf der Frieden, der in Europa herrscht, nicht als etwas Selbstverständliches angesehen werden. Es ist aus meiner Sicht die Verpflichtung der nachfolgenden Generationen, aus der Geschichte zu lernen und dafür zu sorgen, dass sich die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen.

Dazu gehören auch das uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht der Völker und ein umfassender Schutz der Volksgruppen, für den ich mich einsetze.

## 6.3. Rede zum 62. Landesverbandstag des Bundes der Vertriebenen (BdV)

Im Haus der Heimat in Stuttgart fand am 5. April 2014 der 62. Landesverbandstag des Bundes der Vertriebenen (BdV), Landesverband Baden-Württemberg statt.

*Bundesbeauftragter Hartmut Koschyk während seiner Rede auf dem 62. BdV-Landesverbandstages*

Quelle: BMI

Der Bund der Vertriebenen, Landesverband Baden-Württemberg, wurde am 3. September 1949 als „Landesverband der Vertriebenen Deutschen in Nordwürttemberg" und am 9. November 1952 als Gesamtverband aller Regierungsbezirke im neuen Bundesland Baden-Württemberg unter dem heutigen Namen gegründet. Der BdV-

Landesverband wird seit 1999 vom Landtagsabgeordneten Arnold Tölg geführt. Der BdV-Landesverband bekennt sich zu der am 5. August 1950 in Stuttgart – Bad Cannstatt beschlossenen und in einer zugleich stattgefundenen Großkundgebung der Öffentlichkeit mitgeteilten "Charta der deutschen Heimatvertriebenen".

In meiner Rede konnte ich betonen, dass ihr schweres Schicksal die Vertriebenen nicht daran gehindert habe, die Verständigung mit unseren Nachbarn im Osten zu suchen: *„Dieses Verständigungswerk begann 1950 mit der Stuttgarter Charta und dauert bis heute an. Gerade die deutschen Heimatvertriebenen haben eine Vielzahl freundschaftlicher Kontakte zu den Menschen aufgebaut, die jetzt in ihrer angestammten Heimat leben. Die Vertriebenen haben zudem beispielhaft vorgelebt, dass Verständigung mit unseren östlichen Nachbarn möglich ist. Diese Kontakte erleichtern es uns allen heute, auf dem Weg der Verständigung und Versöhnung voran zu schreiten."*

Der Bund der Vertriebenen ist aber auch der zentrale Partner für die deutschen Minderheiten und für die Aussiedler. Zusammen leisten Sie einen wichtigen Beitrag, kulturelle und zivilgesellschaftliche Brücken zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Herkunftsländern der deutschen Heimatvertriebenen und den heute dort lebenden deutschen Volksgruppen zu bauen. *„Ich möchte die Gelegenheit nutzen und Ihnen für ihren Einsatz als ‚natürliche Brückenbauer' und ‚Völker-Botschafter' im Dienste der Völkerverständigung danken".*

## 6.4. Gedankenaustausch mit dem Bundesvorsitzenden der Landsmannschaft Schlesiens, Stephan Rauhut

In Berlin habe ich mich am 7. Mai 2014 mit dem Bundesvorsitzenden der Landsmannschaft Schlesien, Herr Stephan Rauhut, zu einem ausführlichen Gedankenaustausch getroffen. Rauhut, der ebenfalls dem BdV-Landesvorstand Nordrhein-Westfalen angehört, wurde im November 2013 durch eine außerordentliche Bundesdelegierten-

versammlung der Landsmannschaft Schlesien im Haus Schlesien in Königswinter zum neuen Bundesvorsitzenden gewählt.

*Bundesbeauftragter Hartmut Koschyk mit dem Bundesvorsitzenden der Landsmannschaft Schlesien, Stephan Rauhut*

Quelle: BMI

Bundesvorsitzender Rauhut berichtete mir über die aktuelle Arbeit der Landsmannschaft Schlesien sowie über die Konzeption künftiger Projekte zur Wahrung des kulturellen und geschichtlichen Erbes Schlesiens. Dabei gelte es eng mit Vertretern der deutschen und polnischen Politik, als auch der deutschen Minderheit in Schlesien zusammenzuarbeiten. Ich sagte Bundesvorsitzenden Rauhut zu, die Arbeit der Landsmannschaft Schlesien zu unterstützen und dass ich auch gerne bereit bin, Gespräche der Landsmannschaft Schlesien mit Vertretern der deutschen und polnischen Politik zu vermitteln. Die Landsmannschaft Schlesien kann aus meiner Sicht - ebenso wie die deutsche Minderheit in Schlesien - eine wichtige Brückenfunktion in den deutsch-polnischen Beziehungen einnehmen.

Ich begrüßte, dass die Landsmannschaft Schlesien im kommenden Jahr eine Gedenkfeier anlässlich des 100. Geburtstages des langjährigen Vorsitzenden der Landsmannschaft Schlesien, Herrn Dr. Herbert Hupka, ausrichten will, der für seinen Einsatz um die deutsch-polnische Verständigung von seiner Heimatstadt Ratibor in Oberschlesien zum Ehrenbürger ernannt wurde.

Rauhut informierte mich ebenfalls über seine unmittelbar bevorstehende Reise nach Schlesien, wo er unter anderem mit dem Vorsitzenden des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Verbände in Polen (VdG), Herrn Bernard Gaida und dem Vorsitzenden der Sozial-Kulturellen Gesellschaft der Deutschen im Oppelner Schlesien, Herrn Norbert Rasch, Gespräche führen wird.

## 6.5. Zu Gast im Haus der Heimat in Nürnberg

Auf Einladung des Wahlkreisabgeordneten Michael Frieser MdB besichtigte ich am 15. April 2014 das Haus der Heimat in Nürnberg.

*Bundesbeauftragter Koschyk beim Besuch Haus der Heimat in Nürnberg*

Quelle: BMI

*"Hier findet reges kulturelles, soziales und sprachliches Leben statt*", begrüßte mich mein Abgeordnetenkollege Michael Frieser MdB im Haus der Heimat in Nürnberg-Langwasser.

Seit 1998 findet hier vor allem ehrenamtliche Projektarbeit statt im Sinne der Pflege und Förderung der Kultur der Deutschen, die ihre Heimat verloren haben. Einen Teil der Kapazitäten verwendet das Haus der Heimat, das von Frau Doris Hutter geführt wird, für Integrationsarbeit, die vor allem für Deutsche aus Russland wichtig ist.

"*Das Haus der Heimat versteht sich als Haus der Begegnungen. Wir streben kulturellen Austausch und gegenseitiges Verständnis an*", so Hutter bei ihrer Präsentation. Diese Arbeit fand mein volles Lob: "*Hier wird hervorragende Kultur-, Sozial-, Sprach- und*

*Integrationsarbeit geleistet, und das vor allem ehrenamtlich"*. Der örtlich zuständige Abgeordnete Frieser betonte seinerseits das rege Treiben an vielen Tagen: *"Hier ist immer etwas los, und das auf hohem Niveau."*

## 6.6. Besuch der Aussiedlerkulturtage in Nürnberg; 30 Jahre Aussiedlerbeirat

Als vorbildlich kann ich die Integrationsarbeit in Nürnberg bezeichnen. „*Integration hat nichts mit Assimilation zu tun*“, sagte ich bei einem Besuch der Aussiedlerkulturtage in Nürnberg am 12. Mai 2014. Richtig verstandene Integration bedeute vielmehr "*ein gutes Leben in der Gemeinschaft der Bürger zu führen und dabei niemals die eigene Identität, Kultur und Tradition sowie das eigene Brauchtum zu vergessen"*.

*Impressionen von den Aussiedlerkulturtagen auf dem Kornmarkt in Nürnberg*

Quelle: BMI

Geradezu mustergültig umgesetzt wurde dieser beispielhafte Integrationsansatz bei den Aussiedlerkulturtagen der Stadt Nürnberg auf dem Kornmarkt. Nach einer Andacht mit dem evangelischen Pfarrer Werner Konnerth aus Schwabach, selbst gebürtiger Siebenbürgersachse, spielten unter anderem die Siebenbürgische Blaskapelle Nürnberg, sangen der Chor der Russlanddeutschen "Heimatklänge" und der Chor der Siebenbürger aus Fürth und tanzten rund ein dutzend verschiedene Gruppen aller Altersstufen von traditionell bis modern. Mit einem Festakt wurde anschließend das Jubiläum "30 Jahre Aussiedlerbeirat" gefeiert.

Gerade die kulturelle Vielfalt wird in Nürnberg mit den vielen Chören, Musik- und Tanzgruppen vorbildlich gepflegt. Dem Haus der Heimat im Stadtteil Langwasser kann ich eine mustergültige Arbeit bescheinigen. Die von dieser Einrichtung seit 25 Jahren veranstalteten Aussiedlerkulturtage sind mitten in der Stadt genau am richtigen Ort. Ich kann nur sagen: *"Nürnberg kann stolz auf sie alle sein"*.

Seit 1998 haben Vertriebene und Aussiedler in Nürnberg mit dieser Einrichtung eine Heimstatt ersten Ranges. Das Haus der Heimat gilt als Bezugspunkt für eine beträchtliche Zahl der im Ballungsraum Nürnberg-Fürth-Erlangen-Schwabach lebenden Menschen. Ziel der Arbeit ist es, als Partner der Kulturpflege und der Integrationsarbeit Brücken zwischen Geschichte und Zukunft zu bauen. *"Hier engagieren wir uns für eine Sache, deren Wurzeln in einem gemeinsamen Bekenntnis liegen, dem Bekenntnis zur Pflege der Tradition und Kultur des deutschen Volkes und der deutschen Stämme, die ihre osteuropäische Heimat verloren, jedoch hier im Raum Nürnberg Heimat gefunden haben"*, so der Vorsitzende Horst Göbbel.

Das "Haus der Heimat" soll der Begegnung und der Pflege von Kultur, Tradition, und Brauchtum der im Großraum Nürnberg ansässigen Landsmannschaften mit ihren Jugend- und Kulturgruppen aus den ehemaligen deutschen Ländern und Siedlungsgebieten in Osteuropa dienen. Landsmannschaften haben hier einen festen Platz und einen Bezugspunkt. Das Haus der Heimat bietet außerdem Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen zusätzliche Möglichkeiten, um deutsche Sprachkenntnisse zu erwerben, zu vervollkommnen und damit die Integration in unsere Gesellschaft zu fördern.

## 6.7. Im Gespräch mit dem Jugend- und Studentenring der Deutschen aus Russland e.V. (JSDR)

In Berlin habe ich mich am 27. Mai 2014 mit der Vorsitzenden des Jugend- und Studentenrings der Deutschen aus Russland e.V. (JSDR), Frau Elena Bechtold, und weiteren Vorstandsmitgliedern zu einem Gespräch getroffen.

Der JSDR wurde 2008 als Jugendorganisation der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland gegründet und 2013 als e.V. etabliert. Seit seiner Gründung ist der Verein in der Kinder- und Jugendarbeit mit jungen Russlanddeutschen aktiv und führt auch grenzüberschreitende Projekte mit Partnerorganisationen in den Herkunftsgebieten der Russlanddeutschen durch.

Gemeinsam mit Vertretern des JSDR erörterten wir die Voraussetzungen und Möglichkeiten der beim Bundesministerium des Innern und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge angesiedelten strukturstärkenden Förderung von Migrantenorganisationen und der gemeinwesenorientierten Integrationsprojekte. Auch die Frage grenzüberschreitender Partnerschaftsprojekte in der Russischen Föderation und den zentralasiatischen Republiken wurde diskutiert.

*Beauftragter Hartmut Koschyk (3.v.r.) im Gespräch mit einer Delegation des JSDR, geleitet von dessen Vorsitzender Elena Bechtold (3.v.l)*

Quelle: BMI

Über den allgemeinen Charakter der Förderpolitik der Bundesregierung für Deutsche in Russland und weiteren GUS-Staaten führte ich aus: *"Wir verfolgen das Ziel, einerseits die Lebensperspektiven der Deutschen in Russland und weiteren GUS-Staaten so zu gestalten, dass sie eine positive Rolle nicht nur in der Zivilgesellschaft ihrer Heimatstaaten spielen, sondern dass sie auch als wichtige Brücke der Freundschaft und Zusammenarbeit in den Beziehungen zu Deutschland wirken können. Die Partnerschafts-Projekte spielen dabei eine wichtige Rolle."*

## 6.8. Besuch der Kultur- und Begegnungsstätte „Haus Schlesien“ in Königswinter-Heisterbacherrott

Das "Haus Schlesien" in Königswinter-Heisterbacherrott habe ich am 2. Juni 2014 besucht. Dort nahm ich an einem Seminar unter dem Motto "Schlesische Begegnungen" teil, das für Germanistik-Studenten der Schlesischen Universität Kattowitz konzipiert wurde.

Gut eine Woche lang wurde den polnischen Studenten die Arbeitsweise der europäischen Institutionen, das Konzept der Politischen Bildung in Deutschland, die grenzüberschreitende Verständigungsarbeit des "Hauses Schlesien" mit polnischen Einrichtungen und die kulturellen Sehenswürdigkeiten der Region vorgestellt. So fanden Exkursionen nach Aachen, Köln und ins benachbarte Belgien statt. Auch wurden Begegnungen mit Germanistik-Studenten der Universität Bonn, sowie Zeitzeugengespräche mit heimatvertriebenen Schlesiern organisiert.

Ich war beeindruckt von der Abschluss-Präsentation der polnischen Studenten, die in Arbeitsgruppen über ihre Wahrnehmung der Programmpunkte des Seminares berichteten. Die Zeitzeugen-Gespräche mit heimatvertriebenen Schlesiern wurden von den polnischen Germanistik-Studenten dabei besonders gewürdigt.

Der amtierende Vorsitzende des Trägervereins "Haus Schlesien", Herr Prof. Dr. Michael Pietsch, Vereinsgeschäftsführer Heinz Stirken und Kulturreferentin Nicola Remig gaben mir einen Überblick über die kulturpolitischen und grenzüberschreitenden Aktivitäten des Kultur- und Bildungszentrums und baten um einen Verstetigung der projektbezogenen Bundesförderung. Dieses Anliegen habe ich mitgenommen.

## 6.9. Gespräch mit Vertretern der Konferenz der Aussiedlerseelsorge in der Evangelischen Kirche in Deutschland

*Reinhard Schott, Kirchenpräsident i.R. Helge Klassohn, Beauftragter Hartmut Koschyk und Pfarrer Edgar L. Born (v.l.n.r.)*

Quelle: BMI

Am 5. Juni 2014 traf ich mich mit der Leitung der Konferenz der Aussiedlerseelsorge (KASS) in der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) zu einem Informationsaustausch.

Ich informierte dabei unter anderem über die Folgen der Änderung des Gesetzes über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge im letzten Jahr und kündigte die Sitzung zur Neukonstituierung des Spätaussiedlerbeirates an.

## 6.10. Treffen mit der Bundesvorsitzenden der Karpatendeutschen Landsmannschaft Slowakei e.V.

In Berlin bin ich am 26 Juni 2014 mit der Bundesvorsitzenden der Karpatendeutschen Landsmannschaft Slowakei e.V., Frau Brunhilde Reitmeier-Zwick zu einem Meinungs- und Informationsaustausch zusammengetroffen.

Die Karpatendeutsche Landsmannschaft setzt sich für die Belange der heimatvertriebenen Deutschen aus der Slowakei und den drei ehemaligen Hauptsiedlungsgebieten in Pressburg und Umland, im Hauerland in der Mittelslowakei und in der Zips, ein.

Im Gespräch hob Frau Reitmeier-Zwick die gute Zusammenarbeit mit der Slowakischen Republik und der Bundesregierung, insbesondere der deutschen Botschaft Pressburg für die Anliegen der deutschen Minderheit in der Slowakei und die sehr gute Zusammenarbeit mit der slowakischen Botschaft in Berlin, hervor.

*Hartmut Koschyk mit Brunhilde Reitmeier-Zwick*

Quelle: BMI

In beidseitigem Interesse liegen gemeinschaftsfördernde Maßnahmen auf dem Gebiet der Jugendarbeit in Form von Fortbildungsmaßnahmen und Wirtschaftshilfen, zu denen ich weiterhin die Unterstützung der Bundesregierung zusicherte.

Besonders erfreut bin ich über das Engagement der karpatendeutschen Jugendlichen. Nach Aussagen der Bundesvorsitzenden, Frau Reitmeier-Zwick, ist ein erfreulicher Anstieg zu verzeichnen, den man bei allen Veranstaltungen der Karpatendeutschen in allen Gebieten der Slowakei sehen kann.

Die Umsetzung der Angebote erfolgt vorrangig in den Häusern der Begegnung des Karpatendeutschen Vereins (KDV). Insgesamt gibt es sieben Begegnungshäuser als Zentren der Gemeinschafts- und Identitätsbildung und als Plattform für Zusammen-

künfte und Aktivitäten im kulturellen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, sozialen und auch sportlichen Bereich.

In diesem Zusammenhang hoben Frau Reitmeier-Zwick und ich die verdienten Auszeichnungen für den Vorsitzenden des KDV, Dr. Ondrej Pöss hervor. Dieser wurde im Juni 2014 mit dem Goldenen Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich ausgezeichnet und hatte im Jahr 2012 den Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland für seine persönlichen Verdienste um die Bewahrung der karpatendeutschen Kultur in der Slowakei und seinen Einsatz für die positive Entwicklung der deutsch-slowakischen Beziehungen erhalten.

Anlässlich Ihres Besuchs übergab mir Frau Reitmeier-Zwick das Begleitheft zur "Ausstellung zum 20. Jahrestag der Deklaration des Slowakischen Nationalrates zur Vertreibung der Karpatendeutschen aus der Slowakei", die 2011 im Deutschen Bundestag gezeigt worden ist. Dieses enthält historische Sachinformationen, die mit anschaulichem Bild- und Kartenmaterial unterlegt werden.

## 6.11. Arbeitsgespräch mit den Vorsitzenden der Landsmannschaften der Siebenbürger Sachsen, Banater Schwaben, Sathmarer Schwaben und Oberwischauer Zipser

Am 4. Juli 2014 habe ich die Vorsitzenden

- MdB Dr. Bernd Fabritius, Verband der Siebenbürger Sachsen in Deutschland
- Peter-Dietmar Leber, Landsmannschaft der Banater Schwaben e.V.
- Helmut Berner, Verband der Sathmarer Schwaben und Oberwischauer Zipser e.V.

zu einem Arbeitsgespräch im Bundesministerium des Innern empfangen. Das Gespräch knüpfte an die 17. Sitzung der deutsch-rumänischen Regierungskommission

an, die im April dieses Jahres stattgefunden hatte und an der auch die Vertreter der drei Landsmannschaften teilgenommen hatten.

Im Vordergrund des Arbeitsgesprächs standen Fragen zur materiellen Sicherung sozialer Einrichtungen in Rumänien, zur kulturellen Breiten- und Jugendarbeit der Landsmannschaften sowie grenzüberschreitende Projektkooperationen deutscher Minderheiten in Rumänien.

*MdB Dr. Bernd Fabritius, MdB Hartmut Koschyk, Peter-Dietmar Leber, Maria Therese Müller, Helmut Berner (v.l.n.r)*

Quelle: BMI

Ein wichtiges Anliegen der drei Landsmannschaftsvorsitzenden, das auch in meinem besonderen Interesse liegt, ist die Situation der Altenheime und Sozialstationen, die das Bundesministerium des Innern im Banat, in Siebenbürgen und in Sathmar unterstützt. Insgesamt stehen 243 Heimplätze für Angehörige der deutschen Minderheit zur Verfügung; durch die Sozialstationen findet eine Versorgung im häuslichen Bereich statt.

Besonders erfreut konnte ich berichten, dass die langwierigen Verhandlungen bezüglich eines Grundstückanteils des Adam-Müller-Guttenbrunn-Hauses in Temeswar erfolgreich abgeschlossen sind und dieses nun im Besitz der Adam-Müller-Guttenbrunn-Stiftung ist. Mit dem Erwerb endete die lange Unsicherheit zum Fortbestand des Hauses.

Besonderes Augenmerk legten alle Beteiligten darüber hinaus auf die Sprachförderung und Jugendarbeit für die deutsche Minderheit in Rumänien. Die Vorsitzenden berichteten von dem unschätzbaren Wert, welches die Kulturzentren mit ihren Veranstaltungen und Sprachkursen diesbezüglich einnehmen. In diesem Zusammenhang wurde auch der Ausbau länderübergreifender Kooperationen zwischen den Deutschen Minderheiten in Südosteuropa befürwortet. Ich dankte den drei Landsmannschaftsvorsitzenden für den offenen und vertrauensvollen Meinungs- und Informationsaustausch.

## 6.12. Konstituierende Sitzung des Spätaussiedlerbeirates

Unter meinem Vorsitz fand am 3. Juli 2014 die konstituierende Sitzung des neuberufenen Beirates für Spätaussiedlerfragen statt.

*Gruppenbild von der Sitzung des Beirats für Spätaussiedlerfragen am 3. Juli 2014)*

Quelle: BMI

Das Gremium, das sich aus 16 Vertretern der Länder, der Vertriebenenorganisationen, der Kirchen, der kommunalen Spitzenverbände, der Wohlfahrtsverbände und der Spitzenorganisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammensetzt, hat die Aufgabe, die Bundesregierung sachverständig in Fragen der Aufnahme und Integration von Spätaussiedlern zu beraten. Der Spätaussiedlerbeirat wird gemäß Erlass des

Bundesministers des Innern (BMI) vom 3. Mai 2005 jeweils für vier Jahre berufen und vom Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten geleitet.

Nach meinen Ausführungen sowie von Mitarbeitern der zuständigen Unterabteilung M II des BMI über die Auswirkungen der im Herbst 2013 in Kraft getretenen Änderungen des Bundesvertriebenengesetzes, die Integrationsförderung von Spätaussiedlern und die Lage der deutschen Minderheiten in Mittel- und Osteuropa sowie in den Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion folgte eine rege Diskussion über verschiedene aktuelle Belange der in Deutschland lebenden Spätaussiedler, sowie über die Informationsmöglichkeiten im Internet und die vertriebenenrechtlichen Besonderheiten bei der Anerkennung von in den Herkunftsländern erworbenen Bildungsabschlüssen.

Ich hob die bisher gezeigte gewaltige Integrationsleistung der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler hervor, die noch vor kurzem durch eine Studie des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge eindrucksvoll bestätigt worden ist.

## 6.13. 66. Bundestreffen der Südmährer 2014 in Geislingen an der Steige

In Geislingen an der Steige fand am 3. August 2014 das 66. Bundestreffen der Südmährer 2014 statt. Bereits 1948 fanden sich Südmährer aus den Heimatkreisen Neubistritz (Südböhmen), Zlabings, Znaim und Nikolsburg zusammen und gründeten den „Südmährischen Arbeitsausschuß", aus dem der "Südmährische Landschaftsrat" hervorging, der die in Deutschland lebenden Landsleute heimatpolitisch und praktisch betreut. Sprecher der Südmährer ist heute Franz Longin aus Stuttgart. Eine der wichtigsten Aufgaben sah der Südmährische Landschaftsrat von Anfang an in der Pflege, Sammlung, Erhaltung und Überlieferung deutsch-südmährischen Kulturgutes. 1953 hat die Stadt Geislingen die Patenschaft über die Südmährer übernommen und später

für die Geschäftsstelle des Südmährischen Landschaftsrates mit Archiv, Bücherei und Museum Räumlichkeiten im Alten Rathaus zur Verfügung gestellt.

In meiner Rede betonte ich, dass insbesondere die jährlichen Südmährertreffen in der Patenstadt Geislingen die Gemeinschaft mit Leben, Dialog und Begegnung füllen. Sie zeugen von einem noch immer fortbestehenden beachtlichen Zusammenhalt der Südmährer: *„Auf das Geleistete können Sie stolz sein. Die Arbeit des Südmährischen Landschaftsrats und des Südmährerbundes verstehe ich als wichtigen Beitrag dafür, dass die Integration der Heimatvertriebenen als Erfolgsgeschichte bezeichnet werden kann. Es ist mit vereinten Kräften gelungen, den Vertriebenen einen festen Platz in unserem Volke zu geben. Gleichzeitig erkennen wir aber an, dass ihre angestammte Heimat ein untrennbarer Teil deutscher und europäischer Geschichte und Kultur ist und bleibt. Ihr 66. Bundestreffen zeigt aber auch, dass die Erinnerung an die angestammte Heimat bis heute lebendig ist. Das Bedürfnis, über Vergangenes und Erlebtes zu reden, sich mit erfahrener Geschichte auseinanderzusetzen und einen Weg zu finden, mit dem eigenen Schicksal versöhnt in die Zukunft zu blicken, ist zutiefst menschlich.“*

*Hartmut Koschyk MdB bei seiner Rede anlässlich des 66. Bundestreffens der Südmährer*

Quelle: BMI

## 6.14. Feierstunde anlässlich des 64. Jahrestages der Unterzeichnung der Charta der deutschen Heimatvertriebenen in Stuttgart

*Bundesbeauftragter Hartmut Koschyk MdB gemeinsam mit der UdVF-Landesvorsitzenden, Stadträtin Iris Ripsam und Bezirksvorsteherin Andrea Krueger, mit dem UdVF-Landesvorstandsmitglied Christoph Zalder, der Bundestagsabgeordneten a.D., Erika Reinhardt, dem Bundestagsabgeordneten Dr. Stefan Kaufmann, dem Landesobmann der SL Baden-Württemberg, Klaus Hoffmann, dem Kreisvorsitzenden des BdV Stuttgart, Albert Reich, Arnold Tölg (Landesvorsitzender des BdV-Baden-Württemberg), Siegbert Alber (Vizepräsident a.D. des Europäischen Parlaments), Christoph Lippert (Bundesgeschäftsführer der Sudetendeutschen Landsmannschaft), Waltraud Illner (Kreisobfrau der Sudetendeutschen Landsmannschaft Stuttgart), Bezirksvorsteherin Sabine Mezger und Alt-Stadträtin Bärbel Häring*

Quelle: CDU Baden-Württemberg

Der 5. August ist für die deutschen Heimatvertriebenen ein wichtiges Datum. An diesem Tag wurde 1950 die Charta der deutschen Heimatvertriebenen in Stuttgart verabschiedet. Damals, nur fünf Jahre nach Kriegsende und den Gräueln von Flucht und Vertreibung, bekannten sie sich zum Aufbau eines gemeinsamen Europas und Deutschlands.

Mit der verabschiedeten Charta setzte man eindrucksvoll ein Zeichen für Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und Völkerverständigung, ohne dabei das Gedenken an die Vertreibung außer Acht zu lassen. Ausdrücklich heißt es in der Charta, dass die Heimatvertriebenen auf Vergeltung verzichten und die Schaffung eines geeinten Europas, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können, sowie den Wiederaufbau Deutschlands und Europas nachhaltig unterstützen wollen. Anlässlich des 64. Jahrestages der Unterzeichnung der Charta der deutschen Heimatvertriebenen fand am Schlossplatz in Stuttgart am 5. August 2014 eine Feierstunde statt.

In meiner Rede betonte ich, dass Flucht und Vertreibung aus der Heimat einschneidende, traumatische Erlebnisse sind, die man nie vergisst. Die Menschen, denen dieses unendliche Leid widerfahren sei, haben Anspruch auf unser Mitgefühl und unsere Solidarität. Ihre Leidenserfahrungen, ihre Kultur und ihre Geschichte sind Teil ihrer und damit auch unserer Identität: *„Das schwere Schicksal der Heimatvertriebenen hat diese jedoch nie daran gehindert, die Verständigung – ganz im Sinne der Charta der deutschen Heimatvertriebenen – mit unseren Nachbarn im Osten zu suchen. Die Heimatvertriebenen haben in den vergangenen Jahrzehnten zahlreiche freundschaftliche Kontakte zu den Menschen aufgebaut, die jetzt in ihrer alten Heimat leben. Die Vertriebenen haben zudem beispielhaft vorgelebt, dass Verständigung mit unseren östlichen Nachbarn möglich ist. Diese Kontakte erleichtern es uns allen heute, auf dem Weg der Verständigung und Versöhnung voran zu schreiten.“*

## 6.15. Besuch im Haus der Deutschen aus Russland in Stuttgart

Im Rahmen der Feier zum 64. Jahrestag der Unterzeichnung der Charta der deutschen Heimatvertriebenen habe ich das Haus der Deutschen aus Russland in Stuttgart, in dem auch die Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland angesiedelt ist, besucht.

An der breiten Gesprächsrunde beteiligten sich die Bundesvorstandsmitglieder Waldemar Eisenbraun, Leontine Wacker, Johann Thießen und Alexander Rupp, Bun-

desgeschäftsführer Ernst Strohmaier sowie Mitarbeiter der Redaktion und der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland. Als lokale Vertreter der Politik nahmen der Stuttgarter CDU-Kreisvorsitzende, Bundestagsabgeordneter Dr. Stefan Kaufmann und der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Kreisgruppe Stuttgart, Karl-Christian Hausmann, am Gespräch teil.

*Bundesbeauftragter Hartmut Koschyk MdB gemeinsam mit Bundesgeschäftsführer Ernst Strohmaier und denBundesvorstandsmitgliedern Johann Thießen, Leontine Wacker, Bundesvorsitzenden Waldemar Eisenbraun und Alexander Rupp*

Quelle: Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V.

Nach einem Rundgang durch das Haus der Deutschen aus Russland, wo eine Ausstellung mit Bildern des russlanddeutschen Malers Viktor Stricker präsentiert wurde, wurde das Gespräch im Konferenzraum der Bundesgeschäftsstelle fortgesetzt. Im Rahmen der Gesprächsrunde würdigte ich die vorbildlichen Integrationsleistungen der Deutschen aus Russland. Ich habe dabei betont, dass die Volksgruppe zu Zeiten des Stalinismus ohne eigenes Verschulden kollektiv verurteilt und jahrzehntelang diskriminiert worden ist. Mit den aktuellen Änderungen des Bundesvertriebenengesetzes hat die Bundesregierung verbesserte Rahmenbedingungen für die Aufnahme von deutschstämmigen Landsleuten aus den GUS-Ländern geschaffen. Dies ist ein weiteres Zeichen der Solidarität Deutschlands mit den im postsowjetischen Raum lebenden Deutschen.

Bei der Eingliederung der Aussiedler in die bundesdeutsche Gesellschaft kommt der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland auch künftig eine tragende Rolle zu.

Ich betonte, dass die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland sowohl von mir als auch von der Bundesregierung weiterhin als erster Ansprechpartner in allen Angelegenheiten, die Deutsche aus Russland betreffen, angesehen wird.

Als vorrangige Aufgabe für die unmittelbare Zukunft bezeichnete ich die verstärkte Einbeziehung der Deutschen aus Russland in die Maßnahmen der Kultur- und Wissenschaftsförderung nach § 96 des Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetzes. Dabei hob ich insbesondere das Kulturengagement der Deutschen aus Russland hevor.

Weiterhin brachte ich meine Freude über die zunehmende Präsenz von Deutschen aus Russland in politischen Gremien auf unterschiedlichen Ebenen zum Ausdruck, besonders freue ich mich über den Einzug des ersten Politikers russlanddeutscher Herkunft, Heinrich Zertik, in den Deutschen Bundestag. Das zeigt, wie erfolgreich und vielseitig die Integration der Deutschen aus Russland verläuft.

Der Bundesvorsitzende der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, Waldemar Eisenbraun, bedankte sich für meine Unterstützung und erläuterte aktuelle Anliegen der Deutschen aus Russland. Ebenso wie Bundesgeschäftsführer Ernst Strohmaier betonte er den hohen Anteil ehrenamtlichen Engagements an der gesamten Arbeit des Verbandes. Diese könne sich aber nur dann auf hohem Niveau weiterentwickeln, wenn zusätzliche Fördermittel zur Verfügung gestellt würden. Dies sei vor allem nötig, um wichtige Vorhaben in den Bereichen der Kultur- und Jugendförderung zu verwirklichen. Für den Erhalt und die Pflege der russlanddeutschen Kulturgeschichte müsse eine professionelle hauptamtliche Arbeit ermöglicht werden. Dies gelte für die museale Förderung ebenfalls.

Ich habe dazu ein gemeinsames Treffen mit Vertretern der Landsmannschaft und den zuständigen Fachreferaten im Bundesinnenministerium zur Abstimmung weiterer Maßnahmen vorgeschlagen.

## 6.16. Rede vor dem Thüringer Landtag und Gespräch mit Weihbischof Hauke im Bistum Erfurt über die Aussiedler- und Vertriebenenpolitik der Bundesregierung

Im August fuhr ich zu Gesprächen nach Thüringen. Dort besprach ich mit Weihbischof Hauke, Beauftragter der Deutschen Bischofskonferenz für die Vertriebenen- und Aussiedlerseelsorge, die Entwicklung des Spätaussiedlerzuzuges nach der jüngsten Novellierung des Bundesvertriebenengesetzes.

*Koschyk mit Weihbischof Dr. Hauke und Winfried Weinrich vom Katholischen Büro Erfurt*

Quelle: Koschyk

Ich informierte den Weihbischof über neueste Entwicklung der Spätaussiedlerzuwanderung seit der Novellierung des Bundesvertriebenengesetzes im Herbst 2013. Während im Jahr 2013 insgesamt 2.429 Spätaussiedler und deren Familienangehörige aufgenommen wurden, wurde diese Zahl allein im ersten Halbjahr 2014 mit 2.310 Personen fast erreicht. Für das gesamte Jahr 2014 wird mit einem Zuzug von ca. 4.600 Spätaussiedlern gerechnet. Diese Erhöhung ist unter anderem auf eine erleichterte Familienzusammenführung zurückzuführen, für die sich in den letzten Jahren Weihbischof Hauke immer wieder eingesetzt hatte.

Wir stimmen beide in der Auffassung überein, dass den steigenden Antrags- und Zuzugszahlen spätestens ab 2015 im Bundeshaushalt durch mehr Haushaltsmittel Rechnung getragen werden muss, sowohl für die Gewährleistung eines zügigen Aufnahmeverfahrens wie auch für die notwendigen Maßnahmen der Integration. Für mich sind alle drei Felder meines Aufgabenbereichs – Aussiedler, nationale Minderheiten in Deutschland und deutsche Minderheiten in Mittel- und Osteuropa – als Dreiklang von „Heimat, Identität und Glaube“ von zentraler Bedeutung. Den Kirchen kommt daher die besondere Rolle zu, mit entsprechenden pastoralen Angeboten die Menschen bei der Suche nach einer eigenen Identität, der Pflege ihrer Kultur und der Integration in die jeweiligen Gesellschaften zu unterstützen.

Weihbischof Dr.  Hauke, der zurzeit auch Diözesan-Administrator im Bistum Erfurt ist, vertritt die katholische Kirche im Beirat für Spätaussiedlerfragen, der beim Bundesministerium des Innern unter der Leitung des jeweiligen Aussiedlerbeauftragten der Bundesregierung eingerichtet worden ist.

Den Abschluss meines Besuchs bildetet ein Vortrag vor interessierten Abgeordneten und Bürgern im Thüringer Landtag über die Aussiedler- und Vertriebenenpolitik der Bundesregierung und über die Entwicklung des Spätaussiedlerzuzuges nach der jüngsten Novellierung des Bundesvertriebenengesetzes.

## 6.17. Im Gespräch mit der Jugend der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland

In Berlin bin ich  mit Vertretern der Jugend der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland im Bundesministerium des Innern zusammengetroffen.

Bundesvorsitzender Walter Gauks berichtete mir neben den bereits bestehenden Landesverbänden in Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen, Hessen und dem Saarland sollen bald auch in Nordrhein-Westfalen und in Berlin eigene Landesverbände gegründet werden.

Die Vertreter der Jugendorganisation der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland erörterten mit mir sowie Fachbeamten des Bundesministeriums des Innern und des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge die Voraussetzungen und Möglichkeiten für künftige Projekte. Einen besonderen Schwerpunkt könnte hierbei auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit in ihrer angestammten Heimat verbliebenen jungen Deutschen bilden, insbesondere in den zentralasiatischen Gebieten der früheren Sowjetunion.

*Philipp Kirchner, Helena Kolb, BA Koschyk MdB, Daniel Thauer, Albina Nazarenus-Vetter, Walter Gauks, Thomas Rikert (v.l.n.r.)*

Quelle: BMI

Ich ermunterte die Jugend der Landsmannschaft, auf dem Weg der Professionalisierung der Verbandsarbeit voranzuschreiten und hierbei auch die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen der Jugendarbeit zu nutzen: *"Sie haben als Jugend der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland einen doppelte Aufgabe: Zum einen die junge Generation bei der umfassenden Integration in Deutschland zu unterstützen. Zum anderen können Sie auch Brückenbauer in den Beziehungen zwischen Deutschland und den Ländern sein, in denen gerade die junge Generation deutscher Herkunft die Begegnung mit der jungen Generation ihrer Landsleute sucht."*

## 6.18. Treffen mit dem Visitator für die russlanddeutschen Katholiken

In Bonn bin ich im August 2014 mit dem Visitator für die deutschen Katholiken aus den GUS-Staaten, Monsignore Dr. Alexander Hoffmann zusammengetroffen.

*Bundesbeauftragter Hartmut Koschyk MdB gemeinsam mit dem Beauftragten der Deutschen Bischofskonferenz für die Seelsorge an den Deutschen Katholiken aus Russland und den anderen GUS-Staaten, Monsignore Dr. Alexander Hoffmann*

Quelle: Koschyk

Monsignore Dr. Hoffmann berichtete mir von der Arbeit der - von ihm geleiteten und bei der Deutschen Bischofskonferenz eingerichteten - „Seelsorgestelle für die deutschen Katholiken aus Russland, Kasachstan und den anderen GUS-Staaten“, die in Bonn ihren Sitz hat. Neben der unmittelbaren Seelsorge sieht es Visitator Hoffmann als seine Aufgabe, die aus Russland und den übrigen GUS-Staaten nach Deutschland gekommenen Spätaussiedler an die hier gewachsenen kirchlichen Strukturen heranzuführen. Gleichzeitig soll der während der langen Zeit der sowjetischen Unterdrückung von den dortigen deutschen Katholiken gesammelte Glaubensschatz die gesamte Kirche bereichern. In seiner Arbeit steht Monsignore Dr. Hoffmann auch in einem engen Kontakt mit der Aussiedlerseelsorge in der Evangelischen Kirche. Schließlich hält Monsignore Dr. Hoffmann auch intensiven Kontakt zu den katholischen Angehörigen der deutschen Minderheiten und den kirchlichen Strukturen in den GUS-Staaten.

Ich dankte dem Visitator für seinen Einsatz. Ich bin der Meinung, dass für die Vertriebenen und Aussiedler, aber auch bei Angehörigen nationaler Minderheiten die Werte Glaube, Identität und Heimat von sehr hoher Bedeutung sind und in einem engen wechselseitigen Verhältnis stehen. Die heute aus Russland und den anderen Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion stammenden Gläubigen benötigen nach wie vor eine besondere seelsorgerische Ansprache. Deshalb ist es wichtig, dass beide großen Kirchen in Deutschland ihre bisherigen pastoralen Angebote fortführten und weiterentwickelten.

## 6.19. 18. Tage der russlanddeutschen Kultur der Landesgruppe Berlin-Brandenburg der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland

Vom 27. September bis 14. November veranstaltete die Landesgruppe Berlin-Brandenburg der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e. V. die 18. Tage der russlanddeutschen Kultur in Berlin.

Quelle: Koschyk

Das vielfältige Programm der Kulturtage beinhaltete Ausstellungen, Konzerte, Vorträge und literarische Lesungen, welche an verschiedenen Veranstaltungsorten in Berlin stattfanden.

In meinem Grußwort erklärte ich, dass die Deutschen aus Russland und den anderen Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion insbesondere über ihre Landsmannschaft einen unersetzbaren Beitrag zum Erhalt, zur Pflege und zur Weiterentwicklung ihres geschichtlichen und kulturellen Erbes leisten. Die Bundesregierung unterstützt dieses Engagement durch die institutionelle Förderung wissenschaftlicher Einrichtungen wie beispielsweise des Bundesinstituts für Geschichte und Kultur Osteuropas in Oldenburg oder des Lüneburger Instituts für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordosteuropa.

In Schladen fand zeitgleich das Kulturfestival der Niedersächsichen Landesgruppe der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland statt. Zu diesem Anlass habe ich ein schriftliches Grußwort übersandt. Dieses ist unter www.aussiedlerbeauftragter.de abrufbar.

## 6.20. Eröffnung der Sonderausstellung im Museum für Russlanddeutsche Kulturgeschichte in Detmold

*Das Leitwort des Museums für russlanddeutsche Kulturgeschichte in Detmold*

Quelle: Koschyk

Millionen Menschen haben vor allem nach 1764 Deutschland verlassen. Alleine über 160 000 Menschen sind zwischen 1764 und 1850 nach Russland ausgewandert. Das Anliegen des Museums für Russlanddeutsche Kulturgeschichte in Detmold ist, dem

Weg der Russlanddeutschen ein Gesicht zu geben, ihre Kultur und Geschichte zu zeigen und zu erklären.

Damit wird ein Bereich deutscher Geschichte aufgearbeitet und ausgestellt, der in dieser Form bisher nicht in bundesdeutschen Museen berücksichtigt wird. Gleichzeitig wird einem eigenen Stück deutscher Kulturgeschichte nachgespürt, das heute eine große politische Alltagsaktualität hat. Die Geschichte der Russlanddeutschen ist bisher weder in Deutschland noch in Russland hinreichend bekannt. Das Museum will dazu beitragen, über die Reflexion der Geschichte eine historische Identität zu vermitteln, die auch die Reflexion des eigenen Bildes von sich in der Gesellschaft zum Ziel hat.

Im Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte in Detmold wurde nun die Sonderausstellung „Deutsche Kolonien im Gouvernement Sankt Petersburg (1765-2015): Geschichte und Kultur“ eröffnet. Neben Heinrich Zertik MdB, ein gebürtiger Kasachstandeutscher, war auch ich bei der Eröffnung der Sonderausstellung zugegen und hatte die Schirmherrschaft über die Sonderausstellung übernommen.

Die Geschichte der Russlanddeutschen ist ohne die Kolonisten undenkbar. Der Weg nach Russland ging durch das Gouvernement St. Petersburg. Im Laufe der Jahre entwickelten sich die Kolonien und hatten einen beträchtlichen Einfluss auf die Wirtschaft und das Leben der russischen Hauptstadt. 1942 allerdings wurden die deutschen Siedlungen liquidiert. Mit Hilfe von Prof. Dr. Irina Čerkazjanova von der Akademie der Wissenschaft in St. Petersburg wurde es nun möglich, die Wissenslücken über die Geschichte und das Leben der Petersburger Deutschen aufzuarbeiten und der Öffentlichkeit in dieser Sonderausstellung zugänglich zu machen.

## 6.21. Weihnachtsfeier im Grenzdurchgangslager Friedland

Am 9. Dezember 2014 habe ich an der traditionellen Weihnachtsfeier im Grenzdurchgangslager Friedland teilgenommen, um den persönlichen Kontakt zu Spätaussiedlern und Flüchtlingen, aber auch zu Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu suchen. Bereits

im Herbst dieses Jahres besuchte ich das Grenzdurchgangslager in Friedland, um mich über die aktuelle Situation in der Spätaussiedleraufnahme zu informieren und Einblicke in das vom Land Niedersachsen vorangetriebene Projekt einer Dauerausstellung auf dem Lagergelände zu gewinnen.

Am 20. September 1945 wurde das "Lager" Friedland auf Anordnung der britischen Besatzungsmacht als erste Anlaufstelle für Flüchtlinge, Vertriebene und Heimkehrer eingerichtet. Ab März 1950 begann mit der Familienzusammenführung der Deutschen aus Polen die erste große Aussiedlerwelle. Seit dem 1. Oktober 2000 ist das Grenzdurchgangslager Friedland die bundesweit einzige Einrichtung für die Erstaufnahme von Spätaussiedlern. Das Grenzdurchgangslager Friedland ist im Laufe der Jahre immer wieder die erste Anlaufstelle in der Bundesrepublik Deutschland für Flüchtlinge aus verschiedenen Ländern gewesen. Seit seiner Gründung 1945 war das GDL Friedland für mehr als 4 Millionen Menschen die erste Anlaufstelle in der Bundesrepublik Deutschland. Deshalb wird es als "Tor zur Freiheit" bezeichnet.

In meinem Grußwort erklärte ich, dass wir erleben - auch wenn wir heute mit zahlreichen Flüchtlingen aus den unterschiedlichen Gegenden der Welt zusammenkommen, die in Deutschland Schutz gefunden haben -, dass die Erfahrung von Flucht und gewaltsamer Vertreibung auch heute für unzählige Menschen schreckliche Wirklichkeit ist. Dabei mahnt uns gerade das bevorstehende Weihnachtsfest, dass, um es mit den Worten Papst Leo des Großen auszudrücken, der Geburtstag des Herrn zugleich auch der Geburtstag des Friedens ist. Christliche Politik ist so stets auch und insbesondere verantwortungsvolle und nachhaltige Arbeit am Frieden, ganz konkret: weltweite Ächtung von Krieg, Vertreibung und Deportation und gleichsam Schutz derer, die verfolgt und bedroht sind.

## 6.22. Besuch der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft der Banater Schwaben in München

Am 11. Dezember 2014 habe ich die Bundesgeschäftsstelle der Banater Schwaben in München besucht, und mit deren Bundesvorsitzenden, Herrn Peter-Dietmar Leber, und weiteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bundesgeschäftsstelle aktuelle Fragen der Zusammenarbeit besprochen.

*Bundesbeauftragter Hartmut Koschyk MdB gemeinsam mit dem Bundesvorsitzenden der Landsmannschaft der Banater Schwaben, Herrn Peter-Dietmar Leber*

Quelle: Koschyk

Im Mittelpunkt der Gespräche stand die Nachbereitung meines Besuchs vom 18. bis 23. September in Rumänien, wo ich neben Siebenbürgen auch gemeinsam mit Herrn Peter-Dietmar Leber das Banat besucht habe. Ich äußerte gegenüber den Vertretern der Landsmannschaft der Banater Schwaben, dass ich von meinem Besuch im Banat einen sehr positiven Eindruck über die Lage der Deutschen Minderheit im Banat, aber auch hinsichtlich der Zusammenarbeit zwischen der Landsmannschaft und dem Demokratischen Forum der Deutschen im Banat gewonnen habe.

Bundesvorsitzender Peter-Dietmar Leber lud mich in diesem Zusammenhang zu der Gedenkveranstaltung anlässlich des 70. Jahrestages des Beginns der Deportation der

Deutschen aus Südosteuropa in die Sowjetunion am 17. Januar 2015 um 11.00 Uhr in das Haus der Begegnung nach Ulm ein.

Ich sagte zu, an dieser wichtigen Gedenkveranstaltung gerne teilzunehmen. Weitere Themen des Gesprächs waren die geplante Gedenkveranstaltung zur Erinnerung an den Beginn der Deportation, die im nächsten Jahr unter Beteiligung von Außenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier im Banat und Siebenbürgen geplant ist. Auch werde ich im nächsten Jahr an der Wiedereinweihung der bedeutenden Wallfahrtskirche Maria Radna am 2. August im Banat teilnehmen.

# 7. Weiterführende Informationen

**Newsletter des Aussiedlerbeauftragten:**

Bleiben Sie auf dem neuesten Stand und abonnieren Sie den Newsletter unter www.aussiedlerbeauftragter.de

Auf www.aussiedlerbeauftragter.de finden Sie aktuelle Informationen und Terminhinweise, Publikationen und weiteres Bildmaterial sowie alle Redebeiträge in ungekürzter Fassung.

# Impressum

**Herausgeber**

Der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten

Bundesministerium des Innern

Alt-Moabit 101D

10559 Berlin

Tel: +49 30 18681 - 1122

Fax: +49 30 18681 - 1138

www.aussiedlerbeauftragter.de

**Redaktion**

Der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten

Bundesministerium des Innern

**Bildnachweis**

Vorwort, Portraitfoto: Henning Schacht

**Stand**

Dezember 2014